

Kriminalprävention

Sammlung ausländischer
Präventionsprojekte

54

Kriminalprävention



BKA-Forschung

Informationen aus dem Kriminalistischen Institut
herausgegeben vom
Bundeskriminalamt

Beirat:

Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner
Direktor des Instituts für Kriminologie der Universität Tübingen

Wolfgang Sielaff
Leiter der Landespolizeiinspektion Hamburg

Prof. Dr. h. c. mult. Klaus Tiedemann
Direktor des Instituts für Kriminologie und Wirtschaftsrecht der Universität
Freiburg i. Br.

Klaus Jürgen Timm
Direktor des Hessischen Landeskriminalamtes

Bundeskriminalamt (Hg.)

Kriminalprävention

Internationale Projektsammlung

Ausgewählte Dokumente aus dem „Infopool Prävention“

Bundeskriminalamt Wiesbaden 2000

Redaktion:

Jörg Bässmann
Jürgen Becker
Kathrin Obert

Fachbereich KI 16 -
Polizeiliche Kriminalprävention und Öffentlichkeitsarbeit

ISSN 0174-5433

Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe
und mit Genehmigung des Bundeskriminalamts

Vorwort

Mit der Loseblattsammlung „*Kriminalprävention in Deutschland und Europa – Akteure, Modelle und Projekte*“ hat das Bundeskriminalamt 1997 und 1998 erstmals ausgewählte Dokumente aus seiner präventionsbezogenen Datensammlung, dem "Infopool Prävention", einem breiten Nutzerkreis zur Verfügung gestellt.

Aus einem überarbeiteten Veröffentlichungskonzept heraus wurde Mitte diesen Jahres der erste ausschließlich nationale Band einer jährlich zu aktualisierenden Zusammenstellung von Präventionsprojekten der Länder und des Bundes unter dem Titel „*Kriminalprävention in Deutschland – Länder-Bund-Projektsammlung*“ veröffentlicht.

Dem Präventionsinteressierten liegt nunmehr die internationale Ergänzung dazu vor: In den vorliegenden Band "*Kriminalprävention - internationale Projektsammlung*" sind dem Bundeskriminalamt vorliegende bzw. gesondert erhobene Informationen zu ausgewählten ausländischen Präventionsprojekten und -initiativen eingeflossen.

Primäres Kriterium für die Auswahl der 78 dargestellten Dokumente war zunächst einmal, dass diese bislang noch nicht in der Sammlung ausgewählter Projekte und Initiativen veröffentlicht wurden. In einem weiteren Schritt fand eine Selektion vorrangig nach solchen Projekten und Initiativen statt, die positive Wirkungen aufweisen können. Projekte in der Konzeptions- oder Einführungsphase wurden vor allem dann aufgenommen, wenn sie für die kriminalpräventive Diskussion herausragende Bedeutung aufweisen. Exemplarisch ist hier das nationale Programm zur Reduktion der Kriminalität in Großbritannien zu nennen. Wie in den vorherigen Veröffentlichungen ausgewählter Dokumente aus dem "Infopool Prävention", werden auch in diesem Band Institutionen dargestellt, die bei der Präventionsarbeit z.B. als weiterer Informationsmittler hilfreich sein können.

Der vorliegende Band, der erstmals auch außereuropäische Projekte und Initiativen umfaßt, ergibt weder einen auf den Zeitraum des Erhebungsverfahrens bezogenen vollständigen Überblick über die Unternehmungen in den einzelnen dargestellten Ländern, noch ist er einfaches Indiz für das jeweilig erreichte Präventionsniveau. Die Anzahl der aus den einzelnen Staaten dargestellten Projekte und Initiativen ist eher Folge der Erhebungsarbeit des Bundeskriminalamtes u.a. bei Institutionen mit

Bezug zur Kriminalprävention, Polizeidienststellen, Behörden, Ministerien und privaten Einrichtungen.

In dem Band nicht berücksichtigte internationale Projekte und Initiativen sind ohne Ausnahme in den Gesamtbestand des "Infopool Prävention" beim Bundeskriminalamt eingeflossen und insoweit einer Recherche zugänglich.

An dieser Stelle sei allen Beteiligten, die durch ihre Zuarbeit die Erstellung dieser Auswahlammlung erst ermöglicht haben, herzlicher Dank ausgesprochen.

Rainer Hofmeyer

Abteilungspräsident
Kriminalistisches Institut des Bundeskriminalamtes

Inhaltsverzeichnis

Themenbereich Drogen/Sucht.....	15
Drogenpräventionsprojekt "Cascade", Solihull.....	17
Drug Abuse Resistance Education (D.A.R.E.), USA	21
Suchtprävention in der Gemeinde.....	25
KODEX - Programm zur Suchtmittelprävention	29
Suchtpräventives Projekt "Langzeitbegleitung".....	33
Themenbereich Eigentums kriminalität	37
Prävention des Einbruchdiebstahls in Cambridge.....	39
Reduktion wiederholter Viktimisierung in Huddersfield.....	45
CRIME - STOP.....	51
Der Schlüssel für die Sicherheit Ihres Autos liegt in Ihrer Hand!.....	55
Fahrradcodierung in Österreich	59
Problemorientierte Bekämpfung von Kraftfahrzeugkriminalität in San Diego.....	61
Nationale Initiative zur Reduzierung häuslicher Einbruchdelikte	67
Themenbereich Frauen.....	71
Basler Interventionsprojekt gegen Gewalt in Ehe und Partnerschaft "Halt-Gewalt"	73
Themenbereich Gewalt.....	77
Anti-Bullying-Initiative in Norwegen	79
Gewaltprävention an belgischen Grundschulen.....	81
Gewaltprävention für Prostituierte.....	85
Operation Cease Fire, Boston	87
stop - anti-gewalt-training-salzburg	91
Verhaltenskodex zum Alkoholausschank.....	95
Anonymes Vertrauenstelefon zur Vermittlung gewaltbereiter Männer an Hilfeeinrichtungen	99
Kampagne gegen Gewaltdarstellung in den Medien	103
The Family C.A.R.E. Project.....	105
Themenbereich Jugendkriminalität/ Jugendschutz	107
Communities In Schools (CIS)	109
Code Blue Program, Fort Worth	115

Inhaltsverzeichnis

Jugendspezifische Sperrstundenverordnungen	119
SafeNight Curfew and Diversion Program, Denver/USA	123
Verbesserungen des sozialen Status von Jugendlichen und deren Familien	127
Youth Works - Programm	129
"Job and training fair", Amsterdam.....	131
National Juvenile Justice Action Plan, USA.....	133
Telefonberatung "147"	139
Themenbereich Kinder/Primärprävention.....	143
Families and Schools Together (FAST)	145
Frühes Interventionsprogramm "Gesunder Start" auf Hawaii.....	149
Perry Preschool Program.....	153
Alternatives Schulprogramm JASPER.....	157
Positive Parenting Program (Triple P)	159
Themenbereich Nachbarschaft/ Wohnumfeld.....	163
Städtisches Nachbarschaftshilfeprojekt Gent, Belgien.....	165
National Night Out (NNO).....	169
Neighbourhood Watch Association (South Australia) Inc.....	173
Themenbereich Öffentlicher Raum (incl. ÖPNV).....	177
Kriminalprävention in einem Einkaufszentrum (Dufferin Mall).....	179
Low tolerance-policing in Eskilstuna.....	183
Themenbereich Sachbeschädigung/ Vandalismus.....	189
"Look, listen and tell", Graffitibekämpfung in Rijpelberg (Helmond)...	191
Themenbereich Senioren.....	195
Ältere Bürger und Sicherheit, Amsterdam	197
Gewaltprävention für pflegebedürftige Senioren	201
Themenbereich Sexueller Missbrauch.....	205
Kampagne gegen sexuellen Missbrauch.....	207
Themenbereich Sicherheitsgefühl	209
Bevölkerungsbefragungen im Rahmen von Community Policing	211

Themenbereich Städtebauliche Prävention	215
Bauträgerprojekt	217
Themenbereich Täterbehandlung/ Wiedereingliederung	221
Hampstead School Bushband Project.....	223
Harte-Kern-Projekte.....	227
Family Group Conferences.....	229
Themenbereich Zeugen- und Helferverhalten.....	233
Crime Stoppers	235
Themenbereich Sonstiges	239
Weed and Seed	241
Policía de Proximidad	247
Problemorientierte Polizeiarbeit in Northfield (Leicestershire)	251
Australischer Preis zur Gewaltprävention	255
Freiwillige Polizeidienste in San Diego	259
Nationale Präventionsstrategie in Südafrika.....	263
Integrales Sicherheitsprogramm - Poldermodell für innere Sicherheit..	267
Nationales Programm zur Senkung der Kriminalitätsraten.....	271
Anhang	275
Themenbereich Institutionen mit fester	
Themenzuschreibung.....	277
Register of Missing Cars Foundation (VAR).....	279
Community Policing Consortium	283
Crime Prevention Coalition of America	285
Crime Prevention Unit	289
Informationszentrum für örtliche Sicherheit.....	293
International Centre for the Prevention of Crime (ICPC), Montreal	297
Interventionsstelle - Gegen familiäre Gewalt an Frauen und Kindern ...	303
Nationales kanadisches Zentrum für Kriminalprävention	309
Office of Community Oriented Policing Services (COPS).....	313
Office of Juvenile Justice and Delinquency Prevention (OJJDP), USA.	317
Regional Community Policing Institutes.....	321
Stiftung "Join Together"	323
UN-Aktivitäten im Bereich Verbrechenverhütung und Strafrechspflege	
.....	327

Inhaltsverzeichnis

VIVID - Fachstelle für Suchtprävention.....	331
---	-----

Themenbereich Gremien nach Art Kriminalpräventiver

Räte 335

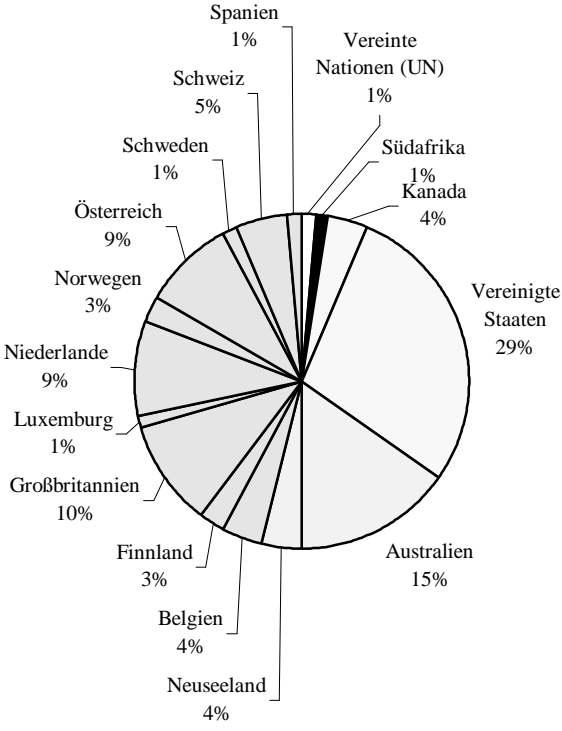
Sicherheitspartnerschaften (Safer Community Councils) in Neuseeland	337
National Crime Prevention Council, USA.....	341
Nationaler Kriminalpräventiver Rat Norwegen	345
Nationaler Rat für Kriminalprävention in Finnland	349
Partnerschaften gegen Kriminalität und Störungen der öffentlichen Ordnung	351

Stichwortverzeichnis..... 355

Zeichenerklärung

Das in den nachfolgenden Ausführungen verwendete Symbol (→) verweist auf separate Projekte in dieser Informationssammlung oder im Datenbestand des „Infopool Prävention“ des Bundeskriminalamtes.

Verteilung der dargestellten Projekte



**Themenbereich
Drogen/Sucht**

Drogenpräventionsprojekt "Cascade", Solihull

Ansprechpartner/Dienststelle

Crime Concern, Beaver House, 147 -150 Victoria Road, Swindon SN1 3BU, Großbritannien

e-mail: enquiries@crimeconcern.org.uk

Organisation

Das Drogenpräventionsprojekt "Cascade" wurde 1992 als Teil des "National Crime Reduction Programme" ins Leben gerufen und in einem Vorort von Birmingham, Solihull, durchgeführt. Die Projektverantwortung lag bei der Präventionsorganisation Crime Concern (-->).

Für einen Anfangszeitraum von drei Jahren wurde das Projekt von der Central Drugs Prevention Unit des Innenministeriums (Home Office, -->) finanziell unterstützt.

Seit dem 01.09.95 ist "Cascade" Teil des "Community Safety Programme" der Stadt Solihull. Dieses Programm gliedert sich in folgende Prioritätsbereiche: "Junge Leute" (Cascade), "Ältere Bürger", "Häusliche Gewalt", "Opferhilfe" und "Systeme zum Informationsaustausch zwischen Verwaltung und Polizei bezüglich Kriminalitätsentwicklung und polizeilicher Vorkommnisse".

Das "Cascade"-Team setzt sich zusammen aus drei hauptamtlichen Mitarbeitern, einer Halbtagskraft und zwei Studenten der Sozialpädagogik. Das Projekt läuft in Schulen, Volkshochschulen und Jugendclubs im gesamten Bezirk Solihull, auch in Kliniken und Obdachlosenheimen.

"Cascade" verfügt über ein Jahresetat von 140.000 Pfund (Stand: 1997). 30% werden von der Regierung zur Verfügung gestellt, 65 % kommen von verschiedenen Sponsoren. Hauptsponsoren sind das Department for Education, die Solihull Health Authority (Gesundheitsbehörde) und der Europäische Sozialfond. 5% des Gesamtetats erwirtschaftet "Cascade" selbst.

Im Rahmen des Projektes "Cascade" setzt man auf eine wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit. Die einzelnen Aktivitäten werden grundsätzlich an die lokale Presse herangetragen und umfassend veröffentlicht. U.a. wird der "Cascade"-Jahresbericht von einem professionellen Werbe- und Graphikbüro erstellt.

Konzeptioneller Ansatz

"Cascade" wurde konzipiert, um von Peergruppen (Gleichaltrigengruppen) geleitete Drogen- und Suchtaufklärung in formellen und informellen Bereichen zu entwickeln.

Die Hauptziele von "Cascade" sind:

- Einschränkung des Gebrauchs und Mißbrauchs von Suchtmitteln durch Jugendliche und
- Minimierung der Gesundheitsrisiken beim Gebrauch von Drogen.

Diese Ziele werden durch den Einsatz von jugendlichen Freiwilligen verfolgt, da davon ausgegangen wird, daß sich Jugendliche eher durch gleichaltrige Jugendliche über Suchtmittel und ihre Wirkung bzw. Schädlichkeit informieren, belehren und beeinflussen lassen.

Ferner will "Cascade" Problembewußtsein bei Schulleitung, Lehrerkollegium und Eltern wecken. Es bietet auch Beratung und Hilfe für Schulen an, wenn Drogenprobleme auftreten.

Das Projekt verfolgt nicht den Ansatz "Say no to drugs". Stattdessen sollen die "Cascade"-Helfer andere Jugendliche dazu motivieren, ihre eigene, auf Fakten beruhende Entscheidung hinsichtlich eines möglichen Drogenkonsums zu treffen.

Das Hauptarbeitsfeld von "Cascade" stellen Schulen dar. Es soll jedoch auch vermehrt auf "informelle" Arbeitsfelder, wie Jugendclubs, Diskos etc. zugegangen werden.

Nachdem die 14- bis 25jährigen freiwilligen "Cascade"-Helfer 10 Wochen lang wöchentlich einen Trainingsabend besucht haben, führen sie an Schulen

oder Jugendclubs in der Regel in Begleitung von "Cascade"-Mitarbeitern kurze Workshops (innerhalb und auch außerhalb des normalen Unterrichts) durch. Die "Cascade"-Helfer arbeiten in Teams von drei bis fünf Personen in Klassen, deren Schüler ein oder mehrere Jahre jünger sind als sie selbst. Bevor sie in den Schulen aktiv werden, erfolgt eine Sicherheits-Überprüfung durch die Polizei.

Die angewandten Methoden umfassen "aktive Lerntechniken", wie Fragespiele und Rollenspiele. Andere Ansätze in den Schulen sind von den Freiwilligen entwickelte "drop inn"-Informationsstellen, sog. Roadshows, die Schulen in der Mittagspause besuchen, Fragebogenaktionen, Flugblätter zu sechs verschiedenen Themenkomplexen, Videos für Schüler und Eltern, Postkarten und Poster sowie eine Seite im Internet. Ein Cybercafe war ebenfalls geplant.

Sachstand/Ergebnisse

Mit dem Projekt "Cascade" wurden bis Oktober 1997 17 und damit zwei Drittel der Schulen von Solihull erreicht, wobei sich dies auf kurzfristige Auftritte (Workshops) bezieht. Selbstständig arbeitende Schulgruppen waren bis zu diesem Zeitpunkt eine noch nicht erreichte Zielvorstellung.

An vielen Schulen gibt es inzwischen Verbindungslehrer zu "Cascade", um damit dem passiven Verhalten der Lehrerschaft gegenüber "Cascade" entgegenzuwirken. Für die Lehrerkollegien werden ganz- oder halbtägige Fortbildungsveranstaltungen angeboten.

Elternarbeit wird von der Schule organisiert und findet in Form von Elternabenden statt, bei denen Vertreter von "Cascade" und Polizei gemeinsam auftreten und über das Projekt informieren.

Bis 1999 wurden mit etwa 200 ausgebildeten Freiwilligen mehr als 8.000 Jugendliche erreicht. Die Helfer halten regelmäßig Kontakt zum "Cascade"-Büro und werden weiter geschult und überprüft.

Im Rahmen einer Evaluation wurde deutlich, daß mehrere Freiwillige der ersten Stunde Raucher sind, weil der Schwerpunkt zunächst nur auf illegale Drogen gelegt wurde, sich aber zunehmend in Richtung Alkohol und Rauchen verschob. Deshalb waren spezielle Raucherentwöhnungsprogramme

für diese Personengruppe geplant, um zu vermeiden, daß diese "Cascade"-Helfer an Glaubwürdigkeit einbüßen.

Auch arbeitslose Jugendliche werden im allgemeinen nicht erreicht, da "Cascade" überwiegend in von diesen nicht genutzten Institutionen aktiv ist. Die Einstellung eines Sozialarbeiters für aufsuchende Jugendarbeit durch die Kommune sollte hier Abhilfe schaffen.

Der Evaluationsbericht kritisierte zudem das Finanzierungssystem für "Cascade", da Geldmittel projektspezifisch zu beantragen sind und damit die Gewährung nicht immer gesichert ist.

Inwieweit die 1997 in Solihull verzeichneten Rückgänge der Beschaffungskriminalität und der Jugendkriminalität auf "Cascade", das "Community Safety Programme" mit seinem ganzheitlichen Ansatz oder andere Faktoren zurückzuführen sind, ist nicht geklärt. Zumindest die "Erfolge" im Bereich Jugendkriminalität lagen innerhalb des nationalen Durchschnitts.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Baudis, Irmgard / Stiefel, Gerd: Informationsaufenthalt im Birmingham vom 25. bis 27.10.1997.
(Hg.): Initiative Sicherer Landkreis e.V., Waiblingen
Crime Concern (Hg.): Annual Review 1998

Drug Abuse Resistance Education (D.A.R.E.), USA

Ansprechpartner/Dienststelle

D.A.R.E. America, P.O. Box 512090, California 90051-0090, Vereinigte Staaten

Internet: <http://www.dare.com>

Organisation

Das Programm "Drug Abuse Resistance Education (D.A.R.E.)" wurde 1983 in Zusammenarbeit mit dem Police-Department und der Vereinigten Schulbehörde der Stadt Los Angeles erarbeitet.

Für das Gebiet der Vereinigten Staaten wurden 5 "Regional Training Centers" (RTC's) eingerichtet. Es handelt sich dabei um das "Eastern RTC" in Richmond/Virginia, das "Southeastern RTC" in Raleigh/North Carolina, das "Midwestern RTC" in Springfield/Illinois, das "Southwest RTC" in Phoenix/Arizona und das "Western RTC" in Los Angeles/California. Diese RTC's übernehmen die Ausbildung der zukünftigen D.A.R.E.-Officers für die jeweiligen Staaten.

Hauptsächlich finanziert sich das Programm aus den Haushalten der Polizei und der Schulverwaltungen. Darüberhinaus fördert der Verein "D.A.R.E. Amerika", der auch die nationale Koordination des Programmes obliegt, das Programm. Die Kosten pro Kind (von der Zeit des Kindergartens bis zur 12. Klasse) werden mit 12,5 US-Dollar angegeben. Der Kostenanteil für Allgemeines und Verwaltung, d.h. der Kostenanteil, der nicht in die eigentlichen Programmaktivitäten fließt, lag 1996 bei 0,3%.

Konzeptioneller Ansatz

Mit dem D.A.R.E.-Programm wurden 1983 in den USA neue Wege beschritten, Polizeibeamte in Schulen einzusetzen, um Kindern drogenpräventive Elemente zu vermitteln.

D.A.R.E. zielt darauf ab, das Drogenproblem über die Reduzierung der Nachfrage anzugehen, indem man die Kinder dazu erzieht, "Nein!" zu Drogen zu sagen.

Kindern und Jugendlichen soll die Fähigkeit vermittelt werden, die offenen und versteckten Versuchungen, zur Droge zu greifen, zu erkennen und ihnen zu widerstehen. Das Programm zielt dabei nicht nur auf illegale Drogen, sondern auch auf die legalen Drogen wie Alkohol und Tabak und wurde zudem auf den Bereich der Banden- und Gewaltprävention erweitert.

Zielgruppen sind Kinder und Jugendliche vom Kindergartenalter bis hin zur 12. Schulklasse, wobei schwerpunktmäßig mit 11- bis 12-jährigen Schülern der Klassenstufen 5 und 6 gearbeitet wird. Während der 5 Unterrichtsstunden, die der Lehrplan für Kindergarten und Schule bis zur 4. Klasse vorsieht, sollen die Kinder systematisch an die Besuche des D.A.R.E.-Officers gewöhnt werden. Der Lehrplan für die Hauptzielgruppe umfaßt 17 Unterrichtsstunden. Hier lernen die Jugendlichen Situationen kennen, die zum Drogenkonsum führen können, sowie Möglichkeiten, dem zu widerstehen. In den Klassenstufen 7 und 8 werden 10 Unterrichtsstunden angesetzt, in der 9. Klasse reduziert sich die Stundenzahl auf 5. Hier sollen vor allem die Wertvorstellungen gefestigt werden, die in den vorangegangenen Klassenstufen vermittelt wurden.

Bei dem Programm wird weitgehend die herkömmliche "Angsttaktik" vermieden. Anstelle dessen sollen Polizeibeamte mit ihrem Vortrag bei den Kindern ein Selbstwertgefühl aufbauen und sie lehren, eigene Entscheidungen zu treffen. Positive Alternativen zum Drogenkonsum werden aufgezeigt.

Arbeitsschwerpunkte sind:

- umfassendes Erziehungs- und Verhaltenstraining zur Stärkung der Selbstachtung und des Selbstbewußtseins (langfristig angelegt),
- Vermittlung von Handlungsanleitungen und Wissen, um Drogenangeboten widerstehen zu können,
- langfristig angelegte Unterrichtstätigkeit flächendeckend an allen Schulen (Institutionalisierung),

- kontinuierlich durchgehende Arbeitsweise; Suchtprävention wird nicht der Initiative der jeweiligen Schule überlassen.

Begleitend zum Lehrprogramm werden Abendveranstaltungen für Eltern durchgeführt, um sie zur Zusammenarbeit zu motivieren. Ebenso wird das Programm kommunalen Vereinigungen, Vereinen und sonstigen Bürgerzusammenschlüssen vorgestellt. Aus diesen Gruppierungen fließen dem Programm oftmals finanzielle Mittel zu.

Ergänzt werden die Lehrpläne seit 1993 von der "D.A.R.E. + P.L.U.S. (Play and Learn Under Supervision)" - Komponente, die den Schülern der 6. bis 8. Klasse Freizeitaktivitäten auf überwachtem Schulgelände anbietet.

Polizeibeamte werden in einer 80-stündigen Ausbildung auf ihre Rolle als D.A.R.E.-Instructor, erfahrene Kräfte mit einer 40-stündigen Fortbildung auf ihre Lehrtätigkeit an High Schools vorbereitet.

Sachstand/Ergebnisse

D.A.R.E. wird seit 1998 in allen 50 Staaten der USA durchgeführt. Mehr als 10.000 Gemeinden und umgerechnet 75% aller Schulbezirke sind eingebunden. 1999 soll D.A.R.E. mehr als 26 Millionen Kinder und Jugendliche erreichen. Die Zahl der D.A.R.E.-Instruktoren liegt bei 33.000 (März 1998). Seit 1988 ist ein Tag im Jahr nationaler D.A.R.E.-Tag.

Über die USA hinaus sollen 1999 mehr als 35 Millionen Kinder und Jugendliche in 44 Ländern von den Programmaktivitäten profitieren.

Das Programm hat u.a. auch deshalb einen besonderen Stellenwert, weil ein großer Teil der Kriminalität in den USA drogenbezogen ist. Mehr als 60% der 1997 in 20 US-Großstädten festgenommenen Erwachsenen war positiv auf Drogen getestet worden.

Seit 1998 vergibt der Board of Directors of D.A.R.E. America im Rahmen einer jährlichen Ausschreibung ein 20.000 US-Dollar-Stipendium. Bewerber können sich D.A.R.E.-Officers.

Auf der Basis von D.A.R.E.-Unterlagen belegen Langzeitstudien in den USA, daß das D.A.R.E.-Programm sein Ziel, den Schülern beim Aufbau

einer Widerstandskraft gegen den Gruppenzwang und die Verführungen des Drogenkonsums zu helfen, erreicht. Weitere positive Effekte sind demnach u.a. Eindämmung von Vandalismus, teilweise Verbesserung von schulischen Leistungen, mehr Toleranz gegenüber ethnischen Gruppierungen und Verbesserung des Ansehens der Polizei.

Andere Quellen kommen nicht zu einer solch positiven Bewertung: So wird bei Sherman u.a. darauf hingewiesen, daß D.A.R.E. in seiner gebräuchlichen Form den Substanzmißbrauch nicht merklich reduzieren kann ("does not reduce substance use appreciably"). Bislang nicht evaluiert wurden allerdings die überarbeiteten D.A.R.E.-Lehrpläne mit ihren aufbauenden Unterrichtseinheiten in den höheren Schulklassen. Aus der Erkenntnis heraus, daß Programme wie D.A.R.E. am wirkungsvollsten sind, wenn sie über längere Zeit eingesetzt werden, wird die Notwendigkeit weiterer Evaluationen gesehen.

Das Programm D.A.R.E. diente als Vorbild für das Drogenpräventionsprogramm "R.A.U.S." (Rauschgiftaufklärung An Unserer Schule, -->) in Thüringen.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Bureau of Justice Assistance (BJA) Bulletin: Community Policing and D.A.R.E.: A Practitioner's Perspective. Washington, Juni 1995.

Bureau of Justice Assistance (BJA) Fact Sheet: Drug Abuse Resistance Education (D.A.R.E.). Washington, September 1995.

D.A.R.E. America (Hg.): Informationsblätter, Stand: 11.03.98.

D.A.R.E. America (Hg.): Internetauszüge, Juni 1999

Dölling, Dieter: Drogenprävention und Polizei. BKA-Forschungsreihe, Band 34. Wiesbaden 1996, Seite 432ff.

Innenministerium Baden-Württemberg (Hg.): Kommunale Kriminalprävention. Stuttgart 1996, Seite 71 - 74.

Sherman, Lawrence W. u.a.: Preventing Crime. What Works, What Doesn't, What's Promising. Hg.: U.S. Department of Justice/Office of Justice Programs. Februar 1997.

Suchtprävention in der Gemeinde

Ansprechpartner/Dienststelle

Centre de prévention des toxicomanies, 3, rue du Fort Wallis, L - 2714
Luxembourg, Luxemburg

Organisation

In das Projekt "Suchtprävention in der Gemeinde" waren in der Pilotphase von Juli 1996 bis Dezember 1997 sieben luxemburge Gemeinden (Beckerich, Düdlingen, Echternach, Roeser, Rümelingen, Steinsel und Wellenstein) eingebunden. In den einzelnen Gemeinden wurden aus Freiwilligen bestehende Präventionsgruppen gebildet.

Das Präventionszentrum (Centre de prévention des toxicomanies) ist zuständig für die Koordination und Weiterbildung der Präventionsgruppen. Diese führen in ihren Gemeinden bedarfsgerechte, gezielte suchtpräventive Aktionen durch.

Das Projekt wurde von der Europäischen Kommission unterstützt und mitfinanziert.

Die Evaluation wurde vom Zentrum für empirische Forschung der Universität Koblenz-Landau durchgeführt.

Konzeptioneller Ansatz

Die Grundlage der präventiven Arbeit bildet die Berücksichtigung von legalen und illegalen Drogen sowie die Einbeziehung von Jugendlichen und Erwachsenen unter dem Motto "Suchtprävention geht uns alle an". Es handelt sich um einen systematischen und gemeindegetragenen Ansatz unter Berücksichtigung der Gesundheitsförderung. Die Zielsetzung des Projektes liegt in der Etablierung suchtpräventiver Strukturen in der Gemeinde und der Sensibilisierung der Verantwortlichkeit der Gemeindemitglieder. Neben der Vermittlung von Informationen sollen die Bürger angeregt werden, über das Thema zu diskutieren, nachzudenken und aktiv bei der Umsetzung der

suchtpräventiven Aktionen mitzuwirken. Anvisiert werden nicht nur suchtmittelspezifische Einstellungs- und Verhaltensänderungen, sondern vor allem das Erkennen und Verändern risikoreicher und schützender Bedingungen im Umfeld der Familie, Schule und Gemeinde.

Der suchtpreventive Ansatz dieses Projektes basiert auf aktuellen Modellen, die sich bereits in der Praxis als effektiv herausgestellt haben. Folgende Schwerpunkte kennzeichnen das Projekt:

- der gemeindegetragene Ansatz, der die spezifischen Gegebenheiten der Gemeinde und deren Strukturen nutzt und die Eigenverantwortlichkeit der Gemeindemitglieder stärkt,
- der gesundheitsförderliche Ansatz unter Berücksichtigung von Risiko- und begünstigten Faktoren beim Individuum und seinem Umfeld,
- der globale Ansatz der die komplexe Verknüpfung der verschiedenen Lebensbereiche mit berücksichtigt und auf verschiedenen Ebenen ansetzt,
- der systematische Ansatz, der die komplexe Dynamik und Wechselwirkung von Personen und Gruppen nutzt, um Änderungen herbeizuführen,
- ein zielgruppenorientiertes Vorgehen,
- der evaluierte Ansatz, der es ermöglicht, die Wirksamkeit der gemeindegetragenen Aktionen nachzuweisen und einer qualitätssichernden kontinuierlichen Verbesserung der suchtpreventiven Maßnahmen und deren strukturellen Verankerung auf kommunaler Ebene dient.

Die Aufgaben des Präventionszentrums (Centre de prévention des toxicomanies) bestehen in

- der Koordination der suchtpreventiven Arbeit,
- dem Informationsangebot über alle Bereiche der Suchtprevention,

- der Sensibilisierung der Bevölkerung für die Drogenproblematik,
- der Multiplikatorenschulung (Eltern, Lehrer, Erzieher, usw.),
- der Zurverfügungstellung des didaktischen Materials,
- der Initiierung von Projekten und
- der Erleichterung des Zugangs zu den Hilfsangeboten (z.B. Suchttelefon).

Sachstand/Ergebnisse

Die Gemeindemitglieder wurden im Rahmen einer Bedarfserhebung und der Evaluation zu Beginn und nach einem halben Jahr befragt.

Etwa die Hälfte der Befragten (50%) konnte mit den Aktionen erreicht werden. Lediglich 10% der Befragten nahmen jedoch selbst daran teil. Das Projekt hat generell Einfluß auf die Kommunikation über das Thema Sucht genommen. Dabei setzten Gespräche teilweise vor dem Beginn der eigentlichen Aktionen ein. Bei der Kommunikation zwischen den Jugendlichen und ihren Eltern konnte ein kontinuierlicher Anstieg festgestellt werden. Die Sensibilität gegenüber der Suchtgefahr nahm bei den Befragten zu. Dabei wurde nicht nur die Gefährlichkeit der illegalen und legalen Drogen höher eingeschätzt, sondern auch alltagsnahe Tätigkeiten und Konsumprodukte wurden kritischer gesehen. Im Konsumverhalten sind bisher keine generellen Tendenzen feststellbar. Lediglich in den Untergruppen zeigten sich vereinzelte Veränderungen. So hat z.B. der Zigarettenkonsum bei den 26 bis 40-jährigen abgenommen. Bei den Problembewältigungsstrategien traten keine Veränderungen auf.

Das Projekt wird unter Berücksichtigung der Stabilisierung der aufgebauten Strukturen weitergeführt und auf sechs neue Gemeinden ausgeweitet.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Uwe Ch. Fischer; Winfried Krieger: "Suchtprävention an der Gemeng. Entwicklung, Durchführung und Evaluation eines Modells zur gemeindeorientierten Suchtprävention". 1998

Europäisches Zentrum für Kriminalprävention (Hg.): Die Kriminalprävention. Europäische Beiträge zu Kriminalität und Prävention. Drogenprävention in der Gemeinde. Seite 108. Ausgabe 3/1999

KODEX - Programm zur Suchtmittelprävention

Ansprechpartner/Dienststelle

KODEX - Verein Thurgau KTG, Neuhauserstrasse 37 b, CH - 8500 Frauenfeld, Schweiz

Organisation

Das KODEX-Programm ist eine Initiative zur Förderung freiwilligen Verzichts auf Alkohol, Tabak und Drogen.

Die Teilnahme am Programm ist kostenlos und nicht an eine Mitgliedschaft im Verein gebunden. Die Kosten werden von den politisch und konfessionell neutralen KODEX - Vereinen getragen. Die Mitglieder des Vereins unterstützen dies mit ihrem Jahresbeitrag. Darüber hinaus wird das Präventionsprogramm durch finanzielle Beiträge der Oberstufengemeinde Frauenfeld, der Landeskirchen und verschiedener Frauenfelder Firmen unterstützt.

Konzeptioneller Ansatz

Die Grundidee des KODEX-Programmes, das seit 1989 angeboten wird, liegt darin, daß derjenige, der in der heutigen Konsumgesellschaft freiwillig auf Alkohol und Tabak verzichtet, den Medikamentenmißbrauch vermeidet und keinerlei Kontakte zu illegalen Drogen eingeht, Anerkennung verdient und belohnt werden soll. Der freiwillige Verzicht wird in den vier Kodex-Regeln näher beschrieben:

- Teilnehmer am KODEX-Programm konsumieren keinerlei Tabak- oder Raucherwaren.
- Sie vermeiden jeglichen Umgang mit sowie den Konsum aller Rauschgifte.

Drogen/Sucht

- Sie verzichten auf die Einnahme alkoholischer Getränke jeder Art. In der dritten Stufe ist der geringe Konsum leicht alkoholhaltiger Getränke in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften möglich. Die Einnahme von Nahrungsmitteln und Medikamenten, die Alkohol in geringen Mengen enthalten, ist gestattet.
- Sie unterlassen den Mißbrauch von Medikamenten. Die Verwendung von Medikamenten mit Einwilligung der Eltern oder auf Verordnung des Arztes ist erlaubt.

Der Einstieg in das dreistufige Präventionsprogramm KODEX erfolgt in der Regel im 7. Schuljahr, jeweils im Februar. Die Teilnehmer, 13 - 17jährige Jugendliche, können sich nach eigenem Ermessen zwischen einem und drei Jahre am Programm beteiligen. Die Schüler verpflichten sich per Handschlag, die Regeln freiwillig und auf der Basis einer Selbstkontrolle, einzuhalten.

Zwischen den einzelnen Stufen sind jeweils Denkpausen eingebaut, die es den Teilnehmern ermöglichen sollen, in Ruhe über die Fortsetzung des Programmes nachzudenken. Der Ausstieg ist jederzeit möglich. Wer einmal über die Alkohol- oder Tabakregel strauchelt, erhält über die einmalige Wiedereinstiegsmöglichkeit eine 2. Chance, das Programm fortzusetzen. Die betreffende Stufe muß allerdings wiederholt werden.

Nach erfolgreichem Durchlauf der ersten Stufe erhalten die Teilnehmer als Belohnung die bronzene Erinnerungsmedaille vom KODEX-Verein Thurgau, nach der zweiten Stufe die silberne und nach der dritten Stufe die goldene Auszeichnung. Seit 1994 darf zudem jeder Jugendliche, der das gesamte Programm absolviert hat einen selbst ausgewählten Lebensbaum pflanzen, der nach Abschluß des Programmes eine zusätzliche Stütze sein soll. Eine weitere Möglichkeit des Abschlusses sind der Erwerb einer beitragsfreien Juniorenmitgliedschaft. Wer sich stärker engagieren will, kann sich zudem als Bezugsperson (Multiplikator) zur Verfügung stellen.

Das Programm und die Medaillen sind gesetzlich geschützt. Ziel des Schutzes ist, daß unter dem Namen KODEX nur das Programm angeboten wird, welches in den Statuten des Vereins festgelegt ist.

Sachstand/Ergebnisse

Die Bemühungen des Vereines werden von öffentlichen und privaten Kreisen geschätzt und anerkannt:

- 1991 wurde KODEX vom Regierungsrat durch einen Beitrag aus dem Lotteriefonds unterstützt.
- 1993 hat KODEX den Anerkennungspreis der Stadt Frauenfeld erhalten.
- Das Kantonale Gesundheitsamt, der Verband für Suchtprävention und Suchthilfe Unterthurgau und die Oberstufengemeinde Frauenfeld zahlen einen Beitrag an jede Auszeichnung für die Jugendlichen.
- Mit Beteiligung der Oberstufengemeinden von Aadorf, Diessenhofen, Rickenbach und Eschenz hat dieses Präventionsmodell im März 1995 eine erste Ausdehnungsphase im Kanton erreicht. Bis November 1998 sind bereits über 300 erwachsene Mitglieder den fünf KODEX-Vereinen beigetreten.
- 1998 hat der KODEX-Verein Thurgau aus Zürich den Aeberhardt-Preis für Gesundheitsförderung erhalten.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß der Vertrauenscredit von den Jugendlichen geschätzt wird und bei vielen als zusätzliche Motivation zur Absolvierung des Programmes wirkt. Das Echo auf das Präventionsprogramm, an dem bisher 1.125 Schüler aus etwa 50 Wohngemeinden unterschiedlich lange teilgenommen haben, beweist, daß dieses Dreistufenprogramm von den Jugendlichen angenommen wird und in der Praxis funktioniert. 1998 konnte KODEX vierfaches Jubiläum feiern, indem das Programm seit 10 Jahren durchgeführt wird, der 1.000ste Jugendliche im März eingestiegen, im Herbst die 1.000ste Anerkennungs-Medaille ausgegeben und der 100ste Lebensbaum gepflanzt wurde. Insgesamt wurden bisher (Stand Mai 1999) 1.373 Auszeichnungen verliehen und 165 Lebensbäume gepflanzt.

Eine 1997 durchgeführte Befragung unter den 120 Goldabsolventen des KODEX - Programms ergab, daß KODEX für eine Mehrheit vor allem eine

Drogen/Sucht

Rückenstärkung, insbesondere durch "Nein" sagen lernen beim Alkoholkonsum in der Gruppe, war. Für etwa 60% der Befragten stellte das Programm eine Orientierungshilfe während der Pubertät dar. Bei etwa 44% war eine Stärkung des individuellen Selbstvertrauens empfunden worden.

Als Hauptgründe für eine Teilnahme wurde überwiegend genannt:

- KODEX sei eine gute Idee, eine gute Sache,
- Stärkung des Selbstvertrauens, um nicht in suchtspezifische Probleme zu geraten,
- Herausforderung und Neugier.

Zum Zweck der gezielten Förderung des KODEX - Programms wurde im Frühjahr 1999 eine KODEX - Stiftung (-->) gegründet.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

KODEX - Wer freiwillig auf Suchtmittel verzichtet wird belohnt! Kurzbeschreibung des Präventionsmodells. Frauenfeld. Januar 1998
Schreiben des KODEX-Verein Thurgau KTG vom 07.06.99 mit Anlagen
Dokumentation KODEX 1998. 10 Jahre Suchtmittel-Prävention

Suchtpräventives Projekt "Langzeitbegleitung"

Ansprechpartner/Dienststelle

Bundespolizeidirektion Wien, Kriminalpolizeilicher Beratungsdienst – Suchtpräventionsgruppe, Damböckgasse 4/3, A-1060 Wien, Österreich

Organisation

Zur Suchtprävention werden in den verschiedensten Schultypen ab der siebenten Jahrgangsstufe im März 1999 vier Langzeitbegleitprojekte mit jeweils einer Klasse (Klassenstärke ca. 25 Schüler) betrieben.

Die Langzeitbegleitungen werden in Kooperation von Kriminalpolizeilichem Beratungsdienst (-->) und Jugendamt durchgeführt. Eingesetzt sind ein Polizeibeamter und eine diplomierte Sozialarbeiterin.

Die Dauer eines Projektes beträgt mindestens ein Semester. Als geeigneter wird jedoch ein Zeitrahmen von zwei Jahren (7. und 8. Jahrgangsstufe) angesehen.

Am Beginn eines Projektes werden Informationsveranstaltungen für die zuständigen Lehrer (drei Stunden) abgehalten. Die jeweiligen Klassen werden (je nach Zulässigkeit der Dienstzeit) kontinuierlich alle zwei bis drei Wochen für zwei Stunden kontaktiert. Alle zwei Monate treffen sich die Eltern der Schüler für zwei Stunden zur Sensibilisierung der Thematik ("Suchtprävention").

Unterrichtsmaterialien werden von der Bundespolizeidirektion Wien zur Verfügung gestellt. Weitere Kosten entstehen nicht.

Eine wissenschaftliche Begleitung ist 1999 – aus Kostengründen – nicht möglich.

Konzeptioneller Ansatz

Die Langzeitbegleitung verfolgt drei Zielrichtungen:

- Mit den Jugendlichen soll ein fundiertes Wissen zu den Themen „Selbstwert und Selbstvertrauen, Konfliktfähigkeit, Kommunikation, Lebens- und Genussfähigkeit“ (Grundsteine einer möglichen Suchtentwicklung) erarbeitet werden. Dadurch kann sich Akzeptanz und Toleranz gegenüber anderen Menschen sowie eine Stärkung der Persönlichkeiten entwickeln, so daß sich die Jugendlichen selbst suchtpreventiv verhalten und in ihrem Umfeld (Schule, Freizeit- und Familienbereich) Einfluss darauf nehmen.

Aber auch aktuelle Themen und persönliche Probleme werden aufgegriffen und verarbeitet.

- Die Eltern sollen durch entsprechende Sensibilisierung in die Lage zu versetzt werden, die Entwicklung ihrer Kinder während der Pubertät positiv zu beeinflussen.
- Den Lehrern soll vermittelt werden, daß Suchtprevention auch ohne viel Aufwand und fächerübergreifend möglich ist. Ein weiteres Ziel ist die Aufklärung hinsichtlich rechtlicher Aspekte.

Zielgruppe des Projektes sind Schüler des Sekundarbereiches im Alter zwischen 13 und 15 Jahren, sowie deren Eltern und zuständige Lehrer. In enger Kooperation arbeiten Lehrer und Eltern, Schularzt, zuständiger Kontaktbeamter der Polizei und das zuständige Jugendamt zusammen.

Maßnahmen und Arbeitsschwerpunkte des Projektes liegen im

- Hinterfragen bestehender Meinungen,
- kritischen Betrachten des persönlichen Konsumverhaltens,
- ursachenorientierten Bearbeiten von süchtigem Verhalten sowie Drogenkonsum (legal/illegal),

- Betrachten sozialer und rechtlicher Aspekte von Sucht.

Die Arbeitsschwerpunkte bei den Schülern liegen in der Persönlichkeitsstärkung und Befähigung zur Konfliktbewältigung durch Aufzeigen von Alternativen zur Sucht sowie Besprechungen der Themen, "Gefühle äußern", "Empfindungen", "Hinhören", "Hinschauen", "Fühlen", "Ansprechen", "dem Leben einen Sinn geben", "genießen können" und "Rituale".

Bei den Elterninformationen werden meist in Kleingruppen die Themen Suchtentwicklung und präventive Maßnahmen sowie Entwicklungsphasen der Jugendlichen erläutert. Desweiteren werden das persönliche Konsumverhalten sowie soziale und rechtliche Aspekte von Sucht kritisch betrachtet.

Die Informationsveranstaltungen für Lehrer werden in Kleingruppenarbeit als Informationsvortrag und in Diskussionsform durchgeführt.

Sachstand/Ergebnisse

Von vielen Schulen werden Bedarfsmeldungen für dieses Projekt registriert. Seitens der Lehrer und Schulleiter sind äußerst positive Rückmeldungen zu verzeichnen. Die Projekte werden durch den Stadtschulrat und Schulpsychologischen Dienst akzeptiert und unterstützt. Es ist ein Rückgang von spezifischen Problemen und dadurch weniger Intervention in den Projektklassen zu erkennen; das Sozialverhalten unter Schülern erscheint verbessert.

Durch die kontinuierliche und intensive Betreuung von Schülern, Eltern und Lehrern ist der Zeitaufwand sehr hoch. Aus diesem Grund kann nur eine begrenzte Anzahl von Klassen in das Projekt aufgenommen werden.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Schreiben der Bundespolizeidirektion Wien, Kriminalpolizeilicher Beratungsdienst/
Jugendpolizei, mit Anlagen vom 04.03.99
Telefax des Bundesministeriums für Inneres der Republik Österreich vom 04.03.99 mit Anlagen

Themenbereich
Eigentumskriminalität

Prävention des Einbruchdiebstahls in Cambridge

Ansprechpartner/Dienststelle

Home Office, Research, Development and Statistics Directorate, Policing and Reducing Crime Unit, 50 Queen Anne's Gate, London SW1H 9AT, Großbritannien

Internet: <http://www.homeoffice.gov.uk>

Organisation

Die Universitätsstadt Cambridge hat 1994 unter dem Titel "Domestic Burglary Task Force (DBTF)" eine Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des häuslichen Einbruchdiebstahls in Cambridge eingesetzt.

Die Zusammensetzung der DBTF erfolgte ressortübergreifend (multy agency-Ansatz) unter Beteiligung des Stadt- und Grafschaftsrates, der Polizei, der Bewährungshilfe, der Opferhilfe sowie der Universität Cambridge.

Die DBTF war organisatorisch eine Arbeitsgruppe der seit 1992 bestehenden stadtweiten "Safer Cambridge Steering Group", die sich zum Ziel gesetzt hatte, Kriminalität in Cambridge zu verringern und die kommunale Sicherheit zu verbessern.

Die Organisation entsprach insoweit der kriminalpräventiver Räte in Deutschland.

Konzeptioneller Ansatz

Die DBTF hatte den Auftrag, den Umfang häuslichen Einbruchdiebstahls in Cambridge zu erheben sowie Strategien zur Prävention des Deliktes zu erarbeiten und umzusetzen.

Eigentumskriminalität

Das Vorgehen erfolgte in drei Schritten: (1) einer umfassenden Datenerhebung, (2) der Erarbeitung eines ganzheitlichen Maßnahmenkataloges sowie (3) dessen (weitgehender) Umsetzung.

Die vom Home Office finanzierte Evaluation des Projektes setzte mit dem Beginn der Umsetzung von Maßnahmen ein.

Der äußerst umfassende Datenerhebungsprozeß fand zwischen Juli 1994 und Dezember 1995 statt und umfaßte u.a.

- in einer ersten Phase die Sammlung von Einbruchsdaten der Jahre 1993/94 durch die Forschungsgruppe des Grafenschaftsrates von Cambridge,
- in einer Zwischenphase die Herausarbeitung zukünftiger Programmgebiete in Form von Bezirken, die durch besondere Deliktshäufungen auffielen (Castle und Arbury als sog. "targeted wards") sowie stärker eingegrenzten Brennpunkten ("hot spots"),
- in einer zweiten Phase die eher auf polizeilichen Quellen beruhende detailliertere Einbruchsdatensammlung in diesen Zielgebieten.

Methoden, die im Rahmen des Gesamtprozesses zur Anwendung kamen, waren u.a.:

- geografische Analyse polizeilich registrierter Einbruchsdiebstähle inclusive wiederholter Taten (repeat offences) u.a. unter Nutzung von GIS-Software. Im Rahmen dieses Prozesses konnte die These gestützt werden, daß Gebiete mit hohen Belastungsraten tendenziell höhere Raten wiederholter Viktimisierung aufweisen;
- Untersuchung polizeilicher Täterakten: Ergebnis war u.a., daß 51% der Täter aufgeklärter Einbruchsdiebstähle in einer Entfernung von weniger als 1.000 Meter und 77% in weniger als 2.000 Meter Entfernung zum Tatort wohnten;
- Interviews von Einbrechern mit Bewährungsaufgaben bzw. einsitzender Einbrecher: Ergebnis war u.a. die Wahl eines bestimmten

Brennpunktes wegen der Nähe zur Täterwohnung sowie wegen der "Attraktivität" (Zugangsmöglichkeiten, Entdeckungsrisiko etc.).

Im Anschluß an den Analyseprozeß erfolgte die Erarbeitung eines Maßnahmenbündels. Die DBTF führte drei Seminare durch, die - auf der Basis älterer amerikanischer Forschungsergebnisse zu Einbruchsdiebstählen - die Themen "verwundbare Opfer", "motivierte Täter" und "Abwesenheit fähiger Wächter" abdeckten.

Vertreter verschiedener Organisationen wurden zu einem oder mehreren diese Seminare eingeladen, um dort ihr spezifisches Wissen einzubringen.

Im Ergebnis wurde eine Vielzahl von Projekten entwickelt, die im Anschluß zum Großteil auch implementiert wurden, so z.B. zur Opferstärkung Projekte, die in Zusammenarbeit der Cambridge Police Crime Reduction Unit mit dem Employment Foundation Scheme (EFS) und der Planungsabteilung des Stadtrates umgesetzt wurden. Im einzelnen waren dies:

- Projekt "Cocoon neighbourhood watch": EFS-Mitarbeiter sollten mit den Nachbarn der Opfer sprechen, um über deren Anteilnahme den Beginn einer Nachbarschaftshilfe zu starten;
- Loan alarm: achtwöchiger, leihweiser Einsatz häuslicher Bewegungsmelder, die - offeriert von EFS-Mitarbeitern - einfach in häusliche Steckdosen einzustecken sind;
- schriftliche Präventionsinformationen für Opfer von Einbruchsdelikten;
- KeepSafe: kostenlose Installation von Sicherheitsschlössern für fest definierte einkommensschwache Gruppen durch EFS-Mitarbeiter;
- GateSafe: Angebot der Installation von Pforten auf bestimmten Zugangswegen.

Mögliche "Wächterfunktionen" sollten durch folgende Projekte angesprochen werden:

Eigentumskriminalität

- Post Watch: Postboten sollten gefahrgeneigte Situationen auf einem Formblatt der Polizei berichten;
- Neighbourhood Watch: Ein Fortbildungstag für lokale Nachbarschaftshilfe-Koordinatoren wurde veranstaltet und durch spätere Seminare in den Zielgebieten ergänzt;
- Gemeindetreffen zur Information auch bislang nichtbetroffener Bürger;
- Gezielte Streifentätigkeit (targeted patrols): Freie Einsatzzeiten der Polizei sollten wann immer möglich zur Streifentätigkeit in den Zielgebieten genutzt werden. Diese Maßnahme wurde im Rahmen der Einführung eines behördenweiten Systems des "sector policing" instrumentalisiert.

Für potentielle Täter wurde ebenfalls eine Reihe von Projekten entworfen, von denen allerdings nur ein jugendspezifisches Projekt umgesetzt wurde.

Sachstand/Ergebnisse

Trotz überaus systematischer Vorgehensweise, der Nutzung von Erfahrungen ähnlicher Projekte (vgl. z.B. Reduktion wiederholter Viktimisierung in Huddersfield; -->), der plangemäßen Implementation eines Großteils der erarbeiteten Projekte und erzielter Tatreduktionen wurden die erhofften Ziele letztlich nicht in dem erstrebten Maße erreicht. Die beiden Zielgebiete wiesen unterschiedliche Tatreduktionen auf, die z.T. erheblich geringer ausfielen als in Vergleichsgebieten oder dem gesamten Stadtbezirk.

Die Autoren der Untersuchung führen dafür mehrere mögliche Gründe an: So wurde z.B. das "sector policing" nicht nur in den Zielgebieten, sondern stadtweit eingeführt. Die implementierten Präventionsprojekte fanden z.T. nicht die gewünschte Resonanz. Als weitere Erklärung wird die nicht ausreichende Zuweisung von Programmressourcen bezeichnet ("Die Medizin war die richtige; allein die Dosierung stimmte nicht").

Von Beteiligten wurde die Einrichtung einer DBTF und die erreichten Ergebnisse positiv gewürdigt.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis war die Erkenntnis der herausragenden Rolle eines Projektverantwortlichen im Hinblick auf Motivation, Bestärkung und Lenkung einer Gruppe.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Bennett, Trevor/Durie, Linda: Preventing Residential Burglary in Cambridge: From Crime Audits to Targeted Strategies. Police Research Series, Paper 108. London 1999

Reduktion wiederholter Viktimisierung in Huddersfield

Ansprechpartner/Dienststelle

Home Office, Research, Development and Statistics Directorate, Policing and Reducing Crime Unit, 50 Queen Anne's Gate, London SW1H 9AT, Großbritannien

Internet: <http://www.homeoffice.gov.uk>

Organisation

Im Rahmen eines Home Office-Programms "Polizeioperationen gegen Kriminalität" wurde im Oktober 1993 eine sog. "Biting Back"-Initiative zur Reduktion wiederholter Viktimisierung in Auftrag gegeben. Ein auf zwei Jahre befristetes Projekt dazu wurde im Polizeibezirk Huddersfield, der geografisch größten Division der West Yorkshire Police, gestartet (Anm.: Huddersfield zeichnete sich durch eine hohe Rate wiederholter Einbrüche und Kfz-Kriminalität aus).

Neben der Polizei in Huddersfield waren in die Projektdurchführung u.a. die Home Office Police Research Group (nunmehr Policing and Reducing Crime Unit, -->) örtliche Behörden, Opferhilfe, die Universität Huddersfield, Medien und vor allem die Kriminalitätsoffer selber eingebunden.

Die Projektorganisation erfolgte nach einer Projektmanagementstruktur mit Lenkungsgruppe, Management Team, Projektmanager und einzelnen Arbeitsgruppen (Task Groups).

Der Projektstart erfolgte im September 1993 mit einer Erhebungs- bzw. Forschungsphase. Ab August 1994 schloß die Entwicklung von Kontrollansätzen an, die dann ab September 1994 implementiert wurden.

Konzeptioneller Ansatz

Mit dem Huddersfield-Projekt verband die Police Research Group das Ziel, strategische Informationen zur Prävention wiederholter häuslicher

Eigentumskriminalität

Einbruchsdiebstähle und Kfz-Kriminalität (Diebstähle von und aus Kfz) in einem großen Polizeibezirk zu gewinnen, die in standardisierter Form nachfolgend anderen Polizeien helfen sollten.

Das Projekt läßt sich kurz wie folgt skizzieren:

Eine Zielmatrix konzentrierte die Arbeit der Task Groups auf die Bereiche "Identifizierung wiederholter Viktimisierung", "Reduzierung der Opfereignung", "Stärkung fähiger Wächterschaft" (u.a. im Sinne nachbarschaftlicher Kontrolle) und "Demotivierung von Tätern".

Ein dreistufiges System (Gold, Silber, Bronze) von (Opferhilfe)Maßnahmen wurde eingeführt und nachfolgend überarbeitet, wobei die Maßnahmeintensität mit der Zahl erlittener Straftaten anstieg: Bronze bei erstmaliger Opferwerdung, Silber bei der zweiten und Gold bei der dritten.

Im einzelnen sahen die Bronze-Maßnahmen bei häuslichem Einbruch vor:

- Brief an die Opfer, UV-Markierungsstift und Ratschläge zur Kriminalprävention,
- frühzeitige Kontrolle möglicher Absatzmärkte (Second Hand-Shops etc.),
- Kontrolle des viktimisierten Objektes durch unmittelbare Nachbarn (Cocoon Watch),
- Überprüfung von Informanten,
- gezieltes Vorgehen gegen Einbrecher,
- zeitweise Zurverfügungstellung von Alarmanlagen sowie Gutscheine zur Erleichterung des Kaufs von Sicherheitsequipment,
- zügiges Instandsetzen von Einbruchsschäden sowie
- zügige Verbesserung des Sicherheitsstandards des viktimisierten Objektes.

Eine Silber-Kategorisierung führt:

- zu Besuchen des für Kriminalprävention zuständigen Beamten (Crime Prevention Officer / CPO),
- zu einem System von Personenausschreibungen (u.a. bestimmte Wiederholungstäter),
- zum Einsatz von Einbruchmeldeanlagen, die bei außerpolizeilichen zentralen Stellen auf einem Monitor auflaufen und auch die Möglichkeit des Sprachkontakts eröffnen,
- zu zweimal wöchentlicher Bestreifung des Gebietes durch Polizeikräfte.

Eine Gold-Kategorisierung führt:

- ebenfalls zu Besuchen des CPO,
- priorisierter Überprüfung gesicherter Fingerabdrücke mittels automatisierter Systeme,
- Installation von High-Tech-Equipment wie verdeckten Kameras/Alarmanlagen, verdecktem Detektionsgerät (Tracker) oder Farbstoffmarkierungen zur Täteridentifizierung,
- täglicher Bestreifung der Opferörtlichkeit.

Kritischer Erfolgsfaktor im Rahmen des Projektes war die Identifizierung wiederholter Taten. Der erste, mit der Aufnahme der Straftat beauftragte Beamte wurde daher gebeten, nach Viktimisierungen zu fragen, die innerhalb der letzten zwölf Monate erlitten wurden. Diese Information diene einzig dem Ziel, die Entscheidungsfindung hinsichtlich zu ergreifender Maßnahmen zu verbessern.

Aufmerksamkeit wurde der Fortbildung und Anleitung von Polizisten zuteil. U.a. wurde das Thema in einer zweistündigen Fortbildungsveranstaltung vertieft und den Polizisten ein Merkblatt ausgehändigt.

Sachstand/Ergebnisse

Das Projekt wird seitens des Home Office als wichtiger Meilenstein im Rahmen des Forschungs- und Entwicklungsprogramms im Bereich wiederholter Viktimisierung gesehen.

Als wesentliche Erfolge werden dem Projekt in Huddersfield zugeschrieben:

- häuslicher Einbruch konnte um 30% und Diebstahl von/aus Kfz um 20% zurückgeführt werden, wobei Anzeichen für wesentliche Verdrängungsmechanismen nicht gefunden wurden,
- Verringerungen wiederholter Viktimisierungen im Bereich häuslicher Einbruch,
- Verbesserungen in der polizeilichen Opferbehandlung.

Die ergriffenen Maßnahmen werden auch nach Ablauf der eigentlichen Projektlaufzeit fortgeführt.

Weitere Veränderungen wurden veranlaßt. So wurden die Einbruchsachbearbeiter des Kriminaldienstes mit den am Crime Information System (CIS) arbeitenden Analytikern zu einer proaktiven Einheit zusammengeführt sowie ein weiterer CPO ernannt, um die Zusammenarbeit mit den Tatortkräften zu verbessern.

1995 setzte das Home Office eine Arbeitsgruppe zum Thema wiederholter Viktimisierung ein. Es lenkte das polizeiliche Augenmerk noch stärker auf das Thema, indem es auf nationaler Ebene die Reduzierung wiederholter Viktimisierung zu einem der polizeilichen Zielmaßstäbe (Key Performance Indicators) und damit zu einem Indikator für Erfolg oder Mißerfolg polizeilicher Arbeit machte.

Eine zusammenfassende Übersicht zum Thema wiederholte Viktimisierung hat das Home Office unter dem Titel "Repeat Victimization: Taking Stock" im Mai 1998 veröffentlicht.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Anderson, David; Chenery, Sylvia; Pease, Ken: Biting Back: Tackling repeat burglary and car crime. In: Home Office. Crime Detection and Prevention Series, Paper 58. London 1994
Chenery, Sylvia; Holt, John; Pease, Ken: Biting Back II: Reducing Repeat Victimization in Huddersfield. In: Home Office. Crime Detection and Prevention Series, Paper 82. London 1997

Pease, Ken: Repeat Victimization: Taking Stock. In: Crime Detection and Prevention Series, Paper 90. London 1998

CRIME - STOP

Ansprechpartner/Dienststelle

Kantonspolizei Aargau, Beratungsstelle für Verbrechenverhütung, Tellstr. 85, CH - 5004 Aarau, Schweiz

Internet: <http://www.ag.ch/kantonspolizei>

Organisation

Die Beratungsstelle für Verbrechenverhütung der Kantonspolizei Aargau wurde 1979 gegründet. Ein Polizeibeamter ist seitdem für den Bereich des Kantons Aargau im Bereich der Verbrechenverhütung zuständig. Für die Umsetzung von eigenen Vorbeugungsprogrammen steht der Beratungsstelle jährlich ein Betrag von 17.000 schweizerischen Franken (SFr.) zur Verfügung.

Um der im Jahr 1997 stark gestiegenen Einbruchskriminalität präventiv zu begegnen, werden seit 1998 spezielle Präventionsprogramme unter dem Namen "CRIME - STOP" durchgeführt. Diese Kampagnen entstand in enger Zusammenarbeit mit einer privaten Werbefirma und Spezialisten der Kantonspolizei. Für diese Kampagne wurde von der Regierung ein Kredit in Höhe von 180.000 SFr. bewilligt.

Konzeptioneller Ansatz

Ziel von "CRIME - STOP" ist es, die Bürger im Kanton Aargau über die Möglichkeiten des Einbruchschutzes aufzuklären.

Hierzu wurden im ersten Jahr der Aktion alle etwa 200.000 Haushalte im Kanton mit einem polizeilichen Merkblatt bedient. Über eine abtrennbare Antwortkarte konnten die Empfänger Drucksachen bzw. eine individuelle Beratung anfordern. Weitere Aktionen im Rahmen der Kampagne waren u.a.:

- Eröffnung der Kampagne durch eine Medienkonferenz,

Eigentumskriminalität

- Aushang von Plakaten im gesamten Kanton zu den Themen Einbruch, Diebstahl und Gewalt,
- Ausstrahlung von Radio- und TV-Spots zu den drei Themen,
- Vergütung guter Fahndungshinweise durch Dritte mit einem symbolischem Geschenk (Telefonkarte im Wert von 5 SFr.).

1999 wird die Aktion mit den "CRIME - STOPPERS" weitergeführt. Sie stellen die Fortsetzung der 1998 begonnenen Aktion mit anderen Mitteln dar. Im März 1999 wurden hierzu im Auftrag der Korpseitung fünf speziell ausgewählte Beamte des Aussendienstes zu sog. "CRIME - STOPPERS" ausgebildet. Ziel der "CRIME - STOPPERS" ist es, möglichst viele Bürger anzusprechen und kompetente Sicherheitsberatung vor Ort anzubieten. Darüber hinaus sollen das Sicherheitsempfinden der Bürger gestärkt sowie sichtbare Kontakte mit einer bürgernahen Polizei ermöglicht werden.

Die Beamten agieren als "verlängerter Arm" der Beratungsstelle und beraten Eigenheimbesitzer, Mieter, Inhaber von Ladengeschäften, usw., kostenfrei über die technischen Möglichkeiten des vorbeugenden Einbruchschutzes. Hierzu steht den "CRIME - STOPPERN" ein spezielles Fahrzeug mit auffälliger Kennzeichnung, dem "CRIME - STOP"- Logo, zur Verfügung.

Die nach Ostern 1999 angelaufene Aktion wird vorerst bis Ende Juni 1999 laufen. Im Anschluß daran wird die Korpseitung entscheiden, ob die Aktion weitergeführt wird.

Sachstand/Ergebnisse

Im Zeitraum von November 1998 bis März 1999 wurden etwa 2.500 Karten von den Bürgern zurückgeschickt. Die Aktion "CRIME - STOP" ist in der Bevölkerung durchweg positiv aufgenommen worden.

Unabhängig von der Aktion "CRIME - STOP" wurde im Jahr 1998 von der Beratungsstelle eine "Aktion sicheres Fenster" sowie eine Plakataktion "Ladendiebstahl hat strafrechtliche Folgen" (-->) durchgeführt. Im Zusammenhang mit der "Aktion sicheres Fenster" wurde ein mehrseitiges Informationsblatt entwickelt, welches von der Beratungsstelle direkt an alle Schreinereibetriebe, Architekturbüros und Fensterfabriken im Kanton

verschickt wurde. Das Merkblatt stellt die Schwachstellen der Fenster dar und zeigt Möglichkeiten der Nachrüstung von Einbruchssicherungen auf.

Der Aktion wird es zugeschrieben, daß die registrierten Fallzahlen im Bereich des Einbruchdiebstahls 1998 um 13% zurückgegangen sind.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:
Schreiben der Kantonspolizei Aargau vom 13.04.99 mit Anlagen
Dokumentationsmappe zur Kampagne "Crime - Stop"
Internet-Seite der Kantonspolizei Aargau

Der Schlüssel für die Sicherheit Ihres Autos liegt in Ihrer Hand!

Ansprechpartner/Dienststelle

Brigade de Leuze-en-Hainaut, rue de Condé, 89, B - 7900 Leuze-en-Hainaut, Belgien

Organisation

Mit einer Fläche vom 7.363 Hektar und einer Einwohnerzahl vom 13.089 (Stand 01.01.97) besteht die belgische Gemeinde Leuze aus einem städtischen und einem ländlichen Teil. Es gibt zahlreiche Geschäfte, Supermärkte und Behörden. Der Bahnhof von Leuze liegt auf der direkten Verbindung zwischen Tournai und Brüssel mit wöchentlich 11.000 Reisenden, die die Eisenbahn und die T.E.C.-Verbindungen nehmen. Auf den Parkplätzen um den Bahnhof werden zahlreiche Diebstähle von und aus Kraftfahrzeugen (Kfz) begangen.

Die Gendarmerie, die Polizei, der Bürgermeister und der Gemeindesekretär, die Eisenbahnpolizei, der Bahnhofsvorsteher, ein Vertreter von T.E.C.-Hainaut, ein Mitglied der Vereinigung der Gewerbetreibenden und ein Sicherheitsbeauftragter einer psychiatrischen Klinik haben sich zusammengeschlossen und ihre Teilnahme an einem gemeinsamen Projekt zur Problematik des Kfz-Diebstahls vereinbart. Das Projekt steht unter der Überschrift "Der Schlüssel für die Sicherheit Ihres Autos liegt in Ihrer Hand!".

Konzeptioneller Ansatz

Die Gemeinden Leuze-en-Hainaut und Beloeil sind in einer Zone mit gemischter polizeilicher Zuständigkeit (drei Gendarmeriebrigaden und zwei Polizeidienststellen) zusammengeschlossen. Es wurde eine Sicherheitscharta erstellt, die Leitlinien zu bestimmten Deliktsfeldern enthält, u.a. auch zu Diebstählen von und aus Kfz. Eine Raum-Zeit-Analyse führte zur

Eigentumskriminalität

Feststellung einer ständigen Zunahme der Fälle sowie einer hohen Anzahl von Fällen im Umkreis des Bahnhofs von Leuze.

Die Projektteilnehmer einigten sich auf fünf kostengünstige Hauptaktionen:

- Organisation einer Kampagne zur Sensibilisierung und Prävention zu kritischen Zeiten.
- Gestaltung der Infrastruktur der Parkplätze (hauptsächlich im Umkreis des Bahnhofs).
- Sensibilisierung der Bevölkerung.
- Gewährleistung einer besseren Betreuung der Geschädigten von Diebstählen von und aus Kfz.
- Organisation eines Aktionstages am Bahnhof für Pendler und Benutzer der Parkplätze im Stadtzentrum.

Sachstand/Ergebnisse

Von Polizeidienststellen wurde eine Kampagne zur besonderen Prävention auf dem Gebiet der Überwachung gestartet. Eine Neugestaltung des Privatparkplatzes am Bahnhof sowie dessen bessere Einsehbarkeit wurden dank der Hilfe der technischen Dienste der Stadt ermöglicht. Eine Veränderung der Fahrt- und Zugangsrichtungen sowie der Stellplätze des Privatparkplatzes am Bahnhof wurde von den örtlichen Dienststellen der belgischen nationalen Eisenbahngesellschaft S.N.C.B. durchgeführt.

Schließlich wurde am 09.12.97 am Bahnhof von Leuze ein Aktionstag organisiert. Er umfaßte insbesondere eine Ausstellung über die Sicherheit von Kfz, ein Gewinnspiel, eine Umfrage bei Pendlern und Autofahrern und die Verteilung von 2.400 Aufklärungsbroschüren.

Die umfassende Herangehensweise an das Phänomen bei seiner Analyse, seiner Beschreibung und der Umsetzung von Lösungen hat sich als wirkungsvoll erwiesen. In den ersten 7 Monaten des Jahres 1997 wurden 36 vollendete und 42 versuchte Diebstähle von Kfz festgestellt. Ab August, dem

Zeitpunkt des Projektstartes, bis Dezember 1997 wurden nur noch 6 vollendete, jedoch 42 versuchte Diebstähle registriert. Die Anzahl der vollendeten Diebstähle konnte somit von 5,1 Diebstählen pro Monat auf 1,2 Diebstähle pro Monat reduziert werden.

Diese Tendenz bestätigte sich in den ersten vier Monaten des Jahres 1998.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Le Secrétariat permanent à la Politique de Prévention, VSPP, Rue de la Loi 26, B - 1040
Bruxelles: "Die namentlichen Sieger des belgischen Präventionspreises von Kriminalität 1998
Dass.: e-mail vom 02.09.99 an KI 16

Fahrradcodierung in Österreich

Ansprechpartner/Dienststelle

Bundesministerium für Inneres, Herrengasse 7, A-1014 Wien, Österreich

Internet: <http://www.bmi.gv.at/Kriminalpolizei>

Konzeptioneller Ansatz

Schätzungen der Anzahl der in Österreich gestohlenen Fahrräder belaufen sich auf ca. 20.000 Stück jährlich, bei einem Gesamtschaden von 60 bis 100 Mio. österreichischen Schilling. Nur jedes 17. Fahrrad kann seinem rechtmäßigen Eigentümer zurückgegeben werden.

Um diesem Phänomen entgegenzuwirken, hat die Polizei in Wels, Oberösterreich, im Jahr 1996 probeweise damit begonnen, Fahrräder mit einem individuellen Code zu versehen. Weitere österreichische Polizeibehörden haben aufgrund des positiven Echos innerhalb der Bevölkerung nachgezogen.

Ziele dieser Maßnahme sind u.a.:

- Schutz der Fahrräder vor Diebstahl,
- Rückgabe von aufgefundenen Fahrrädern an den rechtmäßigen Eigentümer.

Sachstand/Ergebnisse

Im Sommer 1998 wurde eine Fahrradcodieraktion auf Initiative der Wiener Zeitung "Kurier" unter dem Titel "Schach dem Fahrraddiebstahl" gestartet. Aufgrund eines beachtlichen Erfolges (Rückgang der Diebstahlsrate seit 1996 um 35%) investiert das Bundesministerium für Inneres derzeit (1999) 700.000 österreichische Schilling in dieses Projekt. Wurden die eingravierten Codes zunächst mit örtlichen Kriterien versehen, so konnte aufgrund der

Eigentumskriminalität

Zusammenarbeit der Bundespolizeidirektion Wels und der EDV-Zentrale des Innenministeriums, das Österreichische Statistische Zentralamt (ÖSTAT) als Partner gewonnen werden und ein österreichweit einheitliches Codiersystem entwickelt und umgesetzt werden.

Das ÖSTAT hat jede Verkehrsfläche per "Straßenkennzahl" erfaßt. In Kombination mit der Hausnummer und den Initialen des Besitzers ergibt sich ein individueller Code, der in den Rahmen des Fahrrades eingraviert sowie in den Fahrradpaß eingetragen wird.

In Wien werden von Mai bis September 1999 mehr als 50 Aktionstage mit unterschiedlichen Kooperationspartnern zur Fahrrad-Codierung veranstaltet. Darüber hinaus werden in weiteren Bundesländern, Städten und Bezirken Fahrräder bereits bei oder aufgrund neuer Anschaffungen durch das Bundesministerium für Inneres noch im Jahr 1999 graviert. Die Gravierung erfolgt kostenlos.

In Deutschland wird die Fahrradcodierung in ähnlicher Weise vorgenommen (vgl. Fahrradcodierung in Deutschland, -->)*.

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

"So wird Fahrraddiebstahl in ganz Österreich bekämpft". In: "Kurier - online" vom 05.05.99
Schreiben des Bundesministerium für Inneres vom 05.07.99 mit Anlagen

Problemorientierte Bekämpfung von Kraftfahrzeugkriminalität in San Diego

Ansprechpartner/Dienststelle

San Diego Police Department, Northern Division, Community Relations, 4275 Eastgate Mall, MS 750, 92037-1338 San Diego, California, Vereinigte Staaten

Organisation

Das im August 1996 gestartete Projekt wurde vom San Diego Police Department durchgeführt. Eingebunden waren örtliche Schutz- und Kriminalpolizisten, von örtlichen Schutzpolizisten angeleitete Freiwillige sowie auf Opferseite vor allem Wohneigentümer, Gebäudemanagementgesellschaften, Versicherungen und Mieter.

Konzeptioneller Ansatz

Diebstähle aus, an und von Kraftfahrzeugen (Kfz) stellen für die Stadt San Diego die am meisten belastende Form der Eigentumskriminalität dar. 1996 wurden im gesamten Stadtgebiet 11.129 versuchte oder vollendete Kfz-Diebstähle registriert.

Ziel des Projektes war nicht allein die Drosselung der Diebstähle, sondern auch die Identifizierung von Opferverhaltensweisen, Tatorten und Tätern.

Die Umsetzung geschah nach der Methodik des sog. Problem-Oriented Policing in den vier Schritten: Scanning, Analysis, Response, Assessment (sog. SARA-Prozeß).

Sachstand/Ergebnisse

In der Scanning-Phase wurde ein grobes Lagebild zum Problembereich erstellt:

Demnach waren im nördlichen Stadtgebiet 1996 961 Kfz gestohlen worden, davon allein 438 (46%) in dem Bereich Costa Verde (Polizeibezirk 115). Zusätzlich wurden in demselben Gebiet 1.563 Diebstähle an oder aus Kfz polizeilich registriert. Eine Auswertung von Anrufen (calls for service) bei der Polizei - durchgeführt von der "Analysis-Unit" des San Diego Police Department - zeigte, daß die meisten Anrufe im Zusammenhang mit Kfz-bezogener Kriminalität angefallen waren. Die nördliche der acht stadtweit für die Aufnahme von Strafanzeigen ohne konkreten Tatverdacht bestehenden "Telephone Report Units", in der Polizisten und Freiwillige arbeiten, bestätigte, daß im fraglichen Zeitraum ein Großteil der Kfz-bezogenen Delikte aus dem Bereich Costa Verde kamen.

Die größte Belastung - mit einer monatlichen Quote von 35,2 Kfz-Diebstählen (zwischen September 1996 - Januar 1997) - fielen in einem nur eine Quadratmeile großen und 13.032 Einwohner umfassenden Gebiet von Costa Verde an.

Zum Abschluß der Scanning-Phase wurden alle Schutzpolizisten des o.a. Gebietes über die Lage informiert; Kontaktbereichsbeamte und Diebstahlssachbearbeiter der Kriminalpolizei wurden in den Diskussionsprozeß eingebunden. In einer für 55 officer durchgeführten eintägigen Fortbildung wurden diese über Präventions- aber auch Analysemöglichkeiten informiert.

In der anschließenden Analysephase wurden verschiedenste Opfer (incl. San Diego Police Department, Wohneigentümer, Gebäudemanagementgesellschaften, Versicherungen, Mieter, Besucher etc.) identifiziert. Der Schwerpunkt der Schadensanalyse lag bei Wohneigentümern/Mieter und Gebäudemanagementgesellschaften. So wurde z.B. festgestellt, daß die Kfz-bezogenen Delikte in dem Wohnkomplex "Nobel Court Appartments" (685 Wohneinheiten) zum Wegzug von 15 Mietern innerhalb eines Jahres geführt hatte, wodurch dem Betreiber Mieteinnahmen von 144.000 US\$ verlorengingen.

Abschließend wurde mittels einer gezielten Bevölkerungsbefragung eine Untersuchung von 350 Opfern und ihrer opferspezifischen Verhaltensweisen durchgeführt. Die Ergebnisse zeigten, daß viele Mieter mehr als einmal Opfer wurden und viele von ihnen Diebstähle polizeilich nicht meldeten. Als möglicherweise ursächlich dafür wurde das Fehlen einer persönlichen Kontaktierung der Opfer nach telefonischer Anzeige erkannt.

Als Konsequenz sah das Police Department die Notwendigkeit präventionsbezogener Mieterfortbildung.

Auf der Basis des Einwohnerzensus wurde festgestellt, daß mehr als 10.000 der 13.032 Bewohner von Costa Verde Kaukasier waren, das Haushaltseinkommen bei über 50.000 US\$ lag, die Familien oftmals zwei Kfz besaßen und Mietkontrakte nur für die Dauer eines Jahres bestanden. Letztgenannter Faktor und fehlende Sozialkontrolle wurde als Hemmnis im Hinblick auf die Vermittlung von Präventionsmöglichkeiten erkannt.

Trotz verschiedener Probleme, die in dem telefonischen Anzeigeverfahren begründet sind, konnten genug Daten zur Tatortanalyse gewonnen werden, so daß die Zahl der Brennpunkte von 24 großen auf nur noch sechs Apartmentkomplexe reduziert werden konnte.

Im Rahmen eines weiteren Surveys wurden die 24 Gebäudemanager zum Problem befragt. Im Ergebnis wurde die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen diesen und dem San Diego Police Department erkannt, um Ressourcen gebündelt einsetzen zu können.

Das Instrument der Kriminalprävention durch Gestaltung der Umwelt wurde angewandt, um die sechs o.g. Komplexe näher zu untersuchen. Dies beinhaltete eine Untersuchung der Komplexe bei Tage und zur Nachtzeit. Festgestellt wurden Zufahrts- und Fluchtwege, Sicherheitsaspekte der Zufahrten, das Vorhandensein von Identifizierungsprogrammen zur Unterscheidung von Mietern und potentiellen Tätern, Lichtverhältnisse etc.

Auf der Grundlage von Aktenstudien wurde als möglicher Modus operandi festgestellt, daß die Täter zu zweit mit eigenem Kfz auf die Parkplätze der Komplexe fahren, Ziel-Kfz auskundschaften und entwenden. Zum Teil wurden so pro Tag innerhalb eines Komplexes bis zu 12 Fahrzeuge entwendet. Eine weitere Tatbegehungsweise bestand darin, hochwertige Fahrzeuge binnen kürzester Zeit "auszuschlachten". Die Täter ersteigerten die

Eigentumskriminalität

von den Versicherungen oft als Totalschäden bewerteten Fahrzeuge anlässlich öffentlicher Auktionen für wenig Geld und verwerteten sie - dann als rechtmäßige Besitzer - nach der Wiederinstandsetzung mit Originalteilen. So wurde eine Familie identifiziert, die mit ihren zwei arbeitslosen Brüdern 1996 für mehr als 150.000 US\$ durch Diebstahl beschädigte Kfz öffentlich ersteigert hatte.

Bisherige Bekämpfungsstrategien im Bereich Kfz-Diebstahl wurden ebenfalls analysiert. Die Durchführung ungezielter Überwachungsmaßnahmen wurde wegen der geringen Erfolgsträchtigkeit und dem hohen Maß notwendiger Überstunden als nicht geeignet angesehen.

Für die sog. Response-Phase wurde die "Zielhärtung" als wichtigster Aspekt erkannt. Streifenpolizisten wurden den sechs Gebäudekomplexen zugeordnet, um dort Zusammenarbeitsformen mit den verantwortlichen Managern zu starten. In den meisten Komplexen wurden Nachbarschaftshilfeinitiativen zur Verbesserung der informellen Kontrolle gestartet. In allen sechs Komplexen wurden zudem bauliche bzw. gestalterische Maßnahmen zur Veränderung der Tatörtlichkeiten ergriffen (Verbesserung der Beleuchtung, neue Anstriche für Untergroundparkhäuser, Verringerung der Zahl an Ein- und Ausgängen etc.). Nobel Court, der Komplex, der innerhalb eines Jahres 144.000 US\$ verloren hatte, verpflichtete sich zur Investition von 70.000 US\$ für Sicherheitstore und Sicherheitspersonal.

Zur Aufklärung potentieller Opfer wurden durch die "Retired Senior Volunteer Patrol" (ein freiwilliger Polizeidienst), Schutzpolizisten und Angehörige privater Sicherheitsunternehmen Handzettel in ungesicherten Kfz abgelegt.

"Retired Senior Volunteer Patrol" und Schutzpolizisten führten eine verstärkte Bestreifung der sechs Komplexe in den tatrelevanten Zeiten durch.

Die Angehörigen der "Telephone Report Unit" erhielten eine Fortbildung, um durch verbesserte telefonische Anzeigenaufnahme Tatorte eindeutiger identifizieren zu können. Diese Anzeigen wurden an ein neu geschaffenes, aus einem Schutzpolizisten und acht Freiwilligen bestehendes Ermittlungsteam weitergeleitet. Dieses Team hatte Anschlußermittlungen bei allen Opfern durchzuführen und u.a. Tatspuren (insbesondere Fingerspuren) an Kfz zu sichern. Der das Team leitende Schutzpolizist wechselt alle vier

Monate, um weiteren Kollegen die Möglichkeit zu geben, Erfahrungen in der Ermittlungsarbeit und in der Arbeit mit Freiwilligen zu sammeln.

In den ersten sechs Monaten der Operation erhielt das Freiwilligenteam Informationen, die zur Festnahme von sechs Verdächtigen führte. Ein hochentwickelt arbeitender Ring von Kfz-Dieben, der für Diebstähle seit 1994 verantwortlich war, wurde aufgedeckt. Im Rahmen der Vollstreckung eines von mehreren Haftbefehlen konnten aus Kfz entwendete Gegenstände im Wert von mehr als 20.000 US\$ sichergestellt werden. Ein Steuerstrafverfahren gegen die betreffende Familie wurde eingeleitet.

Im Rahmen der abschließenden Assessment-Phase wurde festgestellt, daß die Zahl der pro Monat durchschnittlich entwendeten Kfz von 35, 2 (September 1996 - Januar 1997) auf 15,8 (Februar 1997 - Juni 1997) gesenkt werden konnte. Binnen vier Monaten betrug der Rückgang über 50%. Im gesamten Polizeibezirk 115 konnte ein Rückgang um 45% erreicht werden.

Verdrängungsmechanismen in benachbarten Nachbarschaften wurden nicht festgestellt.

Die Maßnahmenüberwachung sollte ein volles Jahr aufrechterhalten werden.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

San Diego Police Department: "Nomination for the Herman Goldstein Excellence in Problem Solving Award", ausgelegt anlässlich der National Conference on Community Policing vom 08. - 10.11.98 in Arlington/Virginia

Nationale Initiative zur Reduzierung häuslicher Einbruchsdelikte

Ansprechpartner/Dienststelle

Home Office, Research Development Statistics Directorate, 50 Queen Anne's Gate, London SW1H 9AT, Großbritannien

Internet: <http://www.homeoffice.gov.uk>

Organisation

Die Initiative zur Reduzierung häuslicher Einbruchsdelikte (Burglary Reduction Initiative) ist Teil des im Juli 1998 vorgestellten nationalen Programms zur Senkung der Kriminalitätsraten (Crime Reduction Programme, -->).

Während die Gesamtverantwortung für das Projekt auf nationaler Ebene beim Home Office liegt, sind für Planung und Umsetzung von Aktivitäten auf lokaler Ebene die dort zu schaffenden Partnerschaften gegen Kriminalität und Störungen der öffentlichen Ordnung ("Crime and Disorder Partnerships"; -->) verantwortlich.

Konzeptioneller Ansatz

Mit dem Crime Reduction Programme werden Finanzmittel für Projekte zur Verfügung gestellt, von denen wesentliche und nachhaltige Auswirkungen im Hinblick auf eine Senkung der Kriminalität erwartet werden. Die Bekämpfung von Einbruchsdiebstählen ist einer der fünf Kernbereiche des Programms (obwohl die Zahl angezeigter Einbrüche in den letzten vier Jahren in England und Wales um 29% gesenkt werden konnte, war die Rate 1997 immer noch fast doppelt so hoch wie 20 Jahre zuvor).

Über einen Zeitraum von drei Jahren werden für ungefähr 500 Nachbarschaftsbezirke mit hoher Einbruchskriminalität insgesamt über 50 Millionen Pfund bereitgestellt. Im November 1998 hat die Regierung örtliche

Eigentumskriminalität

Partnerschaften gegen Kriminalität und Störungen der öffentlichen Ordnung eingeladen, sich an der ersten Phase zu beteiligen.

Zunächst werden ab April 1999 in Wohngebieten mit 3.000 bis 5.000 Haushalten und hohen Einbruchszahlen (mindestens das Doppelte des 27 Einbrüche auf 1.000 Haushalte betragenden Landesdurchschnitts, d.h. wenigstens 54 häusliche Einbrüche pro Jahr und 1.000 Haushalte) 63 Projekte (Strategic Development Projects - SDPs) gefördert. Im Rahmen dieser Projekte werden sowohl erprobte als auch innovative Strategien Anwendung finden. Ergebnisse einer strengen Beurteilung hinsichtlich Wirksamkeit und Kosteneffektivität der Maßnahmen sollen in die weitere Projektentwicklung einfließen.

In einer zweiten Phase, die im Januar 2000 beginnt, sollen weitere 350 bis 400 Projekte in hochbelasteten Gebieten hinzukommen, die etwa 1,5 Millionen Haushalte abdecken werden.

In einer abschließenden dritten Phase sollen zur Konsolidierung und Entwicklung weiterer Maßnahmen noch einmal 60 SDPs gestartet werden.

Die Kernaufgaben der ersten 63 SDPs sind konzeptionsgemäß:

- eine Lageanalyse sowie die darauf aufbauende Formulierung anspruchsvoller Reduktionsziele,
- die Zusammenarbeit mit örtlichen Partnern und Beratern regionaler Unterstützungsteams zur Entwicklung einer strategischen und innovativen Herangehensweise an das Einbruchproblem,
- die Umsetzung der Strategie, womit konkret ein Mix erprobter und innovativer Taktiken gemeint ist,
- die Zusammenarbeit mit einem Team unabhängiger Forscher zur Evaluation, welche Projektbestandteile warum erfolgreich waren und welche Lehren daraus zu ziehen sind.

Zur Wahrnehmung dieser Aufgaben können sich die SDPs bzw. die sie betreibenden Partnerschaften gegen Kriminalität und Störungen der öffentlichen Ordnung um Regierungsmittel (grants) bewerben. Die Zuteilung wird abhängig gemacht von der Zahl abgedeckter Haushalte, der Zahl an

Einbrüchen sowie der entwickelten strategischen Vorgehensweise. Es wird als eher unwahrscheinlich beschrieben, daß Zuschüsse für Einzelprojekte regelmäßig die Summe von 60.000 Pfund überschreiten werden, wobei die Möglichkeit der erneuten Bewerbung in nachfolgenden Projekttrunden eingeräumt ist.

Regierungsseitig wird erwartet, daß die ersten 63 SDPs so bald wie möglich nach dem 1. April 1999 starten und daß sie den Hauptteil der Projektförderung innerhalb der ersten 12 Monate erhalten werden. Abhängig vom Projekterfolg sollen für maximal zwei weitere Jahre kleinere finanzielle Unterstützungen möglich sein.

Unterstützung sollen die SDPs in folgenden Bereichen erfahren:

- Aus- und Fortbildung hinsichtlich der Entwicklung und Umsetzung strategischer Programme,
- Zugang zu neuesten Ansätzen effektiver Kriminalitätsreduktion durch regionale Beratung und
- Unterstützung in der Bekämpfung signifikanter Einbruchprobleme.

Sachstand/Ergebnisse

Während der Planungsphase wurden alle 63 SDPs von Beratern des Home Office aufgesucht, um bei der Entwicklung der Pläne zur Einbruchsreduktion zu unterstützen. Alle SDPs haben bis zum Herbst 1999 Maßnahmebündel erarbeitet.

Das soziodemographische Profil der 63 Gebiete, die mit ihren insgesamt 220.000 Haushalten eine Einbruchsbelastung von 18.000 Taten im Jahr erfahren, wird als relativ unbekannt beschrieben. Viele der Gebiete können dennoch als benachteiligt bezeichnet werden; sie weisen ein Bündel sozialer Probleme auf (Arbeitslosigkeit, Armut, Gesundheitsprobleme, hohe Belastungen im Bereich von Kriminalität sowie öffentlicher Sicherheit und Ordnung). Andere Gebiete liegen hingegen in eher wohlhabenden Nachbarschaften.

Eigentumskriminalität

Einbrüche weisen damit keine einheitlichen Bilder auf, so daß als Herausforderung die Erarbeitung jeweils adäquater Lösungsansätze bezeichnet wird.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Brown, Rick: Burglary and Car Theft. Tackling Burglary at the local level: early lessons from implementing the Burglary Reduction Initiative in England and Wales. Vortrag und Handout anlässlich der ICPC-Konferenz "Harnessing What Works" vom 3. - 6.10.99 in Montreal
Bundesministerium des Innern (Hg.): Senkung der Kriminalität und Bekämpfung ihrer Ursachen. Informationen über das Programm zur Senkung der Kriminalitätsrate. Übersetzung P I 1 - 625 400-5/14d

Home Office (Hg.): Crime Reduction Programme: Burglary Reduction Initiative. Prospectus for strategic development projects. Internetauszug vom 31.08.99

**Themenbereich
Frauen**

Basler Interventionsprojekt gegen Gewalt in Ehe und Partnerschaft "Halt-Gewalt"

Ansprechpartner/Dienststelle

PMD, Halt-Gewalt, Postfach 1464, CH - 4001 Basel, Schweiz

Organisation

Angesichts des Problemfeldes "Häusliche Gewalt" haben sich in Basel verschiedene Fachstellen (Frauenhaus, Gleichstellungsbüro, Männerforum) zu einer Initiativgruppe zusammengeschlossen. "Halt-Gewalt" ist ein öffentlich-privates Interventionsmodell gegen Gewalt im sozialen Nahraum und wurde vom Schweizerischen Nationalfonds als dreijähriges Forschungsprojekt bewilligt. Vorbild für die Initiierung des Basler Interventionsprojektes war das in den USA gegründete "Domestic Abuse Intervention Projekt" (DAIP, -->).

Das Projekt "Halt-Gewalt" wird durch das soziologische Forschungsbüro Social Insight Zürich wissenschaftlich begleitet.

Die Finanzierung erfolgt durch den Schweizerischen Nationalfonds, dem Kanton Basel-Stadt und private Spenden.

Konzeptioneller Ansatz

Dreh- und Angelpunkt des Projektes ist ein Runder Tisch, an dem alle staatlichen und privaten Institutionen, die professionell mit Gewalt gegen Frauen zu tun haben, vertreten sind. Vertreten sind u.a. Kantonspolizei, Kriminalkommissariat, Staatsanwaltschaft, Strafgericht, Zivilgericht, Gleichstellungsbüro, Opferhilfe/Nottelefon, Frauenhaus-/beratungsstelle, Migrantinnenberatung sowie eine spezialisierte Rechtsanwältin. In regelmäßigen Treffen sollen Modelle zum koordinierten und konsequenten Vorgehen gegen häusliche Gewalt entwickelt und umgesetzt werden. Ziele dabei sind:

Frauen

- die Entwicklung von konkreten Maßnahmen und Strategien, mit denen Gewalt gegen Frauen in Ehe und Partnerschaft abgebaut und verhindert werden kann;
- Entwicklung von wirksamen Schutzmaßnahmen für gewaltbetroffene Frauen und Kinder;
- darauf hinarbeiten, daß Täter zur Rechenschaft gezogen werden und Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Gewalttätigkeit sanktionieren;
- Öffentlichkeits-, Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit im Hinblick auf eine handlungsorientierte Prävention.

Dies umfaßt folgende Einzelschritte:

- Feststellung der Handlungsspielräume von Behörden und Anlaufstellen für Täter und Opfer, um häusliche Gewalt zu bekämpfen,
- Erarbeitung von abgestimmten Verfahrensschritten und Orientierungsmustern, mit denen die beteiligten Institutionen einheitlich und wirkungsvoll gegen häusliche Gewalt vorgehen können,
- Entwicklung von Weiterbildungsprogrammen für Institutionen und Einrichtungen, die die Teilnehmer für die besondere Dynamik der häuslichen Gewalt sensibilisieren,
- Konzeption und Erprobung sozialer Trainingskurse für gewalttätige Männer, die - eingebunden in das Gesamtkonzept - zur Reduzierung der Männergewalt beitragen sollen.

Sachstand/Ergebnisse

Das Basler Interventionsprojekt gegen Gewalt in Ehe und Partnerschaft wurde 1996 im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms als Pilotprojekt initiiert. Die Projektleitung arbeitet seit April 1997. Der

praktische Teil des Nationalfondsprojektes war am 31.05.99 beendet, ein wissenschaftlicher Schlußbericht war für Dezember 1999 angekündigt.

Während des Zeitraumes Oktober 1997 bis April 1999 fanden insgesamt zehn Sitzungen des Runden Tisches statt. Im Ergebnis konnten bestehende Vorurteile der einzelnen Institutionen abgebaut werden. Es wurde zur Selbstverständlichkeit, bei auftauchenden Problemen direkt mit den betreffenden Institutionen in Kontakt zu treten.

Im Bereich der Weiterbildung konnten etwa 170 Fachleute der Institutionen Polizei/ Staatsanwaltschaft, Kriminalkommissariat, Jugendanwaltschaft/-Vormundschaftsbehörde, Abteilung Kindes- und Jugendschutz des Justizdepartements/Strafgericht/Zivilgericht mit Seminaren erreicht und für die Thematik der häuslichen Gewalt sensibilisiert werden.

Im Bereich der sozialen Trainingskurse wurde eine Fachgruppe beauftragt, die in der sozialpädagogischen und psychologischen Arbeit mit gewaltausübenden Männern erfahren ist. Das Team erstellte ein ausführliches Kurskonzept, das 26 Unterrichtseinheiten à 3 Stunden beinhaltete. In der Folge engagierten sich mehrere Stellen aus dem polizeilichen und justitiellen Bereich für die Einweisung von potentiellen Teilnehmern in den Pilotkurs. Trotz großer Bemühungen aller Seiten gelang es nicht, auf freiwilliger Basis genügend Teilnehmer motivieren zu können. Als ausschlaggebend hierfür wird das geringe Schuldbewußtsein und somit der fehlende Veränderungswille der Täter gesehen, was mit der noch starken Tabuisierung des Problems in der Öffentlichkeit zusammenhängt. Vor allem aber bestehen keine rechtlichen Möglichkeiten, die Täter zum Beispiel durch die Staatsanwaltschaft in das Trainingsprogramm einzuweisen. Erfahrungen aus anderen Interventionsprojekten zeigen deutlich, daß rechtliche Zwangsmaßnahmen für das Zustandekommen und den Erfolg von Trainingsprogrammen unerlässlich sind.

Frauen

Die Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung mit ähnlichen Projekten wurde mit zunehmender Projektdauer intensiviert. Mit dem Züricher Interventionsprojekt ZIP finden regelmäßige Treffen statt, mit den Leitern der Projekte in Berlin und Wien besteht ein reger Informationsaustausch.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Halt-Gewalt (Hg.): "HALT-GEWALT - Basler Interventionsprojekt gegen Gewalt in Ehe und Partnerschaft" (Faltblatt)

Basler Frauenhaus-Beratungsstelle: "Jahresbericht 1997"

Halt-Gewalt (Hg.): "HALT-GEWALT" Infobulletin 7/Juni 1999

**Themenbereich
Gewalt**

Anti-Bullying-Initiative in Norwegen

Ansprechpartner/Dienststelle

Centre for Atferdsforskning, Postboks 2557, Ullandhaug, N-4004 Stavanger, Norwegen

Organisation

Im Anschluß an die Einführung einer nationalen Kampagne zur Reduktion des sog. Bullyings (Drangsalieren von Schülern durch Schüler) in norwegischen Schulen ("Das norwegische Programm von 1996 zur Verhinderung von und zum Umgang mit Gewalt an der Schule", -->), in deren Verlauf Schulen und Familien Informationen und Rat zur Reduzierung des Bullying erhielten, erfolgte in 42 Schulen der Stadt Bergen eine Beurteilung der Auswirkungen dieses Programms unter Verwendung eines quasi-experimentellen Konzepts.

Konzeptioneller Ansatz

Das Programm verfolgte vier Hauptziele:

- Verbesserung des Bewußtseins über die Problematik des Bullying,
- Herbeiführung der aktiven Teilnahme von Lehrern und Eltern,
- Entwicklung eindeutiger Vorschriften gegen das Bullying sowie
- Vermittlung von Betreuung und Schutz für Opfer.

Auf Schul-, Klassen- und individueller Ebene wurden verschiedene Maßnahmen getroffen, wie z.B. das Festlegen spezieller Vorschriften gegen Bullying, die Einführung von Diskussionen über Bullying in den Lehrplänen, die Anregung von Opfern, Vorfälle von Bullying zu melden und die Einführung besserer Systeme der Aufsicht auf Spielplätzen und nach Schulende.

Sachstand/Ergebnisse

Neben den Auswirkungen auf das Bullying wurde als Bestandteil der Evaluation auch der Effekt hinsichtlich der Reduktion von Straffälligkeit (Vandalismus, Diebstahl, Einbruch und Betrug) sowie asozialen Verhaltens in der Schule gemessen. Die Befunde waren ermutigend: Vorfälle von Bullying in der Schule - und zu einem geringen Maß auch außerhalb - gingen zurück. Gleichzeitig wurden Rückgänge der Straffälligkeit sowie des asozialen Verhaltens kurzfristig (nach acht Monaten) und auf langfristiger Basis (nach 20 Monaten) verzeichnet. Diese Befunde wurden auf das Programm selbst zurückgeführt, es gab keinen Beweis für eine Verlagerung der Probleme.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Graham, John/Bennett, Trevor: Strategien der Kriminalprävention in Europa und Nordamerika. Forum Verlag Godesberg, Bonn 1997, Seite 30

Gewaltprävention an belgischen Grundschulen

Ansprechpartner/Dienststelle

Ministère de l'Intérieure, Le Secrétariat Permanent à la Politique de Prévention (V.S.P.P.), Wetstraat 26 Rue de la Loi, B - 1040 Bruxelles, Belgien

Organisation

1990 wurde auf freiwilliger Basis ein Pilotprojekt zur Gewaltprävention an belgischen Grundschulen gestartet.

Das Projekt wurde wissenschaftlich begleitet.

Konzeptioneller Ansatz

Das Projekt lief zunächst an 14 Grundschulen in Flandern. Es wurden bewußt ein breites Spektrum an Schulen gewählt: große wie kleine Schulen, städtische wie ländliche Schulen, Schulen mit und ohne Schüler mit Verhaltensproblemen, Schulen in reichen und armen Gebieten, konfessionelle und nicht-konfessionelle Schulen sowie Schulen mit unterschiedlichen Anteilen an ethnischen Kindern.

Ein Netzwerk mit anderen Schulen, die ebenfalls nach dieser Idee arbeiten wollten, wurde in Flandern und den Niederlanden errichtet.

Die Projektkonzeption sah vor, daß Schulen fünfmal jährlich Treffen abhalten, an denen möglichst alle Schüler, Eltern und Lehrer beteiligt sind. Zunächst wird eine Übersicht über bestehende Probleme erstellt, die z.B. aggressives Verhalten, erzieherische Probleme, Diebstahl, Vandalismus, Schulschwänzen, Bullying oder Verhaltensprobleme beinhalten kann.

In nachfolgenden Treffen werden Initiativen erarbeitet, ausgeführt und evaluiert, die Lösungsmöglichkeiten aufzeigen. In der Praxis werden z.T. zu gleichartigen Problemen völlig unterschiedliche Lösungsansätze entworfen.

Gewalt

Alle haben jedoch dasselbe Ziel, ein fruchtbares Klima, in dem Kinder aufwachsen und zu einem ausgeglichenen Erwachsenen werden.

Die Pilotschulen tauschen ihre Ideen und Erfahrungen mittels eines Sammelalbums aus.

Hauptziel des Projekts ist die Vorbeugung vor Kleinkriminalität und aggressivem bzw. gewalttätigem Verhalten gegenüber jüngeren Kinder, Lehrern und Sachen sowie die Prävention von Vandalismus und Rassismus.

Sachstand/Ergebnisse

Im einzelnen wurden seitens der beteiligten Schulen u.a. Initiativen in folgenden Bereichen gestartet und umgesetzt:

- Im Rahmen einer Anti-Bullying-Initiative einer Grundschule zeigte man Schülern, wie Konfliktsituationen neu gespielt werden können. Rollenspiele wurden genutzt, um darzustellen, daß mit Drangsal und Kämpfen konstruktiv umgegangen werden kann. Auf Schulspielplätzen aufsichtführende Lehrer zeigten Schülern, wie sie Konflikte ohne Einschaltung der Lehrer lösen können.
- Im Rahmen einer Initiative gegen Gewalt unter Schülern sowie gegen aggressives Verhalten wurde den Schülern einer Grundschule vermittelt, Konflikte laut und deutlich untereinander auszusprechen statt Lehrer zur Konfliktlösung in Anspruch zu nehmen. In einer anderen Schule zeigte man Kindern mit unzureichendem Wortschatz, wie sie ihre Argumente unmittelbar im Anschluß an Vorfälle zeichnerisch zum Ausdruck bringen. Unterstützt wurden sie von Lehrern, die auch den Konflikt diskutierten.
- Im Rahmen einer Initiative gegen Gewalt zum Nachteil jüngerer Kinder hat eine Schule klassen- und altersgruppenübergreifende Initiativen wie z.B. ein gemeinsames Kochen begonnen, um ein gegenseitiges Kennenlernen und den konstruktiven Umgang miteinander zu lernen.
- Im Rahmen einer Initiative gegen Vandalismus bzw. Gewalt gegen Sachen wurde das Problem der Schultoiletten angegangen, die wegen

ihrer entfernten Lage auf dem Schulgelände ein Subjekt der Zerstörung wurden. Zusammen mit den Schülern renovierte man die Toiletten. Schüler hatten die Möglichkeit, die Wände des Gebäudes zu bemalen.

- Im Rahmen einer Initiative gegen Rassismus wurden in einem Kindergarten mit einem Ausländeranteil von 52% seitens der Lehrer sog. Sprachbögen mit Fotos und Bildern aus Illustrierten kreiert. In Freiperioden unterrichten einheimische Kinder ihre ausländischen Spielgefährten in den auf den Bögen dargestellten Gegenständen.

Auf der Basis von Befragungen aller Beteiligten zeigte das Gesamtprojekt in allen Schulen eine Abnahme der Probleme, wobei der Grad der Abnahme als gemäßigt bis beträchtlich bezeichnet wurde.

Eine ab 1994 durchgeführte wissenschaftliche Begleitung des dauerhaft fortgesetzten Projektes bestätigte die positiven Ergebnisse.

Das Projekt wurde von sieben weiteren belgischen Schulen in Teilen kopiert und auch ausgedehnt auf die Niederlande.

Das Projekt ist unter dem Titel "Re-linking children with their environment to prevent de-linquency" in einer Sammlung britischer, belgischer und niederländischer Projekte aufgeführt, die sich für den "European Crime Prevention Award" (-->) 1997 bewarben.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Ministère de l'Intérieure, Le Secrétariat à la Politique de Prévention (V.S.P.P.), Brüssel (Hg.): Celebrating prevention - European Crime Prevention Award 1997.

Gewaltprävention für Prostituierte

Ansprechpartner/Dienststelle

Australian Institute of Criminology, 74 Leichhardt Street, Griffith ACT 2603, Australien

Internet: <http://www.aic.gov.au/>; e-mail: avpa@aic.gov.au

Organisation

"Ugly Mugs" ("gefährliche Kunden") ist ein in Melbourne und einigen ländlichen Gebieten von Victoria durchgeführtes Projekt zum Schutz von Prostituierten (sex workers) vor Übergriffen.

Konzeptioneller Ansatz

Das Projekt zielt darauf ab, Prostituierte dadurch zu schützen, daß diese Beschreibungen gefährlicher Kunden abgeben können, die in Listen erfaßt und regelmäßig im Prostituiertenmilieu verbreitet werden. Reagiert wurde damit auf das Überhandnehmen von Gewalt gegen Prostituierte und den mangelnden Schutz, der von seiten der Polizei und anderen justitiellen Institutionen gewährt wurde.

Sachstand/Ergebnisse

Das Projekt wird seit 1986 durchgeführt. Zeitweilig wurden bis zu 15 Übergriffe pro Woche erfaßt. Im Verlaufe des Projektes reduzierte sich die Zahl der berichteten Vorfälle auf drei bis vier pro Woche.

Seitens der Polizei wird die Initiative und die über die Vorfälle verbreitete Information als nützlich bezeichnet. Prostituierte, die mit der Liste arbeiten, bezeichneten sie als unverzichtbares Mittel in dem Bemühen, ihre Arbeit sicherer zu gestalten.

Gewalt

Das Projekt wurde zusammen mit zwei anderen Projekten 1996 bei der Verleihung der "Australian Violence Prevention Awards" (-->) ausgezeichnet.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Australian Institute of Criminology (Hg.): The Australian Violence Prevention Awards To Date (1997)

Operation Cease Fire, Boston

Ansprechpartner/Dienststelle

Boston Police Department, Office of Strategic Planning and Resource Development, One Schroeder Plaza, Boston, MA 02120 - 2014, Vereinigte Staaten

Internet: <http://www.ci.boston.ma.us/police/>

Organisation

Mit der Operation Cease Fire (Operation Waffenruhe) sind Beamte des Boston Police Department, der Massachusetts State Police, Staatsanwaltschaften, Kirchen, Kommunalbehörden und private Institutionen befaßt. In wöchentlichen Treffen werden Arbeitsschwerpunkte besprochen und Vorgehensweisen festgelegt.

Konzeptioneller Ansatz

Operation Cease Fire ist eine in vier Bezirken Bostons durchgeführte problemorientierte Strategie zur Bekämpfung jugendlicher Schußwaffen- und Gewaltkriminalität in der Zusammenarbeit verschiedenster Institutionen.

Arbeits- und Entscheidungsgrundlage sind die zusammengeführten Daten und Informationen der beteiligten Behörden, Berichte von Polizei, Bewährungshelfern, Sozialarbeitern und anderen.

Das operative Vorgehen erfolgt in einer zweistufigen Strategie:

Zunächst erklären Beauftragte der Stadt den Banden/Bandenmitgliedern in Gesprächen, daß die Bevölkerung nicht mehr gewillt ist, Gewalt zu dulden und zeigen auf, was an polizeilichen Aktionen zu erwarten ist, solange die Gewalt nicht aufhört. Danach wird eine Zero Tolerance-Strategie angewandt, d.h. es wird rigoros gegen Jugendliche vorgegangen, die gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung verstoßen. Unterstützt wird dieses

Gewalt

Vorgehen durch staatsanwaltschaftliche Maßnahmen gegen den Waffenhandel sowie die Erzielung hoher Strafen nach amerikanischem Bundesrecht bei Schlüsselpersonen der Bandenszene.

Sobald die Gewalt in einem Stadtteil zurückgeht bzw. zum Stillstand kommt, kümmern sich deutschen Kontaktbereichsbeamten vergleichbare "beat team officers" um den Erhalt der "Waffenruhe". Sie werden dabei von Angehörigen einer Anti-Gang-Initiative unterstützt.

Die "Violence Strike Force" als Kerneinheit der Operation Cease Fire arbeitet zusammen mit dem "Youth Service Providers Network" (YSPN), einer strategischen Allianz zwischen dem Boston Police Department sowie den Boys&Girls Clubs von Boston. Das YSPN sorgt dafür, daß die Polizei Risikojugendliche an von den Clubs beschäftigte Sozialarbeiter weiterleiten kann. Aufgabe der Sozialarbeiter ist es, auf die Probleme der Jugendlichen bzw. ihrer Familien zugeschnittene Maßnahmen wie z.B. Beratung und Behandlung, akademische Dienstleistungen, Freizeitaktivitäten oder Arbeit anzubieten.

Sachstand/Ergebnisse

Eigentumsdelinquenz in Boston ist seit 1990 um 49% zurückgegangen, Gewaltkriminalität unter Benutzung einer Schußwaffe fiel seit 1995 um 43%. Tötungsdelikte unter Verwendung von Schußwaffen sind bei den unter 24-jährigen seit 1995 um 58% zurückgegangen. Zwischen Juli 1995 und Dezember 1997 wurde nicht ein jugendlicher Opfer eines mit einer Schußwaffe begangenen Tötungsdeliktes. Gewaltstraftaten insgesamt haben den niedrigsten Stand seit 1971 erreicht. Diese Ergebnisse spiegeln sich auch im Sicherheitsgefühl wieder: Nach einer 1997 durchgeführten Bevölkerungsbefragung fühlten sich 76% der Bürger alleine und zur Nachtzeit in ihrer Wohnumgebung sicher bis sehr sicher, gegenüber nur 58% im Jahr 1995.

Ein Beispiel für das o.a. dargestellte "harte Vorgehen" ist die Verurteilung eines einschlägig vorbestraften Jugendlichen, der auf der Straße kontrolliert und bei dem eine Patrone sichergestellt wurde. Er wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt. Nach Aussage des Police Department hat das Urteil dazu geführt,..."daß unter den Jugendlichen auf Bostons Straßen die Angst umgeht."

Boston hat wie viele andere amerikanische Städte von der 1994 gestarteten Community Policing-Initiative der amerikanischen Regierung profitiert. Das COPS Office (-->) hat mehr als 13 Millionen US-Dollar zur Einstellung von 139 zusätzlichen Polizisten bereitgestellt. Die Operation Cease Fire wurde über die COPS-"Anti Gang Initiative" mit 750.000 US-Dollar und die Bekämpfung häuslicher Gewalt über ein entsprechendes COPS-Programm mit 500.000 US-Dollar gefördert.

Das Vorgehen und die Erfolge in Boston werden seitens des U.S. Department of Justice als eine "success story" herausgestellt. Es liegen allerdings keine Informationen darüber vor, inwieweit die insgesamt ergriffenen Maßnahmen, Einzelprojekte oder auch andere Faktoren für die Erfolge (mit)verantwortlich sind.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Boston Police Department: "The Boston Strategy to Prevent Youth Violence", Boston, 1997
"Forschungsreisende in Sachen Innere Sicherheit", In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.12.97

National Crime Prevention Council (Hg.): Six Safer Cities. On the Crest of the Crime Prevention Wave. Washington 1999

U.S. Department of Justice. Office of Community Oriented Policing Services (Hg.): COPS 100.000 Officers funded. Washington 1999

U.S. Department of Justice: "Youth Violence - A Community-Based Response - One City's Success Story", Washington, September 1996

stop - anti-gewalt-training-salzburg

Ansprechpartner/Dienststelle

Verein "stop - anti-gewalt-training-salzburg", Linzergasse 21, A - 5020 Salzburg, Österreich

e-mail: stop@via.at

Organisation

Am 10.09.99 eröffnete der österreichische Innenminister in Salzburg Österreichs erstes Modellprojekt einer Täterarbeit im Rahmen polizeilicher und gerichtlicher Maßnahmen. Aufbauend auf dem Bundesgesetz zum Schutz vor Gewalt in der Familie und der Opferschutzarbeit von Exekutive und Interventionsstellen (vgl. "Interventionsstelle - Gegen familiäre Gewalt an Frauen und Kindern", Graz; "Wiener Interventionsstelle gegen Gewalt in der Familie", --> bzw. Informationsstelle gegen Gewalt, -->) wird mit "stop - anti-gewalt-training-salzburg" ein weiterer Baustein zur Gewaltprävention gesetzt.

Das sozial-therapeutische Trainingsprogramm für Männer zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen wird in Kleingruppen von bis zu acht Teilnehmern durchgeführt und erstreckt sich über den Zeitraum eines halben Jahres. Das Programm umfaßt 30 Lerneinheiten zu je drei Stunden in der Woche. Die Trainingskurse werden jeweils im Co-Training von einer Frau und einem Mann geleitet. Die Trainer sind Psychotherapeuten, Psychologen, Pädagogen oder Sozialarbeiter mit Erfahrung und Ausbildung in der Anti-Gewalt-Trainingsarbeit. Im Rahmen der Ausbildung wird "stop" auf die Erfahrungen des seit 10 Jahre erfolgreich laufenden Täterprogrammes CHANGE aus Edinburgh, Großbritannien, zurückgreifen.

Der Projektträger, der Verein "stop - anti-gewalt-training-salzburg", wird gefördert durch das Bundesministerium für Inneres und das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie.

Gewalt

Es ist vorgesehen, alle Angebote und Maßnahmen für gewalttätige Männer unter Einbeziehung der Opfer zu evaluieren. Ziel der Evaluation ist die Feststellung, ob und wie das Ziel erreicht werden kann, Täter von weiterer Gewaltanwendung abzuhalten.

Konzeptioneller Ansatz

Im Zuge des Trainings soll erreicht werden, daß der Teilnehmer für seine Handlungen Verantwortung übernimmt. Er soll erkennen, in welchen Situationen er mit welcher Absicht Gewalt anwendet und was er damit erreicht; dabei sollen insbesondere die nachteiligen Auswirkungen der Gewalt auf seine Partnerin, seine Beziehung und sein persönliches Leben herausgearbeitet werden. Gewaltfreie Konfliktlösungen werden eingeübt, um ihn zu befähigen, Konflikten ohne Gewalt zu begegnen. Der Teilnehmer wird auch herausgefordert, seine Einstellung zu Frauen und seine Vorstellungen von "männlichem" und "weiblichem" Rollenverhalten zu hinterfragen. Die Auseinandersetzung mit seiner Gewalttätigkeit soll ihn anregen, gewaltfreie, partnerschaftliche Verhaltensweisen zu entwickeln.

Vorrangiges Ziel ist der Schutz und die Sicherheit der Gewaltopfer.

Zielgruppe des sozial-therapeutischen Trainingsprogrammes sind Männer, die Gewalt gegen ihre Partnerin, (Ex)-Ehefrau/-Lebensgefährtin/-Freundin angewandt oder diese mit Gewaltanwendung bedroht haben.

Die Teilnehmer verpflichten sich per Vertrag zu einer regelmäßigen Teilnahme und einer aktiven Mitarbeit für die Dauer des Programmes. Sie müssen sich darüber hinaus damit einverstanden erklären, daß "stop" die (ex)-Partnerin bei Abbruch des Trainings oder neuerlicher Gefahr einer Gewaltanwendung informiert. Teilnehmer, die seitens der Justiz zugewiesen werden, werden darüber unterrichtet, daß im Falle eines Abbruchs des Trainingsprogrammes oder eines Rückfalls in gewalttätiges Verhalten eine Meldung an die Staatsanwaltschaft bzw. das Gericht erfolgt.

Weitere Teilnahmebedingungen sind:

- eine polizeiliche Intervention (Wegweisung aus der gemeinsamen Wohnung/Betretungsverbot oder Anzeige) bzw. Einleitung eines Strafverfahrens,

- keine akute Alkohol- oder Suchtmittelabhängigkeit,
- keine psychotische oder psychopatische Persönlichkeitsstörung,
- grundlegende Deutschkenntnisse in Wort und Schrift,
- Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit der eigenen Gewaltneigung,
- Motivierbarkeit für Veränderungsschritte,
- Willenserklärung zur Beendigung von Gewalt,
- Anerkennung der Regeln und Vertragsbedingungen.

Konsequenter Opferschutz ist das oberste Prinzip von "stop", der nur durch Einbindung in ein Netzwerk zur Gewaltprävention, in Zusammenarbeit, Austausch und Abstimmung zwischen Exekutive, Justiz, Bewährungshilfe, Kinderschutz- und Frauenhilfseinrichtungen, Interventionsstellen und Einrichtungen für Täterarbeit realisiert werden kann.

Darüber hinaus bezieht "stop" die Gewaltopfer zur Gewährleistung des Opferschutzes in Kooperation mit der Interventionsstelle Salzburg mit ein. "stop" nimmt Kontakt mit den (Ex)-Partnerinnen auf, informiert sie über Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen, Beratungs- und Unterstützungsangebote sowie den Inhalt und Ablauf des Trainings. Desweiteren ermutigt der Verein, gewalttätige Übergriffe zu melden und warnt bei neuerlicher Gefahr.

Im Verlauf des Programmes erhebt "stop" zudem die Erfahrungen der Partnerin über deren Beziehung. Die Aussagen des Opfers haben einen wichtigen Stellenwert für die Begleitung des Trainingserfolges.

Nach Beendigung des Trainingskurses soll eine Nachbetreuung in Form einer Selbsthilfegruppe für ehemalige Gewalttäter unter Anleitung eines Trainers angeboten werden. Bei Zuweisung zum Täterprogramm seitens der Justiz ergeht ein Endbericht an das Gericht.

Sachstand/Ergebnisse

Im Rahmen der Vorbereitung von "stop" wurde in Zusammenarbeit mit der Justiz und der Exekutive ein Kooperationsnetz aufgebaut. Es wurden desweiteren die Voraussetzungen zur Teilnahme an dem Anti-Gewalt-Training und die Aufnahme von "stop" in das Informationsblatt für "Weggewiesene" (vgl. u.a. Interventionsstelle - Gegen familiäre Gewalt an Frauen und Kindern, -->) vereinbart.

Erfahrungen aus den USA (Domestic Abuse Intervention Project (DAIP) in Minnesota, -->; EMERGE/Boston) und Schottland (CHANGE; Lothian Domestic Violence Probation Project, LDVPP, Edinburgh) haben gezeigt, daß eine Kopplung der Täterarbeit an polizeiliche und gerichtliche Maßnahmen den sozialen Druck auf den Täter und damit auch seine Eigenmotivation zu einer Verhaltensänderung und sein Durchhaltevermögen erhöht. Im Vergleich mit sog. "Freiwilligenprogrammen" wird deutlich, daß die Täter beim Fehlen gesellschaftlicher Sanktionen und Kontrolle häufig schon nach kurzer Zeit das Training wieder abbrechen.

Eine im Auftrag des schottischen Innenministeriums durch die Universität von Manchester durchgeführte Studie, die sich auf die Befragung von Tätern und Opfern häuslicher Gewalt stützt, hat ergeben, daß die Rückfallquote bei Absolventen des Anti-Gewalt-Trainingsprogrammes von CHANGE und LDVPP von 70% auf 30% gesenkt werden konnte.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Modellversuch "Täterarbeit". In: "Öffentliche Sicherheit" 5/99

Schreiben des Vereins "stop - anti-gewalt-training-salzburg" vom 10.08.99 mit Anlagen

Informationsflyer "stop - anti-gewalt-training-salzburg"

"stop - anti-gewalt-training-salzburg". Sozial-therapeutisches Trainingsprogramm für Männer zur Beendigung von Gewalt gegen Frauen. Konzept

Iris Kubovsky: "Ein weiterer Baustein zur Gewaltprävention". Beitrag für eine Zeitung der Exekutive

"stop - anti-gewalt-training-salzburg": Tätigkeitsbericht über den Zeitraum Mai - September 1999

Verhaltenskodex zum Alkoholausschank

Ansprechpartner/Dienststelle

Geelong Police Headquarters, 110 Mercer Street, Geelong Vic. 3220, Australien

Organisation

Das Übereinkommen der örtlichen Industrie in Geelong ("Geelong Local Industry Accord") ist ein Verhaltenskodex zum Alkoholausschank, der unter Beteiligung von Vertretern der Polizei von Victoria, Wirten lizenzierter Alkoholausschanklokale, Vertretern der Stadtpolitik und einem Vertreter der für den Alkoholausschank zuständigen Lizenzierungskommission 1991 beschlossen wurde.

Verantwortlich für das Übereinkommen ist die Polizei von Victoria, die in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat, Lizenzinhabern für den Alkoholausschank sowie der Lizenzierungskommission auch die Finanzierung sichert.

Konzeptioneller Ansatz

Im Jahr 1991, kurz vor dem Start des Übereinkommens, das die Reduzierung der durch übermäßigen Alkoholgenuß verursachten Gewaltkriminalität zum Ziel hatte, galt Geelong als eine der Städte Viktorias mit der höchsten Gewaltrate.

Zielgruppe des Projektes waren Einwohner, vornehmlich im Alter von 18 bis 30 Jahren, des zentralen Geschäftsbezirkes von Geelong.

Ein erarbeitetes und in der Praxis zu beachtendes Regelwerk sah ein Bündel an positiven, effektiven und in der Gemeinde verankerten Schadensminimierungsstrategien vor, mit denen Gewalt und Kriminalität im Zusammenhang mit alkoholisierten Personen reduziert werden sollten. U.a. wurden Beschäftigte von Bars zum Thema "verantwortlicher

Gewalt

Alkoholausschank" geschult. Gegen den Alkoholgenuß Minderjähriger wurde gezielt vorgegangen.

Im einzelnen wurden folgende Maßnahmen umgesetzt:

- starke Reglementierung oder Verbot von Veranstaltungen in den Kneipen wie z.B. „all inclusive“-Abende oder „Happy Hours“, die zu einem schnellen und exzessiven Alkoholgenuß verführen.
- Eindämmung des Verkaufs von Alkohol an minderjährige Kundschaft durch eine den Wirten auferlegte Vorschrift. Jugendliche, die falsche Ausweispapiere vorlegen, um in eine Gaststätte zu gelangen, in der Alkohol ausgeschenkt wird, müssen der Polizei gemeldet werden.
- Anreiznahme gegenüber Betrunknen, spät nachts die Lokalität zu wechseln, indem man Angebote wie z.B. „ein Freigetränk bei Eintritt“ oder „bei Essen Getränke frei“ untersagte.
- Aufrechterhaltung eines freien und konkurrierenden Marktes unter den Lokalitäten. Veranstaltungen, die mit exzessivem Genuß und Ausschank von Alkohol werben, sollen jedoch - soweit möglich - reglementiert oder verboten werden.

Sachstand/Ergebnisse

Dem Projekt wird ein signifikanter Rückgang von Sachbeschädigungen zugeschrieben. Die Anzahl an schwereren Auseinandersetzungen wird als vernachlässigbar gering bezeichnet.

Eine hervorragende Zusammenarbeit entwickelte sich zwischen den Schankwirten und der Polizei. Basis ist gegenseitiges Vertrauen, guter Wille und offene Kommunikation.

Die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Gäste in den Gaststätten und Diskotheken nahm zu.

Lokalitäten, die nach 1 Uhr nachts noch geöffnet sind, erzielten sogar Umsatzsteigerungen.

Das Projekt erregte auf den verschiedensten Gebieten und politischen Ebenen rege Aufmerksamkeit und wird auch in anderen Regionen, wie z.B. Fremantle und Perth in West-Australien sowie in Neuseeland und Kanada durchgeführt.

Das Projekt ist seitens des Australian Institute of Criminology (-->) in einer Sammlung von Gewaltpräventionsprojekten dargestellt, die für die "Australian Violence Prevention Awards" (-->) nominiert waren.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Australian Institute of Criminology (Hg.): Violence Prevention in Practice. 1996

Anonymes Vertrauenstelefon zur Vermittlung gewaltbereiter Männer an Hilfeinrichtungen

Ansprechpartner/Dienststelle

No To Violence (NTV), Male Family Violence Prevention Association Inc.,
PO Box 417, Richmond Vic., Australien

Internet: <http://www.ntv.net.au>; e-mail: vnet@vicnet.net.au

Organisation

Das "Anonyme Vertrauenstelefon zur Vermittlung gewaltbereiter Männer an Hilfeinrichtungen" ("Men's Referral Service") wurde 1993 vom Roten Kreuz Viktoria in Zusammenarbeit mit dem für Polizei- und Notfallangelegenheiten zuständigen Minister gestartet. Das Projekt wechselte dann unter die Herrschaft des "Viktorianischen Netzwerks für die Prävention männlicher Gewalt an Familien" ("Victorian Network for the Prevention of Male Family Violence - V-NET - Inc."), das u.a. auch einen Leitfaden mit Standards für Praxisprojekte gegen männliche Gewalt (-->) erarbeitet hat. 1998 wurde "Men's Referral Service" zusammen mit V-NET (-->) zu einer gemeinsamen Organisation "Nein zur Gewalt" (No To Violence - NTV; -->) zusammengeführt.

Einschließlich der Löhne für einen Vollzeit-Koordinator, Verwaltungsangestellte sowie einem Team von teilzeitbeschäftigten Psychologen und Sozialarbeitern, die für die klinische Supervision verantwortlich sind, betragen die jährlichen Projektkosten etwa 100.000 australische Dollar.

Konzeptioneller Ansatz

Projektziel ist die Bereitstellung eines anonymen Vertrauenstelefons von Männern für Männer als zentralem Kontaktpunkt des "Men's Referral Service".

Gewalt

Ausgangspunkt und Anlaß für den Start des Projektes war eine Öffentlichkeitskampagne, die Männer aufrief, die Verantwortung für ihr mißbrauchendes und gewalttätiges Verhalten zu Hause zu übernehmen. Ein Ergebnis dieser Kampagne war die Erkenntnis, daß Männer zwar gewillt sind, gewalttätige Verhaltensweisen zu ändern, ihnen bei der weiteren Umsetzung jedoch geholfen werden muß.

Primäre Zielgruppe des Projektes sind diese (potentiell) gewalttätigen Männer.

Mit der Einrichtung des Telefondienstes sollen anrufende Männer in ihrer Entscheidung, Hilfe zu suchen, gestärkt und unterstützt werden. Den Männern wird vermittelt, daß das Erlernen alternativer Verhaltensweisen ein lang andauernder Prozeß ist, der professionelle Hilfe erfordert.

Frauen, die das Hilfetelefon wegen ihren (potentiell) gewalttätigen Männer kontaktieren, wird u.a. durch die Weiterleitung an lokale Organisationen ebenfalls weitergeholfen.

Der Telefondienst wird betrieben von ausgebildeten männlichen Freiwilligen, von denen einige selber diesen Wechsel von gewalttätigem zu sozial adäquatem Verhalten erfolgreich bewältigt haben.

Der Dienst ist von Montag bis Freitag, in der Zeit von 12.00 bis 21.00 Uhr, gebührenfrei erreichbar. Er unterhält Kontakte zur Polizei, kommunalen Gesundheitseinrichtungen, Gerichten und sonstigen relevanten Einrichtungen.

Sachstand/Ergebnisse

Im Zeitraum 1994/95 gehörten 65% der männlichen Anrufer der eigentlichen Zielgruppe an. Während dieser Zeit wurden 87% der Anrufer an Hilfeeinrichtungen weitervermittelt.

Von den Männern, die 1994 an verhaltensändernden Kursen teilnahmen, waren etwa ein Drittel durch den "Men's Referral Service" weitervermittelt worden.

In einem Zeitraum von zwölf Monaten wurden 916 Anrufe entgegengenommen, wobei 81% der Anrufer männlich waren.

Das in seiner Art für Australien einzigartige Projekt ist seitens des Australian Institute of Criminology (-->) in einer Sammlung von Gewaltpräventionsprojekten dargestellt, die für die "Australian Violence Prevention Awards" (-->) nominiert waren.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Australian Institute of Criminology (Hg.): Violence Prevention in Practice. 1996
No To Violence (Hg.): "Men's Referral Service". Internetauszug, September 1999

Kampagne gegen Gewaltdarstellung in den Medien

Ansprechpartner/Dienststelle

Young Media Australia, Eileen Sharman Studios, 69 Hindmarsh Square, Adelaide SA 5000, Australien

Organisation

Gegründet wurde die Kampagne gegen Gewaltdarstellung in den Medien (Media Violence Awareness and Advocacy Project) 1980 von der heutigen Young Media Australia (YMA), einer nationalen Beratungs-, Forschungs- und Empfehlungsstelle für die Medieninformation von Kindern, die auf Erfahrungen und Wissen des australischen Rates für Kinderfilme und -fernsehen (Council for Children's Films and Television) zurückgreifen kann. YMA ist eine unabhängige, nicht-kommerzielle und gemeinnützige Organisation.

Die Finanzierung der Kampagne in Höhe von jährlich etwa 10.000 australischen Dollar erfolgt durch o.g. Council.

Konzeptioneller Ansatz

Die Kampagne basiert auf dem Bewußtsein, daß Gewaltdarstellungen in den Medien ein Beitrag für zunehmende Gewalt in der Gesellschaft sein können. Langzeiteffekte bei Kindern könnten zu einem Lernprozeß für das spätere Leben führen, daß Gewalt funktioniert und sich auszahlt.

Zielgruppe sind Kinder und ihre Erziehungsberechtigten.

Die Arbeit umfaßt die Sammlung, kritische Analyse und Verbreitung von Forschungsergebnissen und Regierungsberichten zum Thema. YMA bereitet Unterlagen vor und legt diese Genehmigungsbehörden vor. Weitere Funktionen sind die Durchführung von Bevölkerungsbefragungen, die Veröffentlichung von Berichten und Broschüren und die Förderung einer öffentlichen Debatte via Medieninterviews.

Sachstand/Ergebnisse

YMA hat in der Zeit des Bestehens u.a. Hunderte von Interviews und Hintergrundgesprächen mit Medienvertretern über mögliche Zusammenhänge von Gewaltdarstellung im Fernsehen und Gewaltkriminalität geführt. Unzählige Präsentationen vor nationalen und internationalen Foren wurden durchgeführt.

Eine umfassende Bibliographie zu Forschungsartikeln und anderen Abhandlungen über Gewalt in den Medien wurde aufgebaut und wird permanent aktualisiert.

YMA ist als Anwalt von Eltern und besorgten Bürgern gegenüber der Australian Broadcasting Authority tätig geworden und hat letztlich mit all ihren Aktivitäten in Australien ein wachsendes Problembewußtsein zum Thema geschaffen.

Die Kampagne ist seitens des Australian Institute of Criminology (-->) in einer Sammlung von Gewaltpräventionsprojekten dargestellt, die für die "Australian Violence Prevention Awards" (-->) nominiert waren.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Australian Institute of Criminology (Hg.): Violence Prevention in Practice. 1996

The Family C.A.R.E. Project

Ansprechpartner/Dienststelle

The Family C.A.R.E. Project, Children Community Health Services, PO Box 1507, Fortitude Valley Qld 4006, Australien

Organisation

Das „Family C.A.R.E. Project“ ist ein für Familien mit Kleinkindern zugeschnittenes Gewaltpräventionsprojekt.

Konzeptioneller Ansatz

Zielgruppe des Projektes sind Familien, in denen Kleinkinder Opfer von häuslicher oder sonstiger Gewaltanwendung (Kindesmissbrauch) geworden sind, sowie Familien mit potentiell gefährdeten Neugeborenen und deren Geschwistern.

Im Rahmen des Projektes führt eine Kinderkrankenschwester über den Zeitraum von zwei Jahren in vorbelasteten Familien regelmäßig Hausbesuche durch. Ihre Aufgabe ist es, eine therapeutische Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten der Kleinkinder zu etablieren, die elterliche Fürsorge zu stärken und Empfehlungen und Beratung für die Kindergesundheitsfürsorge zu geben. Desweiteren soll durch das Herausarbeiten und Darstellen von Erfolgen die Eltern-Kind-Bindung gefestigt bzw. aufgebaut werden.

Sachstand/Ergebnisse

Das Projekt errang 1997 zusammen mit zwei weiteren Projekten den mit jeweils 10.000 australischen Dollar prämierten 2. Platz bei der Verleihung der „Australian Violence Prevention Awards“ (-->).

Gewalt

Der in dem Projekt verwendete Ansatz wird auch in seiner Erweiterung bzw. seiner vielfältigen Gestaltungsmöglichkeit unter dem Oberbegriff "Home Visitation Programs" von Sherman u.a. als bewiesenermaßen erfolgreich bezeichnet.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Australian Institute of Criminology (Hg.): Australian Violence Prevention Awards 1997.
Winning Projects

Sherman, Lawrence W. u.a.: Preventing Crime. What Works, What Doesn't, What's Promising.
(Hg.): U.S. Department of Justice/Office of Justice Programs. Februar 1997

Themenbereich
**Jugendkriminalität/
Jugendschutz**

Communities In Schools (CIS)

Ansprechpartner/Dienststelle

Communities In Schools, Inc. National Office, 1199 North Fairfax Street, Suite 300, Alexandria, VA 22314-1436, Vereinigte Staaten

Internet: <http://www.cisnet.org>; e-mail: cis@cisnet.org

Organisation

Die Organisation Communities In Schools Inc. arbeitet mit einem landesweiten, unabhängigen Netz von mehr als 141 örtlichen und 17 bundesstaatlichen CIS-Büros. CIS-Programme arbeiten nach dem Public-Private-Partnership-System.

Die Programme werden jeweils separat und voneinander unabhängig von ihrem eigenen Vorstand (board of directors) gemanagt. Auf bundesstaatlicher Ebene eingesetzte State Management Teams haben die Aufgabe, das Modell nach einheitlichem Muster innerhalb des Bundesstaates zu replizieren.

CIS Inc., mit seinem Hauptquartier in Alexandria/Virginia, sieht es als seine Aufgabe an, die Gemeinden bei der Schaffung einer selbsttragenden CIS-Arbeitsstruktur zu unterstützen. In Zusammenarbeit mit den regionalen Büros unterbreitet CIS Inc. u.a. Aus- und Fortbildung sowie technische Unterstützung.

Konzeptioneller Ansatz

CIS tritt dafür ein, benötigte gemeindliche Ressourcen mit Schulen zusammenzubringen, um Risiko-Jugendlichen (at-risk youth) beim Lernen zu helfen und sie dabei zu unterstützen, die Schule nicht abzubrechen und sich für das spätere Leben vorzubereiten.

Das CIS-Modell soll sicherstellen helfen, daß jedes Kind

- eine persönliche Beziehung zu einem sorgenden Erwachsenen,
- einen sicheren Platz zum Lernen und Erwachsenwerden,
- einen gesunden Start und eine gesunde Zukunft,
- mit dem High School-Diplom einen marktfähigen Abschluß und
- zudem die Möglichkeit erhält, der Gemeinde und Gleichaltrigen etwas zurückzugeben.

Mit dieser Zielsetzung reflektiert CIS das Problem des vorzeitigen Schulabbruchs von Jugendlichen in den USA. Nach einer 1992 durchgeführten Studie des National Center for Education Statistics verließen 3,4 Millionen junge Menschen im Alter zwischen 16 und 24 Jahren (und damit 11% dieser Altersgruppe) die High School vor Erreichen eines Abschlusses. Dieses sog. "dropout"-Problem betrifft nicht allein die High School. Die "dropout"-Raten sind zudem um so gravierender, je häufiger Klassen wiederholt werden. Folgeprobleme und -kosten entstehen u.a. dadurch, daß die Raten späterer Arbeitslosigkeit höher sind als bei Schülern mit High School-Abschluß.

CIS-Projekte können in drei Grobkategorien untergliedert werden:

- Projekte in traditioneller Schulumgebung, die der Klassenroutine so weit wie möglich nachgebildet sind,
- Projekte, in denen Gesundheits- und soziale Dienste die Hauptrolle übernehmen und
- Projekte, die in der Form alternativer Schulen arbeiten.

Die beiden ersten Kategorien finden sich im Klassenraum-Modell von CIS wieder, die letztgenannte Kategorie im akademischen Modell.

Das Klassenraum-Modell sieht vor, daß sich Schüler freiwillig für eine CIS-Klasse melden. Dort erhalten sie u.a. Förder- und Einzelunterricht. CIS-Klassen greifen häufig auf freiwillig arbeitende Gemeindemitglieder zurück, die die Schüler unterrichten und ihnen als Ratgeber zur Seite stehen.

Verantwortlich für die CIS-Klassen sind vom Schulbezirk besonders benannte Lehrer. In besonderen Situationen können Gesundheits- und soziale Dienste die Hauptrolle in den Klassen übernehmen.

Das akademische Modell umfaßt die Elemente des Klassenraum-Modells, wird jedoch in Form einer alternativen Schule durchgeführt, in der alle Schüler Teil des Programmes sind. Die Durchführung erfolgt z.T. als "Schule in der Schule", d.h. daß z.B. ganze Schulflügel für CIS-Klassen reserviert sind. Schüler, die die Kriterien erfüllen, werden einem Fall-Manager zugeführt, der sich ein Bild von dem Schüler und seinen Nöten bzw. Defiziten macht, so daß über das CIS-Programm z.B. Einzel- oder Gruppenberatungen bereitgestellt werden können.

Sachstand/Ergebnisse

CIS erreicht 1999 landesweit direkt 1.100 Schulen, über zusätzlich angeschlossene Programme sogar 1.700 Schulen. 1998 erreichten CIS-Programme mehr als 500.000 Schüler und ihre Familien. Das Programm wurde in den Fiskaljahren 1995 und 1996 u.a. mit 932.000 US-Dollar aus Bundesmitteln unterstützt.

Das CIS-Programm wurde im Zeitraum Herbst 1991 bis Anfang 1994 vom Urban Institute evaluiert. U.a. wurden folgende kritische Charakteristika des CIS-Modells identifiziert:

- Das CIS-Modell bezieht sich eher auf den Prozeß der Unterbreitung einer Anzahl nicht vorgeschriebener Dienstleistungen, denn auf den Inhalt oder das Gebiet der Dienstleistung selber. Sherman u.a. führen hierzu aus, daß CIS als Mittel gesehen wird, eine Reihe von Präventionsdienstleistungen effektiv anbieten zu können, wobei nach dem Stand der Implementation 1997 der Dienstleistungsmix sowohl effektive als auch ineffektive Maßnahmen umfassen kann. Bisherige CIS-Evaluationen seien methodisch nicht ausreichend gewesen, das kriminalpräventive Potential des Programms zu bewerten.
- Der CIS-Prozeß umfaßt vorgeschriebene Elemente: In der Gemeinde bestehende Dienstleistungsangebote werden in die Schule gebracht. Sie werden integriert und koordiniert statt fragmentiert und dupliziert.

Verantwortlich gegenüber den Schülern, ihren Familien, den Schulen und Gemeinden ist das gesamte Personal von CIS.

- Zielgruppe von CIS sind Risiko-Jugendliche und ihre Familien. Gemeindebasierten Programmen ist nicht vorgeschrieben, wie diese Zielgruppe definiert und identifiziert wird. Über die Zeit hat CIS seinen Blickwinkel über Jugendliche mit einer Notwendigkeit zur Intervention auf solche Jugendliche, insbesondere Kinder, erweitert, die möglicherweise von präventiven Bemühungen profitieren könnten.

Hinsichtlich der Wirkung, die CIS-Programme bei Schülern entfalten, kommt die Studie des Urban Institute zu dem Ergebnis, daß u.a.

- ein hoher Anteil an CIS-Schülern die Schule weiter besuchten bzw. ihren Abschluß machten,
- 80% der Schüler, die im Schuljahr 1989-90 bzw. 1990-91 von CIS-Dienstleistungen profitierten, zum Zeitpunkt der Untersuchung noch die Schule besuchten bzw. 1992-93 ihren Abschluß schafften,
- CIS-Schüler mit Problemen hinsichtlich ihrer Anwesenheit in der Schule und erzielten Lernerfolgen ihre Entwicklung in diesen Bereichen verbesserten.

Obwohl weder alle Programmbestandteile noch alle Schüler avisierte Ziele erreichten, verbesserten 70% der Schüler mit im Vorfeld einer CIS-Teilnahme hohen Schulabwesenheitsraten ihren Anwesenheitsgrad, während 60% der Schüler mit im Vorfeld niedrigen Schulabwesenheitsraten ihren Anwesenheitsgrad erhöhten. Von den Schülern mit den schlechtesten Noten (Durchschnittsnote unter 1,0) verbesserten 79% die Durchschnittsnote, wobei der Anstieg im Mittel bei einem vollen Punkt lag.

Ein Großteil an Schülern nahm an, vom CIS-Programm profitiert zu haben, wobei ein großes Maß an Zufriedenheit mit dem Programm gezeigt wurde.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Communities In Schools (Hg.): Internet-Auszüge. Juni 1999

Sherman, Lawrence W. u.a.: Preventing Crime. What Works, What Doesn't, What's Promising.

Hg.: U.S. Department of Justice/Office of Justice Programs. Februar 1997

U.S. Department of Justice, Office of Juvenile Justice and Delinquency Prevention (Hg.):

Keeping Young People in School: Community Programs That Work. In: OJJDP-Juvenile Justice Bulletin. Juni 1997

Code Blue Program, Fort Worth

Ansprechpartner/Dienststelle

City of Fort Worth (TX), Assistant City Manager, , Fort Worth, Vereinigte Staaten

Organisation

In den letzten 20 Jahren verzeichnete die texanische Stadt Fort Worth außergewöhnliche Kriminalitätssteigerungsraten; zwischen 1987 und 1991 war die Stadt immer unter den vier am höchsten belasteten amerikanischen Städten. Verbrechensfurcht war weit verbreitet. Die Polizei, stark reaktiv durch Notrufersuchen gefordert, wies eine der - auf die USA bezogen - niedrigsten Raten an Polizeibeamten pro Einwohner auf und litt zudem unter einem überladenen Strafsystem. Auch infolge der Medienberichterstattung konnte die Situation in Fort Worth nicht mehr als rein lokales Problem bezeichnet werden.

1991 wurde ein "Code Blue" genanntes, mehrdimensionales Community Policing-Programm gestartet. Für die Gesamtleitung ist ein sog. "Neighborhood Policing Steering Committee" unter Vorsitz des Bürgermeisters sowie des US-Anwalts für den nördlichen District von Texas zuständig. In jedem der 12 Neighborhood Policing Districts wurde ein Community Advisory Committee genanntes Arbeitsgremium unter gesamtgesellschaftlicher Beteiligung eingerichtet.

Finanziert aus städtischem und Bundesbudget wurden jährlich zwischen 3,17 Millionen US-Dollar (1991) und 3,79 Millionen US-Dollar (1998) eingesetzt. Aktivitäten zur Kriminalprävention wurden mit zusätzlichen Staats- und Bundesmitteln gefördert.

Mittels Referendum stimmten die Bürger 1995 der Schaffung eines örtlichen Kriminalitätskontroll- und Präventionsdistrikts (crime control and prevention district) zu, der durch zusätzliche Steuern (1/2 Cent zusätzlich an Umsatzsteuern) finanziert wird. Jährlich stehen so 30 Millionen US-Dollar für verschiedene Programme zur Verfügung. Eine Verlängerung der Initiative

setzt die Zustimmung der Bürger in weiteren - in fünfjährigem Abstand stattfindenden - Referenden voraus.

Konzeptioneller Ansatz

Nachfolgend seien auszugsweise drei erfolgreiche Kriminalitätskontroll- und Präventionsansätze des Programms dargestellt:

Das "Tarrant County Advocate Program (TCAP)" ist ein Projekt intensiver Supervision und Intervention für jugendliche Täter, das vom Tarrant County Juvenile Service betreut und seitens der Stadt Fort Worth finanziert wird.

Hauptzielgruppe sind gefährliche Wiederholungstäter. Jugendliche auf Bewährung werden einem "Anwalt" (advocat) zugewiesen, der die Aufgabe hat,

- intensiv mit dem Jugendlichen und seiner Familie zusammenzuarbeiten,
- enge Überwachung und Beratung zu gewährleisten,
- Konfliktlösungs- und Kommunikationsfertigkeiten zu vermitteln und
- Kontakte zu Hilfeeinrichtungen zu verschaffen.

TCAP gewinnt ortsansässige Personen als "Anwälte". Die Bezahlung durch TCAP liegt bei etwa 7 US-Dollar pro Stunde.

Das Projekt "Citizens on Patrol" ist ein für die USA typisches Projekt eines freiwilligen Streifendienstes, das mit dem "Code Blue Program" eingeführt wurde.

Bürger erhalten nach einer 12-stündigen Einweisung an der Fort Worth Police Academy ein Diplom, eine Mütze, T-Shirt sowie eine Windjacke mit den Insignien der "Citizens on Patrol".

Die Bürger bestreifen in Gruppen ihre Nachbarschaft und melden Verdächtiges über Polizeifunk direkt an die Polizei.

Das städtische Programm "Comin' Up Gang Intervention" wurde unter der Koordinierung der Boys&Girls Clubs von Greater Fort Worth 1994 gestartet. Das Programm beschäftigt Bandenmitglieder, die in Streitschlichtung und anderen Fertigkeiten ausgebildet werden, mittels derer bandenbezogene Gewaltstraftaten zertrennt werden können. Eingebunden sind die Polizei, Schulen, Gerichte und Bewährungshelfer. Über Kooperationspartner integriert das Programm u.a. Gemeindedienste, Arbeitsförderungs- und Arbeitsvermittlungsbemühungen, Schulungen, Konfliktlösungs- und Erziehungsfertigkeiten sowie Maßnahmen der Selbstkontrolle (z.B. bei Wutausbrüchen).

Sachstand/Ergebnisse

Von den 210 Jugendlichen, die das "Tarrant County Advocate Program (TCAP)" 1997 abschlossen, wurden 89 erneut festgenommen und von diesen 40 einer richterlichen Entscheidung zugeführt.

Das Projekt "Citizens on Patrol" startete 1991 mit 105 Freiwilligen in 11 Nachbarschaften. Bis 1999 wurde die Beteiligung auf mehr als 3.700 Freiwillige in 167 Nachbarschaften gesteigert. Das Projekt wird als wesentliche Ursache für erzielte Erfolge in der Kriminalitätsreduktion, vor allem in den Bereichen Diebstahl und Einbruch angesehen.

Dem Programm "Comin' Up Gang Intervention", in das 1999 1.083 Bandenmitglieder eingebunden waren, werden Rückgänge in der bandenbezogenen Gewaltkriminalität von 26% zwischen 1994 und 1996 zugeschrieben. Der Rückgang bei Tötungsdelikten lag bei 81%, bei versuchtem Mord und versuchter schwerer Körperverletzung bei 30% und bei schwerem Raub bei 22%.

Insgesamt ging die Kriminalität in Fort Worth zwischen 1986 und 1996 um 56% zurück (bezogen auf den amerikanischen Crime Index). Der Rückgang bei Eigentumskriminalität lag bei 57%, bei Gewaltkriminalität bei 48%. Inwieweit Erfolge tatsächlich o.a. Projekten und Programmen zugeschrieben werden können, ist zu hinterfragen, da erste deutliche Kriminalitätsrückgänge bereits zwischen 1988 und 1990 erkennbar waren.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

National Crime Prevention Council (Hg.): Six Safer Cities. On the Crest of the Crime Prevention Wave. Washington 1999.

Jugendspezifische Sperrstundenverordnungen

Ansprechpartner/Dienststelle

Office of Juvenile Justice and Delinquency Prevention (OJJDP), 810 Seventh Street NW, 20531 Washington, DC, Vereinigte Staaten

Internet: <http://www.ojjdp.ncjrs.org>

Organisation

Mit ansteigender Jugendkriminalität hat das Office of Juvenile Justice and Delinquency Prevention (OJJDP, -->) eine wachsende Tendenz zum Erlaß von sog. Curfew Ordinances (Sperrstunden-Verordnungen) festgestellt. Hierbei handelt es sich um kommunale Verordnungen, die als Einzelmaßnahme oder im Rahmen einer ganzheitlichen Strategie zur Gemeindefürsorge erlassen wurden und die Jugendlichen verbieten, sich zu festgelegten Nachtzeiten außerhalb des Elternhauses aufzuhalten.

Konzeptioneller Ansatz

Von polizeilicher Seite werden Curfew-Verordnungen regelmäßig als effektive Möglichkeit zur Bekämpfung in den späten Abendstunden oder in den Nachtstunden stattfindender Kriminalität gesehen. Sie sind als umfassende und gemeindebasierte Projekte Mittel sowohl zum Schutz der Gemeinde als auch der Jugendlichen vor Viktimisierung und sie dienen als konstruktive Intervention gegen die Entwicklung von Delinquenzmustern.

Sachstand/Ergebnisse

Auf der Basis von Untersuchungen der 200 größten US-Städte wurde festgestellt, daß 93 von ihnen (47%) zum 1. Januar 1990 über Curfew-Regelungen verfügten. Zwischen Januar 1990 und dem Frühjahr 1995 setzten weitere 53 Städte (27%) entsprechende Regelungen in Kraft, während 37 der 93 Städte ihre Regelungen überarbeiteten.

In den USA werden Curfew-Verordnungen nicht unwiderrprochen akzeptiert. In vielen Städten haben Auffassungen von Einzelpersonen und Bürgerrechtsorganisationen diese dazu bewogen, die Rechtmäßigkeit der Verordnungen in Frage zu stellen. Unterstützung finden Privatpersonen dabei in der American Civil Liberties Union (ACLU), die die Verfassungswidrigkeit der Verordnungen selber ebenfalls auf dem Klagewege festzustellen suchte.

Schon 1975 bestätigte ein US-Bezirksgericht (U.S. District Court) auf Bundesebene erstmals die Verfassungsmäßigkeit einer Curfew-Verordnung. 1989 hingegen erklärte ein für den District of Columbia zuständiges Gericht eine entsprechende Regelung für verfassungswidrig und setzte sie außer Kraft. Dennoch verabschiedete der District of Columbia 1995 eine neue Verordnung, die sich an einer Maßnahme in Dallas/Texas orientierte, die wiederum 1993 Bestand vor dem U.S. Court of Appeal (Berufungsgericht auf Bundesebene) hatte.

Curfew-Verordnungen, die vor der Verfassung Bestand haben sollen, müssen demnach heute zwei Voraussetzungen erfüllen: sie müssen (1) darlegen, daß ein zwingendes Interesse des Bundesstaats an einer derartigen Regelung besteht und (2) die Mittel zur Erreichung des Gesetzesziels eng zuschneiden.

O.a. Regelung in Dallas hatte deswegen Bestand, weil es der Stadt mittels statistischer Angaben zur Entwicklung der Jugenddelinquenz sowie der Tatzeiten (hauptsächlich Nachtzeit) gelungen war, ein herausragendes Interesse an einer Curfew-Verordnung geltend zu machen und zudem die Maßnahme wie folgt zugeschnitten ist: Zielgruppe waren Jugendliche unter 17 Jahren zwischen 23.00 und 06.00 Uhr von Sonntags bis Donnerstags bzw. von 24.00 bis 06.00 Uhr an Freitagen und Samstagen. Ausgenommen waren Jugendliche,

- die von einem Erwachsenen begleitet waren,
- die in Aktivitäten eingebunden waren im Zusammenhang mit dem Handel zwischen mehreren Bundesstaaten bzw. die durch den 1. Zusatzartikel (1st Amendment) der US-Verfassung geschützt sind (Recht zur freien Meinungsäußerung, Religionsausübung und friedlicher Versammlung),
- die auf dem Weg von oder zur Arbeit waren,

- die auf einen Notfall reagierten,
- die verheiratet waren,
- die überwachte schulische, religiöse oder Freizeitaktivitäten wahrnahmen.

Neben den verfassungsmäßigen Voraussetzungen sind Vorgaben aus dem Juvenile Justice and Delinquency Prevention(JJDP)-Act zu erfüllen, der die Unterbringung jugendlicher Straftäter in sicherem Arrest untersagt. Aus diesem Grunde werden Curfew-Regelungen heutzutage in der Regel als umfassende, gemeindliche Programme eingeführt, die u.a. Gemeinde- oder Freizeitzentren sowie Kirchen als Orte vorsehen, denen von der Polizei aufgegriffene Jugendliche zunächst zugeführt werden. Diese Einrichtungen werden regelmäßig von Bediensteten sozialer Dienste sowie von Freiwilligen betreut. Intervention findet in der Form statt, daß Jugendliche an soziale Dienste verwiesen werden oder Beratungsklassen für Eltern und Kinder stattfinden. Wiederholt aufgegriffene Jugendliche müssen mit Geldstrafe (bis zu 500 US-Dollar) oder Verurteilung zu einer in der Gemeinde abzuleistenden Strafe rechnen.

Curfew-Programme können zudem Freizeitprogramme und Berufsbildungsmaßnahmen, Anti-Drogen- und Anti-Banden-Programme sowie Notruftelone für Krisenintervention beinhalten.

Ergebnisse aus Dallas zeigen, daß Fälle mit Jugendlichen als Opfer in den Curfew-Zeiten zwischen Mai bis Juli 1993 und dem selben Zeitraum 1994 um 17,7% zurückgingen. Die Verhaftungen von Jugendlichen zeigten im selben Zeitraum einen Rückgang von 14,6%.

Zahlen aus Phoenix/Arizona zeigen, daß nach der stadtweiten Einführung einer Curfew-Verordnung im Mai 1993 Verhaftungen von Jugendlichen um 10% zurückgingen (Vergleichszeitraum war hier Juni 1993 bis April 1994 gegenüber Juni 1992 bis April 1993).

Chicago verfügt seit 1948 über immer wieder überarbeitete Curfew-Regelungen. Im Rahmen des dortigen Community Policing-Projektes CAPS wurde 1994 ein auf einen Polizeibezirk beschränktes experimentelles Forschungsprojekt "Operation Timeout" gestartet, bei dem es sich um eine konsequent umgesetzte ("no-tolerance") Curfew-Regelung für die

Sommerzeit handelte. Erstmals aufgegriffene Jugendliche wurden den Eltern zugeführt, wobei diese mit 200 bis 500 US-Dollar Geldstrafe zu rechnen hatten, sofern sie das Kind in seinem Handeln unterstützt hatten. Wiederholte Aufgriffe führten u.a. dazu, daß Eltern vor Gericht Rede und Antwort stehen mußten. Dem Programm wird zugeschrieben, daß Einbrüche zwischen 1993 und 1994 um etwa 11%, Autodiebstahl um etwa 30% und Diebstahl um etwa 66% zurückgingen.

In New Orleans wird es einer im Mai 1994 gestarteten Kriminalitätsbekämpfungskampagne inklusive einem Sommerfreizeitprogramm für Jugendliche, einer Beschäftigungsoffensive für die Sommerzeit und einem Curfew-Programm zugeschrieben, daß bezogen auf die Curfew-Stunden Jugendkriminalität 1994 27% unter den Zahlen des Jahres 1993 lag.

Insgesamt ist die Bewertung des OJJDP gegenüber gemeindebasierten und gemeindeeinbindenden Curfew-Regelungen überaus positiv.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

U.S. Department of Justice/Office of Juvenile Justice and Delinquency Prevention (Hg.):
Curfew: An Answer to Juvenile Delinquency and Victimization? In: Juvenile Justice Bulletin.
April 1996

SafeNight Curfew and Diversion Program, Denver/USA

Ansprechpartner/Dienststelle

Denver Police Department, 1331 Cherokee St., Denver, Co. 80204, Vereinigte Staaten

Internet: <http://www.denvergov.org/>

Organisation

Verantwortlich für die strategischen Aspekte ergebnisorientierter Kriminalprävention sind in der Stadt Denver das Denver Police Department sowie ein Safe City Office.

Konzeptioneller Ansatz

1993 verzeichnete die Stadt Denver eine Serie von Gewaltstraftaten, in denen unbeteiligte Personen bei Bandenschießereien getötet oder verletzt wurden. In der Konsequenz wurde seitens des Bürgermeisters und anderer lokal Verantwortlicher die Notwendigkeit einer langfristigen Strategie gesehen, die die Ursachen der Gewalt angehen und ein an Problemlösung, Prävention und Zusammenarbeit ausgerichtetes Community Policing schaffen sollte.

Ein stadtweites Beratungsgremium wurde geschaffen, das verantwortlich war für die Planung lokaler Aus- und Fortbildungsmaßnahmen, die Identifizierung von Defiziten/Nöten, die Evaluation von Präventionsmaßnahmen sowie die Festlegung von Standards für die jährliche Verteilung von Präventionsgeldern.

1994 wurde ein sog. SafeNight Curfew and Diversion Program geschaffen, das darauf abzielt, die Zahl jugendlicher Straftäter und Opfer sowie die Zahl an Gerichtsverfahren zu verringern. Eine städtische Verordnung verbietet es Jugendlichen unter 18 Jahren, sich zwischen 23.00 und 5.00 Uhr (Sonntag bis Donnerstag) bzw. zwischen 24.00 und 5.00 Uhr (Freitags, Samstags) im öffentlichen Raum aufzuhalten. Jugendliche, die gegen diese Verordnung

verstoßen, werden von der Polizei zu einer SafeNight-Station verbracht, wo ihre Personalien festgestellt werden. Eltern bzw. Aufsichtspersonen werden gebeten, sich zu dieser Station zu begeben, wo ein Berater im Rahmen eines Gesprächs notwendige Maßnahmen, z.B. der Familienhilfe, festzustellen hat. Durch Ableistung von Diversionsmaßnahmen können die Betroffenen gerichtliche Verfahren vermeiden.

Im Rahmen des Maßnahmenbündels der Stadt Denver wurden u.a. folgende weitere Maßnahmen ergriffen:

- Innerhalb des Denver Police Departments wurden Standards für Verantwortlichkeiten und problemlösende Polizeiarbeit (Problem Solving Policing) geschaffen. Zusammenarbeitsstrukturen mit anderen Verantwortlichen im Bereich Kriminalprävention werden unterstützt, Beamte werden in Problemlösungstechniken geschult und müssen ihre Tätigkeiten evaluieren lassen.
- Seit 1994 stellt das Safe City Office jährlich eine Million US-Dollar an in der Jugendkriminalitätsprävention tätige Einzelpersonen und Arbeitsgruppen bzw. Vereinigungen zur Verfügung. Die Gelder werden auf der Basis eines Wettbewerbsverfahrens verteilt. Begünstigte schließen mit der Stadt Verträge ab, die die zu liefernden Dienstleistungen festlegen. Ein unabhängiges Unternehmen unterstützt die Begünstigten hinsichtlich der Entwicklung eines Evaluationsplans, der konkrete Ziele spezifiziert. Das Unternehmen überwacht zudem Projektfortschritte. Das Programm für 1998 sah Dienstleistungen für 6.000 Jugendliche und 10.000 Familien vor.

Sachstand/Ergebnisse

Zwischen 1995 und 1997 konnten 6.200 Fälle von Curfew-Verstößen durch Diversionsmaßnahmen erledigt werden.

Dem SafeNight Curfew and Diversion Program wird es zugeschrieben, daß die Zahl an Verbrechenopfern (bei jugendlichem Täter) seit 1994 um 40% gesenkt werden konnte.

Der Förderung der Zusammenarbeit mit anderen Institutionen der Sozialkontrolle schreibt es das Denver Police Department zu, daß über ein Programm zur Verringerung von Störungen der öffentliche Sicherheit und Ordnung (Nuisance Abatement Program) in einem problembelasteten Gebiet im Zeitraum 1996 - 1997 Festnahmen wegen unerlaubter Prostitution um 25%, wegen Drogenvergehen um 13% und wegen schwerer Körperverletzung um 17% verringert werden konnten.

Der jährlichen Vergabe von einer Million US-Dollar an in der Prävention tätige Einzelpersonen und Organisationen wird es mit zugeschrieben, daß Arrestierungen von Jugendlichen zwischen 1993 und 1996 stadtweit um 27% zurückgingen. Im Bereich des Reviers (precinct) 612, das die größte Zahl an Programmteilnehmern stellte, konnten Jugendarrests zwischen 1995 und 1996 um fast 40% gesenkt werden.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

National Crime Prevention Council (Hg.): Six Safer Cities. On the Crest of the Crime Prevention Wave. Washington 1999.

Verbesserungen des sozialen Status von Jugendlichen und deren Familien

Ansprechpartner/Dienststelle

City of Hanko, Social Service and Health Department, Bulevardi 6 / P.O. Box 27, FIN-10901 Hanko, Finnland

Internet: <http://www.hanko.fi>

Organisation

1991 wurde ein vielseitiges Programm zur Reduzierung der Jugendkriminalität in Hanko gestartet. Beteiligt waren die Behörden für Soziales und Gesundheit, Erziehung, Erholung und Kultur, die Polizei, das Arbeitsamt sowie Freiwillige der Gemeinde.

Finanziert wurde das Programm durch die städtischen Ämter und die beteiligten Partner sowie durch Spenden.

Konzeptioneller Ansatz

Ziel war die Verbesserung der sozialen Situation von benachteiligten Jugendlichen und deren Familien sowie die Begegnung anderer damit in Verbindung stehender Probleme der Risikogruppe durch:

- Entwicklung alternativer Jugendhilfemodelle zur Förderung der nichtinstitutionellen Hilfe,
- Durchführung von nächtlichen Straßenpatrouillen zur Erhöhung der sozialen Kontrolle, Reduzierung der Kriminalität und der Kriminalitätsangst der Bürger,
- Einbeziehung der Jugendlichen in pro-soziale Aktivitäten wie Jugendarbeits- und Ausbildungsprogramme, um Schuleschwänzen,

Drogenmißbrauch, anti-soziales und kriminelles Verhalten zu reduzieren.

Sachstand/Ergebnisse

Es wurde in Hanko ein Rückgang von Straftaten im Bereich der Eigentums kriminalität durch Jugendliche von 41% verzeichnet (von 1091 Fällen im Jahr 1991 auf 644 Fälle im Jahr 1993). Im gleichen Zeitraum sanken die städtischen Kosten für Jugendhilfe um 50%. Eine wissenschaftliche Bestätigung der Ergebnisse ist nicht erfolgt.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

International Centre for the Prevention of Crime (Hg.): Worldwide Best Practice in Crime Prevention. Oktober 1997, Seite 16

Youth Works - Programm

Ansprechpartner/Dienststelle

Crime Concern, Beaver House, 147-150 Victoria Road, Swindon SN1 3BU, Großbritannien

e-mail: enquiries@crimeconcern.org.uk

Organisation

Das „Youth Works“-Programm ist eine auf drei Jahre angelegte Initiative, die von der britischen Präventionsorganisation Crime Concern (-->) in Zusammenarbeit mit der Groundwork Foundation und einem großen Einzelhandelskonzern in den Orten Blackburn, Hackney, Leeds, Plymouth und Sunderland durchgeführt wird.

Die einzelnen Projekte unterliegen interner Kontrolle und sollen zudem extern evaluiert werden.

Konzeptioneller Ansatz

Zielgruppe des „Youth Works“-Programme sind Kinder und Jugendliche im Alter von acht bis 21 Jahren, die in sozial benachteiligten Wohnsiedlungen leben. Diese Kinder und Jugendlichen werden ermutigt, eine Lebensplanung zu entwickeln und dadurch ihre eigene Lebensumwelt zu verbessern. Darüber hinaus wird ihnen die Möglichkeit verschafft, Kenntnisse und Fertigkeiten zum Erwerb von Arbeitsplätzen zu erwerben.

Als Schlüssel für den Erfolg des Programmes werden Kurz- und Langzeitstrategien zur Entwicklung örtlicher Konzepte in jugendspezifischen Angelegenheiten gesehen. Dazu zählen z.B. Ausbildungsangelegenheiten und die Einbindung junger Erwachsener in das Management und die Durchführung verschiedener Projekte.

Konkrete Aktivitäten waren u.a. die Durchführung von Ferienprogrammen für Jugendliche und die Ausweitung der schulischen Prävention im Grundschulbereich. In manchen Gebieten wurden zudem ältere Jugendliche für die freiwillige Jugendarbeit ausgebildet.

Sachstand/Ergebnisse

Bezogen auf Kriminalität und von Jugendlichen begangene Belästigungen wurden in den fünf Projektgebieten Reduzierungen von bis zu 70% registriert.

In Blackburn hat das „YouthWorks“-Programm nach polizeilichen Angaben nach dreimonatiger intensiver Jugendarbeit zu einer 95prozentigen Reduzierung von durch Jugendliche begangenen Störungen im Zielgebiet geführt. Vandalismus und Wiederherstellungskosten wurden innerhalb eines Jahres zwischen 50 und 60% zurückgeführt; Jugendkriminalität ging um über 35% zurück.

Das Programm hat verschiedene Präventionspreise gewonnen.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Crime Concern (Hg.): Annual Review 97

Crime Concern (Hg.): Annual Review 1998

Crime Concern (Hg.): Young people, crime and prevention. Briefing Paper 4. Swindon 1997

"Job and training fair", Amsterdam

Ansprechpartner/Dienststelle

European Crime Prevention Award, International Secretariat, Netherlands Ministry of Justice, Directorate for Strategic Planning, Postbus 20301, NL-2500 EH Den Haag, Niederlande

Organisation

Im Dezember 1992 wurde von dem Polizei-Department Amsterdam-Amstelland ein Plan entwickelt, um mehr Sicherheit auf die Straßen zu bringen ("Increase safety on the streets").

Nach einer Analyse war aufgefallen, daß Kriminalität in großem Maße auf ausländische oder sozial schwache Jugendliche entfiel. Viele von ihnen hatten eine negative Einstellung zu sich, Arbeit/Schule und sahen keinen Grund für eine fundierte Schulbildung.

Bezogen auf die Staatszugehörigkeit der ausländischen Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren wurde festgestellt, daß 75% der marokkanischen und 60% der türkischen Jugendlichen die Schule ohne einen Abschluß verließen. Bei den Jugendlichen aus Surinam oder den Antillen lagen die Zahlen bei 50%. Selbst mit einem Schulabschluß warten ausländische Jugendlichen dreimal so lange auf einen Arbeitsplatz wie holländische Jugendliche. Um die scheinbar ausweglose Situation der Jugendlichen etwas zu verbessern, wurde vom Polizei-Departement Amsterdam-Amstelland die Aktion "Job and training fair" ins Leben gerufen. Dabei handelt es sich um eine Art "Informationsbörse", wo sich die Jugendlichen über unterschiedliche Berufs- und Ausbildungsrichtungen informieren können. Die "Job and training fair" wurde an der Berlage Schule (jetzt Esprit Schule, Berlage Camp) in De Pijp von 1993 bis 1996 durchgeführt. Die Schule liegt in einem Arbeiterviertel, 99% der Schüler sind Ausländer aus 59 verschiedenen Nationen.

Konzeptioneller Ansatz

Ziel der Aktion ist es ausländische Jugendliche zu motivieren, wieder die Schule zu besuchen und sie positiv zu beenden, indem ihnen gezeigt wird, welche Möglichkeiten sie mit einer abgeschlossenen Schulausbildung auf dem Arbeitsmarkt haben. Auf der einen Seite soll die Aktion Jugendliche motivieren, ermutigen und etwas Orientierung geben, auf der anderen Seite sollen Geschäfte, Firmen und Organisationen angesprochen werden. So wurde die Aktion von mehreren großen Organisationen wie IBM, PTT Post/Telekom, dem Amsterdamer Flughafen Schiphol, der Royal Dutch Army, Air Force and Navy, der Royal Dutch Military Constabulary, verschiedenen Banken, einigen Universitäten und diversen Stiftungen unterstützt. Die Firmen garantierten vorläufige Arbeitsplätze für ein Jahr mit einer 80%igen Festeinstellung am Ende. Sie bildeten Jugendliche zu Technikspezialisten aus und garantierten ihnen einen festen Job.

Sachstand/Ergebnisse

1993 nahmen 35 Organisationen an der "Job and training fair" teil. 1994 waren es schon 48 und 1995 und 1996 waren es bereits über 55 Organisationen. Im Anschluß sahen viele Jugendliche die Wichtigkeit einer fundierten Schulausbildung.

Die Organisatoren stellten fest, daß die Informationsbörse insgesamt einen positiven Einfluß auf die soziale Integration der ausländischen Jugendlichen hatte.

Das Projekt wurde 1997 zusammen mit vier anderen von niederländischer Seite für den Europäischen Präventionspreis (European Crime Prevention Award, -->) nominiert.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Ministry of Justice (Hg.): "Celebrating prevention", European Crime Prevention Award 1997

National Juvenile Justice Action Plan, USA

Ansprechpartner/Dienststelle

U.S. Department of Justice, Office of Juvenile Justice and Delinquency Prevention, , 20531 Washington, D.C., Vereinigte Staaten

Internet: <http://www.ojp.usdoj.gov/>

Organisation

Der National Juvenile Justice Action Plan wurde von einem unter Leitung der US-Justizministerin stehenden "Coordinating Council on Juvenile Justice and Delinquency Prevention" erarbeitet und 1996 veröffentlicht.

Konzeptioneller Ansatz

Die Notwendigkeit zur Schaffung eines nationalen Aktionsplans entstand daraus, daß Experten bei einer Projektion bisheriger Entwicklungen zumindest eine Verdoppelung der Jugendarrests in den USA bis zum Jahr 2010 vorhersagten. Ansatzpunkte für das Handeln werden allerdings darin gesehen, daß nur 0,5% der Jugendlichen im Jahr wegen Gewaltstraftaten arrestiert werden.

Ziel des Aktionsplans ist es, eine Strategie und zugleich einen Handlungsrahmen für notwendige Aktivitäten zur Bekämpfung der Jugenddelinquenz bereitzustellen.

Vorrangige Zielgruppe des Plans sind Verantwortliche auf der Ebene der Bundesstaaten und Kommunen, Praktiker im Jugendgerichtssystem sowie in der Jugendprävention aktive Bürger, die der Unterstützung bedürfen.

Erarbeitet wurden acht Handlungsfelder, die auf nationaler, Bundesstaats-, kommunaler und individueller Ebene umgesetzt werden sollen und zu denen jeweils Beispiele effektiver Handlungsmöglichkeiten mitgeliefert werden:

- Unmittelbare Intervention sowie angemessene Sanktion und Behandlung delinquenter Jugendlicher. Hier geht es u.a. darum, daß das Jugendgerichtssystem Mittel und Möglichkeiten hat, die Risiken von Jugendlichen, die ihm aus den verschiedensten Gründen zugeführt werden, einzuschätzen. Es muß in der Lage sein, Rehabilitationserfordernisse und ein System abgestufter Sanktionen und Behandlungen festlegen zu können. Der Aktionsplan betont die Notwendigkeit der Einrichtung multidisziplinärer Teams bzw. Zentren, in denen u.a. der Bewährungsbereich, Bildung, soziale und Gesundheitsdienste an einem Ort zusammengefaßt sind und deren Aufgabe die Bereitstellung von Funktionen ist, die für angemessene Straf-, Behandlungs- oder Wiedereingliederungsmaßnahmen benötigt werden.

Beispielhaft wird auf die Aktivitäten des Bethesda Day Treatment Center Program in West Milton, Pennsylvania, hingewiesen, das sich um delinquente und abhängige Jugendliche kümmert, ohne sie von den Elternhäusern zu entfernen. Vorläufige Studien zeigen, daß Rückfallquoten weit unter denen auf Bundesstaats- oder nationaler Ebene sind.

- Zuständigkeit von Strafgerichten für eine kleine Gruppe schwerkrimineller (serious), gewalttätiger und chronisch delinquenter Jugendlicher (Intensivtäter). Diese Maßnahme soll zum einen dem Schutz der Gesellschaft vor bestimmten Jugendlichen dienen. Zweites Ziel ist die Trennung dieser Gruppe an Jungtätern von anderen Jugendlichen, die für Maßnahmen der Behandlung und Rehabilitation noch zugänglich sind.
- Konzentration auf waffen-, drogen- und bandenspezifische Aktivitäten Jugendlicher. Dieser Handlungsvorschlag basiert auf den Ergebnissen einer vom Office of Juvenile Justice and Delinquency Prevention (OJJDP, -->) finanzierten Längsschnittstudie, nach deren Ergebnissen nahezu 75% der Jugendlichen, die illegal Schußwaffen besaßen, Arten von Straßenkriminalität begangen, 25% verübten ein schußwaffenbezogenes Delikt und 40% waren Drogenkonsumenten.

- Schaffung von Präventionsgelegenheiten für Kinder und Jugendliche. Dieser Handlungsvorschlag basiert u.a. auf der Kosteneffektivität von Kriminalprävention, wonach die jährlichen Haftkosten für Jugendliche nach konservativen Schätzungen fast 34.000 US-Dollar betragen, die Gesamtkosten der gewaltkriminellen Karriere eines Heranwachsenden auf 1,1 Millionen US-Dollar eingeschätzt werden. Demnach liegen die Kosten für ein Programm wie das "Head Start's intervention program", das als effektiv in der Vorbereitung von Vorschulkindern auf deren Schulfähigkeit und in der Reduktion späterer Delinquenz gilt, nur bei 4.300 US-Dollar/Jahr pro Kind. Als effektiv werden Strategien bezeichnet, die Programme zur Vermeidung von Schulschwänzen, Mentorprogramme, sowie Programme zur Konfliktlösung, nachschulischen Betreuung, Berufsbildung, kulturellen Entwicklung, Freizeitverbringung und Entwicklung jugendlicher Führungsqualitäten in Mehrzweckeinrichtungen für Familien und Nachbarschaften verknüpfen.
- Bruch des Gewaltzyklus durch Konzentration auf jugendliche Opferwerdung, Mißbrauch und Mißachtung/Vernachlässigung. Dieser Handlungsvorschlag reflektiert die Zusammenhänge zwischen häuslicher Gewalt und dem Mißbrauch von Kindern/Jugendlichen sowie deren späterer Delinquenz. Folgende drei als prioritär angesehene Bereiche sollen gestärkt werden: (1) Familien; (2) Jugend- und Familiengerichte sowie Einrichtungen zur Kinderhilfe; (3) Hilfeeinrichtungen für Kinder mit substantieller und dauerhafter Gefährdung im Elternhaus. Beispielhaft wird auf das "Elmira (NY) Home Visitation Program" als erfolgreiches Projekt verwiesen. Das Projekt hält ein weites Spektrum von Hilfen für (unverheiratete junge) Mütter bzw. Schwangere sowie die Kinder in den ersten zwei Lebensjahren bereit. Das Projekt führte zu einer 75%-Reduktion von Fällen des Kindesmißbrauchs/der Kindesmißhandlung sowie einer 32%-Reduktion von Notaufnahmen bei 2-jährigen Kindern.
- Stärkung und Mobilisierung von Gemeinden. Dieser Handlungsvorschlag meint die Befähigung von Bürgern, sicherheitsrelevante Probleme erkennen und lösen zu können sowie Möglichkeiten für jedermann zu schaffen, Verantwortung für Problemlösungen übernehmen zu können. Beispielhaft wird u.a. die "Oakland (CA) Community Organization" genannt, in der Bürger, Strafverfolgung- und weitere kommunale Behörden zusammenkamen,

um Drogenprobleme in der eigenen Wohnumgebung zurückzuführen. Organisiert wurde eine Säuberungsaktion sowie die Schließung von mehr als 300 sog. "drug houses". Als Beispiel effektiver Ressourcenallokation wird die OJJDP-Initiative "Incentive Grants for Local Delinquency Prevention Programs" gesehen. 1994 wurden Zuschüsse an 49 Bundesstaaten und 6 Territorien verteilt, über die 2.500 Kursteilnehmern Formen kommunaler Sicherheitsarbeit vermittelt wurden.

- Förderung innovativer Forschungs- und Evaluationsansätze. Innovative Ansätze werden in folgenden Bereichen als wichtig angesehen: (1) nationale Statistikinformationen und -systeme zu Art und Umfang von Jugenddelinquenz und -gewalt, (2) Längsschnittuntersuchungen zur Verbesserung des Verständnisses der komplexen Zusammenhänge zwischen Risiko- und protektiven Faktoren, (3) strenge Evaluation jugenddelinquenzspezifischer Programme. Bundesseitig sollten u.a. ein 5-Jahresplan zur Verbesserung der Datenlage zur Delinquenz und Gewalt sowie ein umfassender 5-Jahresplan zur Koordination gewalt- und delinquenzbezogener Forschung geschaffen werden.
- Schaffung intensiver (aggressiver) Kampagnen der Öffentlichkeitsarbeit und Werbung bezogen auf effektive Strategien zur Bekämpfung jugendlicher Gewaltkriminalität. Medienarbeit soll u.a. dazu genutzt werden, effektive Kontrollansätze innerhalb des Jugendgerichtssystems sowie sonstiger involvierter Einrichtungen und Personen besser verbreiten zu können und Erwachsene und Jugendliche zu überzeugen, daß durch eigenes aktives Handeln Erfolge erzielbar sind. Beispielhaft wird auch auf die "National Citizens' Crime Prevention Campaign" und ihren Sympathieträger "McGruff the Crime Dog" verwiesen, die nach den Ergebnissen einer 1991 durchgeführten unabhängigen Evaluation individuelles Handeln mit einem Kostenansatz von 2,9 Cent/Person erzeugen kann.

Sachstand/Ergebnisse

Die Überwachung der Implementation des Aktionsplans war eine der Hauptaufgaben des Coordinating Council im Jahre 1999.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

U.S. Department of Justice/Office of Juvenile Justice and Delinquency Prevention (Hg.):
Combating Violence and Delinquency: The National Juvenile Justice Action Plan. Summary.
März 1996

U.S. Department of Justice/Office of Juvenile Justice and Delinquency Prevention (Hg.):
Internetauszüge zum Coordinating Council, Stand: Juni 1999.

Telefonberatung "147"

Ansprechpartner/Dienststelle

pro juventute, Telefonhilfe 147, Seehofstrasse 15, CH - 8022 Zürich, Schweiz

Internet: <http://www.147.ch>; e-mail: 147@projuventute.ch

Organisation

Die Telefonhilfe "147" ist ein nationales 24-Stunden-Beratungsangebot für Kinder und Jugendliche. Träger dieser seit dem 25.03.99 geschalteten Telefonberatung sind die schweizerische Stiftung "pro juventute" (-->), der Verein "Help-o-phon" sowie die schweizerischen Bundesbehörden.

Der Beratungsdienst ist regional aufgebaut, d.h. jeder Anruf wird direkt an eine Kontaktstelle in der Region des Anrufenden weitergeleitet und dort von kompetenten Beratern beantwortet. Ein Anruf kostet unabhängig von Ort und Dauer 20 Rappen (60 Rappen aus Telefonkabinen).

Zu Beginn der Telefonberatung am 25.03.99 sind in der gesamten Schweiz acht Beratungsstellen im Einsatz. Mit Ausnahme der Region Innenschweiz, wo die Beratungsstelle noch im Aufbau ist, sind alle Gebiete der Schweiz abgedeckt.

Die Finanzierung des Telefonberatungsdienstes "147" erfolgt durch die regionalen Netzstellen als eigenständige Trägerschaften. Für ihre Leistungen erhalten sie von "pro juventute" einen finanziellen Beitrag. Zur Organisation des Telefons "147" hat die Zentralstelle für Familienfragen im Bundesamt für Sozialversicherung einen finanziellen Beitrag geleistet.

Konzeptioneller Ansatz

Die Telefonhilfe für Kinder und Jugendliche ist ein niedrighschwelliges 24-Stunden-Angebot, das in der gesamten Schweiz erreichbar ist. In den Fällen,

in denen Kinder und Jugendliche keine Möglichkeiten haben ihre Probleme mit den Eltern zu besprechen oder andere Bezugspersonen fehlen, bietet die Telefonhilfe ihnen Unterstützung, Beratung und Hilfe in Alltagsfragen aber auch bei Themen wie z.B. Sexualität und Sucht. Auch bei schwerwiegenden Problemen wie z.B. Gewalt im Elternhaus und Suizidabsicht finden die Kinder und Jugendliche am Telefon kompetende Gesprächspartner.

Beim ersten Kontakt wird eine Standortbestimmung erstellt. Das Problem wird genau abgeklärt, ebenso welche Hilfe benötigt wird oder in Frage kommt und wie das weitere Vorgehen aussehen kann. Ein wichtiges Prinzip in der telefonischen Beratung ist, keine Schritte ohne das Einverständnis des Anrufers zu unternehmen. Mit Zustimmung des jungen Menschen nehmen die Berater Kontakt mit weiteren Beratungsstellen, Ämtern etc. auf.

Alle Telefonberater unterstehen der Schweigepflicht. Ohne Einverständnis werden weder Informationen weitergegeben noch Kontakte mit Eltern, Lehrpersonen oder Amtsstellen aufgenommen. Die Kinder und Jugendlichen können anonym bleiben, und die Gespräche werden nicht auf Band aufgenommen.

Sachstand/Ergebnisse

Erfahrungen früherer Beratungstelefone haben gezeigt, daß die häufigsten Probleme für einen Anruf Konflikte in der Familie, in der Schule und der Arbeit, Beziehungsschwierigkeiten mit Gleichaltrigen, Fragen zu Sucht, Gewalt und Sexualität sind.

Durch das Telefon wird in der Schweiz eine wichtige Lücke in der Prävention und Früherkennung von Kindesmisshandlung und psychosozialen Problemen bei Kindern und Jugendlichen geschlossen.

In Deutschland ist bundesweit unter der kostenlosen Rufnummer 0800 – 111 0 333 ein Kinder- und Jugend-Krisen-Telefon (-->) vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eingerichtet worden.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:
Internet-Seite der schweizerischen Stiftung "pro juventute"
Internet-Seite der Telefonberatung "147"

**Themenbereich
Kinder/Primärprävention**

Families and Schools Together (FAST)

Ansprechpartner/Dienststelle

FAST, Families and Schools Together, Family Service America, 11700 West Lake Park Drive, Milwaukee, WI 53224-3099, Vereinigte Staaten

Organisation

Families and Schools Together (FAST) ist ein Familienhilfsprogramm, das sowohl Eltern in ihrer Erziehungsarbeit als auch Risiko-Kindern in ihrer allgemeinen Entwicklung helfen soll.

FAST wurde 1988 in Madison/Wisconsin gestartet. Seit 1990 wird es in Wisconsin, von den örtlichen Schulbehörden mit einer Million US-Dollar jährlich unterstützt, bundesstaatsweit betrieben. FAST wurde 1993 von der non-profit-Organisation Family Service America für nationale Replikationen ausgewählt. Die Unterstützung mehrerer großer Stiftungen ermöglichte eine Ausweitung auf 200 Orte und 24 Bundesstaaten im Jahr 1995. 1997 war FAST ein u.a. vom US-Gesundheits- und Bildungsministerium sowie dem Office of Juvenile Justice and Delinquency Prevention (OJJDP; -->) anerkanntes Programm.

Konzeptioneller Ansatz

Ziele von FAST sind:

- Hilfe für Risiko-Kinder, um diesen das Erlebnis eines Schulversagens zu ersparen,
- Stärkung der Familien,
- Schutz von Familien vor Alkohol- und anderem Suchtmittelmißbrauch,

Kinder/Primärprävention

- Streßreduzierung von Eltern und Kindern, die diese in Situationen des täglichen Lebens erfahren.

Die Ideale und Strukturen von FAST basieren auf einer vorsichtig gewählten Therapie, Kinderpsychiatrie, Gruppenarbeit sowie Untersuchungen zu Streß und sozialer Unterstützung (social support).

Kernelement ist ein "Special Play"-genanntes Bildungsangebot in Form einer multifamiliären Spieltherapie mit Risiko-Kindern. Die Eltern führen dieses "Special Play" zu Hause fort.

An dem Programm nehmen ganze Familien in achtwöchigen Kursen teil. Im Anschluß erfolgt für die Dauer von zwei Jahren die Teilnahme an monatlichen Unterstützungstreffen der Familienselbsthilfe (FASTWORKS genannt).

Sachstand/Ergebnisse

Ergebnisse der achtwöchigen Veranstaltungen zeigen statistisch signifikante Verbesserungen hinsichtlich des Verhaltens der Kinder in der Klasse und zu Hause, hinsichtlich der Selbstachtung der Kinder, des familiären Zusammenhalts, der elterlichen Einbindung in schulische Angelegenheiten sowie eine verringerte soziale Isolation. Follow-up-Studien zeigen die Dauerhaftigkeit der Wirkungen.

FAST führt zudem zu stärkerer Zufriedenheit der Eltern mit sich selbst.

FAST verbessert das Verhalten von Schülern und unterstützt die Stärkung von Familien durch eine wohldefinierte Zusammenarbeit u.a. zwischen Eltern, Schule und örtlicher Stelle (zur Prävention) des Suchtmittelmißbrauchs.

FAST zitiert sechs Gründe für den Erfolg des Programms:

- die Strategien basieren auf den Ergebnissen von Forschung,
- als Präventionsstrategie für vier- bis neunjährige Kinder ermöglicht das Programm eine frühe Erkennung risikoreichen Verhaltens,

- die Erkennung risikoreichen Verhaltens erfolgt durch Lehrer, die in Frage kommende Schüler an FAST weiterleiten,
- die Zusammenarbeit von Schulen, Eltern sowie Gemeindebediensteten erfolgt als Planungs-, Ausführungs- und Evaluationsprozeß (local FAST program) durch ein nicht-hierarchisches Team,
- die vollständige Einbindung der Familie ist erreicht, wenn Eltern und Geschwister zusammen mit den Risiko-Kindern an Treffen teilnehmen,
- Eltern werden als primäre Präventionsinstanz für ihre Kinder unterstützt und bestärkt durch Freude und strukturierte Aktivitäten, während sie zusammen mit acht bis 12 anderen Familien in den FAST-Treffen ein starkes soziales Netzwerk herausbilden.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

U.S. Department of Justice, Office of Juvenile Justice and Delinquency Prevention (Hg.):
Keeping Young People in School: Community Programs That Work. In: OJJDP-Juvenile Justice
Bulletin, Juni 1997

Frühes Interventionsprogramm "Gesunder Start" auf Hawaii

Ansprechpartner/Dienststelle

Hawaii State Department of Health, , , Vereinigte Staaten

Organisation

"Gesunder Start" (Healthy Start) begann 1985 als ein mit 200.000 US-Dollar gefördertes, dreijähriges Demonstrationsprojekt in einem Gebiet der Hawaii-Insel Oahu. Grund waren eine wachsende Anzahl von Berichten über Kindesmißbrauch.

Seit 1988 läuft das Programm bundesstaatsweit.

Die Verwaltung erfolgt durch das zuständige Ministerium für Gesundheit. Die Dienstleistungen werden von Wohltätigkeitsorganisationen erbracht; die Hilfskräfte arbeiten gegen Entgelt.

Der Mitteleinsatz des Staates Hawaii liegt 1999 bei sechs Millionen US-Dollar. Die Gesamtkosten pro geförderter Familie liegen bei 3.100 US-Dollar.

Konzeptioneller Ansatz

"Gesunder Start" ist ein Programm der Früherkennung und früher Hausbesuche mit dem Ziel der Prävention des Kindesmißbrauchs sowie späterer krimineller Folgen. Zielgruppe sind schwangere Mütter sowie Mütter von Kindern bis zu drei Monaten, soweit sie einer Gefährdung unterliegen. Diese mögliche Gefährdung wird im Rahmen eines Prozesses früher Identifizierung (early identification - EID) während der Geburt des Kindes im Krankenhaus überprüft. Die von geschulten Kräften durchgeführte EID basiert auf der Krankenhausakte der Mutter sowie einer kurzen Befragung der Mutter. Tiefergehende Befragungen werden durchgeführt, sofern bestimmte Risikofaktoren nicht ausgeschlossen werden können bzw.

Kinder/Primärprävention

direkt vorliegen. Die Frauen werden anschließend einer Risikokategorie zugeordnet, die auf verschiedenen Stressfaktoren beruht, wie z.B. Substanzmißbrauch, frühere Kriminalität, Gewaltneigung, unrealistische Verhaltenserwartungen für das Baby und mißbrauchende Disziplinierungspraktiken. Entsprechend der erreichten Punktzahl werden nachfolgend Maßnahmen vorgeschlagen bzw. ergriffen. Bei mehr als 30 Punkten wird von einem Risiko des Kindesmißbrauchs ausgegangen. Den Müttern werden die "Gesunder Start"-Dienste angeboten, die im Falle ihrer Akzeptanz (mehr als 90% der Fälle) in der jeweiligen Wohnumgebung durchgeführt werden.

Kernelement von "Gesunder Start" sind Hausbesuche, die im Idealfall bereits in der ersten Woche nach der Entlassung der Mutter aus dem Krankenhaus erfolgen. Die Hilfskräfte leisten Familienhilfe und sollen familiären Streß reduzieren, um die Wahrscheinlichkeit von Kindesmißbrauch zu verringern. Die Dienste umfassen neben allgemeiner Beratung auch Unterstützung bei der Erlangung sozialer Hilfe (Wohn-, Finanzierungs-, Ernährungs-, Arbeitsangelegenheiten etc.). Die Hilfskräfte sollen zudem die frühe Schaffung enger sozialer Bindungen der Eltern zum Kind unterstützen sowie gegenseitiges Vertrauen in der Familie fördern.

Als Schlüssel für eine erfolgreiche Projektimplementierung werden u.a. gesehen:

- eine systematische Überprüfung und Identifizierung von Risikofamilien im Krankenhaus,
- in die kommunale Familienhilfe integrierte Hausbesuche,
- eine den individuellen Nöten und Anforderungen angemessene Intensität der Fürsorge,
- eine Vernetzung und Abstimmung zu anderen Gesundheitsdienstleistern,
- Aus- und Fortbildung für die Hilfskräfte und
- Verwaltung und Evaluation durch das Gesundheitsministerium.

Sachstand/Ergebnisse

1999 arbeitet das Gesundheitsministerium in Bezug auf "Gesunder Start" zusammen mit sieben privaten Organisationen. Mehr als 8.000 Familien werden jährlich auf Risikofaktoren überprüft. Fast 2.500 Familien werden in das Hausbesuchsprogramm aufgenommen, womit weniger als 50% des Bedarfs abgedeckt werden.

Das Programm zeigt nach Aussage des Hawaiianischen Gesundheitsministeriums hohe Erfolgsquoten im Hinblick auf die exakte Identifizierung von Familien mit geringem Risiko (99%), Verhinderung von Kindesmißbrauch/Verwahrlosung bei betreuten Familien (99%), eine Immunität bei zweijährigen (90%) oder altersgemäßer Kindentwicklung (85%).

Vorläufige Ergebnisse (10/97) der Johns Hopkins School of Medicine zeigen nach Darstellung des Hawaiianischen Gesundheitsministeriums, daß in "Gesunde Start"-Familien gegenüber nicht betreuten Vergleichsfamilien

- Mütter ein höheres Maß an Vertrauen besitzen,
- das Wohnleben besser organisiert scheint,
- Kinder seltener verwahrlost sind,
- kindliches Verhalten in stärkerem Maße akzeptiert ist,
- signifikant weniger Streß auftritt und
- signifikant weniger Fälle von Kindesmißbrauch und Verwahrlosung während des ersten Lebensjahres gemeldet werden.

Kinder/Primärprävention

Mittlerweile werden über das Programm 50% aller zivilen Neugeborenen des Bundesstaates überprüft; eine vollständige Einbeziehung der Neugeborenen ist für Juni 2000 geplant.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Yamashita, Barbara: Abuse and Home Visitations. The Hawai Healthy Start Program: Early Intervention Home Visitation Program to prevent child abuse and future criminal consequence. Handout anlässlich der vom 3. - 6.10.99 in Montreal stattfindenden Konferenz "Harnessing What Works" des International Centre for the Prevention of Crime (ICPC)

Perry Preschool Program

Ansprechpartner/Dienststelle

Center for the Study and Prevention of Violence, University of Colorado, Boulder, Institute of Behavioral Science, Campus Box 442, Boulder, CO 80309-0442, Vereinigte Staaten

Internet: <http://www.colorado.edu/cspv>; e-mail: cspv@colorado.edu

Konzeptioneller Ansatz

Das Perry Preschool Program ist ein mehrfach evaluiertes Bildungsprogramm für Vorschulkinder aus sozial benachteiligten Familien. Es bekämpft die Zusammenhänge von Kinderarmut und Schulversagen durch Förderung der intellektuellen, sozialen und physischen Entwicklung der Kinder. Das Programm zielt damit darauf ab, spätere Chancen sowohl in der Schule als auch im Berufsleben zu verbessern. Mittelbar sollen Rückgänge in der Kriminalität, bei Teenagerschwangerschaften und hinsichtlich der Nutzung des sozialen Netzes erzielt werden.

Zielgruppe sind Familien mit niedrigem sozioökonomischem Status, die Kinder im Alter von drei und vier Jahren haben.

Das Perry Preschool Program ist ein auf zwei Jahre angelegtes Interventionsprogramm, das wöchentliche Hausbesuche der Lehrer beinhaltet. Der tägliche Zeitansatz liegt bei 2,5 Stunden, an fünf Tagen wöchentlich, sieben Monate im Jahr.

Der Programmerfolg wird folgenden Komponenten zugeschrieben:

- entwicklungsangemessene Lehrinhalte, die Kinder als aktive, selbstmotivierte Lernende sehen,
- kleine Klassen mit 20 Kindern und wenigstens zwei Lehrkräften zur Verbesserung der Lernumgebung,

Kinder/Primärprävention

- Lehrkräfte, die in frühkindlicher Entwicklung und Bildung ausgebildet sind, die Supervision und dauerhafte Instruktion erhalten sowie aktiv mit den Eltern kommunizieren,
- Sensibilität gegenüber den nichtbildungsbezogenen Nöten benachteiligter Kinder und ihrer Familien (einschließlich Bereitstellung von Mahlzeiten und Empfehlung anderer sozialer Dienste),
- Andauernde Überwachung und Evaluation der Lehreraktivitäten sowie der Verhaltensweisen und Entwicklungen der Kinder.

Sachstand/Ergebnisse

Nach Aussage von Sherman u.a. zu "Family-Based Crime Prevention" zeigen langfristige, häufige Hausbesuche in der Kombination mit Vorschule präventive Wirkungen im Hinblick auf spätere Delinquenz (ähnlich auch Graham/Bennett). Lösel weist darauf hin, daß für das Perry Preschool Program Langzeiteffekte auf die Delinquenz im Erwachsenenalter nachgewiesen werden konnten.

Evaluationen des Perry Preschool Program haben nach Aussage des Center for the Study and Prevention of Violence (CSPV)/University of Colorado den am Programm beteiligten Kindern gegenüber anderen Kindern ein breites Spektrum an erfolgreichen Ergebnissen attestiert, so

- eine geringere Delinquenz, inklusive weniger Kontakte mit im Jugendgerichtssystem beschäftigten Personen, weniger Arrestierungen im Alter von 19 Jahren sowie eine geringere Beteiligung an ernsthaften Gewalttätigkeiten und Bandenaktivitäten,
- weniger unsoziales Verhalten und schlechtes Betragen während der Grundschule und im Alter von 15 Jahren,
- höhere akademische Ergebnisse, u.a. einschließlich besserer Ergebnisse in standardisierten Tests der intellektuellen Fähigkeiten,

- geringeres Maß an Schulabbrüchen im Alter von 19 Jahren (33% gegenüber 51%) und ein höheres Maß an High School-Abschlüssen,
- höhere Raten an Arbeit bzw. Arbeitsplätzen (50% gegenüber 32%) und Bezahlung sowie größere Arbeitszufriedenheit,
- größere ökonomische Unabhängigkeit und weniger Abhängigkeit von öffentlicher Hilfe,
- weniger Schwangerschaften und Geburten bei Frauen im Alter von 19 Jahren.

Informationen über weitere, bewiesenermaßen effektive (Gewalt-)Präventionsprogramme finden sich unter der Überschrift "Blueprints for Violence Prevention" auf den Internetseiten (<http://www.ojjdp.ncjrs.org>) des Office of Juvenile Justice and Delinquency Prevention (OJJDP; -->).*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Graham, John/Bennett, Trevor: Strategien der Kriminalprävention in Europa und Nordamerika. Bonn 1997

Lösel, Friedrich: Aggressives und delinquentes Verhalten von Kindern und Jugendlichen: Kenntnisstand und Forschungsperspektiven. In: Kriminalprävention. Programme und Projekte in der Praxis (V). Seminar vom 10. - 12.11.98 an der Polizei-Führungsakademie. Seminarband, S. 71-94

Sherman, Lawrence W. u.a.: Preventing Crime. What Works, What Doesn't, What's Promising. Hg.: U.S. Department of Justice/Office of Justice Programs. Februar 1997.

U.S. Department of Justice/Office of Juvenile Justice and Delinquency Prevention (Hg.): Internetauszüge "Blueprints for Violence Prevention" vom Juni 1999.

Alternatives Schulprogramm JASPER

Ansprechpartner/Dienststelle

Gateshead High School, PO Box 2085, Gateshead Delivery Centre NSW 2290, Australien

Organisation

Das alternative Schulprogramm "Juvenile Alternative School Program Eastlakes Region (JASPER)" wurde 1993 als Versuchsprojekt durch den Lake Macquarie Police Citizens Youth Club/Windale mit insgesamt 15 Schülern gestartet.

Das Programmbudget in Höhe von jährlich etwa 45.000 australischen Dollar wird finanziert vom Ministerium für Arbeit, Bildung und Jugend sowie mittels Spenden aus der Gemeinde.

Konzeptioneller Ansatz

Zielgruppe sind Kinder und Jugendliche im Alter von 12 bis 15 Jahren, die der Schule unentschuldig fernbleiben. Die Auswahl der 15 Schüler des Versuchsprojektes erfolgte durch den für chronisches Schulschwänzen zuständigen Verbindungsbeamten.

In fast allen Fällen stand das Fernbleiben von der Schule in Verbindung mit vormaligen Suspendierungen von normalen Schulen (mainstream schools). Ein Großteil der Schüler hatte infolge Diebstahls- und Einbruchdelikten sowie wegen Drogenmißbrauchs bereits Erfahrungen mit dem Jugendgerichtssystem.

Das von der Gateshead High School angebotene Vollzeitprogramm legt die Schwerpunkte auf die Bereiche:

- Entwicklung von Grundfertigkeiten im Lese-, Schreib- und Rechenbereich,

Kinder/Primärprävention

- Aufbau eines Selbstwertgefühls.

Sachstand/Ergebnisse

Das Programm wird als sinnvolle Alternative für Jugendliche gesehen, die einer besonderen Gefahr unterliegen, in Kriminalität und ein Leben auf der Straße abzugleiten.

Bis August 1995 profitierten in zwei Gruppen 33 Schüler von dem Programm. 1995 strebten 15 der Teilnehmer nach einem Zeugnis der 10. Jahrgangsstufe; die verbliebenen Schüler befanden sich in den Klassen 7 bis 9.

Dem Programm wird eine "dramatische" Änderung hinsichtlich der Anwesenheitsraten der Schüler an der Schule zugeschrieben. Die durchschnittliche Anwesenheitsrate lag bei 77%.

Einige der Schüler kehrten in den normalen Schulalltag zurück oder bekamen Zugang zu Sonderprogrammen. Schüler verbesserten ihre Grundfertigkeiten und wiesen später zudem ein gestiegenes Selbstbewußtsein auf.

Eltern berichteten über ein erheblich geringeres Maß an Konflikten und Gewalt im häuslichen Bereich.

Das Projekt ist seitens des Australian Institute of Criminology (-->) in einer Sammlung von Gewaltpräventionsprojekten dargestellt, die für die "Australian Violence Prevention Awards" (-->) nominiert waren.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Australian Institute of Criminology (Hg.): Violence Prevention in Practice. 1996

Positive Parenting Program (Triple P)

Ansprechpartner/Dienststelle

The University of Queensland, Department of Psychology, Parenting Support Centre, Brisbane Qld 4072, Australien

Organisation

Das als reines Forschungsprojekt angelegte Programm, das Familien mit verhaltensauffälligen Kindern im Vorschulalter helfen soll, wurde im Jahr 1993 am Verhaltensforschungs- und Therapiezentrum der psychologischen Abteilung der Universität Queensland initiiert. Das Programm wird mittlerweile durch das Unterstützungszentrum für Eltern und Familien der Universität weitergeführt und seit 1997 im gesamten Land verbreitet.

Finanzielle Unterstützung erfährt das Projekt durch den "National Health and Medical Research Council", der zusammen mit dem "Criminology Research Council" auch die Evaluation des Projektes finanzierte.

Konzeptioneller Ansatz

Hauptzielgruppe des Programms sind zerrüttete Familien mit potentiell aggressiven und unsozialen Kindern.

Das Programm basiert auf der Erkenntnis, daß disfunktionale Interaktionen in Familien mitursächlich für späteres unsoziales Verhalten von Kindern sind. Ziel ist daher, diesem Risiko unterliegende Kinder und ihre Familien zu einem frühen Zeitpunkt zu erkennen, um die Beziehungen innerhalb der Familie dadurch zu verbessern, daß die Eltern in ihrer Erziehungs- und Problemlösungskompetenz gefördert werden.

Die Entwicklung unsozialen und delinquenten Verhaltens soll aufgehalten werden durch das Erkennen von Risikofaktoren und frühe Intervention. Das Programm setzt bereits im Vorschulbereich an, da zu diesem Zeitpunkt bereits viele Anzeichen für Verhaltensprobleme erkennbar sind und zudem

Kinder/Primärprävention

ein größeres Potential zur Prävention von aggressivem, zerstörendem und oppositionellem Verhalten gesehen wird.

Die Anwendung des Programms ist möglich

- als intensives, von einem Therapeuten geleitetes Programm,
- als Selbsthilfeprogramm mit (telefonischer) Unterstützung durch einen Therapeuten und
- als Selbsthilfeprogramm ohne therapeutische Begleitung.

Inhaltlich lernen Eltern, einander zu unterstützen, mit Stimmungen und Streß umzugehen, sowie Konflikte durch Anwendung von Problemlösungstechniken zu lösen.

Sachstand/Ergebnisse

Bei den teilnehmenden Familien vor und nach Durchführung des Programmes durchgeführte Untersuchungen zeigten einen deutlich spürbaren Rückgang des aggressiven Verhaltens bei Kindern, sowie eine Verbesserung im Erziehungsverhalten der Eltern. Direkte Beobachtungen bestätigten diese Bewertung.

Das „Positive Parenting Program (Triple P)“ gewann anlässlich der Verleihung der "Australian Violence Prevention Awards" (->) 1997 den mit 20.000 australischen Dollar dotierten Hauptpreis.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Australian Institute of Criminology (Hg.): Australian Violence Prevention Awards 1997.
Winning Projects. 1997

Australian Institute of Criminology (Hg.): Violence Prevention in Practice. 1996

Themenbereich
**Nachbarschaft/
Wohnumfeld**

Städtisches Nachbarschaftshilfeprojekt Gent, Belgien

Ansprechpartner/Dienststelle

Ministère de l'Intérieure, Le Secrétariat Permanent à la Politique de Prévention (V.S.P.P.), Wetstraat 26 rue de la Loi, B-1040 Bruxelles, Belgien

Organisation

Das städtische Nachbarschaftshilfeprojekt (Neighbourhood Watch-Project) in Gent besteht seit 1995.

Das Projekt beschäftigt Langzeitarbeitslose und dabei vor allem Personen über 45 Jahre, denen man für die Dauer eines Jahres die Möglichkeit bietet, Arbeitserfahrungen zu sammeln. Im Anschluß erhalten die Beschäftigten regelmäßig Daueranstellungen. Das Arbeitsamt der Stadt Gent stellt die Arbeitserfahrung der am Projekt Beteiligten sicher und ist für deren Koordination verantwortlich.

Ein mobiler Dienst für Gelegenheitsarbeiten organisiert die Abarbeitung berichteter Probleme z.B. im Zusammenhang mit Straßenschäden, Abfallbeseitigung etc.

Das Projekt wurde durch die "Stiftung Roi Baudouin" als Modellprojekt ausgewählt.

Konzeptioneller Ansatz

Das städtische Nachbarschaftshilfeprojekt in Gent wurde geschaffen, um Forderungen nach Sicherheit in der Gemeinde durch präventive und technische Überwachung gerecht zu werden.

Neben der Kriminalitätsbekämpfung sollte das Wohnklima durch Bekämpfung von Zerfall und Verunreinigung erhöht werden.

Die Arbeit der Nachbarschaftshilfe hat drei Funktionen:

Nachbarschaft/Wohnumfeld

- eine informative,
- eine berichtende und
- eine präventive Funktion.

Im Rahmen der informativen Funktion geben Mitarbeiter der Nachbarschaftshilfe Informationen über verschiedene Service-Einrichtungen bekannt. Sie erhalten tägliche Mitteilungen der "Informationsabteilung" der Stadt Gent an die Bevölkerung. Die Projektmitarbeiter werden in die Lage versetzt, Touristen in der jeweiligen Landessprache (Französisch, Englisch oder Deutsch) Informationen über Aktivitäten, Sehenswürdigkeiten der Stadt, Parkplätze etc. zu geben.

Die berichtende Funktion soll das soziale Miteinander in der Stadt verbessern helfen. Projektmitarbeiter fungieren als "Augen und Ohren" für die Stadt und kommunale Dienstleister. Berichtet wird u.a. über defekte Bürgersteige und Straßenschilder, Schäden in öffentlichen Parks und Abfall in den Straßen sowie in den Gewässern. Koordinatoren befassen sich mit der zentralen Bearbeitung und Sichtung der Berichte und geben diese an die zuständigen Dienststellen weiter. An diesem Punkt tritt ein Gelegenheitsjob-Service mit 10 Bediensteten in Aktion. Aufgabe der dort Beschäftigten ist es, auf Basis der Berichte der Nachbarschaftshilfe, Probleme schnell zu beseitigen. Da Resultate schnell sichtbar sind, können Beunruhigungen in der Bevölkerung vermieden werden. Die Mitarbeiter der Nachbarschaftshilfe verfolgen den Prozeß der Problembeseitigung.

Durch die präventive Funktion mittels verstärkter Überwachung sollen u.a. potentielle Täter abgeschreckt werden. Die Neighbourhood Watch-Mitglieder erfüllen ihre Überwachungsfunktion in öffentlichen Verkehrsmitteln, in dem sie Ruhe schaffen, besonders unter Schülern und Jugendlichen. Sie sollen so abschreckend auf potentielle Täter wirken und garantieren, daß z.B. ältere Bürger und Behinderte respektiert werden.

Die präventive Funktion soll ferner bewirken, daß z.B. Fahrzeuge, die in der Nähe von Schulen auf Straßenkreuzungen parken, keine gefährlichen Situationen hervorrufen. Schüler, Fußgänger und Fahrradfahrer werden aufgefordert, sich an die Verkehrsregeln zu halten. Die Überwachung von Parks, Spielplätzen und öffentlichen Erholungsgebieten soll garantieren, daß sich die Menschen in sicheren Einrichtungen aufhalten.

Auf belebten Plätzen, wie z.B. dem Marktplatz und Einkaufszonen, werden Überwachungsmaßnahmen zur Prävention des Taschendiebstahls durchgeführt.

Auf Wunsch der Bürger werden während der Zeiten der Abwesenheit tägliche Überwachungsmaßnahmen leerstehender Wohnungen als Maßnahme zur Einbruchsprävention durchgeführt. Bürger haben ihre Bitte um Überwachung bei der Polizei einzureichen. Nachbarschaftshilfemitglieder beteiligen sich zudem an Präventionskampagnen auf Parkplätzen großer Kaufhäuser.

Die städtische Nachbarschaftshilfe ist üblicherweise aktiv im inneren und äußeren Stadtbezirk und manchmal auch in benachbarten Vororten von Gent. Der Zuständigkeitsbereich ist aufgeteilt in 19 Zonen, einschließlich einer Route durch die Einkaufs-/Fußgängerzonen, den Genter Parks und der Stadtmitte. Die Mitarbeiter arbeiten in Zweier-Teams. Jedes Team besitzt ein Mobiltelefon und eine Telefonkarte. Die Mitglieder sind nach jedem Einschreiten und jeder Untersuchung gegenüber ihren Koordinatoren schriftlich berichtspflichtig.

Die Mitarbeiter erhalten eine gezielte, sechswöchige Ausbildung (194 Stunden).

Um der Informationsfunktion nachkommen zu können, ist eine umfassende Kenntnis über bestehende Dienstleistungen der Stadt, Einrichtungen und Anlagen erforderlich. Die Mitarbeiter bekommen zudem eine Ausbildung in sozialen und kommunikativen Fähigkeiten sowie einen Erste-Hilfe-Kurs. Sie werden über effiziente Berichterstattung und Problembeschreibung unterrichtet. Die Ausbildung umfaßt den Selbstschutz sowie die Brandvorbeugung. Ferner wird die Erstellung einer Täterbeschreibung vermittelt.

Während der Anstellung werden monatliche Auffrischkurse besucht.

Sachstand/Ergebnisse

Während der ersten fünf Monate des Jahres 1996 wurden gesamt 13.695 Aktivitäten durchgeführt. In der Zeit von Juni bis Ende Dezember 1996, als sich die Nachbarschaftshilfe von acht auf siebzehn Mitglieder erweiterte und

Nachbarschaft/Wohnumfeld

die Straßenstreifen sich mehr als verfünffacht haben, wurden 45.831 Handlungen vorgenommen. Ab September 1997 kamen 13 weitere Personen hinzu.

Die schnelle Problembhebung durch den Dienst für Gelegenheitsarbeiten trug dazu bei, daß das Ziel der Neighbourhood Watch, Beunruhigungen in der Bevölkerung zu vermeiden, erreicht wurde.

Weil anfänglich keine Evaluation durchgeführt wurde, ist eine konkrete Darstellung über Verbesserungen, die durch das Projekt erreicht wurden, nicht möglich.

Das Projekt wurde fortwährend angepaßt und vergrößert. Das Fach Recht und Kriminologie der Universität Gent führte in der zweiten Hälfte des Jahres 1997 eine Untersuchung zum Unsicherheitsgefühl und deren Beeinflussung durch die städtische Nachbarschaftshilfe durch. Das Resultat dieser Untersuchung kann auf Wunsch vom V.S.P.P. zur Verfügung gestellt werden.

Das Projekt wurde von verschiedenen Dienststellen aus Belgien und den Niederlanden mit dem Ziel geprüft, ob die verwaltungsmäßigen und praktischen Ideen auch in eigenen Projekten übernommen werden können.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Ministère de l'Intérieure, Le Secrétariat Permanent à la Politique de Prévention (V.S.P.P.),
Brüssel (Hg.): Celebrating prevention - European Crime Prevention Award 1997

National Night Out (NNO)

Ansprechpartner/Dienststelle

National Association of Town Watch, P.O. Box 303, Wynnewood, PA 19096, Vereinigte Staaten

Internet: <http://www.nationaltownwatch.org/nno/intro.html>

Organisation

"National Night Out (NNO)" ist ein Programm zur kommunalen Kriminalprävention, das seit 1984 am ersten Dienstag im August landesweit von der National Association of Town Watch, Inc., (NATW) veranstaltet wird.

Das Programm erhält starke Unterstützung vieler staatlicher und kommunaler Stellen, einschließlich dem amerikanischen Kongreß, dem Justizministerium mit seinem Bureau of Justice Assistance (BJA), das allein 1,4 Millionen US-Dollar an sog. "grants" zahlte, dem FBI sowie der International Association of Chiefs of Police.

Die Finanzierung erfolgt auch über ein Großunternehmen, das u.a. Preisverleihungen sponsort.

Konzeptioneller Ansatz

Ziele der jährlich durchgeführten NNO sind:

- eine wachsende Aufmerksamkeit für Belange der Kriminal- und Drogenprävention,
- allgemeine Unterstützung für und Teilnahme an örtlichen Initiativen gegen Kriminalität,

Nachbarschaft/Wohnumfeld

- die Stärkung des Nachbarschaftssinns sowie von Zusammenarbeitsformen zwischen Polizei und Bürgern,
- die Übermittlung einer Botschaft an Kriminelle, daß sich Nachbarschaften organisieren und zurückschlagen.

Die Zielgruppe umfaßt neben allen Interessierten vor allem nachbarschaftlich organisierte Bürger, wobei die Existenz eines Nachbarschaftshilfe-Projektes (Neighborhood Watch) nicht gefordert ist.

Neben dem schon traditionellen Einschalten von Außenbeleuchtungen und dem Aufenthalt der Hausbewohner auf ihren Vorderterrassen begehen Städte und Gemeinden die NNO durch eine Vielzahl von Aktivitäten wie z.B.

- Feiern mit der unmittelbaren Nachbarschaft,
- Grillparties,
- Besuchen der örtlichen Polizei,
- Paraden,
- Spaziergänge mit Taschenlampen,
- Wettkämpfe und
- Jugendprogramme.

Nach der Einwohnerzahl klassifizierte Gebiete/Städte werden für außergewöhnliche Beteiligung, Führung und/oder Unterstützung im Rahmen der NNO ausgezeichnet.

Interessenten bzw. Nachbarschaftskoordinatoren können sich über das Internet registrieren lassen und Informationsmaterialien anfordern.

Sachstand/Ergebnisse

Seit dem Start 1984 wuchs die Beteiligung an der NNO auf mehr als 31 Millionen Menschen in mehr als 9.400 Gemeinden in allen 50 Bundesstaaten der USA, U.S. Territorien, kanadischen Städten und U.S.-Militärbasen weltweit.

Nach Aussage der National Association of Town Watch hat die NNO in der Vergangenheit beweisen können, ein effektives, kostengünstiges und schönes Programm zur Förderung des nachbarschaftlichen Miteinanders sowie der Kontakte zur Polizei zu sein. Inwieweit diese Wirkungen tatsächlich erreicht werden, ist nicht bekannt.

Die "16th Annual National Night Out" fand am 03.08.99, von 19.00 bis 22.00 Uhr statt.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Gist, Nancy: Prevention Strategies - The U.S. Department of Justice. Vortrag und Handout anlässlich der ICPC-Konferenz "Harnessing What Works" vom 3. - 6.10.99 in Montreal, Kanada
National Association of Town Watch (Hg.): Internetauszüge. Juli 1999

Neighbourhood Watch Association (South Australia) Inc.

Ansprechpartner/Dienststelle

Neighbourhood Watch Association (South Australia) Inc., PO Box 1016, Adelaide Business Centre, Gouger Street, Adelaide SA 5000, Australien

Internet: <http://www.nhwatch.asn.au/>; e-mail: president@nhwatch.asn.au

Organisation

Die für den Bundesstaat Süd-Australien bestehende Nachbarschaftshilfeorganisation Neighbourhood Watch Association (South Australia) Incorporation (Inc.) geht auf eine 1984 gestartete Initiative des Polizeichefs (Commissioner) der South Australia Police zurück.

Nach Untersuchung entsprechender Initiativen in England und Amerika beauftragte er drei Beamte mit der Durchführung eines Pilotprojektes, das am 1. Mai 1985 gestartet und ein Jahr später erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

Die im März 1988 nach einem Treffen von Gebiets- und Polizeikoordinatoren gegründete Neighbourhood Watch Association (South Australia) Inc. ist als größte Freiwilligenorganisation in Süd-Australien gemeinsames Dach der Bereiche "Neighbourhood Watch", "Rural Watch", "Business Watch", "School Watch", "Hospital Watch" und "Taxi Watch".

Während die ersten drei genannten Formen von der Polizei verwaltet werden, liegt die Zuständigkeit für "School Watch" bei den für den Schulbereich zuständigen Ministerien. "Hospital Watch" wird von der zuständigen Gesundheitskommission und "Taxi Watch" vom Verband der Taxiunternehmen verwaltet. Die örtliche Polizei gewährleistet die Zusammenarbeit der Akteure.

Nach der mittlerweile mehrfach überarbeiteten Satzung der Association liegt die Führung bei einem auf Ebene des Bundesstaates bestehenden "State Executive Committee", bestehend u.a. aus einem Präsidenten, zwei

Nachbarschaft/Wohnumfeld

Vizepräsidenten, einem Sekretär und einem Schatzmeister. Einer 65 Mitglieder umfassenden Versammlung ("State Council") gehören Vertreter aller beteiligten Organisationen an.

Das Beteiligungsverfahren sieht vor, daß aus jedem Gebiet, jeder Schule oder Klinik in dem/der eine Initiative besteht sowie seitens der zuständigen Polizei Vertreter zu einem Bezirkstreffen entsandt werden. Im Rahmen dieser Bezirkstreffen erfolgt die Wahl je eines zivilen und polizeilichen Vertreters für o.a. "State Council".

Neighbourhood Watch Association (South Australia) Inc. ist eine non-profit-Organisation, die keinerlei Regierungsgelder erhält. Finanzmittel werden erworben durch Mitgliedsbeiträge sowie aus der Geschäftswelt, der u.a. Werbefläche in der eigenen Zeitschrift sowie dem jährlichen Kalender der Association zur Verfügung gestellt wird.

Konzeptioneller Ansatz

Nachbarschaftshilfe (Neighbourhood Watch) wird als das "Flaggschiff" bürgerorientierter Polizeiarbeit (Community Policing) in Süd-Australien gesehen, bei der Polizisten und Freiwillige gemäß einer formalisierten Struktur zusammenarbeiten.

Ziel der Association, die sich selbst auch als Lobbyist bezeichnet, ist die Prävention von Kriminalität sowie die Stärkung öffentlicher Sicherheit.

Die präventive Arbeit deckt neben der allgemeinen Mobilisierung der Bevölkerung verschiedenste Themen wie z.B. die Sicherung von Haus und Wohnung, Kennzeichnung beweglicher Gegenstände (1998 Operation Identification), Sicherheit beim Einkaufen oder Sicherheit beim Autofahren ab.

Sicherheitshinweise sind in Form prägnanter Verhaltenshinweise in das Internet eingestellt. Nutzer des Internet-Angebotes können der Association eigene Sicherheitshinweis per e-mail zustellen.

Sachstand/Ergebnisse

Zwischen Mai 1986 und 30. Juni 1988 wurden die ersten 96 "Neighbourhood Watch"-Gebiete aus der Taufe gehoben. Erste "Rural Watch"-Projekte folgten 1989 und ein erstes "Business Watch"-Projekt 1990 im zentralen Geschäftsbezirk von Adelaide.

Seit 1995 vertreibt die Association das zweimonatlich erscheinende Magazin "Neighbourhood Watch" in einer Auflage von 20.000 Exemplaren.

1996 wurden Gedenkmedaillen (State Awards of Merit) für besondere Verdienste beteiligter Freiwilliger und Polizisten eingeführt und 1997 erstmals vergeben.

Seit 1997 findet eine jährliche Konferenz statt. Im selben Jahr wurde eine eigene Internet-Seite eingerichtet.

Im März 1999 wurde erstmalig ein "National Neighbourhood Watch Day" gefeiert.

1999 vertritt der "Neighbourhood Watch"-Bereich 482 Gebiete mit im Durchschnitt jeweils 30 Mitgliedern, die etwa 600.000 Bürger vertreten. "Rural Watch" umfaßt 76 Gebiete mit im Durchschnitt ebenfalls 30 aktiven Mitgliedern, so daß in der Gesamtheit etwa 76.000 in ländlichen Gebieten lebende Bürger vertreten werden. "Business Watch" vertritt 13 Gebiete mit im Durchschnitt 12 aktiven Mitgliedern, so daß etwa 156 Geschäftsführer mehr als 400 Geschäfte repräsentieren. Im Bereich "School Watch" arbeiten 150 Schulen und im Bereich "Hospital Watch" 33 Kliniken mit ihrem administrativen und medizinischen Personal mit. "Taxi Watch" vertritt sämtliche Mitglieder des Verbandes der Taxiunternehmen sowie andere

Nachbarschaft/Wohnumfeld

Taxiunternehmer. Insgesamt vertritt die Association mit ihren 27.000 Freiwilligen etwa 800.000 Einwohner Süd-Australiens (8,4% der Einwohnerschaft).*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:
Neighbourhood Watch Association (South Australia) Inc. (Hg.): Internetauszüge. Juli 1999

**Themenbereich
Öffentlicher Raum
(incl. ÖPNV)**

Kriminalprävention in einem Einkaufszentrum (Dufferin Mall)

Ansprechpartner/Dienststelle

David Hall, Manager Operations & Development, Oxford Properties Group Inc., Dufferin Mall, 900 Dufferin Street, Suite 217, Toronto, Ontario M6H 4B1, Kanada

Organisation

Eine Welle von Kriminalität (bewaffneter Raub, versuchte Vergewaltigung und versuchter Mord), die einherging mit dem Drogenhandel und öffentlicher Verwahrlosung, führte im Oktober 1991 zu verstärkter Kriminalitätsfurcht unter den Händlern und Anwohner der Dufferin Mall im Norden Torontos.

Zur Beendigung der Spirale steigender Kriminalität und Kriminalitätsfurcht wurde auf Initiative des Managements der Mall im April 1992 eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung von elf Verwaltungsabteilungen der Stadt Toronto, Geschäftsinhabern, Gemeinde- und Bürgervereinigungen, einem privaten Sicherheitsunternehmen sowie den Kirchen gegründet.

Konzeptioneller Ansatz

Die Mall wird täglich von etwa 3.000 Jugendlichen besucht. Die Quote vorzeitigen Schulabbruchs bei diesen Jugendlichen lag 1991 erheblich über dem nationalen Durchschnitt.

Ziel des 1992 erarbeiteten Maßnahmenbündels war es nicht, die Jugendlichen aus der Mall zu vertreiben, sondern sich ihrer Bedürfnisse anzunehmen und Langfristlösungen anzustreben. Das erarbeitete Sicherheitsprogramm sollte voll integrierter Teil einer gemeindebasierten Managementstrategie sein. Das Verhalten der Jugendlichen sollte vor allem durch eine Änderung ihrer Selbstwahrnehmung und der Akzeptanz von der Mehrheit getragener Regeln verändert werden.

Öffentlicher Raum (incl. ÖPNV)

Neben einer Null-Toleranz-Strategie zu Beginn wurden insbesondere Maßnahmen der situativen und sozialen Prävention erarbeitet. Im situativen Bereich wurde u.a. das Design der Mall derart verändert, daß die Ansammlung großer Gruppen von Jugendlichen nicht mehr möglich war. Unter Beteiligung von Schülern und Lehrern wurden Arbeitsgruppen zur Ideenentwicklung eingerichtet.

Die Mall stellte einen Jugendarbeiter ein und förderte die Schaffung eines ausgelagerten Schulbereiches (satellite campus) für Risikojugendliche. Diese Jugendlichen besuchten diese Mall-Schule und arbeiteten zudem zeitweise in der Mall, um sog. school credits anzusammeln.

Eine örtliche High School schaffte ein "Wiedereinstiegsprogramm" für frühzeitige Schulabgänger.

Der für Parks und Erholung zuständige Bereich der Stadtverwaltung richtete ein ausgelagertes Gemeindezentrum ein.

Ein "Dufferin Mall Youth Service Program" wurde als eine in die Mall integrierte Jugendhilfe geschaffen, um Jugendlichen im Alter von 12 bis 24 Jahren, die in Schwierigkeiten sind, sowie deren Familien zu helfen. Die Leistungen umfaßten u.a. individuelle Beratung und Familienberatung, Rechtshilfe, Information und Überweisung an andere Einrichtungen sowie Berufsausbildung in Form eines Job-Trainings. Daneben wurden für die Jugendlichen Möglichkeiten zum Fußballspiel sowie Basketball-Sommercamps oder auch Angebote zum Theaterspiel geschaffen.

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit wurde eine Kampagne "We are Your Community" gestartet, um der Bevölkerung zu verdeutlichen, daß die Mall wieder ein sicherer Einkaufsbereich ohne Notwendigkeit der Kriminalitätsfurcht ist.

Sachstand/Ergebnisse

Obwohl das Projekt keine formelle Evaluation erfuhr, ist von einem Erfolg auszugehen.

Beschäftigte der Mall berichteten von einem Rückgang an Problemen sowie einer Verbesserung der Einkaufsumgebung. Bürger stimmten überein, daß

sich die Sicherheit in der Mall und für die Anwohner verbessert habe. Eine Anzahl von Jugendlichen nutzten die in der Mall geschaffenen Bildungs- und Arbeitsangebote. Über ein "Economic Recovery Program" wurde die Attraktivität für die Geschäftswelt gesteigert.

Das Management der Mall geht davon aus, daß Ladendiebstähle zwischen 1991 und 1995 um 4 Millionen Kanadadollar zurückgingen.

Polizeiliche Kriminalstatistiken konnten belegen, daß die Kriminalität im Zeitraum von 1991 bis 1996 um 35% zurückging.

Ein Projekt mit vergleichbarer Zielsetzung wird u.a. in Mannheim (Vogelstang Center Serviceteam, -->) durchgeführt.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Collette, Monique: Canada's Crime Prevention Strategy. Vortrag und Handout anlässlich der vom 3. - 6.10.99 in Montreal stattfindenden Konferenz "Harnessing What Works" des International Centre for the Prevention of Crime (ICPC)

Hall, David: Delinquency in a shopping centre. Vortrag und Handout anlässlich der vom 3. - 6.10.99 in Montreal stattfindenden Konferenz "Harnessing What Works" des International Centre for the Prevention of Crime (ICPC)

Low tolerance-policing in Eskilstuna

Ansprechpartner/Dienststelle

Polismyndigheten i Södermanlands län, PO Box 348, 63105 Eskilstuna, Schweden

Organisation

Eskilstuna ist Teil der Grafschaft Södermanland in der Nähe Stockholms. Von den 256.000 Einwohnern der Grafschaft leben 88.000 in Eskilstuna, einem Gebiet, das von einem der drei Polizeibezirke der Grafschaft abgedeckt wird. Die Polizei von Eskilstuna wurde zwischen 1992 und 1998 um fast 100 Polizeibeamte auf noch 420 und etwas mehr als 40 Zivilangestellte auf nun 130 gekürzt. 124 der Polizisten sind sog. "local police officers" und damit etwa deutschen Kontaktbereichsbeamten vergleichbar. 1997 wurden in Eskilstuna fast 28.000 Straftaten registriert (zzgl. etwa 3.000 Drogen- und Verkehrsstraftaten).

1995 litt Eskilstuna unter geringer Selbstachtung, z.T. ausgelöst von einer Reihe schwerer Straftaten, von Skinheads sowie entsprechender "schlechter Presse". Eskilstuna hatte den Beinamen "Klein-Chicago". Im Stadtzentrum gab es vor allem in den Nächten von Freitag bis Sonntag häufig Überfälle und erhebliche Sachbeschädigungen, die bestimmten Restaurants, Bars etc. zugeordnet werden konnten. Der Polizei waren die Brennpunkte und Tatzeithäufungen bekannt. Sie hatte in den letzten Jahren verschiedentlich im Rahmen des normalen Dienstbetriebes isoliert und jeweils nur kurzfristig Maßnahmen gegen das Problem ergriffen.

1995 wurde über veränderte Arbeitsmethoden zur Beseitigung des Problems nachgedacht. Eingeführt wurden sie als "das Eskilstuna-Modell" bzw. "niedrige Toleranz" (low tolerance) Anfang 1996; volle Arbeitsfähigkeit wurde im zweiten Halbjahr 1996 erreicht.

Eingesetzt wurden 10 local police officers, die im Stadtzentrum arbeiteten, ein Einsatzkommando sowie Ermittlungskräfte mit Zuständigkeit für den gesamten Polizeidistrikt.

Unterstützung u.a. zur Evaluation erfuhr das Projekt seitens des National Police Board (-->).

Konzeptioneller Ansatz

Ziel des Projektes war die Verringerung von Gewalt, Sachbeschädigungen und Störungen im Stadtzentrum und damit in der Konsequenz erhöhte Sicherheit und verringerte Kriminalität.

Das Projekt basierte auf folgenden Bedingungen:

- Veränderungen sollten Arbeitsmethoden betreffen und auf einem problemorientierten Impuls basieren,
- eine kurze Projektperiode von einem Jahr,
- alle Maßnahmen sollten im Rahmen der bestehenden Organisation geleistet werden.

Strategisch sollte gegen geringfügige Vergehen vorgegangen werden, um dadurch auch schwere Kriminalität zurückzuführen. Dieser Ansatz der frühen Intervention wird seitens der Projektverantwortlichen ausdrücklich als kriminalpräventiv bezeichnet.

Zur Sicherstellung des Erfolges war es notwendig, Ressourcen dort und zu den Zeiten bereitzustellen, wo und wann sie benötigt wurden.

Die in einem Aktionsplan dokumentierten Einzelziele des Projektes lassen sich wie folgt beschreiben:

- erhöhte Polizeipräsenz,
- Verringerung der Toleranz bzw. Senkung der Einschreiteschwelle,
- Entfernung junger Menschen aus dem Stadtzentrum (Anm.: ohne ihnen Alternativen zu offerieren),
- frühe Intervention gegen die Gründung von Banden,

Öffentlicher Raum (incl. ÖPNV)

- Verringerung des Alkoholkonsums (Anm.: es ist in den meisten schwedischen Städten durch örtliche Verordnungen verboten, Spirituosen im öffentlichen Raum zu konsumieren),
- verstärkte Kontrolle von Restaurants sowie deren Pförtnern/Türstehern,
- verbesserter Gebrauch gesetzlicher Regelwerke,
- verbesserte Kooperation u.a. mit sozialen Diensten.

Sachstand/Ergebnisse

In der Umsetzung wurde zu den relevanten Zeiten die Präsenz durch von einem Bus aus operierenden Fußstreifen erhöht. Durch entsprechende Dienstzeitgestaltung konnten für die vier und mehr eingesetzten Polizisten Überstunden vermieden werden. Das Einsatzkommando stellte für Bedarfsfälle notwendige Unterstützung sicher.

Die Einsatzplanung für eine Freitagnacht sah so aus, daß

- in der Zeit von 17.00 bis 22.00 Uhr Prävention durch Information betrieben wurde und auch soziale Dienste ansprechbar waren,
- in der Zeit von 22.00 bis 24.00 Uhr Prävention durch Streifentätigkeit betrieben wurde und u.a. Überprüfungen von Restaurants, Bars und Türstehern erfolgten,
- in der Zeit von 00.00 bis 03.00 Uhr repressive Polizeiarbeit der taktische Ansatz war.

Im Ergebnis wurden mehr Betrunkene in Gewahrsam genommen, mehr polizeigesetzlich gestützte Interventionen u.a. gegen unter 18jährige getroffen, verstärkt Waffen sichergestellt, verstärkt schon bei geringfügigen Gesetzesverstößen eingeschritten sowie eine verbesserte Kooperation mit Türstehern und Restaurantbetreibern und mehr Ordnung in und in der Nähe von Restaurants, Bars etc. erreicht.

Öffentlicher Raum (incl. ÖPNV)

Die Bevölkerung wurde mittels eines Fragenkataloges frühzeitig hinsichtlich ihrer Akzeptanz zu möglichen polizeilichen Maßnahmen eingebunden. Sie stimmte den Maßnahmen weitgehend zu; nur wenige totale Ablehnungen wurden geäußert. Die einzige Maßnahme, der weitestgehend widersprochen wurde, bezog sich auf polizeiliches Einschreiten gegen das Trinken mittelstarken Bieres in der Öffentlichkeit. Im Verlaufe der Durchführung des Projektes zeigte sich, daß sich die Akzeptanz der Öffentlichkeit zu den polizeilichen Aktivitäten nicht veränderte.

Nach einem knappen Jahr wurde der Erfolg der ergriffenen Maßnahmen auf der Basis polizeilicher Statistiken und Bevölkerungsbefragungen bewertet. Mit einem nur geringfügig gestiegenen Ressourceneinsatz waren folgende Ergebnisse erzielt worden:

- die Zahl sowohl an schweren als auch an leichten Straftaten ging zurück,
- Gewaltstraftaten im Stadtzentrum wurden um 14% gesenkt,
- es gab weniger Anzeigen zu Überfällen und Schlägereien,
- das Sicherheitsgefühl derjenigen, die sich häufig im Stadtzentrum aufhielten, war erhöht und
- die tatsächliche sowie die von der Bevölkerung wahrgenommene Polizeipräsenz konnte gesteigert werden.

Auch wenn erzielte Ergebnisse statistisch nicht signifikant sein mögen, geht die Polizei davon aus, daß Gewalt im Zentrum von Eskilstuna reduziert werden konnte.

Seitens der Polizeiaufsicht (police authority) wurde beschlossen, das Verfahren behördenweit, jedoch angepaßt an die örtlichen Belange, anzuwenden. In diesem Zusammenhang ist der Wandel in der Einstellung der Polizisten bedeutsam. Zu Beginn eher negativ gegenüber mehr Interventionen und Maßnahmen eingestellt, trägt der Polizeikörper die Arbeitsmethoden nunmehr weitgehend mit.

Schwierigkeiten, mit denen im Verlaufe des Projekte zu kämpfen waren, lassen sich insbesondere auf Informationsmängel zurückführen. Zusätzlich hatte es Verwirrungen bei eingebundenen Behörden (z.B. dem Sozialbereich) hinsichtlich der Auswirkungen der Polizeiarbeit auf den eigenen Bereich gegeben. Innerhalb der Polizei wurden Veränderungen nur langsam erzielt. Dort herrschte anfänglich das Missverständnis, daß für die verstärkten Maßnahmen auch mehr Personal zu Verfügung stehen würde.

Ein ähnliches Projekt wurde 1998 in Gottsunda (Bezirk Uppsala) in Schweden gestartet; Ergebnisse sind nicht bekannt.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

"Modern Day Policing in Nordic Countries". Vortrag und Handout anläßl. der "Conference on the Nordic Way of Policing" vom 14.-17.09.98 in Tampere/Finnland
Schreiben Polismyndigheten i Uppsala län, vom 03.12.98, an KI 16

Themenbereich
**Sachbeschädigung/
Vandalismus**

"Look, listen and tell", Graffitibekämpfung in Rijpelberg (Helmond)

Ansprechpartner/Dienststelle

European Crime Prevention Award, International Secretariat, Netherlands Ministry of Justice, Directorate of Strategic Planning, Postbus 20301, NL-2500 EH Den Haag, Niederlande

Organisation

Rijpelberg ist ein Vorort von Helmond, in dem etwa 3.300 Einwohnern leben, die etwa zu gleichen Teilen in Mietobjekten wohnen bzw. Hauseigentümer sind.

1993 wurde die Rijpelberg Residents Association, eine Bürgervereinigung, gegründet.

Die Aktivitäten der Vereinigung konzentrieren sich auf zwei Hauptgebiete:

- die Sicherheit und Erhaltung des Viertels und
- die Organisation von Aktivitäten für Jugendliche.

1996 startete die Bürgervereinigung einen Fünf-Jahres-Plan zur Bekämpfung des Graffiti-Problems.

Konzeptioneller Ansatz

Über Jahre erlebte Rijpelberg eine Zunahme von Graffiti. Die graffitiverschmierte Umgebung erzeugte ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit bei den Bewohnern. Rüpelhaftes Benehmen, Drogenmißbrauch, Vandalismus, Diebstahl und Raub nahmen zu.

Sachbeschädigung/Vandalismus

Obwohl die Polizei von Ost-Helmond verstärkt auf das Problem achtete und auch einige Straftäter festnehmen konnte, bekam man das Problem der Schmierereien nicht in den Griff.

Da Graffiti nicht nur ein lokales Problem des Bezirkes Rijpelberg war, war es über die Zusammenarbeit von Gemeindeverwaltung und zweier Wohnungsunternehmen bereits zur Gründung von zwei Unternehmen zur Graffiti-Beseitigung gekommen.

Nach diversen Verhandlungseinheiten konnte im Mai 1996 ein kollektiver Anti-Graffiti-Vertrag abgeschlossen werden, der es sowohl Firmen als auch privaten Hauseigentümern ermöglichte, gegen eine Summe von 10 Gulden pro Jahr jedes Graffiti sofort entfernen zu lassen. Voraussetzung für das Zustandekommen des Vertrags war eine Beteiligung von anfänglich wenigstens 100 Parteien.

Das Projekt wurde durch weitere Maßnahmen zur Graffiti-Beseitigung ergänzt, so z.B. unter der Überschrift "Look, listen and tell" mit einem Mobilisierungsprogramm für Grundschüler. Diesen wurden nicht nur Informationen (u.a. filmisch) zum Thema vermittelt, sie sollten z.B. auch in einem mit einem Preisausschreiben verknüpften Handzettel ein Bild ausmalen und - auf der anderen Seite des Handzettels - die ihnen bekannten Orte mit Graffiti-Verschmutzungen aufzuzeigen. In Kooperation zwischen der Polizei und der Bürgervereinigung wurde zudem ebenfalls unter der Überschrift "Look, listen and tell" eine Initiative gestartet, die die Öffentlichkeit aufforderte, Informationen zu Graffiti über eine extra eingerichtete Telefonverbindung anzuzeigen. Aufgabe der Polizei war es, diese Informationen an die Einheit zur Graffiti-Beseitigung weiterzuleiten.

Sachstand/Ergebnisse

Zeitgleich im Mai 1996 wurden das vertraglich gesicherte Reinigungsprojekt mit etwa 200 Teilnehmern und eine großangelegte Reinigungsaktion gestartet. Zudem fand die Preisverleihung unter den Grundschulern statt, die sich an der Malaktion beteiligt hatten.

Dem Projekt wird ein fast vollständiges Verschwinden von Graffities zugeschrieben. Nur noch an wenigen Orten gab es neue Verschmutzungen, die sofortig entfernt wurden. Neben den Graffiti-bezogenen Erfolgen wurde

ganz allgemein Kleinkriminalität zurückgeführt und das Sicherheitsgefühl in Rijpberg verbessert.

Polizeilicherseits wurde die zunehmende Anzeigebereitschaft im Zusammenhang mit Graffiti betont. Die Festnahme von 14 Straftätern wird ebenfalls der Initiative "Look, listen and tell" zugeschrieben.

Das Projekt offeriert jedem neuen Käufer in dem betroffenen Gebiet die Anti-Graffiti-Versicherung.

Das Projekt wurde 1997 zusammen mit vier anderen von niederländischer Seite für den Europäischen Präventionspreis (European Crime Prevention Award, -->) nominiert.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Ministry of Justice (Hg.): "Celebrating prevention" - European Crime Prevention Award 1997

**Themenbereich
Senioren**

Ältere Bürger und Sicherheit, Amsterdam

Ansprechpartner/Dienststelle

Polizei Amsterdam-Amstelland, Postbus 2287, NL-1000 CG Amsterdam, Niederlande

Organisation

Das Projekt wurde von der Polizei Amsterdam-Amstelland 1995 initiiert, um die Sicherheit älterer Bürger in Bezug auf Kriminalität und (Verkehrs-) Unfälle zu verbessern.

Das Projekt wurde integrativ angelegt, d.h. die Dienste und das Wissen unterschiedlichster Organisationen wurden einbezogen; darunter Polizei, Stadtverwaltung, Verbände für ältere Bürger, "Amsterdam Home Care", "Sicherer Straßenverkehr Niederlande" sowie die Energieversorgungsunternehmen und die städtische Gesundheitsbehörde.

Konzeptioneller Ansatz

In vier ausgewählten Polizeidistrikten Amsterdams wurde 1995 eine Untersuchung durchgeführt, um herauszufinden, wie sicher sich ältere Bürger zu Hause und in ihrer Nachbarschaft fühlen.

Die Untersuchung wurde von älteren Bürgern, die von der Polizei für diese Aufgabe geschult wurden, durchgeführt. Ergebnis der Untersuchung war, daß 21% aller Kriminalitätsoffer 55 Jahre oder älter waren, 55% befürchten, in ihrer eigenen Nachbarschaft Opfer zu werden.

Aufgrund der Ergebnisse wurden spezifische Projekte und Schritte zur Erreichung folgender drei Ziele entwickelt:

- Erhöhung der objektiven Sicherheit und Reduzierung der Straftaten gegen ältere Bürger.

Zusammen mit verschiedenen Vereinigungen wurden Informationsveranstaltungen durchgeführt, bei denen die Polizei beriet und informierte. Es wurde eine Broschüre "Arbeit an der Sicherheit - auch das ist Weisheit" ausgegeben, die Sicherheitstips z.B. im Bezug auf den Umgang mit Geld, Handtasche, Verhalten an der Wohnungstür etc. vermittelt. Außerdem enthält die Broschüre eine Liste von Organisationen und Telefonnummern, angefangen von medizinischer Notfallhilfe, Opferhilfe über Polizei, Informations- und Kontaktangebote bis hin zu Einbruchpräventions-Service. Weiterhin wurde der Film "Was ist Weisheit" entwickelt, der Initiativen für ältere Bürger aufzeigt, Opferwerdung zu vermeiden. Es wurden ein Handbuch und eine Sicherheitsdiskette entwickelt, mit der Organisationen der Gesundheitsfürsorge ihre eigenen Sicherheitspläne entwerfen können, um Unfälle oder kriminelle Angriffe zu verhindern. Außerdem werden ältere Bürger über das Aussehen von Dienstaussweisen informiert und ihnen die Möglichkeit gegeben, einen Straßensicherheitkurs zu absolvieren.

- Erhöhung der Wahrnehmung von Sicherheit durch Ältere und Reduktion der Kriminalitätsfurcht.

Es wurde ein spezieller Kurs "Das wird mir nicht passieren" entwickelt, der ältere Bürger in die Lage versetzen soll, Vorträge über Kriminalprävention zu halten. Bei der Aktion "50+ - Sicherheitscaravan kommt" fährt ein Caravan durch die Region Amsterdam-Amstelland, um ältere Menschen über die Sicherheit im Straßenverkehr und zu Hause zu unterrichten.

- Erhöhung der auf die Probleme älterer Bürger gerichteten Kenntnisse in der Polizei und anderen Organisationen.

Vor der Implementierung des Programmes wurden umfangreiche Untersuchungen durchgeführt, um die Wahrnehmung von Kriminalität, Kriminalitätsfurcht und Meinungen über Unsicherheit unter älteren Bürgern zu messen. Zwischen der Polizei in Amsterdam-Amstelland und verschiedenen Organisationen u.a. im sozialen Bereich besteht eine enge Zusammenarbeit. Die Mitarbeiter sind eine

wichtige Informationsquelle für die Polizei und geeignet, die Sicherheit in Wohnanlagen zu erhöhen, älteren Bürgern zu helfen, sich in ihrer Umgebung sicherer zu fühlen. Dieses Projekt wurde zunächst "StaPol" genannt, jetzt heißt es "Sicherheit in der Hausbetreuung".

"Fremd genug" ist ein weiteres Projekt im Rahmen der Aktion "Ältere Bürger und Sicherheit". Mit zahlreichen ausländischen Organisationen in den Niederlanden wurde Kontakt aufgenommen, um die Zusammenarbeit mit älteren Bürgern ethnischer Minderheiten zu verbessern.

Sachstand/Ergebnisse

Das Projekt hat große Beachtung gefunden und war nach vorliegenden Informationen erfolgreich. Eine erste Evaluation hat demnach ergeben, daß die Opferrate 1997 im Vergleich zum Jahr 1995 unter älteren Bürgern um 10%, die Unsicherheitsgefühle um 11% gesunken sind. Ein weiteres positives Ergebnis besteht darin, daß die älteren Bürger seit dem Beginn des Projektes deutlich mehr Respekt vor Polizisten und deren Tätigkeit in diesem Bereich entwickelt haben.

Über das Projekt wurde sowohl von den lokalen und landesweiten Zeitungen als auch in Radio und Fernsehen berichtet.

Andere Polizeiregionen haben ihr Interesse an der Durchführung des Projektes bekundet. Es wurde eine nationale Arbeitsgruppe "Ältere Bürger und Sicherheit" gegründet.

Das Teilprojekt "Sicherheit in der Hausbetreuung" wurde so gut aufgenommen, daß es 1996 als eines von drei Projekten vom Innenministerium für den Innovationspreis nominiert wurde.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Dr. Aronowitz, Alexis A.: "Ältere Bürger und Sicherheit". In: Zeitschrift des Europäischen Zentrums für Kriminalprävention (2/1999)

Gewaltprävention für pflegebedürftige Senioren

Ansprechpartner/Dienststelle

Council on the Ageing (WA) Inc., 93 William Street, Perth WA 6000, Australien

Organisation

Das in Perth/Western Australia 1992 gestartete und durch Spenden unterstützte Projekt wird von einem Council on the Ageing betreut.

Konzeptioneller Ansatz

Die Idee für das Projekt entstand aus dem Bewußtsein, für das Phänomen des Mißbrauchs von bzw. der Gewalt an pflegebedürftigen Senioren keine geeigneten Leitlinien für kommunale Pflegekräfte zu besitzen. Zudem wurde die Notwendigkeit der Aufklärung der Öffentlichkeit über die Existenz des Problems gesehen.

Die entwickelten Präventionsansätze widmen sich den wesentlichen Bereichen des Themas. Zielgruppen sind sowohl Senioren als auch kommunale Pflegekräfte.

Ein Maßnahmenbündel sieht im einzelnen vor,

- Gemeinden in die Lage zu versetzen, Senioren hinsichtlich der Reduzierung ihrer Verwundbarkeit zu unterstützen,
- Risikofaktoren frühzeitig zu erkennen und frühzeitig zu handeln, um potentielle Mißbrauchssituationen zu entschärfen,
- die Last der Pflegerolle dadurch zu erleichtern, daß seitens der Gemeinden Unterstützung geleistet und Fortbildungsmaßnahmen angeboten werden,

Senioren

- Mißbrauchsfälle zu identifizieren und mittels geeigneter Maßnahmen zu reagieren,
- identifizierte Pflegekräfte einer verhaltensändernden Fortbildung zu unterziehen und
- das Problembewußtsein der Öffentlichkeit zu schärfen.

Das Projekt umfaßte folgende vier Module:

- eine auf Ebene des Bundesstaates durchgeführte Konferenz für mehr als 120 kommunale Dienstleister zur Schärfung des Problembewußtseins,
- die Entwicklung von Richtlinien bzw. Protokollen zur Anwendung für kommunale Dienstleister in konkreten Mißbrauchsfällen,
- die Entwicklung eines täterorientierten Präventionsprogramms, das dabei helfen soll, sich der Folgen der Tat bewußt zu werden und
- Gemeindeforen, die unter Beteiligung von Senioren und Pflegekräften in vier Gemeindebezirken abgehalten wurden.

Sachstand/Ergebnisse

Evaluationen deuten darauf hin, daß das Projekt eine spürbare Wirkung innerhalb der Gemeinde erzielt hat. Das Problembewußtsein bei kommunalen Dienstleistern wurde geschärft und Protokolle für die Behandlung konkreter Mißbrauchsfälle wurden erarbeitet. 5.000 dieser Protokolle wurden verbreitet.

Eine ein Jahr nach Durchführung des Täterprogramms durchgeführte Follow-up-Studie zeigte, daß zwei Drittel der Täter nachfolgend nicht mehr auffällig wurden.

Das auch 1996 noch in der Anwendung befindliche Projekt hat zu vielen Anfragen hinsichtlich der Durchführung von Gemeindeforen geführt. Das Täterprogramm fiel jedoch Mittelkürzungen zum Opfer.

Das Projekt ist seitens des Australian Institute of Criminology (-->) in einer Sammlung von Gewaltpräventionsprojekten dargestellt, die für die "Australian Violence Prevention Awards" (-->) nominiert waren.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:
Australian Institute of Criminology (Hg.): Violence Prevention in Practice. 1996

Themenbereich
Sexueller Missbrauch

Kampagne gegen sexuellen Missbrauch

Ansprechpartner/Dienststelle

Bundesministerium für Inneres, Abteilung II/12 - Kriminalpolizeilicher Beratungsdienst, Postfach 100, A - 1014 Wien, Österreich

Internet: <http://www.bmi.gv.at/Kriminalpolizei>

Organisation

Zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit in der Republik Österreich wurde in der Zeit von März 1995 bis Ende 1998 die Kampagne gegen sexuellen Mißbrauch umgesetzt. Für die Organisation vor Ort waren die örtlichen Dienststellen des Kriminalpolizeilichen Beratungsdienstes (KBD, -->) zuständig. Die Aktion wurde unter Federführung des Bundesministeriums für Inneres gestartet und bundesweit umgesetzt. Die Finanzierung in Höhe von 3.5 Millionen österreichischen Schillingen wurde ausschließlich vom Bundesministerium für Inneres getragen.

Zur Erstellung der Konzeption zum Projekt wurden die Institutionen zur Mitarbeit eingeladen, die sich mit dem Thema "Sexueller Kindesmißbrauch" auseinandersetzen, bzw. mit der Betreuung der Opfer betraut sind. Das waren u.a. ein Universitäts-Professor, der Kinderpsychiater ist (wissenschaftliche Begleitung), Jugendanwälte sowie in einigen Regionen Kinderschutzzentren, Frauenorganisationen und andere Opferbetreuungsorganisationen.

Konzeptioneller Ansatz

Ziel der Kampagne gegen sexuellen Mißbrauch war es, durch direkte Präventionsarbeit mit den potentiellen Opfern die geistige Abwehrbereitschaft (Nein-sagen) zu stärken.

Zielgruppe des Projektes waren einerseits Kinder und Jugendliche und andererseits die mit der Erziehung beschäftigten Personen wie Eltern, Lehrer und Erzieher.

Sexueller Missbrauch

Maßnahmen der Kampagne waren u.a. die Medienarbeit sowie Theaterveranstaltungen. Die Kinder im Schulalter werden durch das Programm "Tips mit Grips", in dem die Fabelfigur Grips die Hauptrolle spielt, angesprochen. Desweiteren sind ein Zauberer und die Band "City Cops" in dieses Programm eingebunden.

Für die Zielgruppe der Eltern wurden eigene Informationsbroschüren erstellt. Darüber hinaus wurden zwei Musik-CD's produziert. Eine CD ist im Handel erhältlich ist, die andere wird bei den Theaterveranstaltungen an die Lehrer und Erzieher weitergegeben.

Sachstand/Ergebnisse

Durch das Programm für Kinder wurden in etwa 300 Theaterveranstaltungen ca. 120.000 Kinder erreicht. Darüber hinaus hat die Anzeigenbereitschaft in Österreich von etwa 500 Anzeigen gemäß §§ 206 und 207 im Jahr 1993 auf etwa 820 im Jahr 1998 zugenommen.

Im Rahmen der Umsetzung der Kampagne gegen sexuellen Mißbrauch wurden u.a. folgende Publikationen produziert und veröffentlicht:

- Flyer "Warne dein Kind",
- Broschüre "Darüber reden", ein Heft zum gemeinsamen Durchlesen für Eltern und Kinder,
- Musik-CD "Tausend andere" sowie "Tips mit Grips".*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Telefax des Bundesministeriums für Inneres der Republik Österreich vom 04.03.99 mit Anlagen

**Themenbereich
Sicherheitsgefühl**

Bevölkerungsbefragungen im Rahmen von Community Policing

Ansprechpartner/Dienststelle

U.S. Department of Justice, Bureau of Justice Statistics, 810 Seventh Street, NW, Washington, D.C. 20531, Vereinigte Staaten

Internet: <http://www.ojp.usdoj.gov/bjs>; e-mail: askbjs@ojp.usdoj.gov

Organisation

Unter dem Titel "Criminal Victimization and Perceptions of Community Safety in 12 Cities" hat das dem amerikanischen Justizministerium nachgeordnete Bureau of Justice Statistics (BJS) 1999 Ergebnisse einer 1998 durchgeführten Bevölkerungsbefragung in 12 amerikanischen Städten veröffentlicht.

Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit dem auf nationaler Ebene für die Einführung und Umsetzung von Community Policing zuständigen Office of Community Oriented Policing Services (COPS; -->) durchgeführt.

Konzeptioneller Ansatz

Zur Projektidee führte die zunehmende Adaption des Community Policing in amerikanischen Städten und das damit gewachsene Interesse von Städten und Gemeinden bzw. der in Community Policing-Projekte eingebundenen Behörden und Institutionen an Rückkopplung und Bürgerbeteiligung. Bevölkerungsbefragungen (surveys) werden in diesem Zusammenhang als Mittel gesehen, die Beziehungen zwischen Bürgern und Behörden zu stärken.

Mit dem Projekt wurden mehrere Zielsetzungen verbunden:

- Zur Ergänzung des National Crime Victimization Survey (NCVS) sollten Community Policing-bezogene Erkenntnisse erhoben werden.

Sicherheitsgefühl

- Instrumente und Methoden für Bevölkerungsbefragungen sollten entwickelt werden, die auf örtlicher Ebene von Verantwortungsträgern genutzt werden können, um Informationen zu gewinnen über Opferwerdung, Bürgereinstellungen gegenüber der Polizei, der Bereitwilligkeit von Bürgern, der Polizei gegenüber kriminelle Handlungen zur Anzeige zu bringen sowie der Wirkungsmessung unterschiedlicher Ansätze des Community Policing.
- Methodisch sollte das Projekt bei der Einschätzung des Gebrauchs einer telefonischen Zufallsstichprobe (simple random sample of telephone numbers) auf örtlicher Ebene helfen. Das Verfahren wird als "Random Digit Dialing - RDD - Telephone Methodology" beschrieben.

Die Auswahl der 12 Städte (Chicago, Kansas City, Knoxville, Los Angeles, Madison, New York, San Diego, Savannah, Spokane, Springfield, Tucson, Washington D.C.) sollte Polizeibehörden repräsentieren, die einen unterschiedlichen Stand hinsichtlich der Einführung von Community Policing-Projekten erreicht haben.

Befragt wurden Personen im Alter ab 12 Jahren (bezogen auf die Fragen zum Wohnumfeld und zur Polizei war das Mindestalter 16 Jahre) in etwa 800 Haushalten pro Stadt. Die Zahl der interviewten Personen lag zwischen 1.013 und 1.245; die Gesamtzahl betrug 13.918 Personen.

Durchgeführt wurden die Telefoninterviews von Call Centers der Census Bureaus im Zeitraum Februar bis Mai 1998.

Zusätzlich zu den Fragen des NCVS wurden Fragen zum Wohnumfeld und der örtlichen Polizei gestellt.

Die Ergebnisse der Fragen zur Gewaltkriminalität sind vergleichbar mit den vom FBI jährlich publizierten Uniform Crime Reports (UCR).

Sachstand/Ergebnisse

Neben den vorhandenen konkreten Ergebnissen der Befragungen in den 12 ausgewählten Städten wird als eines der signifikantesten Resultate des

Projektes die Verdeutlichung der Vorteile gesehen, die sich für die lokale Ebene aus dem gewählten Vorgehen ergeben.

Zur Unterstützung lokaler Behörden und Institutionen bei der Durchführung von Bevölkerungsbefragungen haben BJS und COPS zusammen eine Windows-gestützte DV-Anwendung (desktop survey software package) entwickelt, die Anwendern zur Verfügung gestellt wird. Der Bezug erfolgt über das BJS Clearinghouse, Tel.: 1-800-732-3277 oder über o.a. e-mail-Adresse.

In Deutschland hat die Fachhochschule Villingen-Schwenningen (-->) für die Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg (->) ein "Handbuch zur Planung und Durchführung von Bevölkerungsbefragungen im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention" herausgegeben, das Erfahrungen der Forschungsgruppe bündeln soll, um "so eine Handreichung für die Durchführung kommunaler Studien auf der Grundlage des standardisierten Kurzinventars (Standardinventars) zu schaffen."*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Fachhochschule Villingen-Schwenningen (Hg.): Handbuch zur Planung und Durchführung von Bevölkerungsbefragungen im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention
U.S. Department of Justice/Bureau of Justice Statistics (Hg.): Internetauszüge zum "Criminal Victimization and Perceptions of Community Safety in 12 Cities". Juli 1999

**Themenbereich
Städtebauliche
Prävention**

Bauträgerprojekt

Ansprechpartner/Dienststelle

Bundespolizeidirektion Wien, Kriminalpolizeilicher Beratungsdienst, Gruppe Sicherheitstechnik, Andreasgasse 4, A-1060 Wien, Österreich

Organisation

Vor ca. zwei Jahren (Stand März 1999) wurde das Bauträgerprojekt von der Gruppe Sicherheitstechnik geplant und umgesetzt. Bei der Planung wurde der Grundsatz beachtet, daß dieses Projekt eine ständige präventive Einrichtung des Kriminalpolizeilichen Beratungsdienstes (KBD, -->) bleiben soll. Die Umsetzung des Projektes erfolgte in der Bundeshauptstadt Wien, wobei sämtliche gemeinnützige und freifinanzierte Bauträger (Baugenossenschaften) angesprochen wurden (ca. 50 Firmen).

Das Projekt ist auf Dauer angelegt, da eine ständige Betreuung der Bauträger notwendig erscheint. Außer dem Personaleinsatz entsteht kein weiterer Kostenaufwand. Um einen intensiven Kontakt mit den Bauträgern pflegen zu können, wird ein Personaleinsatz von mindestens zwei Beratern empfohlen.

Konzeptioneller Ansatz

Ziele des Projektes:

- Bei der Planung und Umsetzung von Bauprojekten soll der Sicherheitsgedanke mehr Bedeutung finden. Die Ideen Anregung erfolgt durch kriminalpolizeiliche Berater, die aufgrund ihrer Tätigkeit immer über die aktuellen Sicherheitseinrichtungen informiert sind bzw. darüber Auskunft geben können, ob sich deren Einsatz als sinnvoll erwiesen hat.
- Die Geschäftsleitung und die beauftragten Architekten sollen kompetente Ansprechpartner erhalten.

Folgende Sicherheitsgedanken sollen in die Planung einfließen:

- Einbau von Sicherheitseinrichtungen in den einzelnen Wohnobjekten gemäß den Richtlinien einer geltenden Norm, z.B. einbruchshemmende Türen, Sicherheitsbeschläge an Fenstern bzw. Verlegung einer Leerverrohrung für eine Alarmanlage.
- Bei der Gestaltung von Treppenhäusern, Innenhöfen, Garagen und Gärten soll darauf geachtet werden, daß ein subjektives Angstempfinden bei den Bewohnern u.a. durch ausreichende Beleuchtung in den Treppenhäusern, Innenhöfen und Garagen, Verwendung von hellen, fluoreszierenden Farben, keine hohen unübersichtlichen Mauern, (z.B. beim Müllplatz), keine hohen Gebüsche, keine verwinkelte Wegführung, Schaffung einer Infrastruktur durch Ansiedlung von Geschäften, Schaffung von Frauenparkplätzen in Garagen abgebaut werden kann.

Um diese Ziele zu erreichen, wurden bislang folgende Maßnahmen umgesetzt:

- persönliche Kontaktaufnahme mit der Geschäftsleitung der Bauträger,
- Vorstellung des Tätigkeitsbereiches des Kriminalpolizeilichen Beratungsdienstes. In Wien sind dies u.a. Beratung über Sicherung des Eigentums, Durchführung von Vorträgen und Seminaren, Drogenprävention, Sexualdeliktsprävention, Gewaltprävention sowie Opferschutz.
- Anführung der Vorteile für die Bauträger, die durch eine Zusammenarbeit mit dem Kriminalpolizeilichen Beratungsdienst (KBD, -->) bestehen, z.B. Kundenfreundlichkeit durch professionelle Information über Sicherheitsvorkehrungen.
- Für den Bauträger stellt die Zusammenarbeit mit dem KBD weder finanziellen noch personellen Aufwand dar.

- Angebotserstellung: Dem Bauträger wird eine Beratung in der Planungsphase von neuen Wohnobjekten angeboten. Sollten bauseitig noch keine Sicherheitsgedanken Eingang gefunden haben, so wird eine Beratung der Kunden angeboten, die auf besonderen Wunsch anschließend individuell mechanische oder elektronische Sicherungen bestellen können. Sowohl bei neuen als auch bei bestehenden Wohnanlagen werden Vorträge über sämtliche Themenbereiche des KBD bei Hausversammlungen gehalten.
- Die Bauträger erhalten von KBD ein Schreiben, das dem Kunden übergeben wird. In diesem Schreiben wird der Wohnungsnehmer informiert, dass es die Möglichkeit einer Beratung im Kriminalpolizeilichen Beratungszentrum gibt. Weiter kann er Informationsbroschüren des KBD bestellen bzw. an einem Vortrag über Eigentumsschutz teilnehmen.

Sachstand/Ergebnisse

- Der Kriminalpolizeiliche Beratungsdienst wurde seit Bestehen dieses Projektes eingeladen, bei der Planung von vier Wohnanlagen mitzuwirken.
- Mehrere Bauträger ersuchen den KBD regelmäßig um Vorträge bei Hausversammlungen.
- Die Bauträger haben erkannt, daß die Zusammenarbeit mit dem KBD als Kundenservice zu verkaufen ist.
- Bei der Sanierung von Wohnanlagen, darunter Anlagen mit bis zu 5.000 Bewohnern, wurde der KBD um Rat gefragt.
- Einige Bauträger haben die positive Zusammenarbeit mit dem KBD auch medial vermarktet.

Städtebauliche Prävention

- Durch die intensive Betreuung der Bauträger wird in die Zukunft gerichtet Werbung für den KBD mit minimalem Kostenaufwand gemacht.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Schreiben der Bundespolizeidirektion Wien, Kriminalpolizeilicher Beratungsdienst/
Jugendpolizei, mit Anlagen vom 04.03.99

Telefax des Bundesministerium für Inneres der Republik Österreich vom 04.03.99 mit Anlagen

Themenbereich
**Täterbehandlung/
Wiedereingliederung**

Hampstead School Bushband Project

Ansprechpartner/Dienststelle

Australian Institute of Criminology, 74 Leichhardt Street, Griffith ACT 2603, Australien

Internet: <http://www.aic.gov.au/>; e-mail: avpa@aic.gov.au

Organisation

Das Hampstead School Bushband Project ist ein Zusammenarbeitsprojekt zwischen der 200 Schüler zählenden Grundschule von Hampstead in Südaustralien und dem Ministerium für Straffälligenhilfe und Bewährung (Department of Correctional Services).

Die Bushband umfaßt eine Gruppe von 60 bis 80 Studenten, Eltern, Sorgepflichtigen und Gemeindefreiwilligen, die begleitet wird von einer Musikband der in einem gemeindlichen Arbeitsprogramm für straffällige Erwachsene (Community Service Scheme) beschäftigten Personen.

Das Projekt wird von einem repräsentativen "Management Committee" geleitet.

Die Finanzierung der Bushband erfolgt durch Spenden u.a. von Sponsoren und Wohltätigkeitsorganisationen sowie durch Vorstellungen.

Konzeptioneller Ansatz

Ausgangspunkt für das Projekt waren zum einen Gewalt und Konflikte bzw. eine schlechte Stimmung in der Schule und zum anderen gewalttätige Aktivitäten von Gemeindefreiwilligen, die gegen die Schule gerichtet waren.

Zielgruppe sind die Schule einschließlich ihrer Nachbarschaft, wobei schwerpunktmäßig Risikopersonen einschließlich der arbeitslosen erwachsenen Straffälligen angesprochen werden sollen.

Täterbehandlung/Wiedereingliederung

Das Projekt zielt darauf ab,

- die Aufmerksamkeit hinsichtlich der Zerstörungskraft gewalttätigen Verhaltens zu erhöhen und die Vorzüge konstruktiven Verhaltens zu betonen,
- Fertigkeiten wie Problemlösungsvermögen, Konfliktbewältigung, Gruppenarbeit und Kommunikation zu vermitteln und zu entwickeln,
- Projektteilnehmern zu helfen, eine Rückmeldung über das eigene Benehmen zu erhalten, um Veränderungen zu erreichen,
- einen Eindruck von der Bindungskraft bzw. dem Zusammenhalt von Gruppen und persönlicher Verantwortung zu erhalten,
- aufregende bzw. interessante Möglichkeiten zum Lernen zu unterbreiten,
- Teilnehmern zu helfen, eigene Talente zu identifizieren, zu entwickeln und konstruktiv zu nutzen,
- den Fokus der Teilnehmer von reinem Ich-Bezug auf das Helfen anderer Menschen zu erweitern.

Sachstand/Ergebnisse

Der Band ist es gelungen, das Selbstwertgefühl der Beteiligten zu erhöhen und neben positiven Beziehungen der Schüler untereinander auch die Beziehungen zwischen der Schule und der Gemeinde zu verbessern.

Die Aktivitäten ermöglichten den Arbeitslosen zudem, in ihrem örtlichen Kontext einen sinnvollen Dienst an der Gemeinde zu leisten. Alle berichteten über einen positiven Wandel in ihrem Leben. Viele, die ihren Arbeitsdienst beendet hatten, blieben dem Projekt verbunden.

Eine Projektevaluation zeigte, daß in den zwölf Monaten seit Bestehen der Band (verglichen zu den zwölf Monaten vor ihrer Gründung) ein signifikanter Rückgang an von Schülern ausgehender Gewalt, an Gewalt von Gemeindemitgliedern gegenüber dem Schulpersonal sowie an Vandalismus, Graffiti, Einbrüchen und polizeilichen Einsätzen verzeichnet wurde.

Das Projekt wurde als "Overall winner" bei der Verleihung der "Australian Violence Prevention Awards" (-->) 1995 mit einem Zertifikat und 20.000 australischen Dollar ausgezeichnet.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Australian Institute of Criminology (Hg.): The Australian Violence Prevention Awards To Date (1997)

Australian Institute of Criminology (Hg.): Violence Prevention in Practice. 1996

Harte-Kern-Projekte

Ansprechpartner/Dienststelle

Netherlands Ministry of Justice, Crime Prevention Division oder Research and Documentation Centre, Postbus 20301, NL-2500 Den Haag, Niederlande

Organisation

Zusammenarbeit von Justiz-, Polizei- und Sozialbehörden.

Konzeptioneller Ansatz

Untersuchungen in den Niederlanden führten zu dem Ergebnis, daß ein hoher Anteil der Jugendkriminalität von einigen, wenigen Jugendlichen begangen wird, die wiederholt auftreten.

Es wurden mehrere Projekte in den Niederlanden initiiert, die diesen "harten Kern" der systematisch agierenden Täter als Zielgruppe hatten.

Ziel dieser Projekte war, die von Rückfälltätern verursachten Störungen der öffentlichen Ordnung zu vermindern, indem die soziale Integration dieser Personen betrieben wurde. Durch konsequente, individuelle Betreuung des einzelnen wurde versucht, das delinquente Verhalten der Jugendlichen zu ändern. Im Rahmen der Betreuung wurde konkrete Unterstützung bei der Lösung von Konflikten mit den Eltern und der Schule sowie Hilfe bei der Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche, bei Entschuldungsmaßnahmen und gegebenenfalls beim Drogenentzug angeboten. Dazu wurde ein individueller Hilfeleistungsplan erstellt. Ziel der Betreuung, die zwischen sechs und zwölf Monate betrug, war die Entwicklung einer Zukunftsperspektive für die betreffende Person. Es wurden strenge Verhaltensregeln festgelegt, die in einem Vertrag fixiert wurden. Ständige Kontrollen (Telefonate, unangekündigtes persönliches Erscheinen des Betreuers) sicherten das Einhalten der vereinbarten Regeln. Ein Vertragsverstoß führte zum Ausschluß aus dem Projekt. Die Teilnahme an einem "Harte-Kern-Projekt"

wurde entweder gerichtlich angeordnet - als Alternative zur möglichen Haftstrafe für das begangene Delikt - oder geschah auf freiwilliger Basis.

Sachstand/Ergebnisse

Der Beginn dieser fünf Versuchsprojekte lag zwischen Mai 1993 und April 1995; als Evaluationszeitpunkt wurde Februar 1996 gewählt.

Mit 143 Jugendlichen wurde in Leiden, Den Haag, Zaanstad, Deventer und Groningen das Projekt durchgeführt. 68 der 143 Teilnehmer hatten bereits eine oder mehrere Haftstrafen ohne Bewährung verbüßt, die restlichen 75 Teilnehmer hatten keine Hafterfahrung.

Festzustellen war, daß Mängel bei der Zuweisung zu einem "Harte-Kern-Projekt" vorlagen. Diese wurden in einem (noch) nicht funktionierenden Netzwerk gesehen, d.h. nicht alle Institutionen und Personen, die Jugendliche an die Projekte verweisen könnten, waren ausreichend über die Existenz der Projekte informiert oder erwägten routinemäßig die Unterbringung in einem Projekt.

Ferner ließ das Engagement der Polizei und Justiz zu wünschen übrig, die die Androhung des höchstmöglichen Strafmaßes, die bei Jugendlichen die "Motivation" zur Projektteilnahme fördern sollte, nicht immer realisieren.

Seitens der Projektteilnehmer wurde als Verbesserungsvorschlag eingebracht, ehemalige Drogenabhängige als Betreuer einzusetzen, um eine höhere Akzeptanz in der Projektgruppe zu erzielen und gleichzeitig als "gutes Beispiel" zu dienen.

Trotz teilweise hoher Rückfallquoten (Groningen=100%) werden die Ergebnisse "Harte-Kern-Projekte" positiv bewertet, da die teilnehmenden Personen ihre täglichen Verantwortlichkeiten besser bewältigten und die meisten von ihnen ihre Lebensqualität verbessern konnten.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Kleimann, W.M. und G.J. Terlouw: Gelegenheiten zu einer neuen Chance (Evaluation von Harten-Kern-Projekten) in der Reihe "Untersuchungen und Politik" des wissenschaftlichen Untersuchungs- und Dokumentationszentrums des niederländischen Ministeriums der Justiz.

Family Group Conferences

Ansprechpartner/Dienststelle

Social Policy Agency and Institute of Criminology, Victoria University of Wellington, , Wellington, Neuseeland

Organisation

In vielen Ländern verfahren überlastete Strafjustizsysteme unverhältnismäßig streng mit Angehörigen von Minderheiten bzw. eingeborenen Straftätern. Statistiken der Justizbehörden aus dem Jahr 1998 belegen, daß 12% der Bevölkerung auf Neuseeland der Gruppe der Maori angehören, während 37% aller gefaßten Straftäter und 43% der jugendlichen Straftäter dieser Bevölkerungsgruppe angehören.

Im Jahr 1989 hat Neuseeland einen neuen Weg in der Jugendgerichtsbarkeit für Jugendliche im Alter von 10 bis 16 Jahren unter Beteiligung der Kinder, Jugendlichen und deren Familien eingeschlagen. Es wurden sog. Family Group Conferences (FGC's) gegründet.

Kooperationspartner im Rahmen der Family Group Conferences sind u.a. der Jugendjustizbeauftragte, die Opfer, Straftäter und ihre Familien, Vertreter der Polizei, Richter und Mitarbeiter von sozialen Einrichtungen.

Konzeptioneller Ansatz

Ziel der Family Group Conferences ist es, den Opfern, Tätern und Kommunen zu ermöglichen, daß sie selbständig die entstehenden Schäden der Kriminalität regulieren bzw. die Zusammenarbeit zur eigenständigen Problemlösung zu fördern.

Täterbehandlung/Wiedereingliederung

Die Family Group Conferences bieten ein Forum für:

- Mediation zwischen Opfer und Täter,
- Durchführung von Verhandlungen zwischen den Vollstreckungsbehörden und den Familien über angemessene Strafen sowie zur Einbeziehung der Familien und Jugendlichen in diese Entscheidungen,
- Durchführung eines Prozesses, indem ein ausgebildeter Sozialarbeiter/Mediator die Straftäter mit den Folgen der Straftat für deren Opfer konfrontiert,
- Überlegungen von Täterselbsthilfegruppen, die eigene Vorschläge zu Wiedergutmachung machen, um eine Konsensentscheidung durch das Ansprechen von identifizierten Problemen zu erreichen,
- Erreichung von bindenden Problemlösungen, denen alle Teilnehmer zustimmen.

Sachstand/Ergebnisse

Nach einer Forschungsstudie im Jahr 1990 über die Wirksamkeit der Family Group Conferences wurden 52% von 211 Jugendlichen innerhalb einer sechsmonatigen Beobachtungsdauer nicht wieder rückfällig.

In 83% der Fälle werden in den Family Group Conferences Vereinbarungen zur Wiedergutmachung, gemeinnütziger Arbeit oder Geldstrafen für die jugendlichen Straftäter erreicht. 62% der teilnehmenden Opfer zeigten sich in einer Stichprobe mit den getroffenen Entscheidungen der Family Group Conferences einverstanden.

Weitere Veröffentlichungen zu den Family Group Conferences sind u.a.:

Social Policy Agency and Institute of Criminology (Hg.): Maxwell, G.M./Morris A.: "Families, Victims and Culture: Youth Justice in New Zealand". Wellington 1993.

Australian und New Zealand Journal of Criminology (Hg.): Maxwell,
G.M./Morris A.: "Juvenile Justice in New Zealand: A Paradigm", 72 - 90.
March 1993*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:
International Centre for the Prevention of Crime (Hg.): Worldwide Best Practise in Crime
Prevention. Oktober 1997, Seite 37

**Themenbereich
Zeugen- und
Helferverhalten**

Crime Stoppers

Ansprechpartner/Dienststelle

Crime Stoppers, Lvl 3, Prince Alfred Park Building, 219-241 Cleveland Street, Strawberry Hills, NSW 2012, Australien

Internet: <http://www.police.nsw.gov.au/crimestoppers>;
e-mail: help.us@crimestoppers.net.au

Organisation

Crime Stoppers in Australien sind Bestandteil der 1976 in Albuquerque/Neu Mexiko gegründeten Initiative Crime Stoppers International.

Neu-Süd-Wales nahm das Konzept 1988 an; die konkrete Arbeit begann im Januar 1989. Nachfolgend führten Queensland, Süd-Australien, Tasmanien, Victoria und West-Australien das Konzept als Bestandteil polizeilicher Arbeit ebenfalls ein.

Die Finanzierung auszahlender Belohnungen erfolgt durch Sponsoren des Programms.

Diese Sponsoren bilden zusammen mit Polizeiführern den Vorstand (Board of Directors), der jeweils auf Ebene der Bundesstaaten besteht.

Konzeptioneller Ansatz

Ziel von Crime Stoppers ist die Ermutigung der Bevölkerung, Informationen über gesuchte Täter, ungelöste Kriminalfälle und Personen, die bislang unangezeigt Straftaten begangen haben, mitzuteilen.

Zu diesem Zweck besteht innerhalb Australiens die Möglichkeit der gebührenfreien telefonischen Anzeige (auch anonym). Die Zeiten der Erreichbarkeit sind von Montag bis Freitag, 07.00 bis 23.00 Uhr sowie am Wochenende von 09.00 bis 17.00 Uhr.

Zeugen- und Helferverhalten

Sofern Hinweise an die zuständige Crime Stoppers-Einheit nachfolgend zu Festnahmen führen, werden Belohnungen bis zu 1.000 australischen Dollar ausgezahlt. Das Geld wird nicht durch die Polizei ausgezahlt. Deren Funktion ist die Weiterleitung einer berichtsmäßig und in allen Details abgefaßten Empfehlung einer Auszahlung an den Vorstand von Crime Stoppers. Die Entscheidung erfolgt alleinig durch den Vorstand. Stimmt dieser einer Auszahlung zu, werden der Informant beraten und Arrangements für die Auszahlung getroffen. Die Identität des Informanten bleibt über den gesamten Ablauf des Verfahrens geschützt.

Übliche Praxis ist die Vergabe einer Code-Nummer an den Informanten und die Verbringung der Belohnung an einen vorher festgelegten Ort. Der Informant hat sich durch die Code-Nummer zu identifizieren. Den Informanten wird garantiert, daß dabei keine Fragen gestellt werden.

Als zusätzlichen Service unterbreitet Crime Stoppers Informationen über gesuchte Täter, Präventionshinweise sowie präventionsrelevante Informationen zu ausgewählten Themenbereichen auf seinen Internetseiten.

Sachstand/Ergebnisse

Eine zunehmend nationale Fokussierung von Crime Stoppers führte dazu, die vormals unterschiedlichen Telefonnummern durch eine für ganz Australien gültige, gebührenfreie Nummer (1800 333 000) zu ersetzen.

Crime Stoppers wirbt damit, mehr als 138.000 Anrufe entgegengenommen zu haben; die Internetseite wird von 500 Besuchern täglich aufgesucht.

Auf der Basis der durch die Anrufe initiierten Ermittlungsarbeit wurden 2.300 Personen festgenommen und mehr als 7.000 Klagen erhoben, davon

allein 20 wegen Mordes. Zudem wurden gestohlene Gegenstände im Gegenwert von mehr als 50 Millionen australischen Pfund wiederentdeckt.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:
Crime Stoppers (Hg.): Internetauszüge. Juli 1999

**Themenbereich
Sonstiges**

Weed and Seed

Ansprechpartner/Dienststelle

U.S. Department of Justice, Office of Justice Programs, Executive Office for Weed and Seed, 633 Indiana Avenue, Room 304-S, 20531 Washington, D.C., Vereinigte Staaten

Internet: <http://www.ojp.usdoj.gov/about.htm>;
e-mail: askeows@ojp.usdoj.gov

Organisation

Das Programm "Weed and Seed" (engl. "Jäten und Säen") wird seit 1991 durchgeführt.

Städte und Gemeinden, die Kriminalität auf ihrem Gebiet mit Hilfe von "Weed and Seed" bekämpfen wollen, können sich beim amerikanischen Justizministerium - Executive Office for Weed and Seed (EOWS) - bewerben. Nach der Anerkennung durch das Ministerium wird die Stadt/Gemeinde finanziell und organisatorisch unterstützt.

Innerhalb einer Stadt bzw. Gemeinde wird das Programm in abgegrenzten Bezirken umgesetzt, wobei die Größe der Gebiete zwischen wenigen Blocks und bis zu 15 Quadratmeilen differiert.

Die Projektorganisation umfaßt generell

- eine Steuerungsgruppe (Weed and Seed steering committee), die operative Ziele setzt, Programme erarbeitet, die Implementation überwacht und Ergebnisse bewertet,
- eine Arbeitsgruppe (weeding committee) zur Planung und Überwachung exekutiver Maßnahmen, einschließlich Untersagungen und Anklagen,

Sonstiges

- eine Arbeitsgruppe (seeding committee) zur Planung und Überwachung der Maßnahmen zur Prävention, Intervention, Behandlung und zum Wiederaufbau von Nachbarschaften,
- Bedienstete (program staff) zur täglichen Umsetzung von Programmaktivitäten.

Eine besondere Rolle kommt dem Bundesanwalt (U.S. Attorney) u.a. hinsichtlich der Organisation der Aktivitäten der Steuerungsgruppe und hinsichtlich der Koordinierung nationaler, staatlicher und kommunaler Stellen zu.

Acht Projekte mit jeweils ein bis zwei Zielgebieten wurden im Hinblick auf die Implementation und erreichte Ergebnisse einer nationalen Evaluation unterzogen, deren Ergebnisse im Juni 1999 veröffentlicht wurden.

Konzeptioneller Ansatz

Das Programm zielt darauf ab, in Zusammenarbeit von Polizei und Bürgerschaft und unter Nutzung der zur Verfügung stehenden staatlichen und kommunalen Mittel Gewaltkriminalität, Drogenhandel sowie drogenbezogene Kriminalität zu kontrollieren und dadurch Lebensqualität und Zufriedenheit der Bevölkerung zu erhöhen.

Zielgebiete sind Stadtteile mit überdurchschnittlich starker Kriminalitätsbelastung.

Der Verlauf von "Weed and Seed"-Projekten gliedert sich dabei in zwei Phasen:

- In der ersten Phase werden Kriminelle, speziell in den Bereichen Gewalt- und Drogenkriminalität, durch Polizei und Staatsanwaltschaft repressiven Maßnahmen unterzogen (weeding out), um zu verhindern, daß sie in den Stadtteil zurückkehren.
- In der zweiten Phase werden humanitäre bzw. soziale Einrichtungen und Hilfeleistungen etabliert, die Maßnahmen zur Schaffung

kriminalitätsarmer und gestärkter Nachbarschaften ergreifen bzw. fördern (seeding).

Community Policing stellt dabei das verbindende Element bzw. den Rahmen für das Programm dar. Gemeinsames Handeln verschiedener Institutionen und die Beteiligung der Bevölkerung sind entscheidend für den Erfolg des Projektes. Außerdem soll die wirtschaftliche Entwicklung der betroffenen Stadtteile gefördert werden, indem Wohn-, Freizeit- und Geschäftszentren angesiedelt werden.

Jedes Projekt ist verpflichtet, zumindest eine sichere, d.h. kriminalitätsfreie und dabei gut sichtbare Anlaufstelle (safe heaven) zu schaffen, in denen Jugendliche und Erwachsene Hilfe erhalten, in denen sie Beziehungen zueinander aufbauen und sich zudem persönliche Fertigkeiten und Kompetenzen erarbeiten können.

Sachstand/Ergebnisse

Von ursprünglich drei Modellbezirken 1991 ist das "Weed and Seed"-Programm auf 200 Projekte angewachsen. Diese wurden in Form von 36 Demonstrationsprojekten über vier Jahre mit jährlich 500.000 bis 750.000 US-Dollar oder als anerkannte Projekte mit z.T. nur 35.000 US-Dollar unterstützt. Die meisten Projekte erhalten 1999 etwa 225.000 US-Dollar jährlich. Die jährliche Gesamtförderung stieg von 500.000 US-Dollar 1991 über 31,5 Millionen US-Dollar 1994 auf 49 Millionen US-Dollar 1999.

Bei den acht evaluierten Projekten variierte die Förderung zwischen 158.000 und fast 3.3 Millionen US-Dollar.

"Weed and Seed" wird von Sherman u.a. als das vom theoretischen Ansatz her am besten passende nationale Förderprogramm für die Bekämpfung innerstädtischer Gewaltkriminalität gesehen.

Das Grundprinzip von "Weed and Seed" als Programm zur Prävention schwerer Kriminalität ist die hohe Konzentration von Ressourcen auf eine hohe Konzentration an Risikofaktoren in kleinen geografischen Räumen. Sherman u.a. führen weiter aus, daß die "Weed and Seed"-Förderung basierend auf den Unterlagen des US-Justizministeriums die klarste Fokussierung auf Erhebungsbereiche mit hohen Tötungsraten besitzt: das

Gebiet des Initiierungsprogramms in Kansas City wies mit einer Rate von 180 auf 100.000 (Einwohner) einen Wert auf, der 20mal über dem nationalen Durchschnitt lag. Dieses Initiierungsprogramm profitierte zudem davon, daß die zur Verfügung stehenden Evaluationsmittel fast denen für die Programmdurchführung entsprachen. Die Evaluation in Kansas City wies einen Rückgang von 49% bei Schußwaffenkriminalität (gun crime) sowie eine statistisch signifikante Reduktion bei Tötungsdelikten nach. Diese Erfolge werden allerdings in starkem Maße einem Element zugeschrieben: zielgerichtete Streifentätigkeit (directed patrols) an Brennpunkten der Schußwaffenkriminalität, die zu einem Anstieg von 65% an Schußwaffensicherstellungen führten.

Die aktuellen Evaluationsergebnisse zeigen, daß das Mischungsverhältnis von "weeding"- und "seeding"-Aktivitäten sowie ihr zeitlicher Ablauf ein wichtiger Faktor im Hinblick auf die Unterstützung der Bevölkerung ist. Wichtige positive Faktoren waren der frühe Einsatz präventiver Aspekte, anhaltende repressive Aktivitäten, der Einsatz von Task Forces gegen Führungsmitglieder im Drogenhandel, aktives Community Policing (z.B. durch den Einsatz von Kontaktbeamten in "Weed and Seed"-Gebieten) sowie eine aktive und stimulierende Rolle des Bundesanwaltes. Ein größerer Erfolg scheint erzielbar, wenn Ressourcen auf kleine Gebiete bzw. Bevölkerungsgruppen konzentriert werden. Die effektivsten Implementationsstrategien verfahren nach dem bottom up-Ansatz und setzten auf gemeinsame Meinungsbildungsprozesse sowie die Schaffung örtlicher Zusammenarbeitsformen, so daß das "Weed and Seed"-Programm insgesamt als herausragende Stimulanz zur Bildung von Koalitionen gesehen wird.

Als relativ schwach erwies sich die Rolle der Anklagebehörden, soweit sie keine spezielle Zuständigkeit für "Weed and Seed" hatten und insoweit auch nicht in entsprechendem Maße von nationalen Fördermitteln profitieren konnten.

Hinsichtlich der Wirkung auf die Kriminalitätslage sind die Ergebnisse sehr unterschiedlich. Bei einem Vergleich des Jahres vor Einführung von "Weed and Seed" mit dem zweiten Jahr nach Einführung zeigten sechs von neun Zielgebieten Rückgänge der sog. "Part I"-Kriminalität (Tötung, Vergewaltigung, Raub, schw. Körperverletzung, Einbruch, Diebstahl und Kfz-Diebstahl), drei zeigten Zuwächse. Sieben der Gebiete wiesen bei einem Vergleich mit dem Rest der Stadt bzw. des Kreises Kriminalitätsrückgänge

oder geringere Anstiege auf. Die Zahlen werden als Beleg für die o.g. Beziehung zwischen Kriminalitätstrends und zugewiesenen Programmressourcen gedeutet.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Gist, Nancy: Prevention Strategies - The U.S. Department of Justice. Vortrag und Handout anlässlich ICPC-Konferenz "Harnessing What Works" vom 3. - 6.10.99 in Montreal/Kanada
Sherman, Lawrence W. u.a.: Preventing Crime. What Works, What Doesn't, What's Promising.
Hg.: U.S. Department of Justice/Office of Justice Programs. Februar 1997.
U.S. Department of Justice (Hg.): National Evaluation of Weed and Seed. In: National Institute of Justice. Research in Brief. Juni 1999
U.S. Department of Justice, Executive Office of Weed and Seed (Hg.): Operation Weed and Seed. November 1996

Policía de Proximidad

Ansprechpartner/Dienststelle

Dirección General de la Policía, Comisaría General de Seguridad Ciudadana, Servicio de Policía de Proximidad y Relaciones Ciudadanas, Calle Francos Rodríguez 110, 28039 Madrid, Spanien

Organisation

Bei der Policía de Proximidad (Polizei der Nähe) handelt es sich um ein im Zuständigkeitsbereich der Nationalpolizei 1997 gestartetes Konzept zur Einführung bürgernahe Polizeiarbeit.

In Städten mit mehr als 25.000 Einwohnern (d.h. dem Zuständigkeitsbereich der Nationalpolizei) wurden bzw. werden gesonderte Einheiten (Policía de Proximidad) geschaffen, die für diese Art bürgernahe Polizeiarbeit zuständig sind.

Die Einheiten der Policía de Proximidad sind vornehmlich den lokalen Polizeibezirken (Distritos Policiales) bzw. Polizeikommissariaten (Comisarias Locales) zugeordnet.

Konzeptioneller Ansatz

Die Policía de Proximidad ist die spanische Übersetzung und Anwendung des anfänglich vor allem aus amerikanischen und englischen Polizeien bekannten Community Policing. Das Modell wird durch folgende Vektoren charakterisiert:

- Annäherung an den Bürger in persönlichen Betreuungsgebieten (Policía de Proximidad als Betreuungsbeamte),
- Interaktion von Polizei und Gemeinde zur Identifizierung und Lösung von Sicherheitsproblemen,

Sonstiges

- Dezentralisation.

Als strategisches Ziel beansprucht das Programm, dem Bürger gegenüber eine an seinen Bedürfnissen orientierte effiziente Dienstleistung zu liefern.

Operatives Ziel ist die Verringerung der Anzeichen von objektiver und subjektiver Unsicherheit. Die Polizei soll angemessene Antworten auf die Verlangen bzw. Forderungen der Bevölkerung in Bezug auf Hilfeleistung und Schutzleistung in Notfällen bereitstellen. Die Beamten sollen über sämtliche Problemfelder ihres Sektors informiert sein; potentielle Konfliktauslöser und "Broken Windows"-Situationen sollen erkannt und abgebaut werden. In zweiter Linie sollen die Beamten der Policia de Proximidad aufgrund ihrer Milieukenntnisse präventive Maßnahmen ergreifen.

Um diese Rolle so wahrnehmen zu können, wird die Unterstützung der örtlichen Polizisten durch den gesamten Polizeiapparat als notwendig angesehen. Die Polizisten ihrerseits übertragen der Behörde die zur Erarbeitung einer integralen, koordinierten und effizienten Lösung notwendigen Daten.

Das Konzept entspricht in seiner Umsetzung Entwicklungen, die im amerikanischen z.T. als Sectorpolicing beschrieben sind.

Zwei Beamte in zwei Schichten sind für einen Subsektor von etwa 5.000 (Mitte 1999 wird die Zahl 8.000 genannt) Einwohnern zuständig, deren Begrenzung an die natürlich gewachsenen Strukturen der Stadtteile angeglichen ist. Die Beamten sind mit Motorrollern ausgestattet; für jeweils drei Beamte steht ein Einsatzfahrzeug zur Verfügung.

Aus acht bis zehn Subsektoren wird ein übergeordneter Sektor gebildet, für den ein polizeiliches Arbeitsmodul eingerichtet wird, das den gesamten polizeilichen Arbeitsbereich (soweit nicht hochspezialisiert) abzudecken hat.

Die Streifenfähigkeit der Fußstreifen beschränkt sich auf die Zeit von 08.00 bis 22.00 Uhr; die Kraftfahrzeugstreife wird rund um die Uhr fortgeführt.

Das Konzept sieht zudem die Auflösung von Doppelstreifen in Kraftfahrzeugen in Einzelfußstreifen vor.

Sachstand/Ergebnisse

Das Konzept der Policía de Proximidad wird seit 1997 schrittweise realisiert. Seit 1999 ist es Teil einer "Policía 2000" genannten ganzheitlichen Neuorientierung und -struktur der Nationalpolizei, deren Implementation spanienweit bis zum Jahr 2000 abgeschlossen sein soll.

Die erste Phase der Schaffung einer Policía de Proximidad wurde im Mai 1997 mit einer Projektimplementation in 21 Städten (u.a. Cádiz, Córdoba, Sevilla, Almería, Granada (Süden), Málaga, Zaragoza, Oviedo, Palma de Mallorca) sowie drei Madrider Bezirken (Chamberí, Usera und Villa de Vallecas) begonnen.

In einer zweiten Phase wurde die Implementation auf insgesamt 54 spanische Städte ausgedehnt; in Madrid wurden drei weitere Bezirke (Arganzuela, Carabanchel und Vallecas) eingebunden. Im Juli 1998 deckten die mittlerweile 1.000 Beamte der Policía de Proximidad 5.000 Sektoren mit etwa fünf Millionen Einwohnern ab.

In der dritten und letzten Phase soll das Konzept der Policía de Proximidad landesweit umgesetzt sein.

Eine Zusammenarbeit mit der Guardia Civil, die die originäre Zuständigkeit für Polizeiaufgaben aller Art bei Städten unter 25.000 Einwohnern besitzt, ist nicht gegeben. Eine Zusammenarbeit der Einheiten mit der in großen Städten eingerichteten kommunalen Polizei, der Policía de Municipal, findet hingegen statt.

Eine Bewertung des Konzeptes einer Policía de Proximidad ist bislang nur auf der Basis eines in sechs Städten laufenden Pilotversuchs zum Gesamtkonzept "Policía 2000" möglich. Danach ist es zwischen Januar und März 1999 gelungen, die Kriminalität um 6,37% zurückzuführen.

An Einzelaktivitäten startete die Policía de Proximidad während der Sommerferien 1998 eine Faltblatt-Kampagne, in der Bürger über bevorzugte Tatorte/ Tatgelegenheiten während der Ferien sowie über geeignete Vorbeugungs-/Gegenmaßnahmen aufgeklärt wurden. Mittels eines anderen Faltblattes werden die Bürger darüber aufgeklärt, Anzeigen neuerdings telefonisch erstatten zu können.

Sonstiges

Allgemein fand die Policia de Proximidad positives Echo bei der Bevölkerung und in der Presse.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Direccion General de la Policía, Comisaría General de Seguridad Ciudadana (Hg.): "Policía de Proximidad - con toda seguridad, un buen amigo". Faltblatt

Dienstreise-Bericht KI 16-15/KI vom 23.06.99

Informationsmaterial zur Policia de Proximidad in spanischer Sprache.

„Una nueva cultura de seguridad“. In: Seguridad ciudadana, S. 52 - 54

Bericht des BKA-Verbindungsbeamten vom 03.07.98

Bericht des BKA-Verbindungsbeamten zur Tagung der Generaldirektion der Polizei am 28.05.98 in Avila zum Thema "Methoden zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und der polizeilichen Ermittlungen"

Problemorientierte Polizeiarbeit in Northfield (Leicestershire)

Ansprechpartner/Dienststelle

Home Office Policing and Reducing Crime Unit, Queen Anne's Gate, GB - SW1H 9AT London, Großbritannien

Internet: <http://www.homeoffice.gov.uk>

Organisation

Northfield ist eines der Projekte, die im Rahmen des in der Leicestershire Constabulary durchgeführten Demonstrationsprojektes zur problemorientierten Polizeiarbeit (Problem-Oriented Policing; -->) als erfolgreiche Beispiele für die Anwendbarkeit eines problemlösungsorientierten Kriminalitätskontrollansatzes gewertet werden.

Northfield ist eine vorwiegend von Angehörigen der weißen Arbeiterschicht bewohnte, 1.265 Häuser umfassende Wohnsiedlung im östlichen Zuständigkeitsbereich der Polizei Leicestershires. Northfield ist für das zuständige Polizeirevier ein Schwerpunkt, auf den etwa ein Drittel der im Zusammenhang mit öffentlicher Unordnung festgestellten Hilfeersuchen an die Polizei und ebenso ein Drittel der angezeigten Kriminalität entfallen. Im Zeitraum 1992 bis 1996, in dem die Kriminalitätsrate national um 10% und in Leicester um 4% sank, stieg die angezeigte Kriminalität in Northfield um 20%. Neue Mieter wurden wiederholt Opfer von Kriminalität und Belästigungen.

Trotz des guten Gebäudebestandes bestanden Schwierigkeiten, Mieter zu finden. Die bei 25% jährlich liegende Mieterfluktuation führte zu leerstehenden Wohnungen und war mitursächlich für Schmierereien (Graffiti) und illegale Abfallbeseitigung. Die Wohngegend wies insgesamt ein herrenloses, vernachlässigtes und erschreckendes Äußeres auf.

Konzeptioneller Ansatz

Ziel der auf zwei Jahre angelegten Strategie war die Reduzierung der Kriminalität in Northfield um 30%.

- Methodisch wendete die Polizei neben dem sog. SARA-Verfahren (Scanning - Analysis - Response - Assessment) im Rahmen des Analyseprozesses das sog. "Problem Analysis Triangle" (Elemente sind: Örtlichkeit, Anrufer/Opfer und Verursacher) an.
- Mit Hilfe des "Problem Analysis Triangle" konnten folgende Problemursachen herausgearbeitet werden:
- ortsbezogen: die schlechte Reputation, ein hoher Jugendanteil, schlecht genutzte Jugendeinrichtungen (aus denen aufsässige Jugendliche ausgeschlossen waren), leerstehende Wohneinheiten, kriminelle Mieter, nicht ausreichende Investitionen und ein Gefühl der Isolierung;
- anrufer-/opferbezogen: Furcht und damit Unterlassung von Anzeigeerstattungen, wiederholte Opferwerdung, Stigmatisierung und mangelndes Selbstbewußtsein;
- verursacherbezogen: Täter aus der eigenen Mieterschaft, Drogen und herausragende Drogendealer, unsoziales und einschüchterndes Verhalten herumlungender Jugendlicher sowie Täter, die sich von möglichen polizeilichen Tataufdeckungen nicht schrecken ließen.

Sachstand/Ergebnisse

Im einzelnen wurden folgende Maßnahmen ergriffen:

- Herausgabe eines selbstvertrauenfördernden Newsletters für die Gemeinde, daß Maßnahmen ergriffen würden,
- verbesserter Gesetzesvollzug (u.a. Nutzung von Sach- und Personenfahndungen, Vorgehen gegen Schlüsselpersonen der

kriminellen Szene mit dem Ziele ihrer Verhaftung, Personenkontrollen, Ersuchen an Gerichte mit dem Ziel, Personen in U-Haft zu lassen)

- Tätigwerden in jedem Fall der Einschüchterung. Dies beinhaltet Erörterungen mit Opfern, den Einsatz staatlich finanzierter verdeckter Kameras zur verbesserten Beweisführung, Opferalarme, polizeiliche Warnschreiben an Verdächtige und die Zusammenarbeit mit dem Wohnungsamt, um zivilrechtliche Verfügungen bis hin zu Räumungsbefehlen zu erwirken,
- Bereitstellung eines täglichen Fußballangebotes in den Sommermonaten,
- Einrichtung eines "Polizei- und Gemeindehauses",
- Bereitstellung von Ausbildung im Konfliktmanagement, Körpersprache und Kommunikation für Gemeindeaktivisten,
- Schaffung positiver Öffentlichkeitswirkung zur Vertrauensstärkung und Anwerbung neuer Mieter,
- einbruchshemmende Maßnahmen bei Häusern/Wohnungen,
- verbesserte Sporteinrichtungen, die auch von örtlichen Mietern genutzt werden können,
- Pläne für eine Northfield Task Force, zur Rekrutierung und Ausbildung von Langzeitarbeitslosen zur Durchführung von Streifenaktivitäten, Erledigung einfacher Reparaturarbeiten an Zäunen, Mauern und Bürgersteigen, Entfernung von Graffiti und Berichterstattung von Problemen an die Polizei und örtliche Behörden,
- Initiierung eines in Zusammenarbeit u.a. mit dem Wohnamt durchgeführten Projektes gegen häusliche Gewalt,
- Verbreitung von Informationsmaterial zur Kriminalprävention und

Sonstiges

- Installation von CCTV-Kameras (-->).

Von den zusätzlich entstandenen und vom Stadt-/Gemeinderat finanzierten Ausgaben in Höhe von ca. 53.000 Pfund für o.a. Maßnahmen entfielen allein 50.000 Pfund auf den CCTV-Bereich.

Am Ende des ersten Projektjahres wurden folgende Kriminalitätsrückgänge verzeichnet: 29% bei der Gesamtkriminalität, 30% im Bereich Wohnungseinbruch, 40% bei Einbrüchen in Gewerbebetrieben und 47% bei Kfz-Kriminalität. Ein Anstieg von 14% bei Anzeigen zu Gemeindeproblemen wird positiv als Anzeichen für ein wachsendes Vertrauen in die Polizei gewertet.

Verdrängungsmechanismen wurden nicht festgestellt, was damit erklärt wird, daß Täter insbesondere örtliche Kriminelle gewesen seien.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Leigh, Adrian/Read, Tim/Tilley, Nick: Brit Pop II: Problem-Oriented Policing in practice. In: Police Research Series Paper 93, Policing and Reducing Crime Unit. 1998

Australischer Preis zur Gewaltprävention

Ansprechpartner/Dienststelle

Australian Violence Prevention Awards, Australian Institute of Criminology,
GPO Box 2944, Canberra City ACT 2601, Australien

Internet: <http://www.aic.gov.au/>; e-mail: avpa@aic.gov.au

Organisation

Die Verleihung australischer Preise zur Gewaltprävention (Australian Violence Prevention Awards) basiert auf einer im November 1991 vom australischen Premierminister, den Premiers der australischen Bundesstaaten sowie den Chefministern der Territorien gestarteten Gemeinschaftsinitiative.

Ursache und zudem Stimulanz für eine neue Phase in der australischen Gewaltprävention war ein Schußwaffenmassaker im August desselben Jahres in Sydney gewesen.

Konzeptioneller Ansatz

Preise werden verliehen für herausragende Projekte zur Prävention und Reduktion von Gewalt in Australien. Die Auszeichnungen sollen öffentliche Initiativen unterstützen und Regierungen und Verwaltungen dabei helfen, praxisorientierte Gewaltpräventionsprojekte zu erkennen und zu entwickeln.

Projekte können sowohl spezifische Zielgruppen wie z.B. Frauen, Kinder, Jugend, Familie oder auch spezielle Probleme wie z.B. exzessiven Alkoholgenuß, Gewalt in den Medien oder Gewalt im Sport thematisieren.

Eine Auszeichnung können auch Projekte erhalten, die sich große Verdienste erworben haben oder herausragend waren, jedoch mittlerweile beendet sind.

Für den Gewaltpräventionspreis können sich Regierungs- und private Organisationen bzw. Institutionen sowie Personen bewerben, die einen

Sonstiges

signifikanten Beitrag zu einem Gewaltpräventionsprojekt geleistet haben. Besondere Voraussetzungen an die Größe bzw. den Umfang des Projektes werden nicht gestellt.

Als Kriterium für eine Nominierung gilt, daß ein vorgeschlagenes Projekt effektiv Gewalt reduziert oder verhindert hat bzw. das Potential dazu besitzt. Projekte müssen wenigsten ein Jahr betrieben worden sein. Im einzelnen beinhalten die Kriterien folgende Faktoren:

- das Ausmaß der erreichten Erfolge,
- das Vorhandensein bzw. Fehlen einer Evaluation,
- das Vorhandensein bzw. Fehlen interner Mechanismen zur Ergebnisüberwachung (monitoring),
- die Möglichkeit, das Projekt zu kopieren, um einen Einsatz an anderen Orten zu ermöglichen,
- die Dauerhaftigkeit erzielter Erfolge,
- Kosten-Nutzen-Analysen (good value for money),
- den Innovations- bzw. Spezialisierungsgrad,
- den Grad der Mobilisierung von Gemeindeinteresse für das Projektthema.

Für die endgültige Auswahl der zu prämierenden Projekte ist eine Jury verantwortlich, deren Mitglieder der Premierminister, die Premiers der australischen Bundesstaaten sowie die Chefminister der Territorien benennen. Die Jury kann für das jeweilige Jahr geltende spezielle Kriterien festlegen. Die Zahl der zu prämierenden Projekte liegt in der Ermessenszuständigkeit der Jury.

Ein Australian Violence Prevention Awards Selection Board setzt sich zusammen aus Vertretern aller australischer Gerichtsbarkeiten (jurisdictions) und wird geleitet vom Direktor des Australian Institute of Criminology.

Sachstand/Ergebnisse

Die insgesamt 100.000 australische Dollar umfassenden Preise werden seit 1992 jährlich vergeben.

Nominiert waren 1992 184 Projekte, 1993 102 Projekte und 1994 110 Projekte.

Gesamtsieger 1995 war das "Hampstead School Bushband Project" (-->), ein Wiedereingliederungs- und Gewaltpräventionsprojekt.

1996 wurde der Gesamtsieg auf drei Projekte ("Ask Any Woman - Video Project", "The Options Project" und "Ugly Mugs"; -->) aufgeteilt, 1997 ging der Gesamtsieg an ein "Positive Parenting Project (TripleP; -->)".

Gesamtsieger 1998 wurden zwei Projekte zur Prävention vor sexueller Gewalt ("The Child Sexual Abuse Prevention Program" und "The Children's Sexual Behaviour Program").*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Australian Institute of Criminology (Hg.): The Australian Violence Prevention Awards To Date (1997)

Australian Institute of Criminology (Hg.): Winners of the 1998 Violence Prevention Awards. Internetauszüge vom Juli 1999.

Freiwillige Polizeidienste in San Diego

Ansprechpartner/Dienststelle

San Diego Police Department, Office of Volunteer Services, 1401 Broadway, MS 711, San Diego, CA 92101, Vereinigte Staaten

Internet: <http://www.sannet.gov/police/>

Organisation

Der Bereich "Freiwillige Polizeidienste" (Volunteers in Policing - VIP) wurde 1990 innerhalb des San Diego Police Department eingerichtet und zunächst an den Bereich Öffentlichkeitsarbeit (Public Affairs Unit) angebunden.

1992 wurde mit dem Office of Volunteer Services erstmals ein eigener Arbeitsbereich geschaffen, der für die Entwicklung und Verwaltung des VIP-Programms verantwortlich ist.

Konzeptioneller Ansatz

VIP umfaßt fünf Tätigkeitsbereiche:

- Kriseninterventionsteam (Crisis Intervention Team - CIT). Freiwillige erhalten eine spezielle Schulung zur Krisenintervention bzw. Opfernachsorge. Der Einsatz erfolgt später auf Anforderung von Polizeikräften zur Unterstützung traumatisierter Kriminalitätsoffer. CIT-Mitglieder sind verantwortlich für unmittelbare emotionale Hilfe, Überweisungen an Hilfeeinrichtungen für längerfristige Opferbetreuung sowie sonstige Erfordernisse z.B. im Hinblick auf Unterbringung, Verköstigung oder rechtliche Unterstützung. Mit dem Einsatz des CIT soll Polizeibeamten die Möglichkeit gegeben werden, sich zügig wieder ihren eigentlichen Aufgaben zu widmen.

Sonstiges

- Freiwillige Streifentätigkeiten im Ruhestand befindlicher Senioren (Retired Senior Volunteer Patrol - RSVP). Sicherheitsüberprüfte über 55jährige, die sich freiwillig zu diesem Dienst melden, erhalten eine über fünf Tage durchgeführte 40stündige Ausbildung. Aufgabe ist die Streifentätigkeit und Überwachung von Wohngebieten, die Überprüfung von Häusern während der urlaubsbedingten Abwesenheit der Bewohner, der Besuch ans Haus gefesselter oder sonstwie sozial isolierter Bürger sowie die Durchführung von Sicherheitsunterweisungen für Kinder und Senioren. RSVP-Mitglieder benutzen ihre Privatfahrzeuge. Sie sind über Funk mit der Polizeibehörde verbunden, um zum einen ihre Kontrollfunktion besser ausüben zu können und zum anderen im Bedarfsfall Kontakt zu ihren Ansprechpartnern in der Behörde aufnehmen zu können.
- Polizeireservisten (Police Reserves) sind Freiwillige, die nach einer Unterweisung (Peace Officers Standards and Training - POST - Reserve Academy) Streifentätigkeiten mit beschränkten Befugnissen ausüben.
- Freiwillige für besondere Lagen (Critical Incident Management Volunteers) werden nach einer Unterweisung bei herausragenden Einsatzlagen z.B. zur Suche nach in der Stadt vermißten Personen oder im Rahmen von Evakuierungen eingesetzt.
- Eine letzte Gruppe von Freiwilligen wird als Kerngruppe zur Arbeit in polizeilichen Einrichtungen wie z.B. der Police Academy, dem Schießstand oder der Kriminaltechnik eingesetzt. Der Bereich umfaßt mehr als 25 unterschiedliche Tätigkeiten einschließlich kirchlicher, administrativer, technischer und professioneller Arbeit.

VIP ist nur ein Bereich innerhalb einer ganzheitlichen, auf kooperativer Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bürgern beruhender Strategie des San Diego Police Department. Dieses "Neighborhood Policing" zielt auf die Lösung in der Wohnumgebung existierender bzw. aufkeimender Probleme ab. Arbeitsmethode ist das von Goldstein entwickelte "Problem Oriented Policing". Einzelelemente sind in San Diego u.a.
- ein wiederbelebtes Nachbarschaftshilfeprogramm (Neighborhood Watch),

- Sicherheitswachen in Form sog. "Citizen's Patrol Groups", die ihre Wohnumgebung/Nachbarschaft bestreifen und sich als "Augen und Ohren" der Polizei verstehen,
- eine "Safe Streets Now!"-Initiative, der es darum geht, über die Ausnutzung zivilrechtlicher Möglichkeiten als Ärgernis empfundene Zustände zu beseitigen,
- ein "Drug Abatement Response Team (DART)", das unter Beteiligung u.a. des städtischen Rechtsvertreters und der Polizei im Zusammenhang mit Drogenaktivitäten wiederholt auffällige Gebäude bzw. Wohnungen identifiziert, um z.B. gegenüber Drogenhändlern eine Zwangsräumung zu initiieren.

Sachstand/Ergebnisse

1999 waren fast 1.000 Freiwillige innerhalb des VIP-Programms eingesetzt.

Die mit dem Programm gemachten Erfahrungen werden seitens der Polizei als positiv beschrieben.

Nach einer Darstellung der National Association of Town Watch entspricht die VIP-Arbeitsleistung bei 130.000 jährlich geleisteten Stunden zu je 12 US-Dollar einem Gegenwert von geschätzt 1,5 Millionen US-Dollar. Die polizeilichen Aufwendungen zur Programmbetreuung liegen bei etwa 230.000 US-Dollar.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Bässmann, Jörg/Sabine Vogt: Community Policing. Projektbericht des Bundeskriminalamtes zu den Erfahrungen in den USA. Bundeskriminalamt 1997

National Association of Town Watch (Hg.): New Spirit. San Diego Citizens, Volunteers Vital Fight Against Crime. Internetauszug. Juli 1999

San Diego Police Department (Hg.): Diverse Internetauszüge. Juli 1999

Nationale Präventionsstrategie in Südafrika

Ansprechpartner/Dienststelle

Crime Prevention Centre, Secretariat for Safety and Security, , Pretoria, Südafrika

Organisation

Das Kabinett der Republik Südafrika verabschiedete 1996 eine Nationale Präventionsstrategie (National Crime Prevention Strategy, NCPS).

Die Einführung der Strategie wird von einem Ministerkomitee bzw. deren Generaldirektoren unter Federführung des für innere Sicherheit verantwortlichen Ministers (Minister for Safety and Security) gesteuert. Diesem Komitee obliegt zudem das Mandat für ein nationales Zentrum für Kriminalprävention (National Crime Prevention Centre, NCPC). Auf Ebene der Provinzen liegt die Verantwortung für Umsetzungsmaßnahmen bei sog. Safety and Security Secretariats.

Im September 1999 wurde ein Forschungsressourcenzentrum (National Crime Prevention Strategy Research Resources Centre) als Schnittstelle zwischen von Regierung und nationaler sowie internationaler Forschung geschaffen.

Konzeptioneller Ansatz

Die NCPS umfaßte zunächst vier Säulen (Erneuerung des Justizsystems, internationale Kriminalität, Veränderung öffentlicher Werte sowie Kriminalprävention im Rahmen von Städteplanung und Architektur) und sieben Prioritäten. Eine erste inhaltliche Überprüfung erfuhr die Strategie 1998 durch ein Sicherheitsweißbuch der Regierung (White Paper on Safety and Security), das u.a. die Einrichtung des o.g. nationalen Zentrums für Kriminalprävention innerhalb des Ministeriums für innere Sicherheit anregte.

Sonstiges

Auf der Basis der Empfehlungen des Weißbuches wurde 1999 eine Überprüfung der Präventionsstrategie gestartet und das Mandat für das Zentrum festgelegt. Im Anschluß an die nationalen Wahlen im Sommer 1999 erfolgte im September 1999 die aktuelle Rahmenlegung für die Einführung eines nationalen Präventionsprogramms. Der Rahmen umfaßt folgende Bereiche:

- ein laufendes Programm zur Stärkung des Justizsystems,
- eine Konzentration auf bestimmte, national mit Priorität festgelegte Straftaten,
- eine neue Betonung von Information, Auswertung und Evaluation zur Erreichung eines wissensbasierten Ansatzes der Kriminalitätsreduktion,
- ein erweitertes Programm örtlicher Kriminalprävention,
- koordinierte Anstrengung von Regierung und Verwaltung aller Ebenen im Hinblick auf armuts- und kriminalitätsbelastete Gebiete,
- die Mobilisierung der politischen Parteien und gesellschaftlicher Organisationen, zur Überzeugung der Bevölkerung, keine gestohlenen Waren zu erwerben.

Als die dringendsten Problembereiche, mit denen Südafrika konfrontiert ist, werden Gewalt und Gewaltkriminalität bezeichnet. Im einzelnen wurden die Bereiche Waffen, Organisierte Kriminalität, "Weiße-Kragen-Kriminalität", Fahrzeugkriminalität, Korruption im Strafjustizsystem, zwischenmenschliche Gewalt (in der Familie, von und zwischen jungen Männern sowie Vergewaltigung) besonders priorisiert.

Sachstand/Ergebnisse

12 erste Praxisprojekte, die auf der Basis einer vorläufigen Situationsanalyse 1997 gestartet wurden, befaßten sich angesichts der katastrophalen Situation der Gewährleistung innerer Sicherheit mit grundlegenden Angelegenheit im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Personal und Infrastruktur.

Weitere Maßnahmen bezogen sich auf die Stärkung eines ganzheitlichen Justizsystems.

Hinsichtlich der priorisierten Kriminalitätsbereiche wurden umfassende Maßnahmenbündel und Zielkataloge erarbeitet.

Eine auf der Basis internationaler Erfahrungen in Zusammenarbeit mit dem United Nations Interregional Crime and Justice Institute (UNICRI) durchgeführte landesweite Opferbefragung wurde im Dezember 1998 abgeschlossen.

In Zusammenarbeit der Ministerien für Bildung und für innere Sicherheit wurde ein Interventionsprojekt im Bereich jugendlicher Gewaltkriminalität an Schulen gestartet.

Studien befaßten sich mit Tötungsdelikten und dem Alkoholmißbrauch.

Zum Thema "Gesamtgesellschaftliche Prävention" wurde eine Anleitung (Community Based Crime Prevention Manual) erstellt.

Anfang 1999 wurde in Zusammenarbeit u.a. mit dem Greater Johannesburg Metropolitan Council eine Initiative "Igoli 2002" gestartet, deren Ziel die Erarbeitung und Umsetzung eines ganzheitlichen Sicherheitskonzeptes für die von Tötungs-, Vergewaltigungs- und Raubdelikten schwer belastete Stadt ist. Maßnahmen beziehen u.a. ein "Safer Cities"-Projekt, das 1996 in Zusammenarbeit mit dem International Centre for the Prevention of Crime (ICPC, -->) sowie UN Habitat geschaffen wurde, mit ein.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Mncadi, Mbadi: The South African National Crime Prevention Strategy. Reducing Crime and Violence: Dealing with the causes and opportunities. Vortrag und Handout anlässlich der vom 3. - 6.10.99 in Montreal stattfindenden Konferenz "Harnessing What Works" des International Centre for the Prevention of Crime (ICPC)

Integrales Sicherheitsprogramm - Poldermodell für innere Sicherheit

Ansprechpartner/Dienststelle

Ministerie van Binnenlandse Zaken en Koninkrijksrelaties, Directie Politie,
Bureau Integraal Veiligheidsprogramma en Coördinatie Onderraad, Postbus
20011, 2500 EA Den Haag, Niederlande

e-mail: derk.oosterzee@minbzk.nl

Organisation

Die im August 1998 angetretene niederländische Regierung hat in ihrem Regierungsprogramm für die bis 2002 laufende Legislaturperiode betont, daß zur Kriminalitätsbekämpfung und zur Erhöhung der inneren Sicherheit in den Niederlanden ein zusätzlicher Impuls notwendig ist.

Zur Vorbereitung des im Juni 1999 vom Innenminister vorgelegten Integralen Sicherheitsprogramms ("Integraal Veiligheidsprogramma" - IVP) wurde eine Plattform geschaffen, an der neben Innen- und Justizministerium die wichtigsten betroffenen Ministerien sowie Vertretungen der Provinzen und Gemeinden, darüber hinaus auch gesellschaftliche Organisationen und die Wirtschaft beteiligt waren. Die Umsetzung des IVP erfolgt interaktiv unter Beibehaltung der geschaffenen Plattform; die Koordination obliegt dem Innenminister.

Konzeptioneller Ansatz

Ziel des Integralen Sicherheitsprogramms ist, in Fortschreibung und Ergänzung bisheriger nationaler Programme die Bemühungen um eine Erhöhung der Sicherheit weiter zu intensivieren, wobei der Schwerpunkt auf die Verhinderung von Rechts- und Ordnungsverstößen in der Öffentlichkeit gelegt wurde.

Sonstiges

Im IVP haben im einzelnen folgende Sicherheitsprobleme Priorität:

- Öffentliche Ordnungsstörungen,
- Gewalt in Gaststätten, Diskotheken etc.,
- Jugendkriminalität,
- Überfälle und Straßenraub,
- Kraftfahrzeugkriminalität,
- sicheres Lebensumfeld und
- Verkehrssicherheit.

Der Begriff "Integralität" wird auf organisatorischer Ebene als "Sicherheitspartnerschaft" verstanden. In Anlehnung an das niederländische Poldermodell, das im wirtschaftlichen und sozialen Bereich die Zusammenarbeit von Staat, Arbeitgebern und Arbeitnehmern meint, sollen im Sicherheitsbereich in Zukunft Staat, Wirtschaft und gesellschaftliche Organisationen zusammenarbeiten. Auf örtlicher Ebene bedeutet dies, mit allen betroffenen Gruppen Absprachen zu treffen und Vereinbarungen ("Convenanten") über die von allen Seiten zu leistenden Beiträge abzuschließen. So sollen auf Ebene der Städte sog. "Stadconvenanten" abgeschlossen werden, bei denen es sich um aufeinander abgestimmte Maßnahmekataloge zur Schaffung "kompletter" Städte, d.h. von Städten mit einer effizienten sozialen, baulichen und wirtschaftlichen (Infra-)Struktur handelt.

Im Zusammenhang mit der Großstadtproblematik wird die Integration von Minderheiten weiterhin thematisiert.

Unter Beibehaltung des Grundsatzes, daß der Staat für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zuständig ist, soll dennoch zukünftig ein verstärkter Einsatz privater Sicherheitsdienste möglich sein. In einem mit dem niederländischen Gemeindeverband noch auszuarbeitenden Standardvertrag soll geregelt werden, daß die Gemeindeverwaltung für diese

Aufsichtsform die Verantwortung trägt, während die Polizei für die operative Leitung sorgt.

Der öffentliche Raum soll auch mit Kameras überwachbar sein, wobei der Kameraeinsatz noch der genaueren gesetzlichen Regelung bedarf. Im Zusammenhang mit der Verschmutzung und Verwahrlosung des öffentlichen Raumes ist u.a. eine Prüfung geplant, ob die bestehenden ordnungsbehördlichen Befugnisse der Gemeinden durch weitere Befugnisse zu ergänzen sind.

Im Zusammenhang mit Gewalt in den Gaststätten, Diskotheken usw. ist u.a. die Stimulierung der betroffenen Gruppen geplant, auf lokaler Ebene getroffene Absprachen über die Zusammenarbeit in einer Vereinbarung (Convenant) festzuhalten. Darüber hinaus ist an eine Verschärfung der Waffengesetzgebung im Hinblick auf das Strafmaß für illegalen Waffenbesitz und -handel gedacht.

Im Jugendbereich wurde ein ganzes Maßnahmenbündel erarbeitet, so z.B. die Verbesserung der Zusammenarbeit auf lokaler Ebene zwischen den Justizbehörden, die Verbesserung des Informations- und Erfahrungsaustausches, die Untersuchung der Gruppen- und Bandenbildung, die Veröffentlichung eines Maßnahmenplanes "Schulabbruch", der Start des Versuchsprojektes "STOP" (als einer Variante von HALT für Kinder unter 12 Jahren), der Start der niederländischen Version des Pilotprojektes "Communities that care", die Stimulierung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Schulen (Schuladoptionspläne), der Übergang zur individuellen Betreuung zur Vermeidung vor allem von Rückfalldelikten oder die Beschleunigung der Strafverfahren.

Im Bereich der Prävention der Kfz-Kriminalität ist u.a. geplant, Fahrzeugeigentümer zu stimulieren, technische Präventionsmaßnahmen durchzuführen, die Entwicklung lokaler Sicherheitspläne zur Prävention von Fahrzeugdiebstählen zu stimulieren sowie bessere Voraussetzungen für die Wiederauffindung gestohlener Fahrzeuge zu schaffen.

Im Bereich Wohnbedingungen ist u.a. geplant, mit lokalen Wohnungsbaugesellschaften Vereinbarungen über die Einführung eines Gütesiegels bei der Renovierung von Wohnkomplexen zu treffen.

Sonstiges

Die Prävention des Fahrraddiebstahls soll Aufnahme finden bei der Implementierung des bestehenden Gütesiegels "Sicheres Wohnen" (-->) und eines noch zu entwickelnden Gütesiegels "Gewerbesicherheit".

Im Bereich der Verkehrsprävention ist u.a. die Vorbereitung einer Gesetzesvorlage zur Herabsetzung der Alkoholobergrenze für Führerscheineulinge beabsichtigt. Für diese Gruppe soll zudem ein vorläufiger Führerschein eingeführt werden.

Justizbezogen ist u.a. geplant, daß innerhalb der Staatsanwaltschaft kleinere Struktureinheiten geschaffen werden, um so besser auf die jeweiligen lokalen Sicherheitsprobleme reagieren zu können und Kongruenz mit der regional strukturierten Polizeiarbeit zu gewährleisten. Die 1997 begonnenen Versuche in Amsterdam, Arnhem, Maastricht, Rotterdam und Velsen mit der "Justiz-in-der-Nachbarschaft-Büros" ("Justitie-in-de-buurt-kantoorjes" - Jib) sollen fortgesetzt und die Anzahl der Büros erhöht werden.

Ein direkter Zusammenhang besteht zwischen dem IVP und dem ebenfalls verabschiedeten "Beleidsplan Nederlandse Politie" (BNP), der nationalen Ziel- und Schwerpunktsetzung für die Polizei in den Jahren 1999 bis 2002. Das IVP ergänzt den BNP hinsichtlich der Beiträge zur Verbesserung von Sicherheit und Ordnung seitens anderer gesellschaftlicher Gruppierungen. Die im BNP genannten Schwerpunkte Jugend und Sicherheit, Gewalt auf der Straße und Verkehrssicherheit sind identisch mit den Schwerpunkten im IVP.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Niederländisches Innenministerium (Hg.): Integrales Sicherheitsprogramm - Poldermodell für innere Sicherheit. Deutsche Übersetzung 1999

Nationales Programm zur Senkung der Kriminalitätsraten

Ansprechpartner/Dienststelle

Home Office, Research Development Statistics Directorate, 50 Queen Anne's Gate, London SW1H 9AT, Großbritannien

Internet: <http://www.homeoffice.gov.uk/crimeprev/cpa.htm>

Organisation

Das nationale Crime Reduction Programme (Programm zur Senkung der Kriminalitätsraten) wurde im Juli 1998 durch den in der Sache federführenden britischen Innenminister (Home Secretary) vorgestellt.

Die Finanzmittel in Höhe von 250 Millionen Pfund werden seitens der Regierung auf drei Jahre verteilt (40 Millionen Pfund im ersten Jahr, 100 Millionen Pfund im zweiten Jahr und 110 Millionen Pfund im dritten Jahr).

Organisatorische Auswirkung hat das Programm u.a. in der Einrichtung einer Crime Reduction Unit (CRU) beim Home Office.

Konzeptioneller Ansatz

Ziele des Programms sind die Umkehrung des langfristig steigenden Kriminalitätstrends sowie eine Senkung der Fahrzeugkriminalität um 30% in den nächsten fünf Jahren.

Im Rahmen der umfassenden Überprüfung der Staatsausgaben hatte die britische Regierung eine Prüfung des vorhandenen Erkenntnisstandes über nachweislich wirksame und kosteneffektive Maßnahmen zur Eindämmung von Straftaten in Auftrag gegeben. In diesem Prüfbericht "Reducing Offending" wird die Schlußfolgerung gezogen, daß ein kohärentes und koordiniertes Initiativprogramm auf der Grundlage dieser Erkenntnisse das Ziel erreichen läßt.

Sonstiges

Mit dem Programm werden Finanzmittel für Projekte zur Verfügung gestellt, von denen wesentliche und nachhaltige Auswirkungen im Hinblick auf eine Senkung der Kriminalität erwartet werden.

Rechtliche Grundlage bildet das ebenfalls im Juli 1998 in Kraft getretene Gesetz über Kriminalität und Störungen der öffentlichen Ordnung (Crime and Disorder Act). Mit dem Programm sollen die im Rahmen dieser Gesetzgebung zu schaffenden örtlichen Partnerschaften (Crime and Disorder Partnerships, -->) abgesichert werden. Die von ihnen durchgeführten Überprüfungen des Zustandes der Kriminalität und öffentlichen Ordnung (crime audits) sollen wertvolle Erkenntnisse liefern, wo lokal ausgerichtete Elemente des Programms Anwendung finden können.

Das Crime Reduction Programme umfaßt fünf große Themenbereiche:

- Arbeit mit Familien, Kindern und Schulen, damit Jugendliche nicht zu den Tätern von morgen werden;
- Bekämpfung der Kriminalität in den Gemeinden, besonders der am häufigsten verübten häuslichen Einbruchsdelikte;
- Entwicklung von Produkten und Systemen mit größerer Widerstandsfähigkeit gegen Kriminalität;
- wirksamere Verurteilungsverfahren;
- Arbeit mit Straftätern, um Wiederholungstaten zu verhindern.

Im April 1999 gestartet, sieht die Programmplanung für den dreijährigen Finanzrahmen wie folgt aus:

Das erste Jahr (1999) beginnt mit einer Großinitiative gegen

- häusliche Einbruchsdelikte (vgl. Nationale Initiative zur Reduzierung häuslicher Einbruchsdelikte -->) und
- für eine zielgerichtete (problemorientierte) Polizeiarbeit.

Neben der Fortführung der 1999 gestarteten Projekte sollen im zweiten Jahr (2000) weitere Projekte zu den beiden Themen und darüber hinaus Projekte in den Bereichen

- Gewalt in der Familie,
- Wiedereingliederung von Gefängnisinsassen mit kurzen Haftstrafen in die Gemeinschaft zur Verhinderung von Wiederholungstaten,
- Bekämpfung des Problems der vorzeitigen Schulausschlüsse - Verbesserung des Schulmanagements,
- verbesserte Durchsetzung von Geldstrafen,
- Wiedergutmachung,
- Verbesserung der Informationslage der Strafrichter,
- Wirksame Arbeit mit Straftätern in der Gemeinschaft und im Gefängnis,
- Kfz-Zulassungen und
- Gebrauchsdesign gegen Kriminalität

begonnen werden.

Das Programm für das dritte Jahr ist noch nicht im einzelnen festgelegt, wobei das "bahnbrechende" Programm zur Bekämpfung der Kriminalität durch frühzeitiges Eingreifen und durch die Arbeit mit Familien, Kindern und Schulen als am bedeutsamsten bezeichnet wird.

Zur Einschätzung der Programme im Hinblick auf ihre Wirksamkeit bei der Kriminalitätsbekämpfung, ihre Kosteneffektivität und ihren Beitrag zur verstärkten Einflußnahme auf das Strafrechtssystem sollen alle Programmbestandteile einzeln und unabhängig bewertet werden. Anleitungen (guidance) zur Begleitforschung sind u.a. im Internet abrufbar.

Sonstiges

Zur Unterstützung neuer Ideen zur Kriminalitätsbekämpfung gründet die Regierung im Rahmen des Programms einen Innovationsfonds.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Bundesministerium des Innern (Hg.): Senkung der Kriminalität und Bekämpfung ihrer Ursachen. Informationen über das Programm zur Senkung der Kriminalitätsrate. Übersetzung P I 1 - 625 400-5/14d

Home Office (Hg.): Crime Reduction Programme. Introducing the guidance notes for evaluators. 1999

Home Office (Hg.): Reducing Crime and Tackling its Causes. A briefing note on the Crime Reduction Programme. Januar 1999

Anhang

Themenbereich
Institutionen mit fester
Themenzuschreibung

Register of Missing Cars Foundation (VAR)

Ansprechpartner/Dienststelle

European Crime Prevention Award, International Secretariat, Netherlands Ministry of Justice, Directorate for Strategie Planning, Postbus 20301, NL-2500 EH Den Haag, Niederlande

Organisation

"Vermiste Auto Register" (VAR) ist eine zentrale Stelle in Apeldoorn, in der alle Daten über gestohlene Autos gespeichert werden.

VAR wurde 1994 von drei privaten Organisationen gegründet:

- der Combined Dutch Insurance Companies
- der Dutch Association of Car Leasing Corporations (VNA)
- den Rental and Leasing Department of Bovag (niederländische Vereinigung der Autohändler und Werkstätten).

VAR ist eine feste Einrichtung zwischen den drei privaten Organisationen und den Ministerien des Inneren und der Justiz, der Polizei und der Verkehrsbehörde (Road Transport Agency).

Konzeptioneller Ansatz

Ziel von VAR ist es, die Kfz-Kriminalität zu bekämpfen, indem sie gestohlene Autos und Motorräder wiederfindet sowie einheitliche kriminalpräventive Maßnahmen einführt.

Wenn ein Auto gestohlen gemeldet wird, werden die Daten in den Computer von VAR eingegeben. Diese Daten werden sowohl allen privaten Ermittlungsfirmen als auch der Polizei und anderen Ermittlungsdiensten mit

Institutionen mit fester Themenzuschreibung

Hilfe einer Verknüpfung zum zentralen Register in Veendam zur Verfügung gestellt.

Weiterhin macht VAR speziell Versicherungsgesellschaften und Autovermietungen durch Aufklärungskampagnen auf die Problematik aufmerksam.

Sachstand/Ergebnisse

VAR war an der Erstellung einer Broschüre beteiligt, die Autobesitzer über präventive Maßnahmen gegen Autodiebstahl unterrichten soll.

Unter Mitwirkung von VAR wurden unter anderem die Versicherungsbedingungen und die Bedingungen bei Leasing- und Mietverträgen geändert. Eine der wichtigsten präventiven Maßnahmen der Motorindustrie war die einheitliche Einführung einer Wegfahrsperrung zum 01.01.1998.

In den Jahren 1995 - 1997 sank die Zahl der Autodiebstähle um 17%.

Aufgrund der guten Ergebnisse bei der Kooperation von öffentlichen und privaten Einrichtungen wurde bzw. wird geprüft, ob das VAR Projekt auch in anderen Bereichen, wie z.B. gestohlenen Industrieausrüstungen und gestohlenen Wasserfahrzeugen, verwendet werden kann.

Weiterhin wurde bzw. wird über eine Entwicklung eines ähnlichen Systems für die Bereiche Raub und Finanzbetrug nachgedacht.

Weitere Projekte im Zusammenhang mit VAR waren die Ausdehnung von Positionsbestimmungssystemen (z.B. GPS) sowie eine bessere Identifizierung durch Identifizierungskennzeichen.

In Deutschland, England und Frankreich haben bereits viele Versicherungen ein eigenes System für gestohlene Autos; eine Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Organisationen findet in unterschiedlichem Maße statt.

Das Projekt wurde 1997 zusammen mit vier anderen von niederländischer Seite für den Europäischen Präventionspreis (European Crime Prevention Award, -->) nominiert.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:
Ministry of Justice (Hg.) "Celebrating prevention" - European Crime Prevention Award 1997

Community Policing Consortium

Ansprechpartner/Dienststelle

The Community Policing Consortium, 1726 M St. N.W., Suite 801, 20036 Washington, DC, Vereinigte Staaten

Internet: <http://www.communitypolicing.org>

Organisation

Das Community Policing Consortium wurde 1993 durch das US-Justizministerium, das U.S. Department of Justice, Bureau of Justice Assistance (BJA), eingerichtet und finanziert. Das Consortium vereint das Wissen der Association of Chiefs of Police (IACP), der National Sheriffs' Association, des Police Executive Research Forum (PERF), der Police Foundation sowie der National Organization of Black Law Enforcement Executives (NOBLE). Seit 1996 arbeitet das Consortium im Auftrag des Office of Community Policing Services (COPS-Office; -->).

Konzeptioneller Ansatz

Ziel des Consortiums ist die Zurverfügungstellung von Community Policing-bezogener Aus- und Fortbildung sowie von technischer Unterstützung für Polizeibehörden, die sich beim COPS-Office um finanzielle Unterstützung für ihr Community Policing-Projekt bewerben. Zielgruppe sind insoweit vor allem die Leitungen und Mitarbeiter dieser Polizeibehörden. Die Verpflichtung zur Teilnahme an Aus- und Fortbildungskursen ist Bestandteil des Vertrages mit dem COPS-Office.

Sachstand/Ergebnisse

In einem ersten Schritt hat das Consortium unter dem Titel „Understanding Community Policing: A Framework for Action“ ein umfassendes Werk zum Thema veröffentlicht, Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für fünf

Institutionen mit fester Themenzuschreibung

Community Policing-Pilotgebiete durchgeführt und Treffen von Community Policing-Verantwortlichen organisiert.

Im Auftrag des COPS-Office offeriert das Consortium seit 1996/97 umfassende Aus- und Fortbildungsangebote, die alle Bereiche des Themas Community Policing abdecken.

Das Consortium hat ein umfangreiches Internet-Angebot, u.a. mit Zugängen zu einer elektronischen Bibliothek, mit Informationen zur Beantragung von Finanzmitteln für Community Policing-Projekte, einem sog. „POP Net“, das Informationen zu problemorientierten Vorgehensweisen enthält und den Curricula des Consortiums.

Das Consortium veröffentlicht daneben u.a.

- einen zweimonatlichen "Exchange"-newsletter an mehr als 60.000 Bezieher,
- die "Sheriff Times" in einer Auflage von 23.000 Exemplaren,
- die Zeitschrift "Community" in einer Auflage von 10.000 Exemplaren und
- über die National Sheriffs's Association die Zeitschrift "Community Links".*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Community Policing Consortium (Hg.): About the Consortium. Internet-Auszüge
Community Policing Consortium (Hg.): Publications

Crime Prevention Coalition of America

Ansprechpartner/Dienststelle

National Crime Prevention Council (NCPC), Crime Prevention Coalition,
1700 K Street, NW, Second Floor, DC 20006-3817 Washington, Vereinigte
Staaten

Internet: <http://www.crimepreventcoalition.org/>

Organisation

Bei der Crime Prevention Coalition handelt es sich um einen Zusammenschluß von mehr als 120 Bundesbehörden, nationalen Organisationen, Vereinigungen/Verbänden.

Die Coalition wird von einem Executive Committee geleitet. Funktionen dieses Committees sind die Politikberatung in Angelegenheiten der Kriminalprävention, die Bereitstellung eines Netzwerkes für andere Akteure sowie die Leitungsfunktionen für die nationale Werbekampagne zur Kriminalprävention. Die Coalition überwacht zudem Mitgliederorganisationen hinsichtlich ihrer Aufgabenerledigung im Bereich der Kriminalprävention und leistet soweit möglich technische Unterstützung.

Als Sekretariat der Coalition fungiert seit 1982 der National Crime Prevention Council (NCPC, -->).

Konzeptioneller Ansatz

Leitziel der Crime Prevention Coalition ist die Mobilisierung der amerikanischen Nation für die Kriminalprävention. Die Coalition läßt sich in ihrem Handeln u.a. davon leiten, daß Kriminalprävention jeden angeht, mehr als Sicherheitsaspekte umfaßt, in den Verantwortungsbereich sämtlicher Regierungsbereiche fällt und zudem kosteneffektiv ist. Hinsichtlich der Erfordernisse im Zusammenhang mit Kriminalprävention wird u.a. auf eine zentrale Position innerhalb des Gesetzesvollzugs, auf Zusammenarbeit aller

Institutionen mit fester Themenzuschreibung

Gesellschaftsbereiche, Bildung, den Zuschnitt auf örtliche Probleme und Bedingungen sowie andauernde Überprüfung (Evaluation) und Verbesserung verwiesen.

Ursprünglich zur Unterstützung und Förderung der "National Citizens' Crime Prevention Campaign" (Symbolfigur ist "McGruff the Crime Dog") gebildet, sieht sich die Coalition mittlerweile als Eckpfeiler für die Entwicklung von Maßnahmen zur Kriminalprävention in den USA.

Von den mehr als 120 Mitgliedern der Coalition wird u.a. die Unterstützung der nationalen Werbekampagne erwartet.

Sachstand/Ergebnisse

Neben der Etablierung o.a. Werbekampagne hat die Coalition in der Vergangenheit u.a. Prinzipien zur Kriminalprävention entwickelt und unter dem Titel "Crime Prevention in America: Call to Action and Foundations for Action" veröffentlicht.

Nach einer vom Bureau of Justice Assistance 1993 veröffentlichten Studie ("The Social Impact of the National Citizens' Crime Prevention Campaign") kannten 98% der Präventionspraktiker die Werbekampagne; 76% nutzten ihre Materialien und eine substantielle Mehrheit hielt diese Materialien für wertvoll.

Die Coalition schuf den Brauch eines "Monats der Kriminalprävention" (Crime Prevention Month). Bürger und Organisationen werden angespornt, jedes Jahr im Oktober spezifische Aktivitäten zur Kriminalprävention zu unternehmen und örtlich erzielte Erfolge zu feiern.

Etabliert wurde ein nationales Netzwerk zur Förderung der Kriminalprävention durch Mitgliederorganisationen.

Gefördert wurden Seminare sowie Aus- und Fortbildungsmaßnahmen auf nationaler und regionaler Ebene.

Neuigkeiten der Mitglieder der Coalition werden regelmäßig in einem Bulletin im Internet veröffentlicht.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:
Crime Prevention Coalition: Internetauszüge. Juni 1999.

Crime Prevention Unit

Ansprechpartner/Dienststelle

Crime Prevention Unit, Department of the Prime Minister and Cabinet, PO Box 55, Wellington, Neuseeland

Internet: <http://www.dPMC.govt.nz>; e-mail: joy.austin@parliament.govt.nz

Organisation

In Neuseeland wurde 1992 eine zentrale Präventionsdienststelle, die "Crime Prevention Unit" (CPU) gegründet und auf höchster politischer Ebene, beim Büro des Regierungschefs angesiedelt. Diese Entscheidung ist aufgrund des Ergebnisses des "Roper" - Ausschusses gegen Gewalt im Jahr 1987 und der Empfehlung der Arbeitsgruppe Kriminalprävention im Jahr 1992 gefallen. Der "Roper" - Ausschuss erkannte, daß die Verantwortung für Kriminalprävention in der Gemeinschaft als Ganzes liegt, diese aber Impulse, Richtungsvorgaben und Koordination von höchster Stelle benötigen.

Konzeptioneller Ansatz

Die nationalen strategischen Ziele der Crime Prevention Unit sind langfristig angelegt:

- Reduzierung der Straftaten,
- stärkere Einbeziehung der Gesellschaft in die Belange der Kriminalprävention und eine stärkere gemeinschaftliche Initiierung von spezifischen Präventionsmaßnahmen sowie
- eine verbesserte objektive Sicherheitslage für alle Bürger.

Institutionen mit fester Themenzuschreibung

Um diese Ziele zu erreichen, hat die Crime Prevention Unit drei herausragende Aufgaben:

- Ratgeber und Berater der Regierung zu Strategien der Kriminalprävention,
- Ausführung, Planung, Koordination sowie Kontrolle und Beratung im Zusammenhang mit der Ausführung und der Beibehaltung der Strategien,
- Sicherstellung eines koordinierten und kooperativen Annäherns zwischen allen Ebenen der Regierung und kommunalen Gruppierungen. Diese Zusammenarbeit ermöglicht die Entwicklung und Unterstützung spezifischer Präventionsinitiativen.

Die Crime Prevention Unit unterstützt zudem den Ausbau von sog. "Safer Communities Councils" (SCC's, -->), bei denen es sich um Körperschaften der lokalen Regierung und Vertretern aus den Bereichen der Wirtschaft, Gesundheit, Bildung und anderen gemeinschaftlichen Gruppen handelt. Aufgabe dieser SCC's ist die Koordinierung existierender Präventionsprogramme sowie die Förderung der Entwicklung neuer Programme im Kontext eines lokalen, gemeinschaftlichen Präventionsplanes. Die Crime Prevention Unit wird tätig zur Beschaffung von Geldern für die SCC's, damit diese die Gelder zur Vorbereitung von Sicherheitsprofilen bzw. Kriminalpräventionsplänen verwenden können.

Darüber hinaus hat die zentrale Präventionsdienststelle folgende Aufgaben:

- den SCC's beim Erarbeiten eines gemeinschaftlichen Sicherheitsprofils und bei der Vorbereitung eines Präventionsplanes Empfehlungen zu geben,
- akzeptierte Präventionsprojekte finanziell zu fördern,
- Projektbestandteile und den Präventionsplan zu unterstützen, zu kontrollieren und zu bewerten,
- Informationen zu Kriminalpräventionsprogrammen in Neuseeland und Übersee zu erheben.

Die Crime Prevention Unit arbeitet vorrangig zu folgenden Themenfeldern:

- Unterstützung von Risikofamilien,
- Reduzierung von Gewalt in der Familie,
- Jugend als Risikogruppe,
- Minimierung der förmlichen Einbeziehung von Gelegenheitstätern mit dem Strafjustizsystem,
- Mißbrauch von Alkohol und Drogen,
- steigende Wirtschaftskriminalität,
- betroffene und potentielle Opfer.

Sachstand/Ergebnisse

1995 wurden über 20 Safer Community Councils (SCC's) eingerichtet. Die weitere Zielsetzung bis Juli 1996 sah vor, insgesamt 30 SCC's einzurichten.

Seit 1997 entwickelt die Crime Prevention Unit in Zusammenarbeit mit drei Safer Community Councils ein Demonstrationsprogramm zur Kriminalprävention in Wohngebieten, die als soziale Brennpunkte gelten. Elemente des Programmes sind eine Kombination von sozialer Entwicklung, gemeinschaftlicher Verantwortung und Sicherheitsregeln.

Es ist zu erkennen, daß eine Koordination zwischen den Fachbereichen der Zentralregierung und deren Abteilungen (Bildung, Gesundheit, innere Angelegenheiten, Justiz, Arbeit, Polizei, Soziales, Jugendangelegenheiten und Minderheitenangelegenheiten) notwendig ist. Andere Abteilungen werden in den beratenden Prozeß einbezogen soweit diese benötigt werden.

Institutionen mit fester Themenzuschreibung

Weitere Veröffentlichungen zur Crime Prevention Unit sind u.a.:

Ministry of Justice (Hg.): Report of the Ministerial Committee of Inquiry into Violence (Roper Report). Wellington 1987, New Zealand

Department of the Prime Minister and Cabinet (Hg.): The Crime Prevention Unit - A Fact Sheet. Wellington 1994, New Zealand^{*}

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

International Centre for the Prevention of Crime (Hg.): Worldwide Best Practise in Crime Prevention. Oktober 1997, Seite 98f.

Informationszentrum für örtliche Sicherheit

Ansprechpartner/Dienststelle

Informatiepunt Lokale Veiligheid, Postbus 30435, NL-2500 GK Den Haag, Niederlande

Internet: <http://www.ilv.nl>; e-mail: ilv@vng.gemnet.nl

Organisation

Das Informationszentrum für örtliche Sicherheit (Informatiepunt Lokale Veiligheid, ILV) wurde 1997 als Kooperationsprojekt der Ministerien für Inneres sowie Justiz und des niederländischen Gemeindebundes geschaffen. Die Unterbringung des Zentrums erfolgt durch den Gemeindebund.

Konzeptioneller Ansatz

Die Schaffung des ILV erfolgte zur Unterstützung derjenigen Institutionen in den Niederlanden, die auf örtlicher Ebene mit der Bereitstellung von Sicherheitsdienstleistungen befaßt sind, d.h. Kommunen und deren Behörden, Polizei, Anklagebehörden und andere relevante Partner.

Strategisches Ziel des ILV ist die Sammlung, die Zugänglichmachung und die Verbreitung von Wissen und Erfahrungen im Bereich der inneren Sicherheit.

Aufgabe des ILV ist insoweit

- die Bereitstellung von Informationen an örtliche Behörden, die Polizei und den Anklagebereich. Zu diesem Zweck sammelt das ILV beispielhafte lokale Präventionsinitiativen sowie von der Zentralregierung, der Polizei und der Justiz zu diesem Thema veröffentlichte Dokumente
- die Identifizierung von Entwicklungen und

Institutionen mit fester Themenzuschreibung

- die Initiierung und Koordinierung von Veröffentlichungen und Konferenzen.

Das ILV verbreitet Informationen in erster Linie über sein holländischsprachiges Internetangebot. Die vom ILV direkt (d.h. ohne Internetprovider) betreute Web-Seite enthält neun aktuelle Themen, die die Bereiche Jugend, Gewalt in Unterhaltungsbereichen, Videoüberwachung, lokale Sicherheitspläne, Sicherheitsdesign, sicheres Wohnen, nachbarschaftsspezifische Projekte, Überwachung und Störungen/Ärgernisse abdecken. Für jedes der Themen liegt eine Zusammenfassung erfolgreicher Anleitungen, Methoden bzw. Projekte vor, die sich allgemein unter den Oberbegriff "best practice" zusammenfassen lassen.

Das ILV hält zudem Informationen zu Tagungen und Konferenzen sowie eine Kolumne mit Neuigkeiten.

Sachstand/Ergebnisse

Nach Darstellung des ILV unterhält nahezu jede Gemeindeverwaltung, Polizei- und Anklagebehörde einen Kontakt zum Zentrum, das die Behörden mit seinem Informationsangebot unterstützt, während umgekehrt die Informationszulieferung erfolgt. Auf Anfrage berät das ILV örtliche Präventionsdienstleister hinsichtlich der Vollständigkeit von Präventionsstrategien sowie der Übereinstimmung dieser Strategien mit nationalen Ansätzen.

Die Web-Seite des ILV unterhält u.a. ein Register mit Hunderten von Kontakten, eine Liste von hilfreichen Organisationen/Stellen sowie eine Linksammlung.

Ähnlich dem "Infopool Prävention" des Bundeskriminalamtes (Polizeiliche Kriminalprävention im Bundeskriminalamt, -->) werden Zusammenfassungen von Präventionsprojekten und -plänen erstellt. Diese Sammlung von im Oktober 1999 etwa 300 Darstellungen ist in das Internet eingestellt. Die Recherche erfolgt über eine eigens entwickelte Suchmaschine.

Das ILV verbreitet viermal jährlich kostenfrei einen Newsletter zu aktuellen Themen und zusätzlich Broschüren. Die erste dieser Broschüren hatte unter

dem Titel "Veilig Stappen Plan" die lokale Vernetzung im Bereich trunkenheitsbezogener Störungen und Straßenkriminalität zum Thema.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Informatiepunt Lokale Veiligheid (Hg.): Local Safety Information Centre. Informationsblatt

International Centre for the Prevention of Crime (ICPC), Montreal

Ansprechpartner/Dienststelle

International Centre for the Prevention of Crime (ICPC), 507, Place d'Armes,
Bureau 2100, Montreal (Quebec), H2Y 2W8 Canada, Kanada

Internet: <http://www.crime-prevention-intl.org>;
e-mail: cicp@crime-prevention-intl.org

Organisation

Das International Centre for the Prevention of Crime (ICPC) ist eine 1994 von den Regierungen Frankreichs, Kanadas und der Provinz Quebec, dem European Forum for Urban Safety (-->), der Federation of Canadian Municipalities sowie der Stadt Montréal gegründete unabhängige Vereinigung.

Das Zentrum verfügt über einen Präsidenten, einen geschäftsführenden Generaldirektor sowie ein Governmental Advisory and Policy Committee. Mitglieder in letzterem sind Kanada (Justizministerium), Quebec (Ministerium für Öffentliche Sicherheit), Frankreich (Ministerium des Innern sowie Städteministerium), Großbritannien (Home Office, -->), Niederlande (Justiz- und Innenministerium) und Belgien (Innenministerium/V.S.P.P., -->).

Dem "Advisory und Policy Committee" obliegt die Supervision des Arbeitsprogramms und der Einnahmen- und Ausgabenverwaltung bzw. -kontrolle. Zudem verfügt ICPC über ein Board of Directors, welches von den u.g. Mitgliedern gewählt wird:

- Städtevereinigungen/Zusammenschlüsse von Bürgermeistern: European Forum for Urban Safety (-->), Federation of Canadian Municipalities, Latin-american Forum for Urban Security, Forum Francaise pour la Sécurité Urbaine, The United States Conference of Majors, World Association of Majors Metropolises,

Institutionen mit fester Themenzuschreibung

- Lokale und Nationale Präventionseinrichtungen/National Councils: British Columbia Coalition for Safer Communities, Crime Concern (GB, -->), Institut National d'Aide Victimes et Mediation (F), National Council for Crime Prevention (USA, Schweden -->),

- Internationale, Regierungs-, und private Organisationen. Arab Security Studies and Training Centre, Asia Crime Prevention Foundation, UN African Institute for the Prevention and the Treatment of Offenders (UNAFRI), UN Interregional Crime and Justice Research Institute (UNICRI), UN-Crime Prevention and Criminal Justice Branch (UN-Büro Wien).

Einem "Best Practice Bureau" obliegt die Erkennung, Zusammenstellung und Verbreitung bewährter Präventionspraktiken.

ICPC finanziert sich über "Zuwendungen" seiner Mitglieder und der Mitglieder des Advisory Boards.

Konzeptioneller Ansatz

Zielsetzungen des ICPC sind die Unterstützung der Aktivitäten der Vereinten Nationen zur Reduzierung der Kriminalität durch Prävention und Beseitigung der Ursachen von Kriminalität sowie die Schaffung/Förderung von "Partnerschaften" zwischen Präventionsakteuren im Sinne ressortübergreifender, gesamtgesellschaftlicher Verantwortung für Prävention in Europa und international (Politik, Polizei, Justiz, Bürger). Themenschwerpunkte sind in Anlehnung an die UN-Crime Prevention and Criminal Justice Programme sowie die Resolutionen verschiedener UN-Konferenzen: Sicherheit und Prävention in Städten, Prävention von Gewalt insbesondere gegen Frauen, Kinder und andere "Vulnerable".

ICPC bietet folgende Dienstleistungen an:

- Sammlung, Auswertung, Verbreitung weltweiter Präventionserfahrungen und erfolgreicher Präventionsstrategien durch das "Best Practice Bureau" (Informations- und Dokumentationszentrum).
- Technical Assistance: Umsetzung praktischer Erfahrungen unter Berücksichtigung regionaler/örtlicher Rahmenbedingungen;

Erstellung von Arbeitsprogrammen (u.a. mit der Montreal Urban Community sowie den Regierungen der Elfenbeinküste und Südafrikas)

- Cross-national program for the exchange of expertise: internationaler/ bilateraler Wissens- und Erfahrungsaustausch; Vermittlung von erfahrenen Praktikern, Experten, Wissenschaftlern; Organisation und/oder finanzielle Unterstützung von Kongressen/Tagungen, Fortbildungsseminaren.

Sachstand/Ergebnisse

In dem Maße, wie das ICPC die UN unterstützt, erfolgt auch umgekehrt eine Einflußnahme der Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechspflege (United Nations Commission on Crime Prevention and Criminal Justice, -->) auf die Aktivitäten von ICPC. In einem aus der achten Kommissionssitzung (27.04 - 06.05.99) resultierenden Resolutionsentwurf für den UN-Wirtschafts- und Sozialrat wird betont, daß die vom Centre geförderten Programme auf der Basis einer engen Konsultation mit den Mitgliedsstaaten formuliert werden und von der Kommission überprüft werden. Die Kommission fordert ICPC zudem u.a. zu einer stärkeren Kooperation und Interaktion mit Empfänger- und Geberländern sowie UN-Institutionen auf. Die Kommission fordert jedoch auch Staaten auf, das ICPC u.a. mit Informationen zu bewährten Präventionspraktiken zu unterstützen.

Das ICPC veröffentlichte 1997 den "Crime Prevention Digest 1997", in dem die Forschungsergebnisse erläutert und erfolgreiche Präventionsprogramme ("best practices") aus Australien, Belgien, England, Frankreich, Kanada, den Niederlanden und den USA zusammengefaßt sind.

Nach diesen - auch im Internet erhältlichen - Informationen konnten die Kriminalitätsraten u.a. durch folgende Maßnahmen erheblich gesenkt werden:

- die Fälle von Einbruchdiebstahl konnten durch Maßnahmen wie Neighbourhood Watch und architektonische Veränderungen zwischen 35 und 75 % reduziert werden;

Institutionen mit fester Themenzuschreibung

- Straftaten im öffentlichen Raum (Überfälle, Vandalismus, Schwarzfahren etc.) gingen durch den Einsatz von ABM-Kräften als Kontrolleure und durch Videoüberwachung um 17 bis 68 % zurück;
- sozial benachteiligte Jugendliche werden zwischen 33 und 71 % weniger häufig inhaftiert, wenn man ihnen die Möglichkeit gibt, die Schule zu beenden und eine Ausbildung zu beginnen;
- Kinder werden um 50 bis 80 % weniger straffällig durch Maßnahmen wie Hausbesuche von Sozialarbeitern bei sozial benachteiligten Familien, Vorschulprogramme und die Vermeidung von Schikanierung;
- durch Partnerschaften unterschiedlicher Einrichtungen und Behörden kann die Kriminalitätsrate einer gesamten Stadt um 11 bis 21 % reduziert werden;
- durch Zusammenarbeit von Polizei und Justiz können Aktivitäten initiiert werden, die die Kriminalitätsraten in bestimmten Deliktsbereichen um 25 bis 45 % senken.

Darüber hinaus hat das ICPC in seinen Publikationen die ökonomischen Vorteile effektiver Präventionsmaßnahmen herausgearbeitet und den positiven Einfluß der Maßnahmen auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung dargestellt.

Anläßlich der aus Anlass des fünfjährigen Bestehens von ICPC vom 03. - 06.10.99 in Montréal veranstalteten internationalen Konferenz "Harnessing What Works" wurden u.a. ausgewählte Inhalte zweier neue ICPC-Publikationen („Crime Prevention Digest II. A comparative analysis of successful community safety“ sowie „100 crime prevention programs to inspire action across the world“) vorgestellt und diskutiert. Ergebnisse sollen in die Vorbereitung eines Workshops "Einbeziehung der Gemeinde" (community involvement in crime prevention) des vom 10. bis 17. April 2000 in Wien stattfindenden 10. Kongresses der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und Behandlung Straffälliger einfließen.

Einen ersten Entwurf inspirierender polizeilicher Ansätze im Bereich der Kriminalprävention stellte ICPC unter dem Titel "Partnership Crime Preven-

tion - Inspiring police practice" anlässlich einer Veranstaltung im Dezember 1999 in Coventry vor.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Commission on Crime Prevention and Criminal Justice (Hg.): Report on the eighth session (27 April-6 May 1999). Supplement No. 10, S. 8/9, 11

International Centre for the Prevention of Crime (Hg.): Crime Prevention Digest 1997

International Centre for the Prevention of Crime (Hg.): ICPC and its Activities. Schreiben November 1998

International Centre for the Prevention of Crime (Hg.): Harnessing Crime Prevention

Internationally: For a Sustainable World. Aktionsplan des ICPC. Broschüre. Montreal, April 1995

International Centre for the Prevention of Crime (Hg.): Making Crime Prevention More Effective - International Partnership with Governments and Private Enterprises. Faltblatt des Resource Bureaus

International Centre for the Prevention of Crime (Hg.): Partnership Crime Prevention - Inspiring police practice. Working Draft. Dezember 1999

Waller, Irving: Crime Prevention Projects: Best Practices and Evaluation. Vortrag auf der EU-Konferenz "Crime Prevention towards an European level". Noordwijk, Mai 1997

Interventionsstelle - Gegen familiäre Gewalt an Frauen und Kindern

Ansprechpartner/Dienststelle

Interventionsstelle Graz, Granatengasse 4 (Ecke Rösselmühlgasse), A - 8020 Graz, Österreich

e-mail: Interventionsstelle.graz@austro.net

Organisation

Die Interventionsstelle Graz wurde im Dezember 1995 vom Bundesministerium für Frauenangelegenheiten in Form eines Projektes initiiert und im Jahr 1997 als Opferschutzeinrichtung vom Innenministerium anerkannt. Als solche bildet Sie einen integrierenden Bestandteil des neuen Gesetzes zum Schutz vor Gewalt in der Familie. Träger ist der private Verein Grazer Fraueninitiative.

Zur Zeit (Juli 1999) sind fünf Frauen in der Interventionsstelle beschäftigt.

Mit dem am 1. Mai 1997 in Kraft getretenen "Bundesgesetz zum Schutz vor Gewalt in der Familie" erfuhr die bis dahin aus Opfersicht völlig unzureichende Rechtslage eine grundlegende Änderung. Den Forderungen nach einer effizienteren staatlichen Vorgehensweise gegen häusliche Gewalt wurde durch die Modifikation der Exekutionsordnung, des Sicherheitspolizeigesetzes und des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches zu einem großen Teil Rechnung getragen. Wesentliche Bestandteile der Gesetzesänderung sind:

- Das "Wegweiserecht": Der Gewaltausübende kann durch die Exekutive aus der Wohnung gewiesen werden, er muß die Schlüssel abgeben, und ihm wird zunächst die Rückkehr für sieben Tage verboten.

Institutionen mit fester Themenzuschreibung

- die Verpflichtung zur Information der gefährdeten Personen über bestehende Opferschutzeinrichtungen und die Möglichkeit, gerichtlich eine Verlängerung des Rückkehrverbotes zu beantragen,
- die Möglichkeit der Datenweitergabe gefährdeter Personen an Opferschutzeinrichtungen,
- die Möglichkeit, bei jeder schuldhaften und rechtswidrigen Verletzung der sexuellen Integrität Schadenersatz einschließlich Schmerzensgeld zu fordern.

Alle österreichischen Interventionsstellen werden von dem im Innenministerium eingerichteten Präventionsbeirat anerkannt und je zur Hälfte mit Mitteln des Bundesministeriums für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz und des Bundesministeriums für Inneres finanziert.

Interventionsstellen gibt es zur Zeit (Mai 1999) in Salzburg, Innsbruck, Linz und Wien.

Konzeptioneller Ansatz

Grundsätzlich wird davon ausgegangen, daß für einen verbesserten Opferschutz eine koordinierte Zusammenarbeit zwischen allen Behörden und Einrichtungen, die mit der Problematik konfrontiert sind, stattfinden muß. In diesem Kontext übernimmt die Interventionsstelle eine Funktion als Drehscheibe, indem sie Anlaufstelle für Betroffene und gleichzeitig Schnittstelle zu involvierten staatlichen und privaten Institutionen ist.

Das vorrangige Ziel der Interventionsstelle stellt die Erhöhung der Sicherheit der betroffenen Frauen und Kinder und die Beendigung der Gewalt dar. Dazu wurden drei Teilziele formuliert:

- sichere Privatsphäre sowie rascher, kostenloser und unbürokratischer Zugang zum Recht,
- Normverdeutlichung durch Einbeziehung häuslicher Gewalttaten in das Rechtssystem,

- Optimierung der Zusammenarbeit aller mit häuslicher Gewalt befaßten Behörden und Einrichtungen.

Betroffene sollen zu keinerlei Schritten gedrängt werden, da die Erfahrung zeigt, daß Entscheidungen nur dann konsequent durchgezogen werden, wenn sie von der Betroffenen selbst getroffen wurden. Die Angebote der Interventionsstelle sind kostenlos, die Betreuung erfolgt streng vertraulich.

Sachstand/Ergebnisse

Ein Interventionsprozeß beginnt mit der Kontaktaufnahme der Betroffenen mit der Interventionsstelle nach der Vermittlung durch Exekutive, Justiz, sozialer Einrichtungen, Privatpersonen etc. In einem ersten Gespräch werden die Bedürfnisse der Betroffenen analysiert und es erfolgt eine juristische Beratung. Wenn die betroffene Person keine rechtlichen Maßnahmen ergreifen möchte, wird sie gegebenenfalls an soziale oder therapeutische Einrichtungen weitervermittelt. Möchte die betroffene Person rechtliche Schritte einleiten, wird zunächst ein Betreuungsplan erstellt.

Im Laufe der Betreuung, die wenige Wochen bis mehrere Monate dauern kann, wird den Betroffenen Betreuung und Unterstützung in rechtlichen wie psychosozialen Angelegenheiten angeboten:

- Unterstützung und Information bei Wegweisung durch Polizei oder Gendarmerie,
- Rechtsberatung bei Strafverfahren, Scheidung etc.,
- Unterstützung beim Formulieren gerichtlicher Anträge,
- Hilfestellung bei Behördengängen, Begleitung zu Gerichtsverhandlungen,
- sozialarbeiterische Hilfestellung, z.B. bei Arbeits- oder Wohnungssuche,
- Unterstützung bei Problemen, die die Kinder der Betroffenen angehen,

Institutionen mit fester Themenzuschreibung

- Bereitstellung von Psychotherapeuten und Rechtsanwälten.

Nach Abschluß der Betreuung erfolgt bei Bedarf eine Weitervermittlung in eine Therapie, Selbsthilfegruppen oder an andere soziale Einrichtungen.

1997 wandten sich 135 Frauen, 1998 bereits 258 Frauen an die Interventionsstelle, darüber hinaus auch zwei Männer, die Gewalterfahrungen mit männlichen Angehörigen gemacht hatten. Die Steigerung von 93% ist durch das Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes und durch eine verstärkte Medienpräsenz des Themas zu begründen.

Maßnahmen bezüglich der Kooperation und Koordination der mit dem Problem befaßten Einrichtungen waren:

- Schulung von Polizei- und Gendarmerieschülerinnen und -schülern in der Grundausbildung zum Thema häusliche Gewalt,
- Schulung verschiedener Berufsgruppen zum Gewaltschutzgesetz,
- Einrichtung interdisziplinärer Arbeitsgruppen,
- Durchführung von Seminaren, Informationsveranstaltungen u.ä.,
- Austausch in Einzelfällen und Durchführung von Fallkonferenzen.

Nach anfänglichen Unklarheiten bezüglich der Handhabung des neuen Gesetzes stellt die Vermittlung von Betroffenen an die Interventionsstelle für die Polizeibeamten eine Entlastung dar.

Mit den Richtern des Bezirksgerichtes Graz wurde die sinnvollste Vorgehensweise bei der Einbringung von einstweiligen Verfügungen erarbeitet und festgelegt.

Mit den Jugendwohlfahrtsbehörden kam es, wenn Kinder betroffen waren, zum Austausch in Einzelfällen und bei Bedarf zu Fallkonferenzen.

Die Kooperation mit anderen Sozial- und Fraueneinrichtungen lag vor allem in der Weitervermittlung bzw. Übergabe der Betroffenen, in Fachgesprächen und Arbeitskreisen. Darüber hinaus wurde das Angebot zu Informationsveranstaltungen zum neuen "Gesetz zum Schutz vor Gewalt in der Familie" mehrmals in Anspruch genommen.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Interventionsstelle - Gegen familiäre Gewalt an Frauen und Kindern: Tätigkeitsbericht 1997

Flyer der Interventionsstelle

COP - Ihr Sicherheitsmagazin, Ausgabe 2/98, S. 41: "Ein Jahr Gewaltschutzgesetz"

Interventionsstelle - Gegen familiäre Gewalt an Frauen und Kindern: Tätigkeitsbericht 1998

Nationales kanadisches Zentrum für Kriminalprävention

Ansprechpartner/Dienststelle

National Crime Prevention Centre, Executive Director of the National Crime Prevention Centre, , , Kanada

Internet: <http://www.crime-prevention.org>; e-mail: ncpc@web.net

Organisation

Das seit 1998 tätige nationale kanadische Zentrum für Kriminalprävention (National Crime Prevention Centre - NCPC) ist herausragendes Arbeitsgremium im Zusammenhang mit der Erarbeitung einer nationalen kanadischen Präventionsstrategie (-->).

Für Programmaktivitäten stehen jährlich 32 Millionen Kanadadollar zur Verfügung.

Konzeptioneller Ansatz

Das Zentrum erlangt seine herausragende Funktion durch die Möglichkeit der finanziellen Unterstützung von Präventionsinitiativen, der Entwicklung und Verbreitung von Informationen zur Kriminalprävention, der Beratung, der Koordination von Aktivitäten zwischen den verschiedenen Regierungs- und Verwaltungsebenen, der Entwicklung von Zusammenarbeitsformen, der Präventionsforschung, der Evaluation und Politikberatung sowie der direkten gemeindebezogenen Präventionsarbeit.

Das Zentrum ist verantwortlich für die Identifizierung von Kriminalitätstrends und Risikofaktoren sowie für die Evaluation der nationalen Präventionsstrategie.

Institutionen mit fester Themenzuschreibung

Im Rahmen einer Initiative zur Schaffung sicherer Gemeinden (Safer Communities Initiative) betreut das Zentrum vier Programme zur Finanzierung von Kriminalprävention auf kommunaler Ebene:

- Gemeindemobilisierungsprogramm (Community Mobilisation Program; jährlicher Finanzrahmen: 17 Millionen Dollar,
- Investmentfond für Kriminalprävention (Crime Prevention Investment Fund; 7,5 Millionen Dollar),
- Kriminalpräventives Zusammenarbeitsprogramm (Crime Prevention Partnership Program; 2,3 Millionen Dollar),
- Aktionsprogramm der Wirtschaft für die Kriminalprävention (Business Action Program on Crime Prevention; 2 Millionen Dollar).

Über diese Programme hinaus führt das Zentrum im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit ein "Promotion and Public Education Program" durch.

Sachstand/Ergebnisse

Mit dem Gemeindemobilisierungsprogramm (Community Mobilisation Program - CMP) ist es seit Juni 1998 gelungen, national insgesamt 537 Projekte (bei einer individuellen Förderung von maximal 50.000 Dollar) zu unterstützen. Die Gelder gingen an lokale Organisationsformen um dortige Planungs- und Umsetzungsprozesse im Bereich der Kriminalprävention umfassend zu fördern. Das CMP basiert dabei auf einem Problemlösungsansatz mit einer starken Konzentration auf die Gemeinde: Gemeindebasierte Organisationen sind demnach am besten in der Lage, Probleme zu identifizieren und angemessene Reaktionen zu entwickeln. Das CMP zielt nicht darauf ab, Projekte dauerhaft zu finanzieren. Es ist zudem kein Ersatz für eine Finanzierung seitens der zuständigen Provinz.

Im Zeitraum 1998/99 wurden zudem über den Investmentfond für Kriminalprävention (Crime Prevention Investment Fund) kanadaweit acht Modellprojekte der Kriminalprävention gefördert. Dieser Fonds zielt vor allem auf die Implementation und Evaluation vielversprechender, innovativer und ganzheitlicher Präventionsprojekte ab. Diese Demonstrationsprojekte unterliegen einer rigorosen Evaluation, um die Komponenten

erfolgsversprechender Ansätze herauskristallisieren zu können. Prioritär werden Projekte gefördert, die die Ursachen von Kriminalität und multiplen Risikofaktoren im Brennpunkt haben, sich den Feldern Kinder/Jugendliche und deren Familien sowie Gemeindegerechtigkeit widmen, einen breiten, partnerschaftlichen Ansatz fahren und zudem in der Lage sind, lokale Beiträge in einem maximalen Beitrag zu leisten.

Im Rahmen des Kriminalpräventiven Zusammenarbeitsprogramms (Crime Prevention Partnership Program) wurden im Zeitraum 1998/99 insgesamt 26 Projekte gefördert. Ziel dieses Programms ist die Einbeziehung von öffentlichen und privaten Organisationen, die in der Lage sind über die Entwicklung von Informationen, Werkzeugen und Ressourcen zur verbesserten Gemeindepartizipation auf dem Feld der Kriminalprävention beizutragen.

Mit dem Aktionsprogramm der Wirtschaft für die Kriminalprävention (Business Action Program on Crime Prevention) soll die Wirtschaft gezielt für ein kriminalpräventives Engagement geworben werden. Aktivitäten sind die Einbeziehung der Wirtschaft in speziellen Präventionsprojekten, die Anwendung wirtschaftlichen Wissens auf kommunale Aktivitäten sowie die Bestärkung von Wirtschaftsorganisationen, Aspekte der Kriminalprävention in die eigene Sichtweise mit aufzunehmen. Das eigentliche Finanzierungsprogramm, das von einem Mini-Sekretariat verwaltet wird, umfaßt den Zeitraum 1999/2000.

Neben verschiedenen Broschüren und Büchern, die auch über das Internet erhältlich sind, publiziert der NCPC im Herbst 1999 erstmals einen Newsletter.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Collette, Monique: Canada's Crime Prevention Strategy. Vortrag und Handout anlässlich der vom 3. - 6.10.99 in Montreal stattfindenden Konferenz "Harnessing What Works" des International Centre for the Prevention of Crime (ICPC)

Office of Community Oriented Policing Services (COPS)

Ansprechpartner/Dienststelle

U.S. Department of Justice, Office of Community Oriented Policing Services, 1100 Vermont Avenue, NW, 20530 Washington, DC, Vereinigte Staaten

Internet: <http://www.usdoj.gov/cops/>

Organisation

Im Januar 1994 versprach der amerikanische Präsident, 100.000 zusätzliche Polizisten auf Amerikas Straßen zu bringen. Eingebettet wurde dieses Ziel in den sog. „Violent Crime Control and Law Enforcement Act“ (VCCA), der – am 13.09.94 unterzeichnet – die Bereitstellung von 8,8 Milliarden US-\$ innerhalb der nächsten sechs Jahre dafür vorsah.

Zur Umsetzung des neuen Rechts wurde innerhalb des US-Justizministeriums ein neues Office of Community Oriented Policing Services (COPS oder COPS-Office) geschaffen.

Konzeptioneller Ansatz

COPS ist als organisatorischer Unterbau des Justizministeriums für die Umsetzung der Initiative zur Einstellung zusätzlicher 100.000 Polizisten verantwortlich. In ihrem Leitbild haben die COPS-Mitarbeiter sich verpflichtet, durch partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Gemeinden, Polizeibehörden sowie anderen öffentlichen und privaten Organisationen die öffentliche Sicherheit in Nachbarschaften signifikant zu verbessern.

Das COPS-Office ist für die Überwachung erreichter Fortschritte zuständig. Örtliche Polizeibehörden, die finanzielle Unterstützung erhielten, haben u.a. jährliche Berichte über erreichte Verbesserungen und vierteljährliche Berichte zur Finanzsituation abzuliefern.

Sachstand/Ergebnisse

COPS schuf im Laufe der Zeit mehr als 450 speziell zugeschnittener Programme:

- Das „Universal Hiring Program“ (UHP) ermöglicht örtlichen Polizeibehörden, Finanzmittel („grants“) für die Einstellung von Polizisten zu beantragen. COPS finanziert 75% der Gehälter der neuen Polizisten für die Dauer von drei Jahren und bis zu einem Maximum von 75.000 US-\$ pro Jahr. Gesetzlich vorgeschrieben ist die Zurverfügungstellung der Hälfte der Mittel an Kommunen mit weniger als 150.000 Einwohnern. COPS stellt jedoch nicht nur die Finanzmittel bereit, sondern unterstützt Polizeien logistisch (z.B. durch die Schaffung einfacher Formblätter) über den gesamten Einstellungsprozeß. Mittelbeantragende Polizeibehörden verpflichten sich, tatsächlich neue Polizisten einzustellen und die Mittel nicht zur Einsparung eigener Ressourcen zu nutzen.
- Über das „COPS MORE-Program“ soll örtlichen Polizeibehörden ermöglicht werden, Polizisten in stärkerem Maße als früher tatsächlich auf der Straße einzusetzen (Präsenzstärkung), statt diese auf den Polizeiwachen mit Papierarbeit zu beschäftigen. COPS MORE dient dazu, Technologie und Ausrüstung einzukaufen sowie Unterstützungskräfte (einschließlich ziviler Kräfte) anzuheuern. Unter dem COPS MORE '98-Program stehen z.B. mehr als 200 Millionen US-\$ u.a. für mobile Computer, Mapping-Software, computergestützte Einsatzleitsysteme zur Verfügung. Auch hier decken die Unterstützungen 75% der Gesamtkosten - allerdings nur für die Dauer eines Jahres - ab. 25% der Kosten sind von den örtlichen Polizeidienststellen zu tragen. Auch COPS MORE darf nicht dazu eingesetzt werden, eigene Ausgaben zu sparen.

Weitere Initiativen sind u.a.

- das 1998 als Folge tödlicher Auseinandersetzungen an Grund- und Mittelschulen geschaffene „School-Based Partnerships Grant Program“. Ziel dieses 12-Millionen-US\$-Programms ist die Lösung hartnäckiger Kriminalitätsprobleme an Schulen. Maßnahmen sind u.a. die Einstellung von Polizisten durch Schulen. So haben z.B. Public Schools in Denver/Colorado 12 uniformierte Polizisten eingestellt, die

COPS-finanziert vollzeit an Schulen stationiert sind und deren Aufgaben u.a. Schulstreifen, Unterrichtsmaßnahmen sowie Kriminalprävention sind. Mittelbeantragende Polizeidienststellen müssen Kenntnisse in der Problemlösungsmethodik nachweisen; sie können sich nur gemeinschaftlich mit einer Schule, einem Schulbezirk oder einer gemeindebasierten Größe bewerben und müssen sicherstellen, daß Schüler in Problemlösungen eingebunden werden. 5% der Geldmittel sind für Evaluationsmaßnahmen vorzusehen.

- „Community Policing to Combat Domestic Violence“ soll innovative Wege zur Bekämpfung häuslicher Gewalt unterstützen helfen.
- Das 1998 gestartete „Distressed Neighborhoods Pilot Project“ sieht mit einem Mittelansatz von 106 Millionen US\$ die Finanzierung von 738 community policing officers in 18 Städten mit besonders kriminalitätsbelasteten und wirtschaftlich heruntergekommenen Nachbarschaften vor. In Chicago sollen z.B. 23 Millionen US-\$ im Rahmen des dortigen CAPS-Projektes die Einstellung von 150 neuen Polizisten sicherstellen.
- Die für das Fiskaljahr 1998 beschlossene 5,1 Millionen US-\$ umfassende „Methamphetamine Initiative“ zielt darauf ab, die Verbreitung von Methamphetamin in sechs amerikanischen Städten umfassend zu bekämpfen.
- „Troops to COPS“: Dieses Programm finanziert die Weiterbildung entlassener Armeesoldaten zu community policing officers.
- Einrichtung von „Regional Community Policing Institutes“ (-->): 1997 begann das COPS-Office, mit einem Mittelansatz von 33 Millionen US\$ die Schaffung von „Regional Community Policing Institutes“ zu finanzieren, von denen bis 1999 30 eingerichtet wurden. Aufgabe dieser Institute ist die Entwicklung und Zurverfügungstellung von Community Policing-bezogenen Ausbildungsleistungen für Polizeibehörden in den jeweiligen Regionen.
- In Zusammenarbeit mit dem Community Policing Consortium (-->) erfolgt die Bereitstellung von ausbildungsbezogener und technischer Unterstützung für örtliche Polizeibehörden.

Institutionen mit fester Themenzuschreibung

Schon 1999 war das ursprüngliche Ziel, bis zum Jahr 2000 100.000 zusätzliche Officers einzustellen, vorzeitig und mit geringerem Mittelansatz, als ursprünglich geplant, erreicht.

Den zusätzlichen Polizisten wird es regierungsseitig mit zugeschrieben, daß Kriminalität, gemessen an den acht crime-index-Delikten, 1997 das sechste Jahr hintereinander und insgesamt um 13,9% zurückgegangen ist.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Community Policing Consortium: About the Office of Community Oriented Policing Services (COPS); Internet-Seiten

U.S. Department of Justice. Office of Community Oriented Policing Services (Hg.): COPS, Community Policing and 100.000 Officers. Rebuilding the Bond Between Citizens and their Government. Informationsbroschüre, Stand: April 1996

U.S. Department of Justice. Office of Community Oriented Policing Services (Hg.): COPS Facts. COPS in Schools, Stand: 15.10.98

U.S. Department of Justice. Office of Community Oriented Policing Services (Hg.): COPS Facts. COPS MORE '98. Stand: 23. September 1998

U.S. Department of Justice. Office of Community Oriented Policing Services (Hg.): COPS Facts. Monitoring. Stand: 14.07.97

U.S. Department of Justice. Office of Community Oriented Policing Services (Hg.): COPS Facts. Regional Community Policing Institutes, Stand: 24.06.98

U.S. Department of Justice. Office of Community Oriented Policing Services (Hg.): COPS Facts. Training and Technical Assistance, Stand: 07.05.98

U.S. Department of Justice. Office of Community Oriented Policing Services (Hg.): COPS 100.000 Officers funded. Washington 1999

U.S. Department of Justice. Office of Community Oriented Policing Services (Hg.): On the Beat, Sommer 1998, Nr. 11

U.S. Department of Justice. Office of Community Oriented Policing Services: COPS-Homepage, diverse Internetseiten, u.a. COPS Mission Statement (Stand: 11.09.97), News & Information (Stand: 25.03.99), School-Based Partnerships Grant Program (Stand: 1998), Timeline of Events fact sheet (Stand: 11.09.97)

Office of Juvenile Justice and Delinquency Prevention (OJJDP), USA

Ansprechpartner/Dienststelle

Office of Juvenile Justice and Delinquency Prevention (OJJDP), 810 Seventh Street NW, 20531 Washington, DC, Vereinigte Staaten

Internet: <http://www.ojjdp.ncjrs.org>; e-mail: askjj@ojp.usdoj.gov

Organisation

Das Office of Juvenile Justice and Delinquency Prevention (OJJDP) wurde per Gesetz (Juvenile Justice and Delinquency Prevention - JJDP - Act) 1974 geschaffen und ist Teil des Office of Justice Programs des U.S. Department of Justice.

Das von einem Leitungsbüro (Office of the Administrator) geführte OJJDP umfaßt - über das Büro des stellvertretenden Leiters (Office of the Deputy Administrator) geführt - die Abteilungen "State Relations and Assistance", "Research and Program Development", "Training and Technical Assistance" sowie "Special Emphasis". Direkt dem Leitungsbüro unterstehen ein "Missing and Exploited Children's Program", ein "Concentration of Federal Effort Program" sowie die "Information and Dissemination"-Einheit.

Dem OJJDP zur Seite steht ein unabhängiger Beirat, der "Coordinating Council on Juvenile Justice and Delinquency Prevention" (-->).

Konzeptioneller Ansatz

Das Aufgabenspektrum des OJJDP spiegelt sich in den o.a. Arbeitseinheiten wider:

- Das "Missing and Exploited Children's Program" ist zuständig für die Koordination von Aktivitäten gemäß dem Missing Children's Assistance Act. Das Programm beinhaltet den Bereich vermißter und

Institutionen mit fester Themenzuschreibung

ausgebeuteter Kinder inklusive Entführungsprävention, Ermittlung von Fällen der Ausbeutung von Kindern, Suche nach vermißten Kindern und Wiederaufführung zur Familie sowie psychologische Aspekte der Kindesentführung.

Aufgabe des OJJDP ist u.a. die Unterstützung des "National Center for Missing and Exploited Children" als nationaler Clearingstelle, Ausbildungs- und technische Hilfe für Clearingstellen auf Bundesstaatsebene, für nicht gewinnorientiert arbeitende private Stellen, Polizeibehörden, Staatsanwaltschaften und Anwälten.

- Das "Concentration of Federal Efforts Program" ist ein Programm zur Koordinierung der nationalen Aktivitäten im Bereich der Jugendgerichtsbarkeit. Das Programm hat die Vermeidung von Doppelarbeit zum Ziele und soll eine kosteneffektive und koordinierte Verwendung von Finanzmitteln sicherstellen.
- Mit der "Information Dissemination Unit" soll eine schnelle Verbreitung verlässlicher Informationen sichergestellt werden. Die Stelle ist u.a. verantwortlich für die Herstellung und Steuerung des OJJDP-Journals an mehr als 60.000 Leser.
- Die Abteilung "State Relations and Assistance" ist verantwortlich für ein Zuschußprogramm für 56 Zuständigkeitsbereiche auf Bundesstaatsebene.
- Eine Abteilung "Research and Program Development" bearbeitet umfassend Forschungsaspekte, entwickelt Wissen zu spezifischen Problemstellungen, überwacht Trends und analysiert die Praktiken des Jugendgerichtssystems. In Zusammenarbeit mit der Information Dissemination Unit werden Forschungsergebnisse sowie statistische Informationen einem großen Verteilerkreis zur Verfügung gestellt.
- Die Abteilung "Training and Technical Assistance" analysiert Ausbildungserfordernisse, konzipiert Lehrpläne und führt Lehrveranstaltungen für die im Jugendgerichtssystem hauptberuflich und freiwillig Beschäftigten durch. Die Abteilung befaßt sich u.a. auch mit der Entwicklung von Maßnahmen zur Vermeidung wiederholter Opferwerdung.

- Die Abteilung "Special Emphasis" hat in Zusammenarbeit mit anderen OJJDP-Abteilungen auftauchende Themenstellungen innerhalb des Jugendgerichtssystems durch eine innovative Programmentwicklung und Replikationsaktivitäten zu identifizieren. Die Abteilung kann nach eigenem Ermessen Gelder für die Durchführung von Programmen zur Verfügung stellen.

Sachstand/Ergebnisse

Präventionsschwerpunkt der Tätigkeit des OJJDP dürfte der Gewalt- und Drogenbereich sein, wobei gesamtgesellschaftliche Ansätze im lokalen Bereich (Stichwort: Community Policing) favorisiert werden. Primäre Zielgruppe sind dabei Risikokinder und -familien, für die ganzheitliche Programme entworfen und gefördert werden.

Beispielhaft für die Aktivitäten des OJJDP sind die Verbreitung des Wissens über zehn bewiesenermaßen effektive Programme im Bereich der Gewaltprävention ("Blueprints for Violence Prevention") zu nennen, die u.a. im Internet angeboten werden. "Blueprints" gehen auf ein Projekt des Center for the Study and Prevention of Violence (CSPV) der University of Colorado/Boulder zurück und sollen Anwendern helfen, die Geeignetheit eines Programms für den eigenen Bereich zu bestimmen, einen Überblick über Kostenansätze zu gewinnen, den zu leistenden Organisationsaufwand einschätzen zu können und mögliche Hemmnisse erkennen zu können. OJJDP und CSPV gemeinsam stellen Aus- und Fortbildungs- sowie sonstige Unterstützungsleistungen für mögliche Programmanwender bereit.

Das OJJDP publiziert

- Bulletins (von vier bis 32 Seiten zu aktuellen OJJDP-Themen),
- Fact Sheets (zweiseitige Kurzinformationen zu OJJDP-Initiativen oder -Programmen),
- Juvenile Justice Journal (zwei- bis dreimal pro Jahr erscheinende Publikation zu innovativen Programmen/Initiativen zu kritischen Themen),

Institutionen mit fester Themenzuschreibung

- Portable Guides (zum Thema Kindesmißbrauch und Vernachlässigung),
- Reports (als umfassende Berichterstattung zu diversen Themen) und
- Summaries (Zusammenfassungen z.B. zu herausragenden Forschungs- / Evaluationsergebnissen).*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

U.S. Department of Justice/Office of Juvenile Justice and Delinquency Prevention (Hg.):
Combating Violence and Delinquency: The National Juvenile Justice Action Plan. Summary.
März 1996

U.S. Department of Justice/Office of Juvenile Justice and Delinquency Prevention (Hg.): Diverse
Internetauszüge vom Juni 1999

Regional Community Policing Institutes

Ansprechpartner/Dienststelle

U.S. Department of Justice, Office of Community Oriented Policing Services, 1100 Vermont Avenue NW, 20530 Washington, DC, Vereinigte Staaten

Internet: <http://www.usdoj.gov/cops/>

Organisation

Im Mai 1997 begann das COPS-Office (-->), die Schaffung von „Regional Community Policing Institutes“ mit mehr als 33 Millionen US-\$ zu finanzieren. Die regionalen Einrichtungen sind insoweit Teil der 1994 gestarteten Regierungsinitiative zur Bereitstellung von 100.000 zusätzlichen Polizisten auf Amerikas Straßen.

Konzeptioneller Ansatz

Aufgabe der „Regional Community Policing Institutes“ ist die partnerschaftliche Entwicklung und Zurverfügungstellung von Community Policing-bezogenen Fortbildungs- und Ausbildungsleistungen sowie die Bereitstellung technischer Unterstützungsleistungen für Polizeibehörden in den jeweiligen Regionen.

Die Regierungsmittel dienen jedoch auch der Evaluation der Institute, der Einrichtung von Konferenzen zum gegenseitigen Informationsaustausch und der Schaffung von Reisestipendien für Instrukteure und Teilnehmer.

Sachstand/Ergebnisse

Bis 1999 wurden 30 regionale Institute geschaffen, die mehr als 26.000 Menschen zum Thema Community Policing ausgebildet haben.

Institutionen mit fester Themenzuschreibung

Die Institute verbreiten z.T. umfangreiches Lehrmaterial. So ist z.B. seitens des Regional Community Policing Institute Oklahoma in Zusammenarbeit mit der Oklahoma Association of Chiefs of Police, der University of Oklahoma, dem Norman Police Department und der Organisation Educational Alternatives ein umfassendes Community Policing Training and Resource Manual herausgegeben worden. Veröffentlicht wurden zudem das Thema umfassend bearbeitende Lehrvideos mit zugehörigem Schriftmaterial. Seitens des Tri-State Regional Community Policing Institute wurden u.a. ein Problem Solving Planner 1998-2000 sowie eine interaktive CD-ROM mit dem Titel "Problem Solving Part II" veröffentlicht.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Regional Community Policing Institute Oklahoma (Hg.): Community Policing Training and Resource Manual

Tri-State Regional Community Policing Institute (Hg.): Problem Solving Planner 1998-2000/CD-ROM mit dem Titel "Problem Solving Part II"

U.S. Department of Justice. Office of Community Oriented Policing Services (Hg.): COPS Facts. Regional Community Policing Institutes, Stand: 24.06.98

U.S. Department of Justice. Office of Community Oriented Policing Services (Hg.): COPS 100.000 Officers funded. Washington 1999

Stiftung "Join Together"

Ansprechpartner/Dienststelle

Join Together, 441 Stuart Street, 6th floor, MA 02116 Boston, Vereinigte Staaten

Internet: <http://www.jointogether.org>; e-mail: info@jointogether.org

Organisation

Die Stiftung "Join Together" ist ein Projekt der Bostoner Universitätsschule für öffentliche Gesundheit. Es handelt sich dabei um eine nationale Stiftung, die Kommunen und Stadtverwaltungen bei der Bekämpfung von Drogenmißbrauch und Waffenkriminalität unterstützt.

"Join Together" wird hauptsächlich über die Bostoner Universitätsschule für öffentliche Gesundheit durch die "Robert Wood Johnson Foundation" finanziert. Der Bereich Waffengewalt von "Join Together" erhält Unterstützung von der "Joyce Foundation".

Konzeptioneller Ansatz

Im Rahmen der Arbeit der Stiftung sind folgende Schwerpunkte erkennbar:

- Technische Assistenz: "Join Together" hilft Gemeindegruppen, umfassende Strategien gegen Alkohol, Drogen und den damit verbundenen Problemen zu entwickeln.
- Public Policy Panel: Kommission, die den Gemeinden Hilfestellung beim Erkennen und Beseitigen von Problemen, die Erfolge in der Drogenprävention behindern, bietet.
- Nationales - Führungsmitglieder - Programm (National Leadership Fellows Program): Es richtet sich an außenstehende Gemeindeoberhäupter, bringt sie zusammen und bietet ihnen

Institutionen mit fester Themenzuschreibung

Ausbildungsmöglichkeiten, um ihr Wissen und ihre Fähigkeiten auf dem Gebiet der Bekämpfung des Drogenmißbrauchs zu verbessern.

- Join Together Online: Nutzung des elektronischen Mediums Internet, um Strategien und Ideen mitzuteilen und die neuesten Informationen im Bereich Substanzmißbrauch und Waffengewalt abrufen zu können.
- Quitnet: ist ebenfalls ein Internet-Angebot der Stiftung. Es bietet Nikotinabhängigen Informationen und Hilfen zum Ausstieg aus der Nikotinsucht sowie Adressen von Selbsthilfegruppen an.
- Kommunikations-Konzept: Es soll sicherstellen, daß das Thema "Substanzmißbrauch" in der Öffentlichkeit präsent ist und ermöglicht lokalen Gruppen den Zusammenhang zwischen Substanzmißbrauch und anderen sozialen Problemen zu erkennen und diesen in der Gemeinde zur Sprache zu bringen.
- Nationale Umfragen: Erfassung und Beschreibung von Gemeindeaktivitäten gegen den Drogenmißbrauch.
- Nationales Büro (National Program Office): Join Together wurde zum nationalen Büro für "Fighting Back", einem Netzwerk von 14 Gemeinden, die umfassende Strategien zur Reduktion des Drogenmißbrauchs und der damit verbunden Schäden entwickelt haben.

Eine beispielhafte Aktivität im Rahmen des Public Policy Panels ist die Kampagne "Take Action on 5 Policies America Must Adopt to Reduce and Prevent Substance Abuse". Hierbei werden den Gemeinden 5 Möglichkeiten angeboten, den Drogenmißbrauch zu reduzieren, bzw. ihm vorzubeugen. Diese sind:

- Einführung eines Therapiezwanges für Drogenkriminelle,
- Sicherstellung der Teilnahme an einer Therapie für jeden Drogensüchtigen,
- Erhebung der Drogenprävention zum dringendsten und wichtigsten Vorhaben in jeder Gemeinde,

- Erhöhung der Alkohol- und Tabaksteuer.
- Angleichung der Sendezeit für die Darstellung der gesundheitlichen Gefahren von Alkohol an die Sendezeit für Alkoholwerbung.

Zur Umsetzung wird den Gemeinden empfohlen, sich an Entscheidungsträger in der Gemeinde sowie anderen mit der Problematik Beschäftigten zu wenden und diese auf das Problem aufmerksam zu machen sowie mit Vereinen, Bürgerinitiativen und Schulen zusammenzuarbeiten. Ergänzend könnte eine Stadt-/Gemeindekonferenz zu dem Thema stattfinden, die nach Möglichkeit auch im Lokalfernsehen übertragen werden sollte. Lokale Zeitungen könnten darauf hinweisen, wie Drogenkonsum die Gemeinde beeinträchtigt und Lösungsvorschläge unterbreitet werden. Darüber hinaus sollen die Schüler der Gemeinde befragt werden, was ihrer Meinung nach getan werden müßte, um Alkohol-, Drogen- und Tabakgebrauch unter den Jugendlichen zu reduzieren bzw. dem Mißbrauch vorzubeugen.

Sachstand/Ergebnisse

Ein mit Join Together vergleichbares Informationsangebot leistet die Deutsche Hauptstelle gegen die Suchtgefahren (DHS, -->)*.

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:
"Drogenprävention im Internet", Artikel in "Die Welt" vom 16.01.98
Internet-Veröffentlichungen zu Join Together
Join Together: "Take Action on 5 Policies America Must Adopt to Reduce and Prevent Substance Abuse", Broschüre, o.J.

UN-Aktivitäten im Bereich Verbrechenverhütung und Strafrechspflege

Ansprechpartner/Dienststelle

United Nations Crime Prevention and Criminal Justice Division, United Nations Office at Vienna International Centre, P.O. Box 500, A-1400 Wien, Vereinte Nationen (UN)

Organisation

Innerhalb des Systems der UN liegt die primäre Verantwortung im Feld Verbrechenverhütung und Strafrechspflege (Crime Prevention and Criminal Justice Programme) beim Wirtschafts- und Sozialrat (Economic and Social Council - ECOSOC). Der Rat bedient sich als "Secretariat" seit 1995 einer eigenen Abteilung (Division), bis dahin lediglich einer Unterabteilung (Branch). Spezielle Themen werden u.a. vom Centre for Human Rights o.a. dem United Nations International Drug Control Programme betreut.

Strategisches Gremium (Politikdiskussion und -festlegung) ist die jährlich tagende Kommission für Verbrechenverhütung und Strafrechspflege, z.T. Verbrechenverhütungskommission - VVK - genannt (United Nations Commission on Crime Prevention and Criminal Justice), bestehend aus 40 Mitgliedsstaaten, u.a. Deutschland. Ergebnisse fließen in die in fünfjährigem Abstand stattfindenden weltweiten Kongresse der Vereinten Nationen für Verbrechenverhütung und Behandlung Straffälliger (United Nations Congress on the Prevention of Crime and the Treatment of Offenders) ein.

Konzeptioneller Ansatz

Aufgabe des Crime Prevention and Criminal Justice Programme ist seit 1991 die Bereitstellung von praktischer Unterstützung für Nationalstaaten, um Ziele der Verbrechenprävention sowie eine Verbesserung des Reaktionsverhaltens auf Kriminalität zu erreichen.

Institutionen mit fester Themenzuschreibung

Funktionen der Kommission sind u.a. die Förderung und Hilfe bei der Koordination der Aktivitäten der interregionalen und regionalen UN-Institute für die Kriminalprävention und Täterbehandlung.

Funktion des in Abstand von jeweils fünf Jahren tagenden weltweiten Kongresses war in der Zeit von 1955 bis 1992 die Erarbeitung von Resolutionen von kriminalpolitischer Relevanz, die dem UN-Wirtschafts- und Sozialrat vorzulegen waren. Seit 1992 soll der Kongreß in seinem Zuständigkeitsbereich beratend das Forum eines weltweiten Erfahrungs- und Meinungsaustausches abgeben. Soweit er in Form von Resolutionen Beschlüsse faßt, handelt es sich um fachlich orientierte Empfehlungen an die o.a. UN-Kommission, die ihrerseits entsprechende Resolutionen dem UN-Wirtschafts- und Sozialrat und der Generalversammlung vorlegen kann.

Sachstand/Ergebnisse

1994 beschloß der Wirtschafts- und Sozialrat die Einrichtung einer Datenbank, die u.a. auf der Basis der Bedürfnisse der Mitgliedsstaaten sowie regionaler Besonderheiten einen Überblick über technische Unterstützungsmaßnahmen geben sollte. 1995 wurde der UN-Generalsekretär gebeten, ein Pilotprojekt über Projekte der internationalen Aus- und Fortbildung sowie technische Unterstützungsmaßnahmen zu initiieren. Die Umsetzung in Form eines "clearing house" erfolgte durch das European Institute for Crime Prevention and Control affiliated with the United Nations (HEUNI; -->).

Themen des 9. Kongresses der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und Behandlung Straffälliger, der vom 28.04. - 08.05.95 in Kairo/Ägypten stattfand und an dem weit über 1.100 Personen teilnahmen, waren u.a.

- Zusammenhänge zwischen terroristischen Straftaten und transnationaler Organisierter Kriminalität,
- Entwicklung von "model instruments" auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit,
- internationale "instruments", wie Konventionen gegen organisierte transnationale Kriminalität,

Institutionen mit fester Themenzuschreibung

- Vorschriften über Feuerwaffen im Interesse der Verbrechensverhütung,
- Kinder als Täter und Opfer von Straftaten,
- Beseitigung von Gewalt gegen Frauen,
- die Geschäftsführung in der Strafrechtspflege als Teil verantwortungsvoller öffentlicher Verwaltung,
- Umsetzung der Standardminimalregeln (SMR) für die Behandlung von Gefangenen.

Der 10. Kongreß der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und Behandlung Straffälliger wird vom 10. - 17.04.2000 in Wien stattfinden.

Die Kommission hat in ihrer 4. Sitzung vom 30.05. - 09.06.95 in Wien neben einer Erörterung der Kongreßthemen u.a. beschlossen, daß Mitgliedsstaaten in Zusammenarbeit mit den einschlägigen UN-Institutionen und anderen maßgeblichen Einrichtungen gut ausgewiesene und erprobte Strategien der Verbrechensverhütung entwickeln sollen. Dieser Auftrag war als Mandat insbesondere für das weltweite UN-Institut UNICRI in Rom sowie das International Centre for the Prevention of Crime (ICPC; -->) in Montreal gedacht.

In einem aus der 8. Kommissionssitzung (27.04 - 06.05.99) resultierenden Resolutionsentwurf (Draft Resolution I) für den Wirtschafts- und Sozialrat fordert die Kommission Mitgliedsstaaten u.a. auf, das ICPC mit Informationen zu bewährten Präventionspraktiken zu unterstützen. In einer Draft Resolution II wird angeregt, das Angebot und die Möglichkeiten von HEUNI als "clearing house" zu nutzen. Ein anderer Resolutionsentwurf (Draft Resolution III) ist in Teilen als Bitte an den UN-Generalsekretär formuliert, ein interregionales Expertentreffen einzuberufen, um mögliche Mechanismen für die Anwendung von Präventionsstrategien insbesondere zu Themen wie städtische Kriminalität, häusliche Gewalt und Jugendkriminalität zu analysieren. Der Resolutionsentwurf widmet sich dem Thema effektiver Kriminalprävention und in diesem Zusammenhang u.a. der Notwendigkeit der Mitgliedsstaaten, anzuerkennen, daß effektive Kriminalprävention Resultat der Mobilisierung örtlicher, nationaler und internationaler Akteure und Verantwortungsträger ist. In einer Draft

Institutionen mit fester Themenzuschreibung

Resolution IV wird unter dem Titel "...mediation and restorative justice..." auf die Notwendigkeit der Entwicklung und Einführung den (Rechts-)Frieden wiederherstellender Maßnahmen (z.B. der Mediation und des Täter-Opfer-Ausgleiches) im Bereich der kleinen und mittleren Kriminalität hingewiesen. Eine Draft Resolution VI betont die Notwendigkeit gesamtgesellschaftlichen Handelns im Bereich der Jugenddelinquenz und fordert u.a. Staaten auf, Umschulung und Rehabilitation bei den Jugendlichen zu fördern, die in Konflikt mit Strafgesetzen geraten. Beispielhaft werden hier Alternativmaßnahmen des Täter-Opfer-Ausgleichs, der Vermittlung und der Konfliktlösung dargestellt.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Bundesministerium der Justiz, Berichte über den 9. Kongreß der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und Behandlung Straffälliger sowie die 4. Sitzung der UN-Verbrechensverhütungskommission. Februar 1996

Commission on Crime Prevention and Criminal Justice (Hg.): Report on the eighth session (27 April-6 May 1999). Economic and Social Council. Official Records, 1999. Supplement No. 10

VIVID - Fachstelle für Suchtprävention

Ansprechpartner/Dienststelle

VIVID - Fachstelle für Suchtprävention, Hans-Sachs-Gasse 12, A - 8010
Graz, Österreich

Internet: <http://www.checkit.at/vivid/>; e-mail: vivid@stmk.volkshilfe.at

Organisation

Die Fachstelle für Suchtprävention Steiermark wurde am 30.04.1997 in Graz eröffnet. Seitdem sind dort zwei Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeiter und ein Erzieher, unterstützt von einer Sekretärin, beschäftigt. Außerdem wurden in einem einjährigen Lehrgang sieben regionale Mitarbeiter ausgebildet, die seit Februar 1998 in verschiedenen Regionen der Steiermark tätig sind.

Die Fachstelle wird vom Land finanziert und unter der Trägerschaft der Volkshilfe und der Caritas betrieben.

Konzeptioneller Ansatz

Im Unterschied zu bestehenden Suchtberatungsstellen bietet die Präventionsstelle keine Beratung oder Therapie für Suchtkranke, sondern richtet sich an alle Menschen mit dem Ziel, Lösungen anzubieten, bevor ein Suchtprozeß entsteht. Dabei beschränkt man sich nicht auf Abschreckung oder Information über legale oder illegale Substanzen, sondern versucht dem einzelnen Möglichkeiten aufzuzeigen, mit Krisen und Konflikten umzugehen und sein Leben zu genießen, um so die Gefahr einer Suchtentwicklung zu verringern.

Außerdem will VIVID (lat.: Lebendigkeit) suchtfördernde Faktoren in Familie, Schule, Betrieb und Gemeinde herausarbeiten und abbauen und Rahmenbedingungen für eine suchtfreie Lebensgestaltung schaffen.

Sachstand/Ergebnisse

Schwerpunkt des Jahres 1997 war die Suchtprävention bei Jugendlichen. In diesem Zusammenhang wurden vermehrt Maßnahmen in der schulischen und außerschulischen Jugendarbeit umgesetzt:

- Methodenset zur Suchtprävention in der außerschulischen Jugendarbeit: Das Set enthält eine Videokassette mit vier Einstiegsspot, ein Videobegleitheft, ein Arbeitsheft, eine Broschüre zum Thema Suchtgefährdung und eine Mappe mit zahlreichen methodischen Hinweisen zur Erarbeitung des Themas in Form von Projekten.
- Schülermultiplikatorenprojekt SAS: Das Projekt beruht auf dem Modell der "Peer-group-education" und will Schülern alternative Lösungsstrategien vermitteln. Dazu werden aus den teilnehmenden Klassen zwei Vertreter ausgewählt, die in einem mehrtägigen Seminar zu Themen wie Sucht, Möglichkeiten der Vorbeugung, Genuß, Konsum, Rausch, konstruktive Konfliktlösung und Krisenbewältigung ausgebildet werden. Anschließend sollen sie als Multiplikatoren wirken und das Erlernete an ihre Mitschüler und Freunde weitergeben. Parallel werden auch Lehrer und Eltern informiert und geschult. 1997 konnten insgesamt etwa 300 Schüler in der Steiermark ausgebildet werden.
- Zusammenarbeit mit den Eltern in Form von Fachvorträgen auf Elternabenden, Seminaren zum Thema Sucht und Suchtvorbeugung, Bereitstellung von Literatur und Informationsmaterial.
- Fortbildung von Multiplikatoren aus pädagogischen und sozialen Arbeitsfeldern in zweitägigen Seminaren.

Insgesamt konnten 1997 über 2.500 Personen erreicht werden, darunter 186 Multiplikatoren, 629 Lehrer und 502 Eltern.

Im Jahr 1998 wurde der Schwerpunkt auf das Thema "Suchtprävention im Kindesalter" gelegt. Das Angebot von Förderungsreihen richtet sich an Kindergärtnerinnen, Tagesmütter, Frühförderer etc. Zwei einjährige Fortbildungslehrgänge zu diesem Thema wurden im März 1998 für Erzieherinnen angeboten.

Im Februar 1999 starteten 2 weitere Kurse. Die Begleitung von suchtpräventiven Projekten wie z.B. "Spielzeugfreier Kindergarten" oder die Theaterarbeit in der Suchtprävention mit Kindern zählt ebenfalls zu den Arbeitsschwerpunkten.

Die Arbeit der Fachstelle sowie die Kooperation mit anderen Hilfseinrichtungen wird von Beteiligten durchgehend positiv bewertet.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

VIVID - Fachstelle für Suchtprävention: Jahresbericht 1997 und 1998

COP - Ihr Sicherheitsmagazin, Ausgabe 2/98, S. 17: "Netzwerke gegen die Sucht"

Themenbereich
Gremien nach Art
Kriminalpräventiver Räte

Sicherheitspartnerschaften (Safer Community Councils) in Neuseeland

Ansprechpartner/Dienststelle

Crime Prevention Unit, Department of the Prime Minister and Cabinet, PO Box 55, Wellington, Neuseeland

Internet: <http://www.dPMC.govt.nz>; e-mail: joy.austin@parliament.govt.nz

Organisation

Im Jahr 1992 wurde in Neuseeland eine zentrale Präventionsdienststelle, die "Crime Prevention Unit (CPU, -->)" dem Zuständigkeitsbereich des Regierungschefs angegliedert. Diese zentrale Präventionsdienststelle hat Richtlinien zur Einführung kommunaler Sicherheitspartnerschaften festgelegt. Die Kommunen wurden befähigt, effektive Präventionsinitiativen durch die Etablierung von sog. Safer Community Councils (SCC's) einzuführen, welche eine Bedingung der Zentralregierung zur Gründung von kommunalen Präventionspartnerschaften sind. Die kommunalen Sicherheitspartnerschaften werden zwischen den Kommunen, die die beste Ausgangsposition zur Identifizierung lokaler Kriminalitätsprobleme und Koordination der Ressourcen haben, und der Zentralregierung, die die beste Ausgangsposition zur Verbreitung von Empfehlungen, Informationen und Initiierung lokaler Präventionsinitiativen besitzt, geschlossen.

Kooperationspartner im Rahmen der Safer Community Council's sind neben der Crime Prevention Unit die Zentralregierung, lokale Behörden, Nachbarschaftsgruppen sowie engagierte Bürger.

Die Finanzierung erfolgt durch die Regierung und lokalen Behörden.

Eine umfassende Evaluation über die Wirkung der Initiative wurde noch nicht fertiggestellt.

Konzeptioneller Ansatz

Die Richtlinien zur Einrichtung von Safer Community Councils erfordern:

- das Erlangen des Mandats der ansässigen Bewohner durch die lokalen Behörden,
- die Fähigkeit zum Aufbau, Betrieb und Unterstützung eines Safer Community Council's (SCC) sowie die Struktur und das System zur Verwaltung und für die Verteilung der lokalen Ressourcen,
- eine Vereinbarung zwischen Crime Prevention Unit (CPU) und Safer Community Council (SCC), eine kommunale Sicherheitsübersicht zu übernehmen, die Entwicklung und Einführung von Präventionsprogrammen, die Koordination der Ressourcen und die Sammlung des Präventionssachstandes nationaler sowie internationaler Quellen,
- die Übernahme von allgemeinen Aufgaben der Safer Community Council's, inklusive der Federführung und der Planung für eine sicherere Kommune, das Eingehen von Kooperationen und die Motivation lokaler Partner, koordinierte Anstrengungen zwischen Zentral- und Bezirksregierung, Evaluationsprogramme und eine Erhöhung des öffentlichen Bewußtseins für eine stärkere individuelle sowie öffentliche Sicherheit.

Sachstand/Ergebnisse

Mehr als 20 Safer Community Councils sind in Neuseeland seit der Veröffentlichung der Richtlinien der Crime Prevention Unit entstanden. Darüber hinaus haben viele weitere lokale Behörden Interesse an der Einrichtung von Safer Community Councils bekundet.

Weitere Veröffentlichungen zu den Safer Community Councils sind u.a.:

Department of the Prime Minister and Cabinet, Crime Prevention Unit (Hg.):
A Guide to setting up a Safer Community Council. Wellington 1994, New
Zealand*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

International Centre for the Prevention of Crime (Hg.): Worldwide Best Practise in Crime
Prevention. Oktober 1997, Seite 54

National Crime Prevention Council, USA

Ansprechpartner/Dienststelle

National Crime Prevention Council, 1700 K Street, NW, Second Floor,
20006-3817 Washington, DC, Vereinigte Staaten

Internet: <http://www.weprevent.org>; <http://www.ncpc.org/>; e-mail:
webmaster@ncpc.org

Organisation

Ende der 70er Jahre (formell 1979) gründeten Interessierte aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen die "National Citizens' Crime Prevention Campaign", um amerikanische Bürger zu überzeugen, daß Kriminalität nicht unausweichlich ist und sich Kriminalprävention lohnt. Seit 1980 wird die Kampagne symbolisiert durch einen nationalen Sympathieträger, den Hund McGruff und die dahinterstehende Werbekampagne "Take A Bite Out Of Crime". Nachdem 1982 bereits mehr als die Hälfte der Amerikaner die Figur kannten, entschied man sich zur Schaffung eines neuen Trägers für McGruff, dessen Zielsetzung einzig die Kriminalprävention sein sollte. Getragen u.a. von Regierungsgeldern wurde 1982 der National Crime Prevention Council (NCPC) als private, gemeinnützige (nonprofit) und steuerbefreite Vereinigung gegründet.

Der Personalstamm wuchs seitdem von vier auf mehr als 45 Mitarbeiter.

Die Aktivitäten des NCPC werden in starkem Maße finanziert u.a. vom U.S. Department of Justice, Bureau of Justice Assistance/Office of Justice Programs sowie dem Office of Juvenile Justice and Delinquency Prevention (OJJDP)/Office of Justice Programs.

Weitere Unterstützung erfährt der NCPC von einer Vielzahl an Stiftungen und Privatpersonen.

Gremien nach Art Kriminalpräventiver Räte

Die Bilanzsumme betrug im Fiskaljahr 1998 etwa 2,4 Millionen US-Dollar, die Einnahmen und Ausgaben im selben Jahr lagen bei jeweils etwa 10 Millionen US-Dollar (davon 7,7 Millionen US-Dollar Bundesgelder).

Konzeptioneller Ansatz

Hauptzielrichtung der Organisation ist die Befähigung anderer zur Kriminalprävention sowie die Schaffung sicherer Städte.

Der NCPC unterstützt kriminalpräventive Maßnahmen/Projekte insbesondere auf Gemeindeebene; "to forge a nationwide commitment by people acting individually and together to prevent crime and build safer, more caring communities".

Er hat die Funktion eines Sekretariates der "Crime Prevention Coalition of America" (-->), eine Vereinigung von mehr als 120 nationalen, bundesstaatlichen und weiteren amerikanischen Organisationen, die sich zur Kriminalprävention verpflichtet haben und durch eine Steuerungsgruppe gemanagt werden.

Der NCPC führt gezielte PR-Kampagnen in Kooperation mit u.a. Jugendhilfeeinrichtungen, Schulen, Nachbarschaftsgruppen, lokalen Verantwortungsträgern sowie Beratungen/Schulungen und technische Unterstützung für die Planung und Umsetzung von Präventionsprojekten/-maßnahmen vor Ort durch.

Sachstand/Ergebnisse

Der amerikanische NCPC ist eher als Organisations-/Verwaltungseinrichtung für die o.g. Crime Prevention Coalition zu verstehen (bzgl. der Öffentlichkeitsarbeit auch vergleichbar mit der Zentralen Geschäftsstelle für die polizeilichen Präventionsgremien in Deutschland) und von seiner Zielsetzung daher nicht mit dem kanadischen oder europäischen NCPCs zu vergleichen, zu deren Aufgaben u.a. die Politikberatung, die Koordination nationaler Präventionsaktivitäten, strategische und konzeptionelle Arbeiten sowie Forschung gehören.

Neben den McGruff-Aktivitäten führt der NCPC u.a. Pilotprojekte zur Kriminalprävention durch, so z.B. ein 10-Städte-Projekt gemeindlicher Reaktionsmöglichkeiten auf den Drogenkonsum oder ein 7-Städte-Aktionsplan texanischer Städte zur Kriminalprävention. Mit Jugendprogrammen wie "Youth as Resources (YAR)" und "Teens, Crime, and the Community (TCC, -->)" werden Anstrengungen zur Reduzierung jugendlicher Gewaltkriminalität unternommen.

In Zusammenarbeit mit dem in Montreal ansässigen International Centre for the Prevention of Crime (ICPC, -->) hat der NCPC eine Untersuchung der in der Kriminalitätsreduktion zwischen 1986 und 1996 erfolgreichsten sechs amerikanischen Städte (Boston, Denver, Fort Worth, Hartford, New York und San Diego) durchgeführt, Erfolgsparameter und für jede Stadt drei Ansätze zur Kriminalitätsreduktion beschrieben. Eine Veröffentlichung erfolgte unter dem Titel "Six Safer Cities. On the Crest of the Crime Prevention Wave".

In Zusammenarbeit mit der Ameritech Foundation wird seit 1997 der "Ameritech Awards of Excellence in Crime Prevention" an Bürger vergeben, die besondere Leistungen im Bereich der Kriminalprävention aufweisen. 1998 wurden mehr als 140 Bewerbungen eingereicht.

Besondere Leistungen im Bereich der Förderung der National Citizens' Crime Prevention Campaign bzw. des Sympathieträgers McGruff werden zusätzlich mit dem "Mac Gray Award" ausgezeichnet.

Der National Citizens' Crime Prevention Campaign, die mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit in den letzten Jahren in starkem Maße jugendspezifische Gewaltprävention thematisierte, gelang es, 1998 Spenden für eine Medienpräsenz (Radio, Fernsehen, Printmedien) im Gegenwert von 128 Millionen US-Dollar zu gewinnen.

Gremien nach Art Kriminalpräventiver Räte

Die jährliche "National Conference on Preventing Crime" des NCPC findet 1999 vom 3. bis 6. November in Washington D.C. statt.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Aker, Jacqueline D.: The National Citizens' Crime Prevention Campaign. Arbeitspapier für die ICPC Konferenz "Harnessing What Works" vom 3. - 6.10.99 in Montreal

National Crime Prevention Council (Hg.): 1999 Registration Packet - 1999 National Conference on Preventing Crime.

National Crime Prevention Council (Hg.): Six Safer Cities. On the Crest of the Crime Prevention Wave. Washington 1999.

NCPC Catalog of Publications, 1996.

NCPC-Internetseiten, Ausdrucke vom Juni 1999.

Nationaler Kriminalpräventiver Rat Norwegen

Ansprechpartner/Dienststelle

The Norwegian National Crime Prevention Council, P.O. Box 8005 Dep, N - 0030 Oslo, Norwegen

Internet: <http://www.krad.dep.no>; e-mail: krad@jd.dep.telemax.no

Organisation

Analog den bereits bestehenden Nationalen Kriminalpräventiven Räten in Dänemark (-->) und Schweden (-->) gründete auch Norwegen im Jahr 1980 einen Nationalen Kriminalpräventiven Rat (Det kriminalitetsforebyggende rad - KRAD). Die Verwaltung obliegt dem norwegischen Justizministerium.

Der Rat besteht aus 15 von der Regierung eingesetzten Mitgliedern. Es handelt sich dabei um Vertreter aus Wirtschaft, Handel, Presse, Wissenschaft und Forschung sowie Zentralbehörden, die sich mit Kriminalprävention beschäftigen.

Der Rat verfügt über drei Unterausschüsse, die gleichzeitig die Prioritätensetzung widerspiegeln: "Wirtschaftskriminalität", "Forschung" und "sektorenübergreifende Kriminalität".

Konzeptioneller Ansatz

Gemäß Artikel 1 seiner Aufgabenbeschreibung bietet der Norwegische Nationale Kriminalpräventionsrat Beratung für Regierungsministerien sowie öffentliche und private Institutionen an. Der Rat kann darüber hinaus auch kriminalpräventive Maßnahmen initiieren, organisieren bzw. fortsetzen.

Artikel 2 besagt, daß der Rat darauf hinarbeiten soll, koordinierte Kriminalpräventionsstrategien zu erhalten, Kriminalprävention und ihre Unterstützung auszubauen. Der Rat soll präventive Maßnahmen über

Gremien nach Art Kriminalpräventiver Räte

Sektorengrenzen hinweg organisieren. Er kann jedoch auch seine Unterstützung nur einem Sektor anbieten.

Zu den Aufgaben gehören weiter:

- Unterrichtung von Unternehmen und der Öffentlichkeit über Kriminalitätstrends und Präventionsstrategien sowie Beratung, wie der einzelne zur Kriminalprävention beitragen kann.
- Anregung, Koordination, Unterstützung und Durchführung von Folgemaßnahmen bezüglich der Forschung über Kriminalitätsursachen und Präventionsmöglichkeiten und Weitergabe der entsprechenden Informationen sowie Erkennen von neuen Kriminalitätsformen.
- Fertigen von Stellungnahmen zu neuen gesellschaftlichen Entwicklungen, die einen Einfluß auf die Kriminalität haben,
- Zusammenarbeit mit den zuständigen Ministerien und Institutionen bei der Formulierung von Aktionsplänen für kriminalpräventive Maßnahmen und Strategien.

Sachstand/Ergebnisse

Im Zeitraum von 1997 - 1999 waren Kinder und Jugendliche vorrangige Zielgruppe des Rates. Der Rat arbeitet darauf hin, daß Jugendliche Verantwortungsbewußtsein für ihre eigene Situation und die anderer übernehmen. Entsprechende Einstellungen und ein Gefühl für "richtig" und "falsch" sollen so früh wie möglich geformt werden.

Im Aktionsplan 1997 - 1999 hat der Rat seine Arbeit in sechs Zielbereiche aufgeteilt:

- Schulen: Norwegische Schulen unterrichten nach einem Lehrplan, der auf nationaler Ebene erstellt und an den Schulen einheitlich umgesetzt wird. Ziel ist die Integration präventiver Elemente in den Erziehungsprozess unter Einbeziehung von Eltern Kindern und Behörden. Im einzelnen hat der Rat einen interdisziplinären

Präventionsplan für die Klassenstufen 1 bis 10 gemäß den in der letzten Schulreform der Regierung beschlossenen Erziehungsrichtlinien erarbeitet. Hierzu bietet der Rat ein Paket mit verschiedenen Methoden an und koordiniert die Unternehmungen anderer in schulische Prävention involvierter Kräfte, insbesondere von Eltern und Polizei, und entwickelt präventive Unterrichtsmaterialien abgestimmt auf die neuen Medien.

- Strategien auf Gemeindeebene: Um kriminalpräventive Maßnahmen in die Gemeindeplanungen einzubeziehen, bedarf es der Förderung von Zusammenarbeit zwischen privatem und öffentlichem Sektor. Vor diesem Hintergrund führte der Rat von 1990 bis 1993 ein Projekt "Koordination örtlicher Kriminalpräventionsmaßnahmen" (SLT) durch. Ergebnisse aus dem Projekt werden auf verschiedene Weise umgesetzt. Hierzu gewährt der Rat Unterstützung bei der Einbeziehung der Legislative in die Förderung der Zusammenarbeit mit den verschiedenen örtlichen Behörden. Gemäß den im Bau- und Planungsgesetz niedergelegten Grundsätzen hebt der Rat die Bedeutung kriminalpräventiver Elemente im Wohn-, Einkaufs- und Industriebereich hervor. Weiter evaluiert der Rat Daten aus dem SLT-Projekt und anderen norwegischen oder nordischen Projekten und bereitet sie in Informationsmaterialien auf. Die Erkenntnisse werden auf Tagungen vorgestellt oder den anfragenden Gemeinden direkt zur Verfügung gestellt.
- Wirtschaftskriminalität: Das Thema war einer der ersten Arbeitsschwerpunkte des Rates. Durch die Beschäftigung mit dem Thema soll die Wirtschaftskriminalität als soziales Problem erkannt werden und entsprechenden Verhaltensweisen und Einstellungen frühzeitig vorgebeut werden. Der Rat veranstaltet jährlich Konferenzen zum Thema, nutzt die Massenmedien und andere Kommunikationswege um Forschungsergebnisse zu verbreiten und führt öffentlichkeitswirksame Kampagnen durch. Speziell für Ausbildungseinrichtungen in der Wirtschaft werden Informationen über ethische Werte angeboten.
- Forschung: Mit dem Blickpunkt Kinder und Jugendliche sollen deren Einstellungen zur Kriminalität sowie Kriminalitätsursachen ermittelt, kriminalpräventive Maßnahmen entwickelt und die Auswirkungen festgestellt werden. Desweiteren sollen Forschungsergebnisse

verglichen und initiierte Projekte koordiniert werden. Forschungsergebnisse sollen in speziell auf die Zielgruppe zugeschnittener Form präsentiert werden. Der Rat initiiert und unterstützt die Forschung auf dem Gebiet der Kriminalprävention und arbeitet in Forschungsprojekten mit anderen nordischen kriminalpräventiven Räten zusammen. Priorität haben Projekte, die die Rolle der Schulen in der Kriminalprävention betreffen. Der Rat kontaktiert Regierungsbehörden, die für die Angelegenheiten der Kinder und Jugendlichen zuständig sind, um einen Überblick über die aktuelle Situation zu bekommen und Zusammenarbeit anzuregen. Die Ergebnisse werden regelmäßig in Forschungsreports veröffentlicht.

- Information: Entscheidungsträgern und Institutionen sollen die Prinzipien der Kriminalprävention nahegebracht sowie der Kriminalpräventive Rat, seine Zuständigkeiten und Mittel den Fachleuten und Institutionen auf dem Gebiet der Kriminalprävention bekanntgemacht werden. Das Bewußtsein der Öffentlichkeit für Kriminalität und Kriminalprävention speziell im Hinblick auf Kinder und Jugendliche soll gestärkt werden. Zur Verbreitung von Informationen nutzt der Rat Forschungsberichte, Projektzusammenfassungen, Seminarreports sowie Zusammenkünfte und Vorträge. Jährlich lobt der Rat einen Präventionspreis aus.
- nordische und internationale Zusammenarbeit: Zur Intensivierung der Zusammenarbeit der nordischen Kriminalpräventionsräte finden jährliche Treffen und systematischer Informations- und Erfahrungsaustausch statt. Durch die Mitgliedschaft im nordischen Ministerrat erfolgt Teilnahme an internationalen Veranstaltungen der Europäischen Union, dem Europäischen Rat, den Vereinten Nationen und anderen internationalen kriminalpräventiven Organisationen.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Crime Prevention in the Nordic Context - The Nordic Model, Broschüre, o.J.

Schreiben des Nationalen Rates zur Kriminalprävention vom Juli 1999 mit der Anlage: The Norwegian National Crime Prevention Council - Action Plan 1997 - 1999

Nationaler Rat für Kriminalprävention in Finnland

Ansprechpartner/Dienststelle

The National Council for Crime Prevention, Rikoksentorjunnan neuvottelukunta (RTN), P. O. Box 1200, FI - 00101 Helsinki, Finland

e-mail: hannu.takala@om.vn.fi

Organisation

Der Nationale Kriminalpräventive Rat in Finnland wurde 1989 gegründet. Er ist organisatorisch im Finnischen Justizministerium angesiedelt. Die Finnische Polizei untersteht dem Innenministerium. Der Rat soll als Bindeglied zwischen Justizministerium und Polizei fungieren. Der Vorsitzende des Rates ist ein Angehöriger des Justizministeriums, der zweite Vorsitzende kommt aus den Reihen der Polizei. Darüber hinaus gehören dem Rat weitere (maximal) 11 Mitglieder an, die von der Regierung für eine Dreijahresperiode benannt werden. Es sind u.a. Vertreter von Justizministerium, Polizei, Sozial- und Gesundheitsministerium, Bildungsministerium, Umweltministerium, Kriminologischer Forschung, Städten, Handel und Versicherung. Die Geschäftsstelle ist mit zwei Vollzeitkräften und einer Sekretärin besetzt. Jeden zweiten Monat finden Sitzungen statt.

Da bei Gründung des Rates Finnland in einer finanziellen Krise war, blieben die finanziellen Ressourcen des Rates auf ein Minimum beschränkt. Für Projekte, die der Rat durchführt, erhält er gesonderte Unterstützung.

Konzeptioneller Ansatz

Gesetzlich vorgeschriebene Aufgabe des Rates ist die Reduzierung von Kriminalität durch Beeinflussung der Ursachen. Die dabei verfolgte Strategie ist situationsbezogen.

Die Arbeit des Rates konzentriert sich dabei auf Forschung und Beratung.

Gremien nach Art Kriminalpräventiver Räte

Der Rat hat mit seinen Projekten und Untersuchungen in relativ hohem Maße die Möglichkeiten zur Beeinflussung der Situation in kriminalitätsbelasteten Gebieten, wie Einkaufszentren, Banken, Geschäften, Wohngebieten und Parkplätzen, genutzt.

Sachstand/Ergebnisse

Beispiele für die Arbeit des Rates sind Untersuchungen zu folgenden Themen:

- Kriminalität in Helsinki Itäkeskus, einem großen Einkaufszentrum,
- Raubüberfälle auf Banken und Geschäfte,
- Wohnungsbau, Kriminalität und Sicherheitsmängel: Thematisierung des Einflusses von Baumaßnahmen auf Kriminalität,
- Prävention von Kraftfahrzeugkriminalität,
- Kriminalität in Krisenzeiten: Untersuchung der Verantwortlichen für Notfall-Planung in den Ministerien, wie sich Kriminalität in verschiedenen Krisenfällen entwickeln könnte und wie man sich auf diese Effekte vorbereiten kann.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Crime Prevention in the Nordic Context - The Nordic Model, Broschüre, Seite 7f
Internet-Veröffentlichung zur Kriminalprävention in Finnland im Rahmen der Initiative
"Creating Safer Cities" (Stand Juli 1999)

Partnerschaften gegen Kriminalität und Störungen der öffentlichen Ordnung

Ansprechpartner/Dienststelle

Home Office, Policing and Reducing Crime Unit, Clive House Petty France, London SW1H 9HD, Großbritannien

Internet: <http://www.homeoffice.gov.uk>

Organisation

Trotz des seit Erscheinen des sog. "Morgan-Reports" 1991 im Bereich gesamtgesellschaftlicher Präventionsgremien 1997 in England und Wales erreichten Standes wurde regierungsseitig das Fehlen einer gesetzlich festgeschriebenen Rolle für Gemeindebehörden im Bereich "community safety" als eines der größten Hemmnisse für weiteren Fortschritt gesehen.

Dieser Mangel sollte durch das im Juli 1998 in Kraft getretene Gesetz über Kriminalität und Störungen der öffentlichen Ordnung (Crime and Disorder Act) behoben werden. Bezirks- und Grafschaftsräten sollte nicht nur bei der Verfolgung anti-sozialen Verhaltens eine Schlüsselfunktion zukommen. Aufgrund ihrer größeren Nähe zu den Bürgern und damit den gesellschaftlichen Problemen wurde ihnen als verantwortliche Behörden durch das Gesetz zusammen mit den Polizeibehörden in Form von "Partnerschaften gegen Kriminalität und Störungen der öffentlichen Ordnung" (Crime and Disorder Partnerships) die gemeinsame Verantwortung für die Entwicklung und Umsetzung lokaler Drei-Jahres-Strategien der Verbrechensbekämpfung auferlegt. „Gemeinsam“ soll aus Sicht des Home Office tatsächlich gemeinsam bedeuten, ohne eine der beteiligten Institutionen in die Rolle eines „erster unter gleichen“ zu zwingen.

Konzeptioneller Ansatz

Gremien nach Art Kriminalpräventiver Räte

Gemeindebehörden und Polizei sollen sich in einer Lenkungsgruppe (leadership group bzw. steering group) zusammensetzen und die Arbeitsmechanismen einer Crime and Disorder Partnership klären.

Der geschaffenen Zusammenarbeitsform obliegt im Anschluß die Verpflichtung zur

- Durchführung eines sog. crime audit, d.h. einer Überprüfung des Zustandes der Kriminalität und öffentlichen Ordnung. Die Situationsanalyse bzw. das Lagebild soll Basis einer effektiven und gezielten dreijährigen Bekämpfungsstrategie sein.
- Publikation des Kriminalitätslagebildes zur Beratung der Ergebnisse mit anderen relevanten Personen und Körperschaften. Neben der Bewährungshilfe, dem Gesundheitsbereich, örtlichen Schulen und Bildungseinrichtungen, der Staatsanwaltschaft und den Jugenddiensten sollen auch der „freiwillige“ Sektor, die örtliche Geschäftswelt und die Wohnbevölkerung (z.B. im Rahmen der Veranstaltung öffentlicher Versammlungen) eingebunden werden. Ziel der "consultation" ist die Diskussion der Richtigkeit der Lagebeschreibung und damit die Überprüfung z.B. der Vollständigkeit oder der richtigen Beschreibung der zu untersuchenden Gemeinde, aber auch die kritische Erörterung vorgeschlagener Prioritäten etc.
- gemeinsamen Erarbeitung von Zielen und Prioritäten zur Reduzierung von Kriminalität und Unordnung. Das zu erarbeitende Strategiepapier hat Einzelheiten zu Konsultationen, zur Analyse von Kriminalität und Unordnung, zu lang- und kurzfristigen Entwicklungszielen, zur zeitlichen Umsetzung und zu Verantwortlichkeiten für Umsetzungsmaßnahmen zu umfassen.
- Durchführung interner Prozeßüberwachungen und externer Evaluationen zur Überprüfung und ggf. Fortschreibung der erarbeiteten Vorgehensweise.

Regierungsseitig vorgegebener Fertigstellungstermin für die Fertigstellung der örtlichen 3-Jahres-Strategien war der 01.04.99.

Sachstand/Ergebnisse

Auf der Basis der u.a. im Home Office, bei der Präventionsorganisation Crime Concern (-->) und in der Leicestershire Constabulary geführten Gespräche geht das Bundeskriminalamt davon aus, daß die Regierungsinitiative zur verpflichtenden Schaffung von örtlichen Partnerschaften durchweg als sinnvoller Weg zur effektiveren sicherheitsbezogenen Zusammenarbeit in Gemeinden gesehen wird.

Für Crime Concern hat der Crime and Disorder Act erhebliche Auswirkungen der Art, daß die Nachfrage vor allem nach Aus- und Fortbildungsdienstleistungen signifikant gestiegen ist.

Bis August 1999 hat Crime Concern insgesamt mehr als 120 Kunden beraten und unterstützt, wobei der Schwerpunkt der Tätigkeit neben der Durchführung von crime and disorder audits bei der Entwicklung von Strategien und Aktionsplänen mit erreichbaren Zielsetzungen lag.

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, daß die Home Office Police Research Group (nunmehr "Policing and Reducing Crime Unit", PRC, -->) eine umfassende Anleitung (guidance) zur Durchführung von crime and disorder audits erarbeitet hat, die etwa zeitgleich mit der Inkraftsetzung des Gesetzes in Papierform sowie im Internet veröffentlicht wurde.

Etwas mehr als ein Jahr nach Einführung wird von dem "massive impact" geschrieben, den das Gesetzeswerk im Bereich örtlicher Partnerschaften bewirkte und der durch das Home Office auf bislang ungefähr 400 neue Initiativen in England und Wales quantifiziert wird.

Seitens des Home Office wurde ein Forschungsprogramm gestartet, das den Prozeß der Schaffung lokaler Partnerschaften untersuchen, Schwierigkeiten beleuchten, praktische Hilfen geben und abschließend auch Aussagen über die mit der Einrichtung von Partnerschaften erzielten Wirkung liefern soll. In diesem Zusammenhang verfügt die Policing and Reducing Crime Unit bereits über Unterlagen von 240 audits sowie über 160 Strategien.

Durch das Inspektionswesen der Polizei (Her Majesty's Inspectorate of Constabulary - HMIC) wird eine Überprüfung von 10 örtlichen Partnerschaften durchgeführt. Ziel dieser Pilotuntersuchung ist die

Gremien nach Art Kriminalpräventiver Räte

Erarbeitung eines Protokolls für zukünftige Überprüfungen, die u.a. auf der Basis von Selbsteinschätzungen der Polizeien erfolgen könnten. Darüber hinaus erfolgt eine nationale Überprüfung der gesetzlich vorgeschriebenen Partnerschaften durch die Audit Commission.*

* Quellenhinweis für vorstehenden Text:

Bässmann, Jörg/Posiege, Petra: Kriminalitätskontrolle in Großbritannien. Aktuelle Entwicklungen aus polizeilicher Sicht. Bundeskriminalamt Wiesbaden, 1998

Home Office Crime Prevention Agency: Schreiben für die Delegierten des am 09./10.06.98 in London stattfindenden EU-Seminars „Partnerschaften zur Verbrechenseindämmung“

Home Office Policing and Reducing Crime Unit, Schreiben vom 03.08.99 (mit Research Strategy)

Hough Michael/Tilley, Nick: Auditing Crime and Disorder: Guidance for local partnerships. Crime Detection and Prevention Series, Paper 91, der Home Office Police Research Group. London 1998

Schreiben Crime Concern an KI 16 vom 16.08.99

Stichwortverzeichnis

A

Aggression 79, 157
Alltagskriminalität 79, 163, 181, 249
Alternative Sanktionen 225, 227
Alternative Sanktionen 121
Arbeitsbeschaffungsmaßnahme 163
Aus- und Fortbildung 281
Australien 83, 93, 97, 101, 103, 155, 157, 171, 199, 221, 233, 253

B

Banden 85, 113, 181
Bauliche Gestaltung 59
Begleitforschung 23, 71, 79
Belgien 53, 79, 163
Beratung 49, 89, 103, 137, 215, 287, 295, 315, 329
Bevölkerungsbefragung 59, 181, 209
Bürgerbeteiligung 37, 167, 171, 181, 227, 233, 239, 257, 349
Bürgerinitiative 189
Bürgernahe Polizeiarbeit 43, 49, 59, 113, 171, 209, 245, 257, 281, 311, 319

C

Codierung 57

D

Diebstahl 57
Dokumentation 281, 291, 295, 325

Drogen 15, 19, 23, 27, 31, 239, 321

E

Einbruch 37, 43, 49, 65, 249, 269
Eltern 103, 143, 147, 157
Erziehung 79, 103, 147, 155, 157
Evaluierung 15, 23, 37, 43, 59, 65, 71, 77, 79, 107, 131, 143, 151, 163, 221, 269, 281, 307, 311, 319, 343, 349

F

Fahrraddiebstahl 57, 265
Familie... 103, 143, 147, 151, 157
Finanzierung 113, 121, 287, 307, 321, 339
Finnland 125, 347
Forschung 131, 295, 343
Frauen 71, 301
Freizeit 27

G

Gemeinwesensorientierung. 281
Gesetz 301, 349
Gewalt 79, 85, 93, 121, 131, 199, 221, 239, 253
Gewalt gegen Frauen 71, 83, 89, 301
Gewalt gegen Kinder... 103, 301
Gewalt in den Medien 101
Gewalt in der Familie 71, 89, 97, 103, 157
Gewalt in der Schule 77, 221
Graffiti 189
Großbritannien 15, 37, 43, 65, 127, 249, 269, 349

I

Informationsdienst 83, 277, 287,
291, 319, 321
Innenstadt163
Integration.....225
Internet321

J

Jugend 15, 19, 27, 79, 85, 101,
107, 113, 117, 121, 125,
127, 129, 131, 137, 157,
221, 265, 269, 315, 329,
343
Jugend-/Kinderbeteiligung 125,
227
Jugendhilfe 125, 137, 177, 225
Jugendschutz..... 93, 101, 117
Justiz 131, 269, 325

K

Kanada..... 177, 295, 307
Kfz-Diebstahl 59
Kfz-Kriminalität 43, 53, 265, 277
Kinder 127, 143, 147, 151, 155,
343
Kommunale
Kriminalprävention 37,
209, 281, 307, 311, 319,
349
Kriminalpolitik325
Kriminalpräventiver 335, 347
Kriminologische
Regionalanalyse.....349

L

Lagebild 37
Landespräventionsrat/-
gremium 287, 343, 347
Luxemburg..... 23

M

Medien..... 101, 283, 319

N

Nachbarschaft 59, 113, 163, 167,
171
Nationale Programme 65, 131,
157, 167, 261, 265, 269,
281, 283, 307, 311, 315,
319, 339, 349
Neuseeland 227, 287, 335
Niederlande 129, 189, 195, 225,
265, 277, 291
Norwegen77, 343

O

Opfer 43, 89, 195, 301

Ö

Öffentliche Sicherheit und
Ordnung 85, 177, 265,
335, 349
Öffentlichkeitsarbeit 101, 291
Österreich 31, 57, 89, 205, 215,
301, 329

P

Pädagogik..... 143, 151, 155
peer-group..... 15, 27, 329
Politikberatung 281, 283, 287
polizeiliche Jugendarbeit 31, 129
Präsenz 249
Präventionspreis 53, 93, 103,
129, 157, 253, 277, 339,
343
Problemorientierte
Polizeiarbeit 37, 43, 59,

65, 85, 121, 239, 249, 281, 311, 319	Streifenfähigkeit 125, 239, 245, 257, 311
R	Suchtberatung/-hilfe23, 329
Resozialisierung221	Südafrika 261
S	Sympathiefiguren283, 339
Schmierereien (Graffiti)189	T
Schulische Prävention 19, 31, 77, 107, 143, 221	Technische Prävention .249, 277
Schweden181	Telefondienst 97, 137, 233
Schweiz 27, 49, 71, 137	Ü
Senioren 195, 199	Überwachung53, 249
Sexuelle Gewalt 83	V
Sexueller Missbrauch ... 103, 205	Vereinigte Staaten 19, 59, 85, 107, 113, 117, 121, 131, 143, 147, 151, 167, 209, 239, 257, 281, 283, 311, 315, 319, 321, 339
Sicherheits-/Präventionsvertrag311	Vereinte Nationen (UN) 325
Sicherheitsanalyse349	Videüberwachung 249
Sicherheitsgefühl 49, 93, 177, 181, 195, 239	W
Sicherheitspartner 257, 349	Wirtschaftskriminalität 343
Soziale Prävention 125, 127, 177, 227	Wohnumfeldverbesserung 239, 311
Spanien245	Z
Sponsoring (Finanzierung) ..307	Zeugenverhalten 233
Stadtentwicklung/-planung ..215	
Stadtteil 189, 215, 239	
Straffälligenhilfe221, 225	
Straßenkriminalität181	